Die Krisenbekämpfung in Schweden

Eine Studie über die Ergebnisse der schwedischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorgrades einer
Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

1963

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt HANNS-DIETER WIESE

aus Stuttgart

1964

7870

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547602_0021

Die Krisenbekämpfung in Schweden

Eine Studie über die Ergebnisse der schwedischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorgrades einer
Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
(Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung)
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt HANNS-DIETER WIESE

aus Stuttgart

1964

Dekan: Professor Dr. Dieter Pohmer

Erstberichterstatter: Professor Dr. Woldemar Koch

Zweitberichterstatter: Professor Dr. Norbert Kloten

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Juli 1963

Meiner Mutter

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
Einleitende Bemerkungen	.....	I
1. Teil: DIE WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE SCHWEDENS ZU BEGINN DER 30er JAHRE	.....	1
I. Die Auslandsabhängigkeit der schwedischen Wirtschaft	.....	2
1. Vorbemerkung	.....	2
2. Umfang und Zusammensetzung des schwedischen Außenhandels	.....	3
3. Veränderungen in der Außenhandelsstruktur Schwedens	.....	8
4. Die Bedingungen des internationalen Handels zu Beginn der 30er Jahre	.....	11
5. Die Abkehr vom Goldstandard als wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierungspolitik in Schweden	.....	12
6. Zusammenfassung über die Verhältnisse zu Beginn der 30er Jahre unter Berücksichtigung binnenwirtschaftlicher Aspekte	.....	17
II. Die wirtschaftspolitische und speziell die geldpolitische Zielsetzung der sozialdemokratischen Regierung Schwedens in den 30er Jahren	.....	26
1. Vorbemerkung über verschiedene "Ambitionsgrade" wirtschaftspol. Zielsetzungen (nach Lundberg)	.....	26
2. Die wirtschaftspol. Zielsetzung in Schweden vor der Regierungsumbildung im Herbst 1932	.....	29
a) Vor der Abkehr vom Goldstandard	.....	29
b) Nach der Abkehr vom Goldstandard	.....	29

3. Die wirtschaftspol. Zielsetzung in Schweden nach der Regierungsumbildung im Herbst 1932 32
a) Die Stellungnahme des Reichsbank-direktoriums 32
b) Die Stellungnahme einer Sachverständigenkommission 33
c) Das "Reflationsprogramm" der sozialdemokratischen Regierung 37
d) Abschließender Vergleich des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms mit den früheren wirtschaftspolitischen Zielsetzungen 40

2. Teil: DIE WIRTSCHAFTSTHEORETISCHE DISKUSSION DER 30er JAHRE
Theoretische Grundlage der Konjunkturpolitik Schwedens ? 42

I. Einführung in die Problematik des 2. Teils 43
1. Die Aufgabe 43
2. Entstehung und Deutung des Begriffs "Stockholmer Schule" 44

II. Die Merkmale der Stockholmer Theorie der Expansions- und Kontraktionsprozesse, der sog. "Stockholmer Schule" 49
1. Knut Wicksell, der Begründer der modernen Geldtheorie in Schweden 49
2. Die Entwicklung der Grundkonzeption der "Stockholmer Schule" in den Arbeiten Gunnar Myrdals und Erik Lindahls 53
a) Unsicherheits- und Risikofaktor in Gunnar Myrdals "Prisbildningsproblemet och föränderligheten" 54
b) Die Methode der Periodenanalyse in Erik Lindahls "Penningpolitikens medel" 55
c) Der Begriff des "Geldtheoretischen Gleichgewichts" nach Myrdal 62

d) Einige aus Myrdals Theorie resultierende praktisch-politische Konsequenzen 68
e) Die Einführung der ex-ante- und ex-post-Kategorien 70
3. Die Weiterführung der methodologischen Grundkonzeption der "Stockholmer Schule" in den Untersuchungen im Rahmen des Arbeitslosenkomitees 74
a) Die methodologische Verfahrensweise Dag Hammarskjölds 75
b) Die methodologische Verfahrensweise Alf Johanssons. Eine dynamische Verlaufsanalyse 77
c) Die methodologische Verfahrensweise Bertil Ohlins. Eine ex-post- ex-ante-Kombination realen Inhalts 80
4. Zusammenfassung der Hauptmerkmale der schwedischen Theorie der Expansions- und Kontraktionsprozesse, der sog. "Stockholmer Schule" 83
a) Allgemeiner Überblick 83
b) Kausal- und Prozeßanalyse 86
c) Ex-ante Diskrepanz und ex-post Identität zwischen Sparen und Investieren 87
5. Die Stockholmer Schule als mögliche Grundlage der schwedischen Antidepressionspolitik? 96
a) Einleitende Grundbemerkung 96
b) Die mangelnde Relevanz der Stockholmer Schule zu Beginn der 30er Jahre 97
c) Exkurs über die Weiterentwicklung der Stockholmer Schule zu einem praktisch anwendbaren analytischen Konzept 100
ca) Die Inflationsgapsanalyse 100
cb) Die Stockholmer Schule und die Survey-Methode George Katonas 102
cc) Ergebnis 108

III. DIE IM RAHMEN DER UNTERSUCHUNGEN DES ARBEITSLOSENKOMITEES ENTSTANDENE SOG. "THEORY OF UNUSED RESOURCES" 110

1. Einleitende Betrachtung über die Untersuchungen des Arbeitslosenkomitees als theoretische Konzeption der Antidepressionspolitik Schwedens 110
2. "Wirkungen verschiedener Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Haushalts auf die konjunkturelle Entwicklung Schwedens". Eine Beilage zur Etatvorlage von 1933 von Gunnar Myrdal 113
   a) Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit während wirtschaftlicher Depressionen 113
   b) Das Kostenproblem Öffentlicher Arbeiten 115
   c) Die Wirkungen vermehrter anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten auf den Kapitalmarkt 117
   d) Berücksichtigung internationaler Aspekte 118
   e) Steuer- und anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten 119
   f) Einsparungen im Betriebsbudget 121
   g) Die Frage der Budgetausgleichsprinzipien 125
   h) Zusammenfassung 129
3. "Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit", der Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees 131
   a) Die Erklärung konjunktureller Fluktuationen 131
   b) Grenzen einer selbständigen Konjunkturpolitik 134
   c) Maßnahmen innerhalb verschiedener Bereiche der Wirtschaftspolitik gegen krisenbedingte Arbeitslosigkeit 137
      ca) Lohnpolitik 137
      cb) Geldpolitik 139
      cc) Finanzpolitik 142
      cd) Öffentliche Arbeiten 148
      ce) Handelspolitik 158

IV. Zusammenfassung über die wirtschaftstheoretische Diskussion der 30er Jahre, unter besonderer Hervorhebung der geld- und finanzpol. Erörterungen 162

1. Einstimmigkeit über die zentrale Bedeutung der Geldpolitik 163
2. Verschiedene Ansichten über die Bedeutung der Finanzpolitik 164

3. Teil: DIE PRAKTISCH-POLITISCHEN MASSNAHMEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE DEPRESSIONSBEKÄMPFUNG RESP. KONJUNKTURSTABILISIERUNG IN SCHWEDEN WÄHREND DER 30er JAHRE 171

I. Rückblick auf die wirtschaftspolitische Zielsetzung 171

II. Geld-, Finanz- und Agrarpolitik, die drei Hauptkomponenten der praktisch-politischen Antidepressionsmaßnahmen 173

1. Die geldpolitischen Maßnahmen (Reichsbankpolitik) 173
   a) Allgemeine Vorbemerkung 173
   b) Wechselkurs- und Valutapolitik 175
   c) Diskontpolitik 182
2. Die finanzpolitischen Maßnahmen, (Krisenprogramm, Öffentliche Arbeiten und Budgetpolitik) 186
   a) Allgemeine Vorbemerkung 186
   b) Rückblick auf die bisherige Methode der Arbeitslosen- und Krisenpolitik 187
   c) Die ersten Reformvorschläge 190
   d) Das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm 192
      da) Wesentlicher Inhalt 192
      db) Parlamentarische Vorentscheidungen 193
      dc) Budgetpolitische Konsequenzen 197
      dd) Die bewilligten und veranschlagten Beträge 200

3. Agrarpolitische Maßnahmen 205

III. Der Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs in Schweden 207
1. Allgemeine Vorbemerkung 207
2. Verlauf und Kennzeichen des konjunkturellen Aufschwungs 207
3. Die Frage nach den aufschwungsbestimmenden Faktoren. (Ohne besondere Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen) 211

IV. Die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, der Finanzpolitik, der Geldpolitik und der Agrarpolitik, für den konjunkturellen Aufschwung Schwedens ab 1932/33 214
1. Vorbemerkung 214
2. Die Bedeutung der Finanzpolitik 215
a) Die einkommens- bzw. kaufkraftschaffende Wirkung der staatlichen Finanzpolitik 215
b) Die Bedeutung der staatlichen Investitionstätigkeit 219
c) Die Bedeutung der Finanzpolitik, unter besonderer Berücksichtigung der Öffentlichen Arbeiten 221
d) Kritische Schlußbemerkung zur geführten Finanzpolitik 224
3. Die Bedeutung der Geldpolitik 226
a) Schaffung des monetären Raums 226
b) Kritische Schlußbemerkung zur geführten Geldpolitik 231
4. Die Bedeutung der Agrarpolitik 234
5. Zusammenfassung 237

V. Gesamtzusammenfassung 240

Literaturverzeichnis 247

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Seit Beginn der Industrialisierung ist mit der Frage der sozialen Sicherheit auch die Konjunkturpolitik immer mehr in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik - und ins Zentrum der allgemeinen Politik überhaupt - gerückt. Während man früher konjunkturelle Rückschläge und wirtschaftliche Not mehr oder weniger als unvermeidbare Schicksalsschläge tolerierte, verlangt man heute, daß der Staat durch Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen wirtschaftliche Depressionen bekämpft und die soziale Sicherheit garantiert.

Über die Frage der Wünschenswertheit der Beseitigung oder Dämpfung von Konjunkturzyklen sowie in der Beurteilung der Möglichkeiten, dies mit Hilfe staatlicher Wirtschaftspolitik zu erreichen, herrscht in der Nationalökonomie keine Einigkeit. Während beispielsweise noch Werner Sombart in einer Wirtschaftskrise keine "Krankheit", sondern durchaus einen normalen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung erblickte, Artur Spiethoff die Beseitigung konjunktureller Schwankungen zugleich auch als Beseitigung der dem Wirtschaftsleben wesenseigentümlichen Antriebe, die durch keinen anderen Antrieb zu ersetzen seien, bezeichnete, und Joseph A. Schumpeter "eine völlige Stabilität des Wirtschaftslebens so lange für unerwünscht" hielt, "als man auf das individuelle Interesse als Motor nicht verzichten könne und wolle", schwebte J.M. Keynes durchaus eine "konjunkturlose Wirtschaft" als wünschenswert vor [1].

Die Weltwirtschaftskrise von 1929-33, mit ihrer beispiellosen Massenarbeitslosigkeit und sozialen Not, dürfte dieses Diskussionsfeld soweit eingeengt haben, als sie zumindest die Notwendigkeit zeigte, mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen die konjunkturellen Schwankungen so weit zu dämpfen, daß derartige Wirtschaftslähmungen vermieden würden. Aber auch vorausgesetzt, daß dieser Standpunkt heute Allgemeingut in der Konjunkturlehre ist, so ist damit doch die alte Streitfrage nach den zu wählenden Mitteln und den Erfolgsaussichten einer zu diesem Zwecke durchzuführenden aktiven Konjunkturpolitik keineswegs beseitigt, sie wird vielmehr um so aktueller.

In der Hauptsache umfaßt diese Diskussion zwei Bereiche antizyklischer Wirtschaftspolitik und ist gewöhnlich mit der Fragestellung verbunden, ob - entsprechend der monetären Konjunkturtheorie - die Geldpolitik, (also insbesondere die Diskontpolitik sowie Offenmarktoperationen der Notenbank),

---

1) Vgl. Günter Schmölders, "Konjunkturen und Krisen", Hamburg 1955, S. 74.

effektiv genug ist, um das allgemeine Preisniveau resp. die Beschäftigungslage zu stabilisieren, oder ob finanzpolitische Eingriffe, (wie etwa antizyklische Steuerpolitik und vor allem die Methode vermehrter öffentlicher Arbeiten im Rahmen einer defizitären Budgetpolitik, wie sie die Vertreter der aktiven "Fiscal Policy" bzw. "Functional Finance" [1] empfehlen), eine Voraussetzung für das Gelingen einer staatlichen konjunkturstabilisierenden Politik sind, oder ob eine Kombination beider Methoden möglich und vielleicht am effektivsten ist.

Hat nicht die Entwicklung in den USA, in denen im Jahre 1923 Offenmarkt- und Diskontpolitik eine Uebersteigerung der Konjunktur und damit den anschließenden Zusammenbruch erfolgreich verhinderten, der Versuch, mit diesen Mitteln den Boom der Jahre 1928/29 aufzufangen und damit einer Krisenentwicklung vorzubeugen, aber gescheitert war, gezeigt, daß die monetären Maßnahmen kein zuverlässiges konjunkturpolitisches Mittel darstellen? Und können nicht die mit defizitären Staatsausgaben verbundenen staatsfinanziellen, oder die mit dem zunehmenden Einsatz staatlicher an Stelle privater Investitionen und einer verstärkten Engagierung des Staates im Wirtschaftsleben verbundenen wirtschaftlichen oder prinzipiell politischen Bedenken Zweifel an der Effektivität oder Wünschenswertheit der "finanzpolitischen Konjunkturtherapie" [2] aufkommen lassen?

Beim Studium dieser Diskussion stößt man nun zuweilen auf das Argument, die relativ kurze und milde Depression der Jahre 1930-32 in Schweden, sowie der im Anschluß daran erfolgte kräftige wirtschaftliche Aufschwund seien das Ergebnis einer zielbewußten staatlichen Konjunkturpolitik gewesen und könnten damit als Beweis dafür gelten, daß diese, mit den richtigen Mitteln vorgenommen, durchaus in der Lage sei, zyklische Fluktuationen zu mildern und sogar Depression zu überwinden [3]. Die schwedische Wirtschaftspolitik wird hier oftmals als beispielhaft bezeichnet und erhält zuweilen sogar so etwas wie einen Glorienschein [4].

---

1) Siehe J.M. Keynes, Alvin H. Hansen und Abba P. Lerner.

2) G. Schmölders, "Zur Problematik der finanzpolitischen Konjunkturtherapie" in: Beiträge zur Geld- und Finanztheorie, Wilhelm Gerloff zum 70. Geburtstag, Tübingen 1953.

3) "... Swedish Recovery, from trade depression and mass unemployment, has been sensational .. primarily the Recovery is due to internal action ... executed with great political skill and economic insight .." (Hugh Dalton, Vorwort zu B. Thomas' "Monetary Policy and Crises", London 1936, S. X).

4) "... this achivement of Sweden will always be the most important land-

Während eines Studienaufenthalts in Schweden stießen wir jedoch auf schwedische Untersuchungen, die erkennen ließen, daß nach dem Stand der heutigen Forschung kein Anlaß besteht, die Ergebnisse der schwedischen Wirtschaftspolitik der 30er Jahre in solch rosigem Licht zu sehen. Zur Klärung dieses Sachverhalts, und damit gleichzeitig als Beitrag zur Debatte über die Möglichkeiten einer staatlichen Antidepressionspolitik, haben wir uns entschlossen, im Rahmen unserer Dissertation die antidepressionistischen Maßnahmen Schwedens in den 30er Jahren eingehend zu untersuchen. Wir haben uns hierbei eine zweifache Aufgabe gestellt:
Erstens festzustellen, inwieweit tatsächlich die staatliche Wirtschaftspolitik, in erster Linie repräsentiert durch die obengenannten strittigen Bereiche Geld- und Finanzpolitik, oder inwieweit exogene Faktoren den wirtschaftlichen Aufschwung zustandebrachten.
Zweitens aber - und im Zusammenhang damit - wollten wir die bisherigen Schwierigkeiten beim Studium dieses Problems, die darin bestanden, daß die hierfür benötigten Quellen nur in schwedischer Sprache zugänglich sind, dadurch beseitigen, daß wir den deutschsprachigen Leser durch zahlreiche, übersetzte Zitate aus den schwedischen Veröffentlichungen direkt mit der einschlägigen Originalliteratur bekannt machen.

Waren diese beiden Aufgaben der ursprüngliche Zweck der vorliegenden Arbeit, so erwies es sich bald, daß wir uns nicht auf sie beschränken konnten. Die Behandlung des umfangreichen Stoffes ließ weitere Probleme zu Tage treten, deren Lösung einen ebenbürtigen Platz neben der Lösung der ersten Aufgaben einnahm.
Bei einem Studium der schwedischen Antidepressionsmaßnahmen der 30er Jahre stößt man nämlich oft auf den Hinweis, die schwedische Wirtschaftspolitik im allgemeinen und die der 30er Jahre im besonderen habe sich durch einen engen Kontakt mit der Wirtschaftstheorie ausgezeichnet[1]. Außer dem Hinweis, daß die schwedischen Nationalökonomen oftmals bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik mitgewirkt hätten, erhält man jedoch keine näheren Auskünfte. Vor allem nicht über die interessante Frage, welche Bedeutung den schwedischen wirtschaftstheoretischen Beiträgen für die Gestaltung der praktizierten Wirtschaftspolitik zukam.

---

mark up to its time in the history of stabilization." (Irving Fisher, "Stabilized Money", 1934, S. 408).

1) Ein Beispiel hierfür bietet Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", London 1936, S. XV.

Bei den Bemühungen, den Begriff der schwedischen Wirtschaftstheorie während der 30er Jahre zu präzisieren, stößt man zwangsläufig auf die sog. "Stockholmer Schule", und ebenso zwangsläufig muß man sich sodann fragen, ob ein Kontakt zwischen dieser Theorie und der erfolgten Antidepressionspolitik vorlag, und zwar in dem Sinne, daß die "Stockholmer Schule" evtl. die theoretische Grundlage für eine antizyklische Wirtschaftspolitik gebildet haben könnte, oder ob eine solche Verbindung zwischen einem anderen theoretischen Konzept und der späteren Wirtschaftspolitik bestand. Diese Frage ist, soweit wir feststellen konnten, bisher nicht ausreichend erörtert worden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß uns auch in Gesprächen mit schwedischen Nationalökonomen keine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Bedeutung der Stockholmer Schule für die Antidepressionspolitik der 30er Jahre, noch überhaupt darüber, ob es ein theoretisches System gibt, das als Grundlage dieser Politik anzusehen wäre, gegeben werden konnte.

Trotz der vielen Untersuchungen, die seit den 30er Jahren über die Stockholmer Schule erschienen sind, glauben wir, auf Grund unserer speziellen Fragestellung einen neuen Beitrag über ihr Wesen, ihren Inhalt und ihre Bedeutung liefern zu können. Darüberhinaus haben wir, eben im Hinblick auf unsere spezielle Beleuchtung der Stockholmer Schule, eine Überprüfung des Begriffs "Stockholmer Schule" vorgenommen und sind dabei zu dem interessanten Ergebnis gelangt, daß diese im Hinblick auf eine evtl. Bedeutung als "Theorie einer Wirtschaftspolitik" inhaltlich streng genommen in zwei theoretische Bereiche aufgeteilt werden muß.

Auch hierbei, bei der Untersuchung der theoretischen Fundamente der schwedischen Antidepressionspolitik, haben wir uns zum Großteil auf nur in schwedischer Sprache vorliegende Werke bezogen und glauben damit, zur Schließung einer in den einschlägigen deutschsprachigen Untersuchungen noch bestehenden Lücke beitragen zu können.

Diesen beiden Hauptaufgaben entsprechend, und im Hinblick darauf, daß eine Untersuchung wirtschaftspolitischer Maßnahmen stets auch Kenntnisse über die aktuelle Lage, die die entsprechenden politischen Maßnahmen auslöst, voraussetzt, haben wir folgende Dreiteilung in unserer Untersuchung vorgenommen:

In einem ersten Teil soll ein Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situatio und die besonderen Kennzeichen der schwedischen Wirtschaft zu Beginn der 30er Jahre gegeben werden, dem sich eine Darstellung über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen im selben Zeitraum anschließt.
In einem zweiten Teil befassen wir uns mit der Frage der Entwicklung und Bedeutung der schwedischen Wirtschaftstheorie, um schließlich den dritten Teil

den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, deren Wirkungen, dem Verlauf der schließlich erreichten wirtschaftlichen Erholung, sowie einer ausdrücklichen kritischen Beleuchtung der Bedeutung dieser Maßnahmen für den konjunkturellen Aufschwung, zu widmen.

Bei dem gewaltigen Umfang der zu studierenden Problemkreise waren gewisse Wiederholungen unvermeidbar, einmal, weil eben zuweilen dieselben Probleme in den verschiedenen Teilen der Arbeit (teils unter denselben, teils unter anderen Gesichtspunkten) behandelt werden mußten, zum anderen, um ganz allgemein die Verbindung mit früheren Äußerungen wiederherzustellen.

Für die Übertragung dieser interesssanten Arbeit, für alle Anregungen, die wir bei Besprechungen der Arbeit erhielten, sowie für das hilfreiche Verständnis, das er stets den - vor allem mit den räumlichen und sprachlichen Besonderheiten verknüpften - Schwierigkeiten bei der Ausführung unserer Aufgabe entgegenbrachte, danken wir unserem verehrten Lehrer, Herrn Professor Hans Peter, zutiefst. Unser besonderer Dank, vor allem in letzterer Hinsicht, gilt auch Herrn Dr. Ulrich Ellinghaus. Herrn Professor Woldemar Koch danken wir für die freundliche Übernahme der Erstberichterstattung nach dem Tode von Herrn Prof. Peter.

Auch für die uns von schwedischen Nationalökonomen und Instituten bei der Fertigstellung unserer Untersuchung zuteilgewordene Unterstützung sind wir zu großem Dank verpflichtet. Wir danken hier insbesondere den Professoren Erik Lundberg und Anders Östlind von der Stockholmer Universität, Professor Gunnar Myrdal, sowie Dozent Karl Gustav Landgren von der Universität Uppsala, die uns in Gesprächen und Diskussionen sehr wertvolle Hinweise gaben.

Schließlich danken wir für all die Hilfe, die uns durch das Personal der "Socialvetenskapliga Biblioteket" in Stockholm bei der Beschaffung der Literatur gewährt wurde.

1. TEIL

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Schwedens zu Beginn der 30er Jahre

Eine Untersuchung faktisch erfolgter Wirtschaftspolitik muß - soll sie in einer kritischen Beurteilung und nicht nur in einer bloßen Erörterung wirtschaftspolitischer Prinzipien ohne Beziehung zur Realität, also sozusagen im luftleeren Raum, resultieren - vor dem Hintergrund der im Untersuchungszeitraum herrschenden Verhältnisse geschehen. Es ist daher erforderlich, daß man sich zu Beginn einer solchen Untersuchung Klarheit über jene Gegebenheiten verschafft, die besonders typisch für die wirtschaftlichen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet und Untersuchungszeitraum und bestimmend für die zu untersuchenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren.
Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, daß wir uns in deren erstem Teil mit den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen Schwedens zu Beginn der 30er Jahre beschäftigen müssen, um uns dadurch ein Bild über die Situation zu machen, aus der heraus die sozialdemokratische Regierung und deren konjunkturstützende Wirtschaftspolitik entstanden sind.

I. DIE AUSLANDSABHÄNGIGKEIT DER SCHWEDISCHEN WIRTSCHAFT

1. VORBEMERKUNG

Über allen besonderen, mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen Gegebenheiten der Jahre 1929-1932 steht die Tatsache, daß die Wirtschaftsentwicklung Schwedens - wenigstens seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, also seit dem Durchbruch der Industrialisierung - ihren stärksten Antrieb durch den Außenhandel erfuhr. Dieser wurde zum bestimmenden Faktor für die Produktionsausrichtung, aber auch zum Träger der Konjunktur.
Es ist in diesem Zusammenhang sogar gesagt worden[1], Schweden habe überhaupt keine eigenen Konjunkturen, sondern "importiere" die Weltkonjunkturen auf dem Wege über Veränderungen im Export- und Importvolumen und in den internationalen Preisen durch den Außenhandel. Erfahrungsgemäß steht tatsächlich fest, daß der Export der konjunkturempfindlichste von allen Bereichen der schwedischen Wirtschaft ist und daß demgemäß die Konjunkturen anderer Länder in überwiegendem Maße über den Export nach Schweden übertragen werden. Folgende Tabelle beleuchtet diese dominierende Stellung des schwedischen Exports in konjunkturellen Zusammenhängen, insbesondere für die konjunkturellen Rückschläge der Perioden 1920-1921 resp. 1929-1932 sowie für die Aufschwünge der Jahre 1921-1922 resp. 1932-1934.

Tabelle (1): Prozentuale Veränderungen in Export, Einkommen u. Produktion[2]

	1920 - 21	1921 - 22	1925 - 29	1929 - 32	1932 - 34	1932 - 37	1937 - 38
Exportwert	- 52	+ 5	+ 33	- 48	+ 37	+111	- 8
Exportvolumen	- 24	+ 42	+ 44	- 32	+ 37	+ 75	- 12
Wert des Bruttosozialprod.	- 27	- 15	+ 16	- 13	+ 10	+ 44	+ 6
Industrieproduktionsvolumen	- 25	+ 19	+ 36	- 11	+ 24	+ 70	+ 1

1) Vgl. Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1953, S. 42.

2) Entnommen aus Erik Lundberg, "Konkunkturer och ekonomisk politik", S. 76.

2. UMFANG UND ZUSAMMENSETZUNG DES SCHWEDISCHEN AUSSENHANDELS

Diese Empfindlichkeit des schwedischen Exports und damit die Empfindlichkeit der schwedischen Wirtschaft gegenüber den Konjunkturen im Ausland läßt sich auf zwei Merkmale zurückführen:

Erstens, rein quantitativ, auf den großen Umfang,
zweitens auf die warenmäßige Zusammensetzung des schwedischen Exports.

Die mengenmäßige Bedeutung des schwedischen Exports kann durch einige Vergleichsziffern erläutert werden (siehe Tabelle 2).

Man ersieht aus der Tabelle die Entwicklung des schwedischen Außenhandels seit 1871, wobei für dessen quantitative Bedeutung vor allem der Handelsumsatz, also die Summe von Import und Export pro Einwohner ausschlaggebend ist. Er betrug für Schwedens Teil im Jahr 1930 524 skr und 1955 2653 skr. Die entsprechenden Ziffern waren für die USA 55 Doller (= 205 skr) resp. 159 Doller (= 822 skr) und für Deutschland 349 RM (=393 skr) resp. 962 DM (= 1185 skr). [1)]

Auf Grund des bedeutenden Anteils des schwedischen Exports am Sozialprodukt, (ca. 1/5, vgl. Tabelle (3)), ist es erklärlich, daß Fluktuationen im Export relativ kräftige direkte Wirkungen auf Einkommen und Beschäftigung innerhalb des Landes mit sich bringen müssen.

---

1) Quelle: Für die USA: US Bureau of the Census, "Statistical Abstract of the United States 1957", (seventh-eighth ed.), Washington, D.C., 1957, S. 888 u. S. 952, sowie "Stat. Abstr. .." 1930, S. 272 u.S. 436. Für Deutschland: "Stat. Jahrb. f.d. Bundesrep. Deutschl." 1955, S. 30, 1957, S. 277.

Tabelle (2): Die Entwicklung des schwedischen Außenhandels 1871 - 1955 [1]

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt-umsatz
	in Millionen skr			in v.H. des Gesamtumsatzes		skr pro Kopf der Bevölkerung		
1871/80 ~	248,8	204,9	43,9	54,8	45,7	56,71	46,71	103,42
1881/90 ~	321,8	257,9	63,9	55,5	44,5	68,86	55,19	124,05
1891/00 ~	397,8	338,2	59,6	54,0	46,0	80,66	68,56	149,22
1901/10 ~	583,0	462,9	120,1	55,7	44,3	109,79	87,17	196,96
1911/20 ~	1316,8	1244,0	72,8	51,4	48,6	230,49	217,76	448,25
1921/30 ~	1476,5	1398,7	77,8	51,3	48,7	244,26	231,40	475,66
1930	1662,2	1550,3	111,9	51,7	48,3	271,12	252,88	524,00
1931	1427,5	1122,4	305,1	56,0	44,0	232,04	182,45	414,49
1932	1154,9	947,4	207,5	54,9	45,1	186,98	153,39	340,37
1933	1095,9	1078,7	17,2	50,4	49,6	176,73	173,95	350,68
1934	1304,7	1302,4	2,3	50,1	49,9	209,69	209,31	419,00
1935	1476,3	1297,4	178,9	53,2	46,8	236,54	207,88	444,42
1936	1632,7	1514,2	118,5	51,8	48,1	260,86	241,94	502,80
1937	2123,5	2000,4	123,1	51,5	48,5	330,57	292,70	623,27
1938	2081,8	1843,3	238,5	53,0	47,0	395,00	298,56	698,56
1939	2498,7	1888,6	610,1	56,9	43,1	315,37	208,87	524,24
.								
.								
1950	6101,8	5706,6	395,2	51,7	48,3	870,00	813,00	1683,00
.								
.								
1955	10337,2	8932,7	1404,6	53,6	46,4	1423,00	1230,00	2653,00
Zehnjahresdurchschnitt								

1) Quelle: "Handel", 1933, S. 16, 1936, S. 20, 1940, S. 20, 1950, S. 20, 1955, S. 20. Vgl. auch Kieler Studien 1952: 7 ("Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Schwedens", v. L. Mühlhaupt), S. 20.

Tabelle (3): Anteil des Exports und der Außenhandelsumsätze Schwedens am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen 1870 - 1955 [1)]

Jahr	Netto-sozial-produkt	Export		Außenhandels-umsätze	
	in Mill. skr	in Mill. skr	als v.H. des Netto-soz. prod.	in Mill. skr	als v.H. des Netto-soz. prod.
1870	790	151	19,1	291	36,8
1900	1878	391	20,8	926	49,3
1920	10472	2278	21,7	5592	53,4
1930	7744	1550	20,0	3212	41,5
1946	21530 ⌣	2546	11,8	5932	27,5
1955	45030 ⌣	8933	19,8	19270	42,8

⌣ Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten

Hinsichtlich des zweiten Merkmals gilt, daß sich die Ausfuhr Schwedens ziemlich einseitig zusammensetzt, da sie auf einigen wenigen, dafür aber weltwirtschaftlich wichtigen Rohstoffen basiert (vgl. Tab. 4). So läßt sich die Ausfuhr 1932 zu 46,9 % auf Holz (16,2 % Holz und Holzwaren, 30,7 % Papiermasse und Papier), und zu 35,6 % auf Erzvorkommen (9,3 % Mineralien, 26,3 % Metalle und Metallwaren) zurückführen.
Die entsprechenden Ziffern für 1955 lauten 43,4 resp. 39,8 %.

Im Vergleich hierzu zeigt sich die Einfuhr Schwedens bedeutend gleichmäßiger auf die verschiedenen Warengruppen verteilt. Agrarprodukte (1932: 28,1 %, 1955: 17,8 %), Textilien (15,2 resp. 9,4 %) und der relativ hohe Anteil sonstiger Produkte (21,9 resp. 30,6 %) bilden hierbei die ausgleichenden Posten.

---

1) Zusammengestellt und errechnet nach Angaben aus:
Sveriges Officiella Statistik: "Utrikeshandel och Sjöfart" 1870-72, S. 82; 1900 S. II. "Handel" 1920 S. 18, 1930 S. 16; 1955 S. 20. - "Statistisk årsbok för Sverige" 1950 S. 323; 1956 S. 318.

Tabelle (4): Die wichtigsten aus Schweden exportierten Waren, gegliedert nach Warenursprung.
1881 - 1955 [1]

Warenart		Wert in Millionen skr und als v.H. des Gesamtexports					
		1881/90 ⌣	1901/10 ⌣	1921/30 ⌣	1932	1946	1955
Agrarprodukte		65	65	150	93	142	397
	%	25,2	14	10,7	9,8	5,6	4,4
Holz und Holzwaren		102	163	288	153	295	1368
	%	39,5	35,1	20,6	16,2	11,6	15,3
Textilien		6	4	26	17	49	126
	%	2,3	0,9	1,9	1,8	1,9	1,4
Papier und Papiermasse		18	72	374	291	943	2514
	%	7,0	15,6	26,7	30,7	37,0	28,1
Mineralien		15	62	201	88	221	1127
	%	5,8	13,4	14,4	9,3	8,7	12,6
Metalle und Metallwaren		44	86	307	249	697	2424
	%	17,1	18,6	21,9	26,3	27,4	27,2
Andere Produkte		8	11	53	56	199	976
	%	3,1	2,4	3,8	5,9	7,8	10,9
Summe	in Mill skr	258	463	1399	947	2546	8933
	in %	100	100	100	100	200	100

⌣ Zehnjahresdurchschnitt

1) Quelle: "Handel" 1932 S. 18, 1946 S. 22, 1955 S. 22.

Tabelle (5) : Die wichtigsten nach Schweden importierten Waren, gegliedert nach Warenursprung 1881 - 1955 [1)]

Warenart		Wert in Millionen skr und als v.H. des Gesamtimports					
		1881/90⌣	1901/10⌣	1921/30⌣	1932	1946	1955
Agrarprodukte		128	211	474	324	870	1837
	%	39,8	36,2	32,1	28,1	25,7	17,8
Holz und Holzwaren		5	9	22	13	44	132
	%	1,4	1,6	1,5	1,1	1,3	1,3
Textilien		65	66	194	175	511	968
	%	20,2	11,2	13,2	15,2	15,1	9,4
Papier und Papiermasse		5	8	22	16	31	93
	%	1,6	1,4	1,5	1,4	0,9	0,9
Mineralien		31	91	204	195	487	1289
	%	9,6	15,6	13,8	16,9	14,4	12,5
Metalle und Metallwaren		32	85	282	178	711	2858
	%	9,9	14,6	15,4	15,4	21,0	27,6
Andere Produkte		56	113	332	253	731	3161
	%	17,3	19,4	22,5	21,9	21,6	30,6
Summe in Mill. skr		322	583	1476	1154	3385	10338
in %		100	100	100	100	100	100

⌣ Zehnjahresdurchschnitt

1) Quelle: "Handel" 1932 S. 18, 1946 S. 22, 1955 S. 22.

3. VERÄNDERUNGEN IN DER AUSSENHANDELSSTRUKTUR SCHWEDENS

Durch Gliederung der aus- und eingeführten Waren nach Verwendungszweck (siehe Tab. 6) erhält man einen Einblick in die Veränderung der Außenhandelsstruktur Schwedens, die durch den anhaltenden Industrialisierungsprozeß des Landes bedingt war.

Tabelle (6): Einfuhr und Ausfuhr Schwedens, als v.H. der Einfuhr- bzw. Ausfuhrwerte, gegliedert nach Warenbestimmung, 1881-1955 [1]

Warengruppe		Import bzw. Export als v.H. der Einfuhr- bzw. Ausfuhrwerte					
		1881/90 ~	1901/10 ~	1921/30 ~	1932	1946	1955
VERBRAUCHSGÜTER	IMPORT	63,2	43,0	42,3	41,9	37,5	31,4
	EXPORT	29,8	26,8	20,7	21,3	15,6	12,6
davon							
Nahrungs- u. Genußmittel	Imp.	35,0	22,8	21,7	19,3	16,3	13,9
	Exp.	17,4	11,9	8,1	7,4	2,7	2,7
Textilien u. Toiletteartikel	Imp.	17,7	8,9	10,5	11,4	11,8	7,4
	Exp.	1,9	1,1	2,1	1,9	1,6	1,3
Baumaterial u. sonstiges	Imp.	10,5	11,3	10,2	11,3	9,4	10,1
	Exp.	10,5	14,0	10,4	11,9	11,3	8,6
PRODUKTIONSGÜTER	IMPORT	36,9	56,9	57,7	58,1	62,5	68,6
	EXPORT	70,2	73,2	79,3	78,7	84,4	87,4
davon							
Rohwaren u.ä. Prod.güter	Imp.	31,2	47,0	41,2	44,9	47,1	43,3
	Exp.	64,3	62,2	55,5	48,3	49,2	53,7
Transportmittel, Maschinen, Geräte mit Zubehör	Imp.	5,7	9,9	16,5	13,2	15,3	25,3
	Exp.	5,8	10,8	23,9	30,4	35,2	33,7

~ Zehnjahresdurchschnitt

1) Quelle: "Handel" 1932 S. 19, 1946 S. 23, 1955 S. 23.

Die Grundstruktur des schwedischen Exports mit seiner Konzentration auf Produktionsgüter hat sich durch eine entgegengesetzte Entwicklung von Verbrauchs- und Produktionsgüterexport noch verstärkt. Innerhalb dieser beiden Hauptgruppen lassen sich jedoch die Auswirkungen der zunehmenden Industrialisierung des Landes erkennen: Bei den Verbrauchsgütern besonders starke Abnahme der Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln infolge vermehrten Inlandverbrauchs. Bei den Produktionsgütern Rückgang der Ausfuhr von Rohwaren gegenüber einem steigenden Export von Fertigwaren.

Aber auch beim Import zeigen sich die Auswirkungen der Industrialisierung sehr deutlich: Einer rückläufigen Einfuhr von Verbrauchsgütern steht hier eine zunehmende Einfuhr von Produktionsgütern gegenüber.
Diese Entwicklung bewirkte, daß "im Laufe der letzten 80 Jahre eine völlige Umkehrung des Verhältnisses dieser beiden Warengruppen zur Gesamteinfuhr" [1] stattfand.
Damit ergab sich, im Gefolge der fortschreitenden Industrialisierung in Schweden, eine gerade entgegengesetzte Entwicklung in der Zusammensetzung von Ausfuhr und Einfuhr: Dem rückläufigen Anteil der Rohstoffe und Halbfertigwaren an der Gesamtausfuhr entsprach ein steigender Anteil dieser Güter an der Gesamteinfuhr.

Die regionale Struktur des schwedischen Außenhandels erfuhr im Laufe der fortschreitenden Industrialisierung der letzten 70 Jahre ebenfalls beträchtliche Veränderungen.
Die Industrialisierung Schwedens und seiner wichtigsten europäischen Handelspartner machte sich hinsichtlich der Länderverteilung des schwedischen Außenhandels in einer fortlaufenden Ausbreitung desselben geltend. Dies zeigt sich darin, daß der Anteil der führenden europäischen Industriestaaten am schwedischen Außenhandel seit Ende des vorigen Jahrhunderts (und vor allem bis 1949) zugunsten der USA und der übrigen außereuropäischen Staaten zurückging, wobei allerdings Deutschland und Großbritannien ihre dominierende Stellung beibehalten konnten.

Der Anteil Deutschlands und Großbritanniens an der Gesamteinfuhr Schwedens verringerte sich somit von 65,1 % um die Jahrhundertwende auf 31,5 % im Jahre 1949, während gleichzeitig der Anteil der USA und der sonstigen überseeischen Rohstoffländer von 3,8 % auf 30,0 % stieg. Nach dem zweiten Weltkrieg ging jedoch vor allem der Import aus den USA relativ zurück.

---

1) Kieler Studien 1952:7 ("Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Schwedens" v. Ludwig Mühlhaupt), S. 21.

Dies läßt sich u.a. auf die Dollarknappheit Schwedens und auf das wachsende Lieferungsvermögen Westdeutschlands zurückführen.

Entsprechend verlief die Entwicklung der regionalen Struktur der schwedischen Ausfuhr. Als Folge der zunehmenden Industrialisierung ergab sich, wie wir gesehen haben, eine Ausrichtung der Exportindustrie auf Produkte höherer Fertigungsstufen. Bei solchen Produkten verringert sich jedoch der Anteil der Transportkosten an den Gesamtkosten, so daß für sie nunmehr auch abgelegene, außereuropäische Exportmärkte erschlossen werden konnten. Tabelle (7) zeigt auch hier einen rückläufigen Anteil der wichtigsten europäischen Exportmärkte an der Gesamtausfuhr Schwedens, dem ein steigender Anteil der USA und sonstigen Länder von 3,9 % um die Jahrhundertwende auf 33,5 % im Jahr 1949 gegenübersteht.

Aus dieser Beschaffenheit der Struktur des schwedischen Außenhandels ergeben sich zwei wesentliche Konsequenzen:
Gütermäßig gesehen zeigt sich der schwedische Export besonders konjunkturempfindlich, indem er sich in überwiegendem Maße - (1955 zu ca. 80 %) - aus Holz- und Eisenprodukten, d.h. aus Kapitalwaren, zusammensetzt. Diese besitzen jedoch bekanntlich eine besonders hohe Konjunkturempfindlichkeit, da sich konjunkturelle Fluktuationen infolge der starken Veränderungen im Investitionsvolumen der Importländer in erster Linie in einer Veränderung der Nachfrage nach dieser Warenart bemerkbar machen.
Diese einseitige gütermäßige Zusammensetzung des Exports zusammen mit der weitverzweigten regionalen Verflechtung des Außenhandels bewirkt ferner, daß für den Großteil des schwedischen Außenhandels eine multilaterale Abwicklung notwendig ist, da infolge dieser strukturellen Eigenschaften die Absatzländer Schwedens nicht notwendigerweise zugleich auch Lieferungsländer (für Schweden) sind[1].

Mit einem eventuellen Auftreten störender Faktoren war somit die Gefahr verbunden, daß - ausgehend von Veränderungen in den Handelsverbindungen

---

1) Beispielsweise mußten vor dem zweiten Weltkrieg die Passivsalden aus dem Handel mit Deutschland und den USA durch Guthaben im Handel mit Großbritannien, Frankreich, Norwegen und den sonstigen Ländern ausgeglichen werden. Die Handelsbilanz Schwedens war jedoch in den meisten Jahren passiv, wenn auch bis zu Beginn der 30er Jahre, solange nämlich der multilaterale Handel uneingeschränkt bestand, in unbedeutendem Umfang. Ausgleichsposten für diese Defizits bildeten u.a. die Frachteinnahmen der schwedischen Reedereien.

lle (7): Schwedens Export und Import, aufgeteilt nach den wichtigsten Einkaufs- und Verkaufsländern.
In v.H. des Gesamtexports bzw. Gesamtimports. 1896 - 1955 [1)]

nder	Import						Export					
	1896-1900	1929	1932	1938	1949	1955	1896-1900	1929	1932	1938	1949	1955
gien	3,1 (- 0,7	1,8 (+ 24,1)	2,2 (+ 0,2)	3,6 (- 19,1)	5,9 (- 68,0)	4,8~~~ (- 81,8)	3,7	3,1	2,7	3,0	4,5	4,7 ~~~
silien	-	2,6 (- 30,5)	2,3 (- 20,8)	1,3 (- 11,0)	2,8 (- 4,2)	2,6 (-105,2)	-	0,8	0,6	0,9	2,8	1,8
emark	12,3 (- 11,1	7,0 (- 9,8)	6,3 (- 11,7)	5,7 (- 30,5)	4,2 (+ 30,0)	4,7 (+ 38,7)	12,3	6,4	6,5	4,8	5,0	5,8
tschland	34,6 (-104,7)	30,8 (-272,7)	29,3 (-248,5)	24,0 (-163,4)	6,1~~ (+ 48,0)	22,1~~~ (-1095,0)	14,5	15,2	9,5	18,2	7,3 ~~	13,3 ~~~
hland	1,6	0,6 (+ 39,4)	0,8 (+ 18,5)	1,0 (+ 65,0)	1,4 (+ 41,8)	0,7 (+124,1)	2,8	2,8	2,9	4,7	2,4	2,2
nkreich	1,8 (+ 21,2)	2,9 (+ 49,9)	2,6 (+ 26,1)	3,0 (- 1,7)	6,2 (- 75,2)	5,2 (- 66,4)	8,2	5,6	5,9	3,3	4,5	5,3
ßbritannien	30,5 (+ 15,8)	17,4 (+147,4)	16,9 (+ 53,4)	18,3 (+ 76,2)	25,4 (-307,0)	22,2 (-492,2)	42,9	25,2	26,2	24,8	18,7	20,2
ien	-	1,2 (+ 5,7)	1,7 (- 0,6)	1,5 (+ 7,3)	3,1 (- 10,4)	2,8 (- 25,1)	-	1,5	2,0	2,0	2,9	2,9
derlande	2,2 (+ 15,3)	4,1 (- 4,2)	4,1 (- 15,1)	5,5 (- 45,9)	5,8 (- 10,3)	6,1 (- 63,3)	7,0	3,8	3,4	3,8	5,6	6,3
wegen	5,5 (- 12,9)	2,8 (+ 45,2)	3,3 (+ 23,0)	3,1 (+ 57,4)	4,3 (+234,8)	3,3 (+525,3)	3,3	5,3	6,5	6,7	9,9	9,7
en	-	2,0 (- 16,9)	3,8 (- 35,3)	3,4 (- 34,1)	4,8 (- 84,6)	1,2 (- 40,1)	-	1,1	0,9	2,0	2,8	0,9
SSR	4,6~ (- 15,4)	0,4 (+ 18,9)	1,9 (+ 13,1)	- -	- -	1,7 (- 95,9)	1,4~	1,5	3,7	-	-	0,9
A	2,1 (- 9,1)	14,7 (- 63,0)	10,8 (- 25,0)	16,3 (-173,4)	11,3 (-240,6)	11,9 (-794,0)	0,1	11,0	10,5	9,0	5,9	4,9
stige	1,7 (- 6,9)	11,7 (+ 96,4)	14,0 (+ 15,3)	13,3 (+ 34,7	18,7 (+362,1)	10,7 (+765,6)	3,8	16,7	18,7	16,8	27,6	21,1

~ Europ. Rußland, ~~ Britisch-amerik. Zone, ~~~ mit Luxemburg, ~~~~ Westdeutschl., Exp. - (+) bzw. Importüberschuß (-) in Mill. skr.
Quelle: "Handel" 1911, S. 51, 1929, S. 26, 1932, S. 24, 1938, S. 31, 1949, S. 31, 1955, S. 31. Kieler Studien Nr. 7, 1952, S. 24.

mit anderen Ländern, - dieses System weniger funktionsfähig wurde und daß sich somit Gleichgewichtsstörungen für die schwedische Wirtschaft ergeben konnten.

4. DIE BEDINGUNGEN DES INTERNATIONALEN HANDELS ZU BEGINN DER 30er JAHRE

Tatsächlich schufen die Wirtschaftskrise in den USA vom Herbst 1929 und die sich darauf ausbreitende weltweite Depression denkbar ungünstige Voraussetzungen für internationale Handelsverbindungen. Die steigende Arbeitslosigkeit und unausgenutzte Kapazität in den einzelnen Ländern ließen nur wenig Interesse an einer internationalen Arbeitsteilung aufkommen. Als wichtigste Aufgabe galt die Wiedereinsetzung und -beschäftigung der einheimischen Produktionsfaktoren. National orientierte Wirtschaftsprogramme verschiedener Formen sollten mit unterschiedlichen Mitteln dazu dienen, dieses neue Ziel zu erreichen. Dies sollte nunmehr unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung anderer Länder möglich werden, mit der Folge, daß sich im Laufe der Depression in immer höherem Maße eine Isolierung der Länder voneinander bemerkbar machte. Bilaterale Abkommen, Quoten- und Clearingssysteme gehörten nunmehr zum Instrumentarium der Außenhandelspolitik, die ihrerseits wieder eine relative Stagnation der Handelsverbindungen als typisch für die 30er Jahre mit sich brachten. Diese findet in der relativen Abnahme des Welthandelsvolumens, die von 1929 bis 1932 ungefähr 25 % betrug, ihren Niederschlag. (Vgl. folgende Tab.).

Tabelle (8): Index für das Welthandelsvolumen (1929 = 100) [1].

1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
83,2	85,0	92,3	95,5	100	92,8	85,3	73,9	74,9

Die Entstehung von Valutakrisen in Europa im Sommer und Herbst 1931 tat vollends ein übriges, um das seit der zweiten Hälfte der 20er Jahre relativ gut funktionierende internationale Handels- und Zahlungssystem zusammenbrechen zu lassen.

---

1) Quelle: Meddelanden från konjunkturinstitutet, serie A: 1, "Konjunkturläget hösten 1937", S. 136.

5. DIE ABKEHR VOM GOLDSTANDARD ALS WESENTLICHE VORAUS - SETZUNG FÜR DIE STABILISIERUNGSPOLITIK SCHWEDENS

Angesichts der weitläufigen Verflechtung des schwedischen Außenhandels kann man nun leicht dazu neigen, den Rückgang des internationalen Handels und die Einschränkungen im multilateralen Abwicklungssystem als unmittelbaren Anlaß für die steigenden Handelsbilanzdefizits zu betrachten, die Schweden anfangs der 30er Jahre aufwies[1].
Tatsächlich beruhten aber diese wachsenden Handelsbilanzdefizits einfach darauf, daß - wie Artur Montgomery schreibt - "die Konjunkturen in Schweden zunächst so viel besser waren als im Ausland"[2]. Die verschlechterten internationalen Handelsbeziehungen hatten sich in Schweden nämlich eben nicht sofort bemerkbar gemacht. Vielmehr hatte der schwedische Export noch 1929/30 eine relativ günstige Stellung auf dem Weltmarkt inne, und auch auf dem Binnenmarkt war eine Depression vor dem Jahreswechsel 1930/31 kaum zu bemerken, auch wenn sich bereits Anfang 1929 eine fallende Tendenz in den Preisen gezeigt hatte. (Der Großhandelspreisindex des schwedischen Kommerskollegiums[3] stand Anfang 1929 zwischen 144 und 145, verglichen mit dem Basiswert 100 von 1913. Im Januar 1930 war er bereits auf 131, und Ende 1930 auf 117 gesunken[4]).

Der schwedische Markt war daher - nach den Worten Montgomerys - "noch relativ kaufkräftig, und das bewirkte, daß sich der Import auf einem hohen Niveau hielt. Noch im Jahr 1931 scheint das Importvolumen ungefähr so groß gewesen zu sein wie 1929, wahrscheinlich sogar größer, während der Export gleichzeitig eine kräftige Reduktion erfuhr" [5].

---

1) Vgl. hierzu die Tabellen (1) und (9).
2) Artur Montgomery, "Svensk och internationell ekonomi 1913-1939", Stockholm 1954, S. 255. (Uebers. v. Verf.)
3) Das schwedische Kommerskollegium ist "eine dem Handelsministerium unterstellte zentrale Behörde. Nach nunmehr geltender Instruktion vom 27.6.1929 (mit Änderungen 1938, 1939 u. 1947) obliegt es dem K., die Entwicklung von Handel, Seefahrt, Industrie, Bergbau, Handwerk und Gewerbe zu verfolgen, Maßnahmen zur Förderung dieser Wirtschaftszweige vorzuschlagen sowie Kenntnis zu nehmen von dem Zustand und der Entwicklung in anderen Ländern." (Vgl. Svensk Uppslagsbok, 2. Aufl., Malmö 1950, Bd. 16, S. 54. Uebers. v. Verf.)
4) Vgl. hierzu A. Montgomery, a.a.O., S. 255.
5) A. Montgomery, "Svensk och internationell ekonomi 1913-1939", S. 255.

Tabelle (9): Volumen u. Wert der Ein- und Ausfuhr Schwedens. 1929 - 1932 [1]

	in Tonnen		Wert in 1000 skr	
Jahr	Import	Export	Import	Export
1929	10 845 200	21 955 382	1 782 584	1 812 307
1930	10 518 502	18 735 728	1 662 175	1 550 351
1931	10 528 868	11 677 047	1 427 541	1 122 408
1932	9 561 536	8 808 024	1 154 864	947 398

Die Folge davon war, daß der Importüberschuß, der in der Zeit von 1925 - 1929 jährlich ca. 45 -46 Mill. skr. betragen hatte, nunmehr, im Jahr 1930, auf 112 Mill. skr. und 1931 auf nicht weniger als 305 Mill. skr. anstieg (vgl. Tab. 2). Und diese Entwicklung wäre noch krasser gewesen, hätte nicht der sich schon Anfang 1929 zeigende Preisfall die Import- und Exportpreise in so verschiedenem Maße berührt. Er traf nämlich "im großen ganzen den Import mehr als den Export" [2].
Zunächst wurden die Handelsbilanzdefizits allerdings durch den Zustrom kurzfristigen ausländischen Kapitals gedeckt, so daß die Valutalage noch stabil gehalten werden konnte. Diese kurzfristigen Mittel, die hauptsächlich aus dem wirtschaftlich unsicheren europäischen Kontinent ihren Weg nach Schweden gefunden hatten, wurden hier jedoch nicht nur zur Vermehrung der Valutareserve der Reichsbank, sondern auch zu langfristigen Investitionen im Ausland verwendet, die zwar besonders vorteilhafte Zinsen boten, jedoch Forderungen an das Ausland darstellten, die, wie sich zeigte, im Bedarfsfalle keine Disposition über ausländische Valuten ermöglichten.

Mit dem Zusammenbruch des internationalen Kapitalmarkts entwickelte sich jedoch an Stelle des Kapitalzustroms eine lebhafte Kapitalflucht aus Schweden, die im Verein mit den Valutaforderungen des international verschuldeten Kreugerkonzerns die Valutalage der schwedischen Reichsbank erheblich verschlechterte. Im Juli 1931 verminderte sich der Valutavorrat um ca.

---

1) Quelle: "Statistisk årsbok för Sverige" 1933, S. 115.

2) Der Index der Svenska Handelsbanken für Exportpreise stand 1929 bei 144 (1913 = 100), der für Importpreise bei 126. Im Jahr darauf waren die entsprechenden Ziffern 134 resp. 101. (Vgl. auch A. Montgomery a.a.O., S. 255.)

75 Mill. skr. Dieser Entwicklung suchte die Reichsbank durch eine Verschärfung der Diskontpolitik Einhalt zu gebieten, aber bereits im nächstfolgenden Monat sank der Valutavorrat weiter um nahezu 100 Mill. skr., und es war offenbar, daß nur Hilfe vom Ausland, insbesondere von Seiten amerikanischer und französischer Banken, die Stellung der schwedischen Reichsbank retten und damit ihren Bestrebungen, den Goldstandard aufrechtzuerhalten, zum Erfolg verhelfen konnte. Am 26. September 1931 betrug der Valutavorrat noch ganze 30 Mill. skr., was bei der bisherigen Inanspruchnahme der Reserve dem Bedarf eines oder zweier Tage entsprach [1]. Als am selben Tag noch definitiv feststand, daß die begehrte Kredithilfe vom Ausland nicht zu bekommen war, folgte Schweden am 27. September 1931 dem eine Woche vorher erfolgten Beispiel Englands und ging zur Papierwährung über [2].

Hätte man den Goldstandard wirklich effektiv verteidigen wollen, so hätte die (Ende Juli 1931 vorgenommene) restriktive Kreditpolitik bedeutend früher einsetzen müssen. Auf diese Weise hätte man dann die Handelsbilanz korrigieren können, jedoch um den Preis einer noch schärferen Depression und Arbeitslosigkeit, und es ist fraglich, ob selbst mit solchen Opfern der Goldstandard zu retten gewesen wäre, nachdem ja, wie gezeigt wurde, weniger die Spannungen innerhalb der Handelsbilanz, als vielmehr die Kapitalflucht den unmittelbaren Anlaß zu der Valutakrise gab. Aber auch wenn die schwedische Reichsbank Mittel und Wege zur Aufrechterhaltung der Goldwährung gehabt hätte, so hätte sie angesichts der Tatsache, daß England und einige wichtige Konkurrenten Schwedens auf dem Weltmarkt bereits zur freien Valuta übergegangen waren, gut daran getan, ebenfalls einen solchen Schritt zu unternehmen.

Die Stellung der schwedischen Reichsbank blieb zwar auch nach Aufgabe des Goldstandards - vor allem infolge weiterer Inanspruchnahme ausländischer

---

1) Ziffern, Daten und alle näheren Angaben dieses Abschnitts sind entnommen aus: A. Montgomery, "Svensk och internationell...", S. 257 - 262.

2) Bei der Frage des Zeitpunkts für die Abkehr vom Goldstandard erscheint folgende Tatsache recht interessant, auf die A. Montgomery aufmerksam macht: Angesichts eines Goldvorrats von 198 Mill. skr. am 27.9.1931 hätte die Reichsbank den Goldstandard noch einige Zeit aufrechterhalten können. Sie konnte jedoch ihren Goldvorrat nicht opfern, weil auf ihm ja das Recht zur Notenausgabe beruhte. Die Goldwährung wurde geopfert, um die Vorschriften der Notendeckung erfüllen zu können! Somit brachten also eigentlich die Vorschriften zur Garantie des Goldstandards diesen unmittelbar zu Fall!

Valuta durch Kreditverpflichtungen gegenüber dem Ausland in der Kreugeraffäre - die nächsten Monate hindurch noch sehr schwach, wodurch sich eine mögliche Erholung der schwedischen Wirtschaft zusätzlich verzögerte [1], doch war der Übergang zur Papierwährung zweifellos eine wesentliche Voraussetzung für eine Stabilisierungspolitik ab 1933, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

1) Die seit der Weltwirtschaftskrise bestehende Tendenz zu erhöhter Selbstversorgung der einzelnen Länder (vgl. S. 11) machte sich auch in Schweden unter anderem in der Bemühung geltend, den bis 1931 unvermindert hohen Import zu drosseln, während gleichzeitig eine stimulierende Exportsteigerung erstrebt wurde. Die Abwertung der Krone hat zweifellos in dieser Richtung gewirkt.
Durch nachstehende Erläuterungen Erik Lundbergs soll dies verdeutlicht werden [2]: "Die Abwertung der Krone im Verhältnis zum Gold und den Goldvaluten war sehr kräftig; im Endstadium (1935) waren der Goldpreis und die entsprechenden Wechselkurse um ungefähr 80 % gestiegen, und war die Krone damit um ca. 45 % abgewertet. Nachdem eine Reihe anderer Länder ebenfalls ihre Valuta abwerteten, wird jedoch diese berechnete durchschnittliche Wechselkurssteigerung wesentlich geringer und die Abwertung der Krone gegenüber den wichtigeren Valuten im Durchschnitt grob gerechnet ungefähr 25 %".
Da sich die durchschnittliche Abwertung bei einer Wägung gemäß der Importländerverteilung als stärker erwies als bei einer solchen mit der Exportländerverteilung, läßt sich der Schluß ziehen, daß die Abwertung als Schutz gegen ausländische Konkurrenz effektiver war denn als Stimulans für den Export. Allzu weit gehende Schlüsse, so meint Lundberg, dürften jedoch in dieser Richtung aus der Steigerung der Wechselkurse nicht gezogen werden, da ja die Konkurrenzbedingungen während der 30er Jahre - nicht zuletzt infolge einer Vielzahl von Handelsrestriktionen und -regulierungen - ständig Veränderungen unterworfen gewesen seien. Für die erste Zeit nach der Abwertung, also für 1931 u. 1932, dürfte jedoch die Abwertung der Krone ohne Zweifel einen starken Schutz gegen

---

1) Vgl. hierzu A. Montgomery, "Svensk och internationell...", S. 262: "Noch am Jahresschluß war die Stellung fast gleich unbefriedigend; die Valutareserve betrug damals ca. 50 Mill. Es war nicht leicht, in dieser Lage eine planmäßige Valutapolitik zu betreiben." (Übers. v. Verf.).
2) Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", 3. Druck, Stockholm 1955, S. 65 f. (Übers. v. Verf.).

ausländische Konkurrenz bedeutet haben. Dies gehe daraus hervor, daß der starke Konkurrenzdruck von Seiten Deutschlands und der sog. Goldländer fast völlig aufgehört habe. Da jedoch Lohn- und Preisniveau in den Goldländern weiterhin eine fallende, in den Abwertungsländern aber eine stabile bis leicht steigende Tendenz aufgewiesen haben, und da außerdem im Laufe der 30er Jahre immer mehr Länder von der Abwertung Gebrauch gemacht hätten, habe diese als Konkurrenzschutz allmählich immer mehr an Bedeutung verloren.

2) In einer weiteren Hinsicht zeigte sich die Abkehr vom Goldstandard als wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierungspolitik der 30er Jahre: In ihrer Wirkung auf den Kapitalmarkt.
Durch die Wiedereinführung der Goldwährung herrschten in den 20er Jahren denkbar günstige Bedingungen für einen internationalen Kapitalmarkt. Die stabile Valutalage und die enge Verbindung mit den ausländischen Kapitalmärkten bewirkten, daß die jährlichen schwedischen Ersparnisse langfristig im Ausland angelegt wurden, so daß sie für Investitionen im Lande selbst nicht mehr zur Verfügung standen. Eine Folge hiervon war, daß das infolge der Kapitalknappheit im Ausland herrschende hohe Zinsniveau auch auf Schweden übertragen wurde, ein Umstand, der ein starkes Hemmnis für mehr kapitalbeanspruchende Investitionen innerhalb Schweden bedeuten mußte. Dieses Bild änderte sich zu Beginn der 30er Jahre grundlegend [1]. Mit der Abkehr vom Goldstandard endeten auch die günstigen Voraussetzungen für einen internationalen Kapitalmarkt. Die mit der Abwertung, den Autarkiebestrebungen der einzelnen Länder und der bilateralen Ausrichtung der Handelsverbindungen aufgekommenen unsicheren Valutaverhältnisse verhinderten den privaten Kapitalexport auf lange Sicht der bisher eine so starke Konkurrenz für Investitionen in Industrie und Wohnungsbau im Inland dargestellt hatte.

Mit dieser Frage nach der Entwicklung des Kapitalmarktes steht man schon mitten in einem weiteren Problemkreis, der für eine wirtschaftliche Expansionspolitik von Bedeutung und für den die Abkehr vom Gold damit mitentscheidend war:

3) Die Bewahrung bzw. Verbesserung der Liquidität in der Volkswirtschaft.
Die Loslösung von den Gesetzen fester Wechselkurse durch die Abkehr vom Goldstandard schuf erst die Voraussetzungen für eine Verbesserung der

---

1) Vgl. auch hierzu Erik Lundberg, a.a.O., S. 68-69.

Liquidität, die ja im allgemeinen mit der Lage der Zahlungsbilanz, d.h. mit dem Vorrat an ausländischen Valuten, zusammenhängen.

Die Möglichkeit für eine Verbesserung der Valutalage war, wie bereits auf den vorhergegangenen Seiten gezeigt wurde, durch die importhemmende und exportfördernde Wirkung der Abwertung der Krone, sowie durch deren Wirkung auf den Kapitalmarkt, gegeben. Tatsächlich verbesserte sich die Situation in der schwedischen Zahlungsbilanz nach der Abkehr vom Goldstandard beträchtlich. (Einzelheiten hierüber siehe S. 22 und S. 229). Das damit zusammenhängende vermehrte Angebot an Gold und Valuten wurde von der schwedischen Reichsbank übernommen, mit der Folge, daß dem Geldmarkt ständig liquide Mittel zugeführt wurden. Eine hohe Liquidität in der Wirtschaft ist jedoch eine wesentliche Bedingung für das Gelingen einer wirtschaftlichen Expansion. Der Vorrat an ausländischen Valuten aber bildet den "internationalen Raum" [1] einer Expansion und ist damit ebenfalls eine grundlegende Voraussetzung für deren Fortbestand überhaupt.

6. ZUSAMMENFASSUNG ÜBER DIE VERHÄLTNISSE ZU BEGINN DER 30er JAHRE UNTER BERÜCKSICHTIGUNG BINNENWIRTSCHAFTLICHER ASPEKTE

Will man diesem Abschnitt als Einleitung einen Gesamteindruck von der Situation Schwedens während der Krisenjahre 1929-33 voranstellen, so muß dies durch die Feststellung geschehen, daß der Konjunkturverlauf in Schweden im wesentlichen ein Reflex der internationalen Entwicklung war. Schweden spielte also beim Konjunkturumschwung Ende der 20er / Anfang der 30er Jahre keine aktive Rolle. Vielmehr herrschten in Schweden noch weit bis in das Jahr 1930 hinein günstige wirtschaftliche Verhältnisse. Allerdings hatten fallende Preistendenzen schon 1929 Anlaß zu Beunruhigungen gegeben (Vgl. S. 12). In ihrem Gefolge kam es im Laufe des Jahres 1930 auch zu einer Stagnation im Exportwert (siehe Tab. 10), die sich sodann zu einer allmählichen quantitativen Abnahme in der Ausfuhr erweiterte. (Siehe Tab. 11).

---

1) Vgl. Meddelanden från konjunkturinstitutet, serie A:1, "Konjunkturläget hösten 1937", S. 16 u. S. 41, sowie unsere Ausführungen im 2. Teil der vorliegenden Arbeit, S. 118 / 119 resp. S. 134.

Tabelle (10): Exportwerte der wichtigsten Warengruppen. 1926 - 1932. (In Mill. skr.) [1]

Jahr	Agrarprod.	Holz u. Holzwaren	Prod. der Papierind.	Mineralien	Metalle und Metallwaren
1926-30	184,3	299,5	417,2	234,1	362,5
1928	185,9	315,4	370,5	186,0	402,0
1929	205,0	341,8	470,3	277,0	406,0
1930	181,0	278,4	404,9	238,0	359,0
1931	117,4	173,6	347,2	138,6	278,0
1932	93,1	153,5	290,9	88,3	248,7

Tabelle (11): Exportmenge einiger wichtiger Waren. 1926 - 1932. [1]

Jahr	Gesägte Holzwaren in 1000 stds.	Papier-masse in 1000 t	Papier und Pappe in 1000 t	Eisenerz in 1000 t	Roheisen in 1000 t	Schmiedeeisen und Stahl in 1000 t
1926-30	1061	1503	438	8750	98	121
1928	1073	1327	411	5093	104	128
1929	1221	1789	489	10899	103	139
1930	1026	1641	444	9387	70	98
1931	750	1567	485	4496	59	77
1932	763	1292	473	2219	48	68

Verglichen mit den anderen am Welthandel beteiligten Völkern war diese Abnahme jedoch gering und die Außenhandelssituation Schwedens somit im Zusammenhang mit einer relativ günstigen Entwicklung der Preise (Exportpreise > Importpreise, vgl. S. 13) auch relativ günstig [2].

---

1) A. Montgomery, "Hur Sverige övervann depressionen 1930-33", Uppsala 1938, S. 32/33.

2) Zur Vervollkommnung dieses Bildes über die Entwicklung des schwedischen Exports bedarf es noch des Hinweises, daß sich die Wirkungen einer veränderten Nachfrage nach Exportwaren nur mit einer gewissen Verzögerung geltend machen. Rücklaufige Tendenzen auf den Absatzmärkten wirken

Ab 1931 änderte sich jedoch dieses bisher noch relativ günstige Bild des schwedischen Außenhandels. Der Export bekam die Krise nun immer deutlicher zu spüren und geriet im Laufe dieses Jahres erst in eine wirklich kritische Situation.

Hatte somit der Export 1931 eine starke Minderung erfahren, so waren die Verhältnisse auf dem Binnenmarkt zum selben Zeitpunkt noch immer relativ günstig [1]. Dies war nicht zuletzt auf den hohen Stand des Wohnungsbaus zurückzuführen, der noch 1932 - infolge einer teils auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur (relativ größere Anzahl familienbildender Altersklassen), teils auf die Verbesserung des Lebensstandards der breiten Masse seit Kriegsende zurückzuführenden starken Nachfrage nach Wohnungen - eine höhere Produktionsziffer aufwies als 1929. (Vgl. die Tabellen 12 u. 13).

---

sich zunächst auf die Bestellungen für künftige Lieferungen aus, ohne daß die laufende Produktion zugleich betroffen würde. Im Gefolge des Nachfragerückgangs ergeben sich zunächst sinkende Preise, so daß der Wert des Exports geringer wird als dessen Umfang, was ja tatsächlich in Schweden der Fall war. Außerdem wird den depressiven Einflüssen von außen anfangs noch durch eine Produktion auf Lager entgegengewirkt. Dadurch ergeben sich höhere Produktionsziffern für die Exportindustrie, als den sinkenden Exportwerten entsprechen würde. Erst mit fortschreitender Verschlechterung auf den Exportmärkten schwindet die Widerstandskraft der Exportbetriebe, und die depressiven Einflüsse zeigen sich nunmehr in einer rückläufigen Produktion und Beschäftigung in den Exportindustrien. Der Produktionsrückgang kann sogar infolge der anfänglichen Ausgleichsmaßnahmen nunmehr in dieser Phase der Depression schärfer werden als es die aktuelle Nachfrage bedingt.

1) Vgl. hierzu auch Günter Schmölders, "Die Steuerzahlerbewegung in Schweden", in Finanzwissenschaftl. Forschungsarbeiten, Bd. 1950-52, 1-7, Köln 1950, S. 26: "Die Weltwirtschaftskrise von 1930/31 traf die schwedische Volkswirtschaft somit nicht zugleich und keineswegs mit voller Schärfe. Zwar sank der Ausfuhrwert durch den Preissturz an den Weltmärkten von 1929 bis 1932 in den wichtigsten Warengruppen nahezu auf die Hälfte, dafür verbilligten sich die Einfuhrgüter beträchtlich und erst allmählich folgte das Außenhandelsvolumen und die Beschäftigungslage in der Exportindustrie dem vorausgeeilten Abstieg der Preise und Werte, von dem die heimischen Märkte und die für sie beschäftigten Wirtschaftszweige nur in stark abgeschwächtem Maße, teilweise, wie auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft, sogar schlechterdings überhaupt nicht betroffen wurden."

Tabelle (12): Produktions- und Exportvolumen für Industrieprodukte sowie Wohnungsbau in Schweden 1925-1932 [1]
1926/29 = 100

Jahr	Produktionsvolumen	Exportvolumen	Fertiggestellte Wohneinheiten
1925	83,6	87,6	92,0
1926	91,8	86,8	96,8
1927	94,8	100,1	96,9
1928	100,0	95,0	103,4
1929	112,7	117,9	102,9
1930	111,9	101,4	132,0
1931	107,5	83,4	131,6
1932	101,5	74,5	117,1

Tabelle (13): Die industrielle Produktion Schwedens für Binnenmarkt und Export 1929 - 1932 [2]
Index 1929 = 100

Jahr	Binnenmarkt	Export
1929	100	100
1930	97	97
1931	89	78
1932	87	66

Damit hatte sich jene Diskrepanz in der Entwicklung von Export- und Binnenmarkt ergeben, die, wie im vorigen Abschnitt ausführlich gezeigt wurde, zu der rapiden Abnahme des Valutavorrats der schwedischen Reichsbank und dadurch mittelbar zur Devalvation der Krone am 27.9.1931 geführt hatte.

---

1) Meddelanden från konjunkturinstitutet, serie B:1, "Strukturella inslag i de senare årens ekonomiska utveckling", v. Ingvar Svennilson, Stockholm 1939, S. 53 (Mitteilungen des Konjunkturinstituts: Strukturelle Einschläge in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre.)

2) League of Nations, "World Economic Survey", Fourth Year 1934-35, Geneva 1935, S. 122.

Hätte man die Abkehr vom Gold auch in Schweden (zugleich mit England) schon eine Woche früher durchgeführt, wären der Reichsbank enorme Valutaabflüsse erspart geblieben und sie hätte damit eine wesentlich günstigere Ausgangsposition für eine künftighin aktive Politik erhalten. So aber war sie, bei einem Valutavorrat von höchstens 50 Mill. skr., in einer denkbar schwachen Stellung aus der Devalvation hervorgegangen. Diese trug auch in hohem Maße dazu bei, den Glauben an eine wirkliche Inflationsgefahr aufkommen zu lassen, wodurch die Reichsbank wiederum gezwungen war, den Übergang zur freien Währung mit schärferen Kreditrestriktionen zu verbinden als dies bei einem größeren Valutavorrat hätte der Fall sein müssen.
Mit 8 % erreichte der Diskont zu dieser Zeit (Sept. 1931) einen höheren Stand als je zuvor. Wie es im Jahrbuch der schwedischen Reichsbank für 1931 heißt, beabsichtigte diese mit ihrer verschärften Politik, "eine Spekulation in Waren und Valuten zu verhindern und gleichzeitig einen Beweis für ihre Absicht zu erbringen, die einheimische Kaufkraft der schwedischen Krone zu bewahren"[1].

Die zweifelhafte Lage während der ersten Monate nach der Abwertung machte sich vor allem in der Unsicherheit der Wechselkursverhältnisse bemerkbar. Zunächst, bis März 1932, notierte man die Krone beträchtlich höher als das englische Pfund. Dadurch verzögerte sich der Zustrom ausländischer Valuten, ja, der Valutavorrat war - als Folge der Kreditverpflichtungen der Reichsbank in der Kreugeraffäre - bis November 1931 weiter auf 19 Mill. skr. zusammengeschmolzen.

Angesichts der inflationistischen Befürchtungen wagte die Reichsbank zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht zu intervenieren und eine weitere Abwertung der Krone gegenüber dem Pfund vorzunehmen, sondern sie beschränkte sich darauf, "durch gewisse Kreditrestriktionen ein allzu starkes Steigen dieser Kurse zu verhindern und geringere Kursbewegungen auszugleichen. Gleichzeitig suchte das Reichsbankdirektorium eine Valutareserve zu schaffen, die in Zukunft eine effektivere Valutapolitik ermöglichen sollte"[2].
Erst im Frühjahr 1932, als zugleich klar geworden war, daß das eigentliche Gespenst dieser Zeit nicht mehr Inflation, sondern fortbestehende Deflation hieß, trat ein Umstand ein, der ein diesbezügliches aktives Vorgehen der Reichsbank ermöglichte: Der Zusammenbruch des Kreugerkonzerns im Frühjahr 1932 verursachte ein gewisses, allerdings rasch vorübergehendes Mißtrauen gegenüber der schwedischen Valuta, das den unmittelbaren Anlaß

---

1) Riksbankens årsbok 1931, S. 14 (Übers. v. Verf.).
2) "Bankoutskottets utlåtande" (Gutachten des Reichsbankkuratoriums) Nr. 40 v. 2.5.1932, S. 14 (Übers. v. Verf.).

zum Sinken des intervalutarischen Wertes der Krone gab. Diese Entwicklung wurde von der schwedischen Reichsbank, der die exportfördernde und importhemmende Wirkung einer solchen Wertrelation zwischen Pfund und Krone sehr willkommen war, nun dadurch unterstützt, daß sie Devisen, und in erster Linie Pfund Sterling, ankaufte. Damit machten sich zum erstenmal Zeichen für eine Stabilisierung der Lage in Form einer Verbesserung der Valutalage bemerkbar, die also sehr wesentlich auf die hohe Notierung des englischen Pfunds ab 1932 zurückzuführen war.

Als aber das englische Pfund im Herbst 1932 gegenüber dem Dollar stark im Wert sank, wollte die schwedische Reichsbank aus handelspolitischen Gründen die Krone nicht länger an das Pfund binden und damit gegenüber dem Dollar und den anderen Goldvaluten noch weiter abwerten [1]. Dadurch stieg die Krone wiederum gegenüber dem englischen Pfund im Wert, doch als nach der Abwertung des Dollars im Frühjahr 1933 das Pfund erneut von 18,40 auf 19,50 skr. gestiegen war, kaufte die Reichsbank fortan alle Pfundvaluten und band ab Juli 1933 die Krone endgültig (bis kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges zu ebendiesem Kurs von 19,50 skr. an das Pfund. (Dies entsprach einem Kurs von 7 % über dem alten pari.)

Die schwedische Reichsbank scheint also nach der Abkehr vom Goldstandard - mit Ausnahme zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 - ab Frühjahr 1932 eine durch Aufkauf ausländischer Valuten gekennzeichnete aktive Haltung zur Valutapolitik eingenommen zu haben, nachdem sich eben infolge der exportfördernden und importhemmenden Wirkung der hohen Notierung des englischen Pfundes zu diesem Zeitpunkt die ersten Anzeichen einer Verbesserung der Außenhandelssituation bemerkbar machten.

Jedenfalls entwickelte sich die schwedische Handelsbilanz ab 1932 in ausgleichender Richtung. Sie wies zwar auch in diesem Jahr noch einen beträchtlichen Passivsaldo aus, zeigte jedoch mit 208 Mill. skr Importüberschuß gegenüber den 305 Mill. skr des vorhergegangenen Jahres eine wesentliche Verbesserung. Tatsächlich stieg auch die Valutareserve ab diesem Zeitpunkt wieder. Sie hatte im März 1932 bereits etwas mehr als 100 Mill. skr, im Herbst 1932 sogar 214 Mill. skr erreicht.

Im Laufe des Jahres 1933 endlich, als sich die Reichsbank vollends zu einer aktiven Valutapolitik entschloß und den Pfundkurs durch Aufkaufen aller angebotenen Pfund Sterling stabilisierte, zeigte eine Valutareserve von 446 Mill. skr daß sich nunmehr die Valutalage gegenüber der unruhigen Krisenzeit vom Herbst 1931 völlig verändert hatte.

---

1) Erwähnt in "Memorial nr. 1" des Reichsbankdirektoriums v. 17.1.1933, S. 10.

Binnenwirtschaftlich machte sich eine Erholung nicht so rasch bemerkbar.

Nachdem die rückläufige Tendenz des Exports 1930/31 immer spürbarer geworden war, und fallende Preistendenzen sich im Verein mit einer internationalen Landwirtschaftskrise nunmehr auch auf dem schwedischen Binnenmarkt bemerkbar gemacht hatten, war es zunächst am Jahreswechsel 1930/31 offenbar, daß auch Schweden vor einer neuen und umfassenden Arbeitslosigkeitskrise stand [1], und dies trotz der gegenüber dem Export relativ günstigen Situation auf dem Binnenmarkt zu jenem Zeitpunkt. Die Ausbreitung der Depression wurde sodann aber über die gesamte Wirtschaft fühlbar, und die Arbeitslosigkeitsziffer der Gewerkschaften (siehe Tab. 14) erreichte im Winter 1932/33 ihr höchstes Niveau, zu einem Zeitpunkt also, da sich die Festigung und sogar Erholung der Exportindustrie bereits wieder andeutete [2].

Das Zusammentreffen der zwei in diesem Abschnitt nachgewiesenen Faktoren, nämlich einer zunehmenden Verbesserung der Valutalage und des Bestehens einer hohen Arbeitslosigkeit, war ein wichtiges Merkmal für eine Lage, in der eine Stabilisierungspolitik einsetzen konnte.
"In den 30er Jahren", so schreibt Erik Lundberg hierzu, "war das vorhanden, was man einen 'realen' Expansionsraum nennen könnte - sowohl in Form von disponiblen unausgenützten Produktionsreserven (große Arbeitslosigkeit 1933) als auch in Form eines steigenden Valutazustroms" [3].

Das war also die wirtschaftliche Situation, aus der heraus die Sozialdemokraten im Herbst 1932 mit der Regierungsbildung beauftragt und alsdann zu Verfechtern einer expansiven Wirtschaftspolitik wurden, für die, wie gesagt, die günstige valutapolitische Lage die denkbar beste Voraussetzung bot.

---

1) A. Montgomery, "Svensk och internationell ekonomi 1913-39", Stockholm 1954, S. 256.
2) Aber auch auf dem Binnenmarkt war, im Vergleich mit den anderen Ländern (vor allem USA und Deutschland) die Situation in Schweden insgesamt recht günstig. Diese somit relativ kurz und mild verlaufene Depression in Schweden mit ihrer typischen Auslandsabhängigkeit veranlaßte den "Deutschen Volkswirt", von Schweden als einer Konjunkturinsel zu sprechen, die allerdings auf Exportstelzen stehe und für die somit die Geschäftsentwicklung in anderen Ländern ausschlaggebend bleibe. ("Der Deutsche Volkswirt" v. 19.10.1934, S. 107).
3) Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1955, S. 251, (Übers. v. Verf.).

Tabelle (14): Arbeitslosigkeit innerhalb der Gewerkschaften, in v.H. der Mitglieder, 1929-1934, monatlich. 1)

Jahr	Datum												Jahres-
	31/1	28/2	31/3	30/4	31/5	30/6	31/7	31/8	30/9	31/10	30/11	31/12	durch- schnitt
1929	14,8	14,6	13,7	11,4	7,7	6,8	6,3	6,1	6,7	8,2	10,1	16,3	10,2
1930	13,9	13,2	12,3	10,8	8,0	8,0	8,0	8,1	9,5	12,3	15,3	22,9	11,9
1931	20,2	18,7	19,4	17,1	13,2	12,4	11,8	12,8	13,4	16,4	19,3	26,5	16,8
1932	24,2	23,8	24,1	20,8	19,0	19,3	19,4	20,0	20,6	22,1	24,1	31,0	22,4
1933	28,8	27,7	28,7	24,3	21,1	20,3	19,4	19,6	19,2	20,2	22,3	27,2	23,3
1934	24,4	24,4	23,8	19,6	15,4	14,0	12,9	13,3	13,0	14,8	17,1	23,7	18,0

1) Entnommen aus: "Statens Arbetslöshetskommissions Berättelse 1925 - 1934", (Bericht der Staatlichen Arbeitslosenkommission) Stockholm 1937, S. 525.

Und doch war, wie Montgomery zu bedenken gibt[1], eine Expansionspolitik zunächst ein zweischneidiges Schwert. Denn da diese auf eine Aufrechterhaltung der Kaufkraft abzielen und einen Rückgang des Lohnniveaus verhindern mußte, konnte sie leicht der Exportindustrie zur Last fallen, für die jede Art einer Kostensteigerung gleichbedeutend mit verringerter Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten sein mußte. Bei der Bedeutung des Exports für die schwedische Wirtschaft war das jedoch alles andere als wünschenswert. Andererseits konnte man sich von einer einseitigen Förderung der Exportindustrie - die obendrein mit restriktiven Maßnahmen und damit mit einer Verschlechterung der Lage in der Binnenmarktindustrie hätte erkauft werden müssen - angesichts der verschlechterten Verhältnisse auf den Exportmärkten keinen all zu großen Nutzen versprechen.

---

1) Artur Montgomery, "Hur Sverige övervann depressionen 1930-1933", (Wie Schweden die Depression von 1930-1933 überwand), Stockholm 1938, S. 52.

II. DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UND SPEZIELL DIE GELDPOLITISCHE ZIELSETZUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN REGIERUNG SCHWEDENS IN DEN 30er JAHREN [1)]

1. VORBEMERKUNG ÜBER VERSCHIEDENE "AMBITIONSGRADE" WIRTSCHAFTSPOLITISCHER ZIELSETZUNGEN (nach Lundberg)

Wirtschaftspolitische Zielsetzungen, so meint Erik Lundberg, können sich als mehr oder weniger ambitiös erweisen, je nachdem, ob sie eine mehr oder weniger tiefgehende Veränderung der in einem Zeitpunkt herrschenden Lage

---

1) Bei der zentralen Stellung, die die Geldpolitik in dem wirtschaftspolitischen Instrumentarium zu Beginn der 30er Jahre einnahm, (siehe hierzu die Äußerungen im Rahmen der theoretischen Untersuchungen, dargestellt im 2. Teil der vorliegenden Arbeit, S. 139 resp. S. 163), ist es unvermeidlich, daß sich die Untersuchungen dieses Abschnitts zum größten Teil auf die geldpolitische Zielsetzung und damit auf die Richtlinien der Reichsbankpolitik Schwedens für die 30er Jahre beziehen. In Anbetracht dessen erscheint hier die Erörterung der Frage am Platze, inwieweit die schwedische Reichsbank in ihrer Organisation und ihren Maßnahmen den politischen Instanzen, und hier in erster Linie der Staatsgewalt, verhaftet war bzw. heute verhaftet ist.
Formell wurde, und wird noch heute, der gesamte Einfluß auf die Entscheidungen der Reichsbank und deren Tätigkeit durch die Volksvertretungen, d.h. bis 1866 durch die Reichsstände, danach durch den Reichstag, ausgeübt. Die mit der Tätigkeit der Reichsbank aufkommenden Fragen wurden bzw. werden dort vom Reichsbankkuratorium (bankoutskottet), das 1664 als ein vorläufiger Ausschuß der Reichsstände, 1672 als ständiger Ausschuß eingesetzt wurde und das heute aus 16 Mitgliedern (jeweils 8 Mitglieder aus jeder Kammer) besteht, erörtert.
Die Reichsbankverwaltung selbst obliegt etwa seit 1800 dem Reichsbankdirektorium (bankofullmäktige), das aus 7 Mitgliedern besteht. Von diesen werden 6 nebst Stellvertretern auf die Dauer von 3 Jahren vom Reichstag gewählt, während das 7. Mitglied, das zugleich Vorsitzender des Direktoriums ist, sowie dessen Stellvertreter vom Ministerrat ernannt werden. Dieses Recht des Ministerrats, den Vorsitzenden des Reichsbankdirektoriums zu berufen, war der Hauptinhalt einer 1897 durchgeführten Reichsbankreform, die in erster Linie als das Ergebnis von Bestrebungen, der

und in der wirtschaftlichen Entwicklung beabsichtigen[1]. Je tiefgehender solche Veränderungen, d.h. also je "ambitiöser" die Zielsetzungen sind, desto höhere Forderungen werden im allgemeinen auch an die wirtschaftspolitischen Eingriffe gestellt.

Von diesem Kriterium ausgehend, erhält Lundberg eine Art Klassifizierung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme, die sich eben durch einen entsprechenden "Ambitionsgrad" in ihren Zielsetzungen auszeichnen. Dieser "Ambitionsgrad", so erklärt Lundberg, sei natürlich kein wissenschaftlicher Begriff von fester Geltung, sondern er dürfe nur als ein primitives Hilfsmittel zur Gruppierung der verschiedenen Arten schwedischer Wirtschaftspolitik in den vergangenen 30 Jahren betrachtet werden. Wir wollen uns dieses Lundberg'schen Verfahrens bedienen, um uns zu Beginn dieses Abschnittes ein System für eine spätere Gruppierung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in Schweden während der 30er Jahre zu verschaffen.

Regierung einen größeren Einfluß auf die Reichsbank zu verschaffen, gewertet werden muß und die erst nach einer heftigen Debatte zwischen Reichstag und Regierung über eben die erweiterten Befugnisse der Regierung, zustandekam.

Diese seinerzeit sehr strittige Frage nach dem Für und Wider einer zunehmenden Einflußnahme der Regierung auf die Reichsbankpolitik verlor jedoch, wie wir durch Lars Erik Thunholm erfahren ("Svenskt kreditväsen"; 3. Aufl., Stockholm 1956, S. 20/21) im Laufe der Zeit an Aktualität, da, im Rahmen einer immer stärkeren Einbeziehung der Reichsbank in die generelle Wirtschaftspolitik, der Einfluß auf die Reichsbankpolitik de facto auch immer mehr auf die Regierung überging. Das Reichsbankdirektorium verlor dadurch seine selbständige Bedeutung "und die Reichsbankpolitik wurde ziemlich intim mit den Bestrebungen der Regierung koordiniert".

Als weitere Neuerung seien noch die im Gesetz über die Reichsbank Schwedens stipulierten Bestimmungen über Organisation und Verwaltung der Reichsbank von 1934 genannt, nach denen das Reichsbankdirektorium aus seinen Mitgliedern einen Reichsbankchef ernennen soll, der die unmittelbare Leitung der Reichsbank auszuüben hat. Die tägliche Verwaltung der Reichsbank obliegt nach diesen Bestimmungen ebenfalls dem Reichsbankchef, dessen Stellvertreter sowie einem Deputierten, welch letztere ebenfalls aus dem Kreis der Direktoriumsmitglieder berufen werden.

1) E. Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", 3. Druck, Stockholm 1955, S. 236.

1) Dem ersten und geringsten Ambitionsgrad in der Zielsetzung begegnet man in einer dem Goldstandard unterstellten Wirtschaftspolitik, da es in diesem System außer der Aufrechterhaltung des Währungssystems kein anderes generelles und bewußtes Ziel gibt und da "der Automatismus des Systems" bewirkt, "daß von den Staatsmächten nur ein Minimum an zentralen Plänen und Eingriffen in die Wirtschaft gefordert" wird.

2) Einen etwas höheren Ambitionsgrad repräsentiert ein Wirtschaftssystem unter freier Währung, das sich zum Ziel gemacht hat, bestimmte Wechselkurse gegenüber anderen Valuten zu erreichen bzw. aufrechtzuerhalten.

3) Die nächst höhere Stufe hinsichtlich der Ambition in der Zielsetzung begegnet einem unter einem ebenfalls freien Währungssystem, in dem die Aufrechterhaltung des Geldwerts bzw. eine Stabilisierung oder ein gewisses Anziehen des Preisniveaus erzielt werden sollen.

4) Der nächste Schritt zu einem höheren Ambitionsgrad besteht in der Forderung nach einer Konjunkturstabilisierung im Rahmen einer expansionsfördernden und Arbeitslosigkeit bekämpfenden Wirtschaftspolitik.

5) Eine noch ambitiösere Zielsetzung zeigt sich in dem wirtschaftspolitischen Wunsch nach hoher, gleichmäßiger oder voller Beschäftigung.

6) Beschränkt sich die wirtschaftspolitische Zielsetzung nicht auf eine zeitlich begrenzte hohe Beschäftigung, sondern sollen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Expansion unter voller Ausnützung der Produktionsmittel geschaffen werden, befindet man sich auf der nächst höheren Ambitionsebene.

7) Der siebte, und in Lundbergs System höchste Ambitionsgrad wird von einer Wirtschaftspolitik vertreten, die eine optimale Ausnützung sämtlicher Produktionsfaktoren zum Ziel hat, so daß ein maximales Volkseinkommen erreicht wird. Das Wesentliche in dieser Zielsetzung besteht darin, daß sie bestimmte dirigistische Eingriffe, durch welche der optimale Effekt erst gewährleistet wird, in die Anwendung der Produktionsfaktoren einschließt.

Schließlich nennt Lundberg noch ein weiteres Postulat wirtschaftspolitischer Zielsetzung, das jedoch nicht als achte Stufe in das System der Ambitionsgrade einbezogen werden darf, weil es in irgendeiner Form in jedem der genannten Ziele enthalten sein kann, nämlich die Forderung nach einer gerechten oder ausgeglichenen Einkommensverteilung.

Für die Beantwortung der Frage nach der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der sozialdemokratischen Regierung in Schweden mag nun ein kurzer Vergleich mit der Zielsetzung der vorausgegangenen Epoche ab 1924, als der Goldstandard

nach dem 1. Weltkrieg wieder eingeführt worden war[1], erlaubt sein, da er einen interessanten Einblick in den Wechsel wirtschaftspolitischer Forderungen - und, entsprechend der einleitenden systematischen Einteilung nach Lundberg, in der Wechsel der Ambitionsgrade wirtschaftspolitischer Zielsetzungen - gewährt.

2. DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ZIELSETZUNG IN SCHWEDEN VOR DER REGIERUNGSUMBILDUNG IM HERBST 1932

a) Vor der Abkehr vom Goldstandard

Unter dem System des Goldstandards arbeitete man im Grunde genommen mit keiner bestimmten Zielsetzung in der Wirtschaftspolitik. Vielmehr bestand das Ziel - so man ein solches dennoch ausfindig machen möchte - einfach darin, eine Wirtschaftspolitik zu führen, die die Aufrechterhaltung des Goldstandards gewährleistete. In ihm sah man einen zu einem Gleichgewicht hin tendierenden Mechanismus, der die Überschüsse bzw. Defizits in den Zahlungsbilanzen der verschiedenen Länder untereinander auszugleichen imstande war, und er war somit also zugleich Ziel und Mittel für die Wirtschaftspolitik dieser Zeit. (Vgl. Lundbergs 1. Ambitionsgrad).

b) Nach der Abkehr vom Goldstandard

Mit der Abkehr vom Goldstandard und der Einführung eines freien Währungssystems im September 1931 ergab sich die Möglichkeit, eine von der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Länder mehr unabhängige, selbständige interne Wirtschaftspolitik zu führen. Im Folgenden wäre dann zu untersuchen, inwieweit sich in den jeweiligen Zielsetzungen wesentliche Unterschiede für die Zeit vor und nach der neuen Regierungsbildung (im Herbst 1932) erkennen lassen.

Das unmittelbar nach der Abkehr vom Goldstandard in Schweden aufgestellte wirtschaftspolitische Ziel war durch die im Zusammenhang mit der Abwertung

---

1) Mit Ausnahme der zehnjährigen Unterbrechung von Beginn des 1. Weltkriegs bis 1924 bestand in Schweden Goldwährung von 1873 bis September 1931.

der Krone aufgekommenen Inflationsbefürchtungen gekennzeichnet. (Vgl. S. 21). Folglich war nur sehr wenig die Rede von einer Bekämpfung der Depression und Arbeitslosigkeit. Vielmehr beließ man es zunächst bei der geldpolitischen Erklärung der Reichsbank und des Finanzministers [1], daß das oberste Ziel die Stabilisierung des Geldwertes, die Verhinderung von Preissteigerungen und damit die Konstanz der internen Kaufkraft der Krone sein müsse.
Sobald es jedoch deutlich wurde, daß keine Inflationsgefahr bestand, wurden im Schreiben des Reichsbankdirektoriums vom 11.2.1932 an den Ministerrat die bisher strengen Maßstäbe für die Geldpolitik dahingehend gelockert, daß ein gewisses Steigen der Preise - soweit dieses durch Importpreissteigerungen im Zusammenhang mit der Abwertung der Krone hervorgerufen wurde - nicht durch Preissenkungen für innerhalb des Landes produzierte Waren kompensiert, sondern eine Verschlechterung der internen Kaufkraft der Krone dieser Art und Größe in Kauf genommen werden dürfe [2].

Dieses Programm vom 11.2.1932 für die Geldpolitik des Jahres 1932 wurde wenig später, am 2.5.1932, im Gutachten des Reichsbankkuratoriums Nr.40 [3] in erweiterter Form dem schwedischen Reichstag vorgelegt und von diesem gebilligt. Hinsichtlich der Valutapolitik wollte das Kuratorium keine Verordnungen treffen, die beabsichtigten, die Krone wieder möglichst bald mit der alten

---

1) Angegeben im Protokoll des Ministerrats v. 27.9.1931.

2) "Da die ausländischen Valuten im Wert gestiegen sind und die Preise für Importwaren damit erhöht wurden, muß dies offenbar an und für sich geeignet sein, auch auf das schwedische Preisniveau steigernd einzuwirken. Wenn in gleicher Weise durch den Einfluß der Wechselkurse die schwedischen Exportwaren im Preis gestiegen sind, ergibt sich dieselbe Folge. Eine Geldpolitik, die darauf abzielt, ein unverändertes Preisniveau beizubehalten, muß unter solchen Umständen darauf eingerichtet werden, durch Herabdrücken anderer einheimischer Preise das alte Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Da eine solche Politik offensichtlich nicht beabsichtigt ist oder nicht beabsichtigt werden kann, müssen somit Preissteigerungen dieser beiden genannten Arten sowie auch Preissteigerungen auf Grund von Zollerhöhungen mit den vom Direktorium angegebenen Richtlinien vereinbar sein .... Aber auch Preissteigerungen der eigentlichen Binnenmarktwaren können offenbar zugelassen werden, soweit sie nicht merkbar die Lebenshaltungskosten beeinflussen." (Zitiert aus "Bankoutskottets utlåtande nr. 40" v. 2.5.1932, S. 18) (Übers. v. Verf.).

3) Bankoutskottets utlåtande nr. 40 v. 2.5.1932, S. 17.

Parität an das Gold zu binden, da solche Bemühungen "unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine ausgeprägte Depressionspolitik erfordern würden". Ebensowenig erschien eine Bindung der Krone an das englische Pfund so aktuell, als daß "eine nähere Erwägung dessen erforderlich wäre". "Wenn das Kuratorium somit die Auffassung hegt, daß weder bei einer gewissen Goldparität noch bei einer Bindung an das englische Pfund vorteilhafte Richtlinien für unsere Valutapolitik aufgestellt werden können oder konnten, so ist das Kuratorium der Ansicht, daß als Ausgangspunkt für die Bestrebungen, den Wert der Krone zu regulieren, statt dessen das einheimische Preisniveau und die Erfordernisse unserer eigenen Wirtschaft dienen sollen"[1]. Es müsse jedoch betont werden, so heißt es weiter in dem Gutachten, daß die Geldpolitik nicht schematisch an eine bestimmte Indexzahl gebunden werden könne, da bei den Bemühungen, die Geldpolitik im Interesse des ganzen Landes zu führen, so viele Faktoren eine Rolle spielten, daß eine formelle und einfache Regel offenbar nicht aufgestellt werden könne. Mit Rücksicht hierauf wollte sich das Kuratorium dafür aussprechen, daß im Rahmen des vom Reichsbankdirektorium am 11.2.32 aufgestellten Programmes eine solche Geldpolitik geführt werden könne, die ein angemessenes Anziehen der Preise gestatte. Diese Empfehlung stehe durchaus im Einklang mit dem geldpolitischen Programm des Direktoriums vom 11.2.32, sofern man von zwei Voraussetzungen ausgehe: Erstens, daß gleich kräftige Hindernisse gegen eine fortgesetzte Deflation wie gegen die ursprünglich befürchtete Inflation errichtet würden, und zweitens, daß das beabsichtigte Ansteigen der Preise nicht zu einem allzu weit abgelegenen Preisniveau führe[2].

Nun war auch der Zeitpunkt gekommen, an dem eine Senkung der Zinssätze als notwendig erachtet wurde. "Im Zusammenhang hiermit", so heißt es im Gutachten, "will das Kuratorium ... nur hervorheben, daß es offensichtlich ein allgemein erstrebenswertes Ziel ist, die Zinsen im Lande auf dem niedrigsten Niveau zu halten, das überhaupt möglich ist, ohne daß das für die Geldpolitik aufgestellte Ziel aufs Spiel gesetzt wird"[3].

---

1) Bankoutskottets utlåtande nr. 40 ..., S. 18-19. (Übers. v. Verf.)
2) Bankoutskottets utlåtande nr. 40, S. 18 f.
3) Bankoutskottets utlåtande nr. 40, S. 19. (Übers. v. Verf.)

3. DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ZIELSETZUNG IN SCHWEDEN NACH DER REGIERUNGSUMBILDUNG IM HERBST 1932

Dies war also das geldpolitische Programm für die erste Zeit nach der Abwertung der Krone, insbesondere für das Jahr 1932, aufgestellt im Gutachten des Reichsbankkuratoriums v. 2.5.1932.

Wenden wir uns nun den wirtschafts- und hier ebenfalls in erster Linie den geldpolitischen Richtlinien der neuen schwedischen Regierung zu. Diese wurden in der Regierungsvorlage Nr. 260 v. 26.5.1933 dem schwedischen Reichstag vorgelegt. Da der Zweck dieser Regierungsvorlage in erster Linie in der Befürwortung einer weiteren Befreiung der Reichsbank von der Einlösung ihrer Noten in Gold bestand, enthielt sie ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums, in dem dieses im Zusammenhang mit der Darlegung seiner Gründe für eine weitere Befreiung von der Einlösung der Banknoten auch seine Empfehlungen für die Geldpolitik des Jahres 1933 äußerte. Diese Empfehlungen des Reichsbankdirektoriums bildeten wiederum die Grundlage für die Richtlinien der Geldpolitik, die der Finanzminister schließlich in der Regierungsvorlage aufstellte.

a) Die Stellungnahme des Reichsbankdirektoriums

In seinem Schreiben vom 22.5.1933 [1] nimmt das Reichsbankdirektorium zu der Frage Stellung, welche Möglichkeiten überhaupt für eine Verwirklichung des im Februar 1932 [2] aufgestellten Programmes bestünden. Es betont dabei, daß die Verhinderung eines Preisfalls bzw. eine mäßige Preissteigerung sehr wichtig seien. Deshalb dürfe auch ein Übergreifen von auf dem Weltmarkt vorkommenden Preissteigerungen auf den schwedischen Binnenmarkt nicht durch geldpolitische Maßnahmen verhindert werden, solange die Lebenshaltungskosten nicht merkbar beeinfluß würden. Dagegen erschienen dem Direktorium die Möglichkeiten, in einem kleinen Land wie Schweden mit Hilfe der Geldpolitik eine selbständige und entsprechend regulierte Preissteigerung zustandezubringen äußerst gering, zumal wenn dieses Land noch in so hohem Maße von seinem Außenhandel abhängig sei [3]. Trotz dieser pessimistischen Einstellung kam das

---

1) Schreiben des Reichsbankdirektoriums (Fullmäktiges i riksbanken skrivelse) an den schwedischen Ministerrat v. 22.5.1933.

2) Vgl. S. 29 - 31.

3) Schreiben des Reichsbankdirektoriums v. 22.5.1933 an den schwedischen Ministerrat, in "Regierungsvorlage" (proposition) Nr. 260, S. 11.

Direktorium hinsichtlich der künftigen Geldpolitik jedoch im Wesentlichen zu keinen anderen Empfehlungen als denjenigen, die bereits im Programm von 1932 aufgestellt worden waren. So heißt es, daß eine Rückkehr zum Goldstandard in der gegenwärtigen Lage nicht stattfinden dürfe, ebensowenig eine feste Bindung an eine der führenden Valuten. Außerdem sei es wünschenswert, daß die Zinsen im Lande auf dem niedrigsten Niveau gehalten würden, das mit Rücksicht auf das zur Verfügung stehende Kapitalangebot möglich sei. "Das Direktorium", so heißt es wörtlich, "war im vergangenen Jahr bestrebt, eine Herabsetzung der Zinslage im Lande zu erreichen. Die Bestrebungen in dieser Richtung gehen weiter. Niedrige Zinsen vermindern die Schwierigkeiten für die Unternehmungen und schaffen ihrerseits größere Möglichkeiten, die gegenwärtige Produktion aufrechtzuerhalten und neue ingangzusetzen. Unter sonst günstigen Voraussetzungen dürften sie zu gesteigerter Unternehmertätigkeit stimulieren, die sonst nicht zustandegekommen wäre."
Entsprechend den Äußerungen des Kuratoriums im Reichstag 1932 war auch das Direktorium nun der Ansicht, daß die Geldpolitik nicht schematisch an eine gewisse Indexzahl gebunden werden dürfe. "Ein Preisindex gibt den Durchschnitt bestimmter Preise an. Deren Entwicklung kann in hohem Maße divergieren. Da die Preisbildung ungleich verläuft, können die Wirkungen der verschiedenen Faktoren, die die Wirtschaft des Landes beeinflussen, zuweilen erst sehr spät aus einer entsprechenden Indexzahl herausgelesen werden. Ein unveränderter Generalindex schließt nicht aus, daß beträchtliche Veränderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes eingetreten sein können" [1].

b) Die Stellungnahme einer Sachverständigenkommission

Zu weiteren Überlegungen bei der Aufstellung der geldpolitischen Richtlinien berief der Finanzminister eine Sachverständigenkommission, bestehend aus 12 Vertretern aus Industrie, Bankwesen und Wissenschaft [2], deren Äußerungen ebenfalls in der Regierungsvorlage enthalten sind und die an dieser Stelle

---

1) Schreiben des Reichsbankdirektoriums v. 22.5.1933, S.12 (Übers.v.Verf.)
2) Außer zwei Bankdirektoren, fünf Industrieführern, dem Präsidenten des Reichsschuldenkontors, dem Reichsbankchef und einem Agronomen gehörten der Kommission die Professoren Gustav Cassel und Eli F. Heckscher an. Schriftführer der Kommission war Dr. Karin Kock, später Prof. für Nationalökonomie an der Stockholmer Hochschule und Leiterin des schwedischen Statistischen Zentralbüros.

Beachtung finden müssen, da sie mit entscheidend für die endgültige geldpolitische Zielsetzung des Jahres 1933 waren.

In Übereinstimmung mit den früher gegebenen geldpolitischen Direktiven waren die Sachverständigen der Ansicht, daß als Norm für die Geldpolitik weiterhin die einheimische Kaufkraft der Krone dienen solle, nach der sich der Außenwert der Krone zu richten habe. Im Falle einer Preissteigerung auf dem Binnenmarkt müsse die Reichsbank unter diesen Umständen durch ihre Valutapolitik zu einer entsprechenden Anpassung der Wechselkurse beitragen. Eine Bindung der Krone an eine bestimmte Valuta wurde also nach wie vor abgelehnt, da sich Schwedens Außenhandel nicht nur auf ein Land konzentriere und da bei den heftigen Fluktuationen der Wechselkurse die Reichsbank freie Hände haben müsse, um ganz nach den Erfordernissen der Wirtschaft auf die Wechselkurse einwirken zu können.
Als Ziel für die Geldpolitik sahen auch die Sachverständigen ein mäßiges Ansteigen des einheimischen Preisniveaus. Sofern dieses nicht durch Preissteigerungen auf den Weltmärkten ausgelöst würde, sei es wünschenswert, im Rahmen einer selbständigen Geldpolitik, unabhängig von der Entwicklung im Ausland, ein Steigen des einheimischen Großhandelspreisniveaus zu erreichen, "um eine bessere Rentabilität der Wirtschaft zu erhalten, zur Erleichterung der Schuldenlast von Landwirtschaft und Industrie und um die Verwirklichung des gegenwärtig wichtigsten Wunsches, eine Minderung der Arbeitslosigkeit, zu fördern" [1].
Hinsichtlich der Höhe der erwünschten und vor allem: noch zulässigen Preissteigerung waren sich die Mitglieder des Komitees allerdings nicht völlig einig. Doch läßt sich aus den gemachten Äußerungen schließen, daß man mit Rücksicht auf die Stabilität der Lebenshaltungskosten als Maximum eine Steigerung der Großhandelspreise für Rohwaren und Agrarprodukte um 10 - 15 % ansah.

Bei der Frage nach den Mitteln zur Erreichung dieses Ziels beschäftigte sich das Komitee mit den üblichen geldpolitischen Eingriffen der Reichsbank auf Geld- und Kapitalmarkt, der Diskont- und Offenmarktpolitik. Dabei wurde unterstrichen, daß sich die für die Reichsbank aufzustellenden Richtlinien auf das geldpolitische Ziel zu beschränken hätten. Die Wahl der jeweils zu ergreifenden Mittel müsse jedoch ganz der Reichsbank überlassen bleiben.

Außerdem wurde aber auch die Frage erörtert, welche Bedeutung öffentlichen Arbeiten in diesem Zusammenhange zukommen und welche geldpolitischen Gesichtspunkte bei der Finanzierung derselben von Gewicht sein könnten.

---

1) "Proposition (Regierungsvorlage) nr. 260", S. 17. (Übers. v. Verf.)

Im Zusammenhang mit den geldpolitischen Mitteln wurde auch die Frage der Zinsen berührt. Die Sachverständigen waren sich hierbei über die Empfehlung niedriger Bankzinsen einig. "Auch wenn eine Zinssenkung keine größere direkte Einwirkung auf die Nachfrage nach Bankkrediten haben sollte, so erzielt sie doch einen indirekten Effekt, teils durch ein Sinken der Kosten für alte Kredite, wodurch die Rentabilität der Unternehmungen verbessert wird, teils dadurch, daß sie andere Maßnahmen zum Zwecke einer Preissteigerung erleichtert. Als isolierte Maßnahme wird eine Diskontsenkung, auch unter der Voraussetzung einer vollen Effektivität, jedoch nicht als ausreichend angesehen, um eine Preissteigerung herbeizuführen" [1].
Die Aussichten auf ein effektives Eingreifen der Reichsbank auf den Geldmarkt durch An- und Verkauf von Staatspapieren waren nach Ansicht des Komitees zu diesem Zeitpunkt äußerst gering, da es überhaupt keine kurzfristigen und nur ein unbedeutendes Angebot an langfristigen Staatsobligationen auf dem Markte gab. In geldpolitischer Hinsicht könnten jedoch, erklärte das Komitee, Valutakäufe in gewissem Umfang Obligationskäufe ersetzen, da die Wirkung auf den Geldmarkt in beiden Fällen dieselbe sei, allerdings habe die Reichsbank beim Kauf ausländischer Valuten nicht dieselbe Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen, wie beim Kauf von Obligationen.

Nach diesen Feststellungen glaubte sich das Komitee bei der Frage der Gestaltung zukünftiger geldpolitischer Richtlinien nicht mehr auf die Erörterung reiner Reichsbankpolitik beschränken zu können. Vielmehr war, "da die normalen geldpolitischen Hilfsmittel in der gegenwärtigen Lage kaum voll effektiv" waren, "der Gedanke entstanden, daß vermehrte Staatsausgaben, hauptsächlich veranlaßt durch öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, über ihre sozialpolitische Aufgabe hinaus auch eine geldpolitische erhalten sollten, in der Absicht, die Reichsbankpolitik effektiver zu machen" [2]. Da die Sachverständigen der Überzeugung waren, daß öffentliche Arbeiten in gewissem Umfang mit ziemlicher Sicherheit zustandekommen würden, und zwar aus Gründen, die außerhalb des geldpolitischen Bereichs zu suchen waren, galt es hier in erster Linie zu klären, welche Wirkung diese Arbeiten auf das Preisniveau haben könnten und welche Finanzierungsweise am angebrachtesten erschiene. Eine Einigung konnte jedoch in keiner der beiden Fragen erzielt werden. Es konnte lediglich festgestellt werden, daß die Bedingungen für eine Einwirkung öffentlicher Arbeiten auf das Preisniveau offenbar in verschiedenen Wirtschaftszweigen sehr verschieden

---

1) "Proposition nr. 260", S. 20. (Übers. v. Verf.)
2) "Proposition nr. 260", S. 20. (Übers. v. Verf.)

seien. Denn während in manchen Wirtschaftszweigen die Unternehmer infolge unausgenützter Produktionskapazität und einer großen Anzahl von Arbeitslosen unveränderte Preise akzeptierten, um nur ihren Absatz zu steigern, - so daß also eine Preissteigerung nicht erzielt werden könne, ehe die Produktionskapazität und die Arbeitskräfte in normalem Umfang eingesetzt seien - schienen die Verhältnisse in anderen Wirtschaftszweigen eher eine raschere Einwirkung öffentlicher Arbeiten auf die Preise zu gestatten. Immerhin dürften, darüber war sich das Komitee einig, durch eine Ingangsetzung öffentlicher Arbeiten Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß eine allgemeine Preissteigerung zu einem früheren Zeitpunkt einträfe als ohne diese Unterstützung.

Im Hinblick auf die Finanzierungsart der öffentlichen Arbeiten standen drei Möglichkeiten zur Debatte:

(a) Langfristige Kapitalaufnahme,
(b) kurzfristige Anleiheaufnahme für drei Monate bis zwei Jahre gegen Schatzkammerwechsel und Obligationen,
(c) direkte Anleiheaufnahme bei der Reichsbank.

Die letztgenannte Finanzierungsweise fand um so mehr Beachtung, als man bei einer Durchführung der beiden anderen Gefahr laufe, die Kapitalversorgung der Privatwirtschaft zu beeinträchtigen. Entweder dadurch, daß der Staat Mittel in Anspruch nehme, die sonst in der privaten Wirtschaft angelegt worden wären, oder dadurch, daß die liquiden Mittel der Banken in solchem Umfang aufgesogen würden, daß den Kreditwünschen der privaten Kunden nicht mehr entsprochen werden könne. Angesichts dieser unerwünschten Auswirkungen betrachtete es ein Teil des Komitees als "äußerst unangebracht, wenn man erst alle Möglichkeiten auf dem offenen Markt ausnützen wollte, ehe man sich an die Reichsbank wandte," [1] während andere hervorhoben, daß eine direkte Anleiheaufnahme bei der Reichsbank Mißtrauen gegen die Finanzpolitik des Staates mit nachfolgender Kapitalflucht und "ungünstigen Konsequenzen auf dem Kapitalmarkt" wecken könnten. Die Mehrzahl der Komiteemitglieder war sich jedoch darin einig, daß ein "positives Mitwirken in erster Linie von Seiten der Reichsbank und der Reichsschuldenverwaltung, aber auch überhaupt von allen öffentlichen und privaten Institutionen, nötig sei, in der Absicht, das aufgestellte Programm zu verwirklichen.

---

1) "Proposition nr. 260", S. 23. (Übers. v. Verf.)

c) Das "Reflationsprogramm" der sozialdemokratischen Regierung

Die Zielsetzung in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die in dem sog. "Reflationsprogramm" der Regierung zur Geltung kam, knüpfte im Wesentlichen an die Äußerungen des Reichsbankdirektoriums und der Sachverständigenkommission an. Wenigstens, was die geldpolitische Seite dieses Programms betrifft. So hob der Finanzminister bei der Aufstellung seiner geldpolitischen Richtlinien vor dem schwedischen Reichstag 1933 hervor, daß er es in Übereinstimmung mit diesen beiden Gremien zum damaligen Zeitpunkt für ausgeschlossen halte, die schwedische Krone in einem festen Verhältnis an irgendeine fremde Valuta zu binden. Vielmehr müsse der Wert der schwedischen Krone, solange eine Rückkehr zu den ausländischen Valutakursen als Norm für die schwedische Geldpolitik nicht möglich sei, in erster Linie mit Rücksicht auf deren einheimische Kaufkraft und die Erfordernisse der schwedischen Wirtschaft geregelt werden. Der Außenwert der Krone sollte sich also weiterhin der Kaufkraft der Krone auf dem Binnenmarkt anpassen. Auch eine schematische Bindung der Geldpolitik an eine bestimmte Indexzahl wurde, wie bereits in den früheren Programmen, abgelehnt. "Überhaupt scheint man", erklärte der Finanzminister, "bei der zur Debatte stehenden Erwägung unserer Geldpolitik an die vom Reichstag des Jahres 1932 angenommenen Richtlinien anknüpfen zu können. Auch die Äußerungen der besonders hinzugezogenen Sachverständigen bedeuten keinen Bruch mit diesen Richtlinien. Doch sie dürften eine klarere Ausgestaltung des Gedankengangs in den genannten Richtlinien darstellen und geben vor allem eine wünschenswerte und notwendige Präzisierung der Mittel, die zur Verfügung stehen, um das Ziel der Direktiven des Jahres 1932 sowie des nun beabsichtigten Programmes zu erreichen, nämlich eine Erleichterung in der schweren Depression durch ein mäßiges Steigen des einheimischen Großhandelspreisniveaus zu gewinnen" [1].

Wie jedoch die Erfahrungen des Jahres 1932 gezeigt hatten, waren Diskontsenkungen und Erleichterungen auf dem Kapitalmarkt nicht ausreichend gewesen, dieses Ziel auch nur annähernd zu erreichen [2]. Während das Reichs-

---

1) "Proposition nr. 260", S. 25. (Übers. v. Verf.)

2) Der Großhandelspreisindex des Kommerskollegiums, der im Dezember 1931 auf 111 gestanden war, betrug im Nov. 1932 109. Für den Großhandelspreisindex der "Schwedischen Finanzzeitung" (Svensk Finanstidning) lauteten die entsprechenden Ziffern 103 bzw. 100. Der Lebenshaltungskostenindex der Sozialverwaltung (Socialstyrelsen) sank von 157 am 1.1.1932 auf 154 am Jahreswechsel 1932/33. Quelle: "Proposition 1 1933", "Finansplan", S. 5.

bankdirektorium in seinem Schreiben vom 22.5.1933 aus dieser Tatsache schloß, daß die Möglichkeiten, eine erwünschte Preissteigerung zustandezubringen, in einem Land wie Schweden äußerst gering sein müßten, (vgl.S. 32), stand der Finanzminister unter Bezugnahme auf die Äußerungen der Sachverständigenkommission (vgl. S. 35) auf dem Standpunkt, daß ein aktiveres Eingreifen der Reichsbank, insbesondere infolge der Möglichkeiten, die sich bei der Finanzierung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erböten, durchaus möglich sei. "Unter Beachtung dessen, was die Sachverständigen hierin angeführt haben, finde ich für mein Teil, daß die Möglichkeiten, einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung des einheimischen Preisniveaus auszuüben, größer sein dürften als es das Bankdirektorium angedeutet hat. Diese Möglichkeiten müssen in all dem Umfang, der erforderlich sein kann, um das zuvor angegebene Ziel, nämlich eine mäßige Steigerung des einheimischen Großhandelspreisniveaus zu erreichen, ausgenützt werden," und zwar so lange, als dieses "nicht merkbar die Lebenshaltungskosten beeinflußt" [1].

Diese letztgenannte entschiedene Ausweitung der Richtlinien für die Reichsbank ist das Verbindungsglied zwischen Geldpolitik und dem finanzpolitischen Programm der sozialdemokratischen Regierung, das über das der Geldpolitik hinaus einen wesentlichen Bestandteil der wirtschaftspolitischen Zielsetzung darstellte und bereits in der Regierungsvorlage Nr. 1 v. 3.1.1933 aufgestellt worden war. Ihm lag die Auffassung zugrunde, daß in der damaligen Depressionslage die direkten Arbeitslosenunterstützungen, die bisher im Rahmen des ordentlichen Haushalts gewährt worden waren, unzureichend gewesen seien, und zwar sowohl als Hilfe für die Notleidenden als auch ganz besonders, um in Form vermehrter Kaufkraft bei den Konsumenten die Wirtschaft beleben zu können. Man wies darauf hin, daß der Wirtschaft nicht ausschließlich dadurch gedient sei, daß man die laufenden staatlichen Ausgaben einschränke, um dadurch mehr Mittel für Arbeitslosenunterstützungen freizusetzen, ohne hierfür auf Steuererhöhungen zurückgreifen zu müssen. Das, was der Staat auszugeben unterlasse, verbleibe zwar den einzelnen Steuerzahlern, um von diesen für privaten Konsum oder im Rahmen privater Unternehmertätigkeit verwendet zu werden. Doch es sei keineswegs sicher, daß eine durch Einschränkung in den laufenden Ausgaben verursachte Verminderung der staatlichen Tätigkeit unmittelbar und völlig durch vermehrte Ausgaben von privater Seite kompensiert würde [2].

---

1) Eine Darstellung der theoretischen Fundierung dieses finanzpolitischen Programms erfolgt in anderem Zusammenhang, (siehe 2. Teil, III, S. 113). Ebenso werden die budgettechnischen Fragen dieses Programmes an anderer Stelle behandelt, (siehe 3. Teil, S. 197).

2) "Statsverksproposition Nr. 1; 1933, S. 9-10.

Das Dilemma der Finanzpolitik während Krisenzeiten bestehe ja gerade darin, daß die wirtschaftliche Lage so verschiedene, sich offenbar widersprechende Maßnahmen erheische. Geringere staatliche Einnahmen verlangten Einschränkungen und Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben, während andererseits die verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnisse wiederum eine Erweiterung der staatlichen Tätigkeit erforderten und damit höhere Ansprüche an die Staatskasse stellten.

Entsprechend dieser zweifachen Forderung an die Finanzpolitik in Krisenzeiten basierte der Finanzplan der sozialdemokratischen Regierung nach den Worten des Finanzministers "auf der Voraussetzung, daß gleichzeitig mit der starken Begrenzung der laufenden staatlichen Ausgaben eine wesentliche Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit vor sich gehen soll, um produktive und dauerhafte Güter verschiedener Art zu schaffen." Durch solche öffentliche Arbeiten, die auf Rechnung des Staates oder mit staatlicher Unterstützung auszuführen und durch Anleihen zu finanzieren seien, bereite man "in größtmöglichem Umfang Beschäftigung und Versorgung für die Arbeitslosen", während gleichzeitig die private Wirtschaft zu gesteigerter Tätigkeit stimuliert werde [1].
Die Finanzierung dieser vermehrten öffentlichen Arbeiten durch Anleihen wurde durch die allgemeine wirtschaftliche Krise und "durch die Bestrebung, auf effektivste Weise der Depression entgegenzuwirken", motiviert [2].

Die geldpolitische Zielsetzung einer selbständigen, auf eine Vermeidung steigender Lebenshaltungskosten, doch ein allmähliches Ansteigen der Großhandelspreise ausgerichteten Geldpolitik und die finanzpolitische Zielsetzung einer expansiven, auf vermehrte anleihefinanzierte Staatsausgaben und vor allem öffentliche Arbeiten ausgerichtete Finanzpolitik bildeten also zusammen das konjunkturpolitische Ziel der sozialdemokratischen Regierung, die Depression zu durchbrechen und Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen [3]. (Ambitionsgrad 3 und 4 nach Lundberg,

---

1) "Statsverksproposition nr. 1", 1933, S. 10.
2) "Statsverksproposition nr. 1", 1933, S. 11.
3) Diese Dreiteilung in der wirtschaftspolitischen Zielsetzung ist der Grund dafür, daß der Eindruck entstehen kann, als haben sich die Grenzen zwischen wirtschaftspol. Ziel und Mittel in diesem Abschnitt zuweilen verwischt. Der Versuch, eine genaue Trennungslinie zwischen Zielen und Mitteln in der Wirtschaftspolitik zu finden, dürfte stets mit Schwierigkeiten verbunden sein. Dies um so mehr, wenn sich, wie im vorliegenden Fall, geld- bzw. finanzpolitische Ziele als Mittel konjunkturorientierter Wirtschaftspolitik erweisen.

vgl. S. 28). Diese Züge der neuen Wirtschaftspolitik blieben im Wesentlichen die 30er Jahre hindurch bis zum Kriegsausbruch 1939 unverändert [1].

d) Abschließender Vergleich des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms mit den früheren wirtschaftspolitischen Zielsetzungen

Versuchen wir nun, auf die früher in diesem Abschnitt gestellte Frage, inwieweit die jeweiligen Zielsetzungen wesentliche Unterschiede für die Wirtschaftspolitik vor und nach der neuen Regierungsbildung aufweisen (vgl. S. 29),

---

1) Nur einmal fand, im Zusammenhang mit der internationalen Preissteigerungswelle im Herbst 1936, eine Überprüfung der Geld- und Valutapolitik statt. Die Preissteigerung war entsprechend der in verschiedenen Ländern zu dieser Zeit herrschenden Inflationskonjunktur wiederum über die Export- und Importpreise nach Schweden gelangt, und es war die Frage, ob man durch eine Aufwertung der Krone diese von außen kommenden Preissteigerungsimpulse abwehren solle. Man war nämlich der Ansicht, daß das 1933 als wünschenswert erschienene Anziehen der Großhandelspreise nun nachgerade zu weit gegangen war und daß die sog. "Reflation" somit als abgeschlossen betrachtet werden konnte. Andererseits schreckte man aber auch wiederum vor einer Aufwertung zurück, weil in ihr eine Bedrohung der Beschäftigungspolitik erblickt wurde. Der Finanzminister sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer "depressiven Maßnahme", womit er die Gefahr einer besonders von den Nationalökonomen als notwendig erachteten Antiinflationspolitik hervorheben wollte.
Eine Aufwertung der Krone zur Verhinderung weiterer Preissteigerungen kam somit nicht in Betracht; vielmehr legte man bei der Aufzählung der Möglichkeiten, die dem Staat darüberhinaus verblieben, größeres Gewicht auf die Beeinflussung des Geldmarktes durch die Reichsbank. Das Interessante an diesen Erwägungen des Jahres 1936/37 ist, worauf Erik Lundberg besonders aufmerksam macht, daß in ihnen der Konflikt zwischen zwei Zielsetzungen zum Ausdruck kommt. Denn "gegen das Risiko einer fortgesetzten Preissteigerung wog man somit das Risiko verminderter Beschäftigung und Produktion ab", (E. Lundberg, "Konjunkturer och ekonom. politik", Sthlm. 1955, S. 254, Übers. v. Verf.), eine Konfliktsituation übrigens, die zu einem dauernden Bestandteil in der schwedischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit wurde.

eine Antwort zu finden, so muß sie auf Grund der Untersuchungsergebnisse dieses Abschnittes dahingehend lauten, daß wir in dem sog. "Reflationsprogramm" der sozialdemokratischen Regierung keine spontane Neuorientierung der wirtschaftspolitischen Zielsetzung in Schweden erblicken können.

Die Grundzüge dieses Zieles, mit Hilfe eines ansteigenden Großhandelspreisniveaus einer Fortsetzung der Deflation entgegenzutreten, bestanden bereits im geldpolitischen Programm für 1932.
Der Unterschied in den jeweiligen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen seit Februar 1932 liegt unseres Erachtens in einer sukzessiv wachsenden Entschlossenheit, dieses Ziel zu erreichen, was in dem sozialdemokratischen Programm zum Ausdruck kam.
Denn während man noch bei Aufstellung der geldpolitischen Richtlinien im Frühjahr 1932 etwas unter dem Einfluß der gleich nach Aufhebung des Goldstandards herrschenden Inflationsbefürchtungen stand, und die geldpolitische Zielsetzung in aller Vorsicht dahingehend ausdrückte, daß ein leichtes Ansteigen der Preise auf dem Binnenmarkt "zugelassen" werden könne, betonte man im Programm von 1933 die Notwendigkeit, mit allen zu Gebote stehenden geldpolitischen Mitteln ein Anziehen der Preise zu ermöglichen.
Somit scheint sich der Hauptunterschied in den wirtschaftspolitischen Programmen weniger in der Zielsetzung, als vielmehr in den Mitteln zur Erreichung dieser Ziele zu zeigen. Dies erhellt auch der Hinweis im Programm von 1933, daß Erleichterungen auf dem Kapitalmarkt und Diskontsenkungen an und für sich nicht ausreichten, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Diese Überzeugung von der geringen Effektivität der Geldpolitik [1] war "neu, frisch und revolutionär" [2], und die aus ihr resultierende Einbeziehung der Finanzpolitik in die wirtschaftspolitische Zielsetzung und damit in den Dienst der Konjunkturpolitik, war das eigentlich Neue im "Reflationsprogramm" der sozialdemokratischen Regierung, das somit den expansiven Charakter des neuen wirtschaftspolitischen Kurses zum Ausdruck brachte.

---

1) Es ist zu beachten, daß sich diese Einschränkung hinsichtlich der Effektivität der Geldpolitik nur auf die Hoch- bzw. Tiefpunkte eines Konjunkturzyklus bezog. (Vgl. unsere Ausführungen S. 139 sowie S. 163/164). Hieraus erhält auch der scheinbare Widerspruch, der darin besteht, daß wir die Geldpolitik einmal als die im Mittelpunkt stehende wirtschaftspolitische Maßnahme jener Zeit bezeichnen, andrerseits aber auch - wie soeben - darstellen, daß ihre Effektivität z.T. bezweifelt wurde, seine Erklärung.

2) E. Lundberg, "Konjunkturer och ekon. politik", Sthlm 1955, S. 261.

2. TEIL

Die wirtschaftstheoretische Diskussion der 30er Jahre

Theoretische Grundlage der Konjunkturpolitik Schwedens?

Nachdem wir die wirtschaftliche Situation Schwedens anfangs der 30er Jahre und die wirtschaftspolitischen Ziele der sozialdemokratischen Regierung und ihrer Organe kennengelernt haben, müssen wir uns nunmehr den theoretischen Grundlagen der schwedischen Antidepressionspolitik zuwenden, da als Fundament der politischen Maßnahmen außer der politischen Zielsetzung die theoretische Analyse stehen muß. Dieses den praktischen politischen Maßnahmen zugrundeliegende theoretische Fundament hat die Aufgabe, die Erreichbarkeit der Ziele und die Anwendbarkeit sowie die Wirkungsweise der zur Verfügung stehenden Mittel zu untersuchen und bildet somit das Verbindungsglied zwischen Zielsetzung und Maßnahmen.

I. EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK DES 2. TEILS

1. DIE AUFGABE:

Bei einer Untersuchung der Verhältnisse im Bereich der schwedischen Volkswirtschaft erhält der Beobachter sehr bald den Eindruck, daß die schwedische Wirtschaftspolitik offenbar seit jeher durch eine wechselseitige Beeinflussung von wirtschaftlicher Theorie und praktischen (wirtschafts)-politischen Maßnahmen gekennzeichnet ist, und es fällt ihm auf, welche Bedeutung hierbei gerade den Untersuchungen der Wirtschaftstheoretiker zukommt.

Aus dieser Erfahrung heraus schreibt z.B. Brinley Thomas [1]:
"It is interesting that in Sweden great respect is paid to the professional economist. He commands a honoured place in the scheme of things ... This is the case despite the fact that university teachers and even civil servants are allowed by the rule of Swedish democratic government to take an active part in politics ... The curious thing is that though they often take their part in the hurly-burly of politics, the authority attaching to their pronouncement is not thereby weakened." Dies gilt nicht zuletzt für die Stabilisierungspolitik der Jahre 1931 - 1935.

"Die Nationalökonomen spielten in den Debatten der 30er Jahre um die Ziele und Mittel der Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle. Weder zuvor noch später war wohl die rein nationalökonomische Diskussion so intensiv, hat zu solch allgemeiner Teilnahme geführt und so tiefe Spuren in Form von Abhandlungen und Artikeln hinterlassen" [2].

Angesichts dieses Eindrucks einer engen Verbindung zwischen Wirtschaftstheorie und -politik in Schweden ist es unsere Absicht, im folgenden nicht nur die Entwicklung der schwedischen Wirtschaftstheorie in den 30er Jahren zu erörtern, sondern zu untersuchen, ob die unter dem Namen "Stockholmer Schule" berühmt gewordene schwedische wirtschafts-theoretische Konzeption der 30er Jahre als theoretisches Fundament der schwedischen Antidepressionspolitik betrachtet werden kann. Da dies - wie uns im Laufe unserer Studien klar und auch von Seiten schwedischer Nationalökonomen bestätigt wurde - trotz zahlreicher diese Auffassung vertretender Schriften

---

1) Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", London 1936, S. XIX/XX.
2) Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", 3. Druck, Stkhlm 1955, S. 257/58 (Übers. v. Verf.).

über die "Stockholmer Schule" keineswegs erwiesen ist, sehen wir in einer ausführlichen Behandlung des nun folgenden theoretischen Teils der vorliegenden Arbeit einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage.

2. ENTSTEHUNG UND DEUTUNG DES BEGRIFFS "STOCKHOLMER SCHULE"

Bei der Durcharbeitung des zur Verfügung stehenden Schriftenmaterials stößt man auf die Schwierigkeit, überhaupt eine einheitliche Definition des Begriffs "Stockholmer Schule" zu finden. Ihr "Wirkungsbereich" reicht nämlich von Wicksell bis in unsere Zeit, d.h. man findet ihren Vorläufer in Knut Wicksell und ihre Nachfolger unter den gegenwärtig an der Stockholmer Hochschule lehrenden Nationalökonomen, und es ist nicht eindeutig zu bestimmen, welche in diesem Zeitraum von rund 60 Jahren entwickelten theoretischen Arbeiten sozusagen eine eigene Schule begründeten.
Wir müssen jedoch eine Entscheidung treffen, was im folgenden unter "Stockholmer Schule" verstanden werden soll, und um dies zu ermöglichen, wollen wir untersuchen, wie der Begriff überhaupt entstanden ist. Hierzu müssen wir noch einmal auf die 20er Jahre zurückblicken.

Die Arbeitslosigkeit in Schweden war von einer Durchschnittsziffer von 5 % (der Gewerkschaftsmitglieder) in den Jahren 1911-1921, im Jahre 1921 plötzlich auf 26 % gestiegen. Als sie auch während der Aufschwungphase nach 1923 auf einer so hohen Ziffer wie annähernd 12 % verblieb und es dadurch offenbar geworden war, daß es sich hier um keine zyklische, sondern um eine strukturell bedingte Arbeitslosigkeit handeln mußte, wurde 1926 eine Sachverständigenkommission gebildet, die die Möglichkeiten zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung und zu Gegenmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit untersuchen sollte [1]. Für eine erfolgreiche Durchführung der Aufgabe war es jedoch notwendig, den Rahmen der Kommission zu erweitern und zunächst die Ursachen und Merkmale der Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurde am 11.3.1927 das sogenannte "Arbeitslosenkomitee" [2] gegründet, dem nunmehr die Untersuchung sowohl der Größe und Probleme, als auch der Bekämpfungsmöglichkeiten der bestehenden Arbeitslosigkeit oblag. Zur Erörterun

---

1) Vgl. hierzu Karl-Gustav Landgren, "Economics in Modern Sweden", Washington 1957, S. 15.
2) Arbetslöshetsutredningen.

der dabei aufkommenden wirtschafts-theoretischen Probleme zog das Komitee eine Anzahl führender Nationalökonomen hinzu, deren Untersuchungsergebnisse während der Jahre 1931-35 in 6 Arbeiten im Rahmen der SOU-Reihe [1] veröffentlicht wurden. Während sich die zwei zuerst erschienenen Untersuchungen, "Orsaker till arbetslöshet" [2] von Gösta Bagge und "Om den industriella rationaliseringen och dess verkningar" [3] von Gustav Åkerman noch mit der die eigentliche Entstehungsursache des Komitees darstellenden strukturellen Arbeitslosigkeit beschäftigten, - ein Objekt, das im Erscheinungszeitpunkt der Arbeiten (1931) bereits an Aktualität verloren hatten, weshalb diese beiden Arbeiten hier auch unberücksichtigt bleiben können, - stellten die vier zwischen 1933 und 1935 erschienenen Untersuchungen, Dag Hammarskjölds Dissertation "Konjunkturspridningen" [4], Gunnar Myrdals "Finanspolitikens ekonomiska verkningar" [5], Alf Johanssons Dissertation "Löneutvecklingen och arbetslösheten" [6], sowie Bertil Ohlins "Penningpolitik, offentliga arbeten, subventioner och tullar som medel mot arbetslöshet" [7] die konjunkturelle Situation und das Problem der Erreichung einer vollbeschäftigten Wirtschaft, verbunden mit einer Überwindung der akuten cyklischen Arbeitslosigkeit, in den Mittelpunkt. In einem 1935 veröffentlichten Schlußrapport wurden die Ergebnisse aller unter dem Arbeitslosenkomitee unternommenen Untersuchungen unter dem Titel "Åtgärder mot Arbetslöshet" [8] zusammengefaßt. Seinem Titel entsprechend stellt er eine durch die Arbeiten der Nationalökonomen theoretisch fundierte Zusammenstellung der Ursachen und der praktischen Möglichkeiten zur Überwindung der aktuellen Arbeitslosigkeit dar. "It was a very

---

1) Statens Offentliga Utredningar (Öffentliche staatliche Untersuchungen). Als "Statens Offentliga Utredningar" (SOU) wird seit 1922 eine Publikationsreihe bezeichnet, in der Gutachten von Komitees, Sachverständigen und Behörden veröffentlicht werden, die nicht in "Sveriges Officiella Statistik" enthalten sind.

2) "Ursachen der Arbeitslosigkeit". (SOU 1931 : 21)

3) "Über die industrielle Rationalisierung und deren Wirkungen" (SOU 1931 : 42)

4) "Die Verbreitung der Konjunkturen" (SOU 1933 : 29)

5) "Die wirtschaftlichen Wirkungen der Finanzpolitik" (SOU 1934 : 1)

6) "Lohnentwicklung und Arbeitslosigkeit" (SOU 1934 : 2)

7) Geldpolitik, öffentliche Arbeiten, Subventionen und Zölle als Mittel gegen Arbeitslosigkeit (SOU 1934 : 12)

8) Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit (SOU 1935 : 6)

detailed report", schreibt Bertil Ohlin [1], "containing what even today seems to stand out as a relatively complete analysis of various aspects of the policy against unemployment."

Hatten diese Untersuchungen ihrem ursprünglichen Zweck nach die Aufgabe, darzustellen, was geschehen würde, wenn verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angewandt würden [2], so wurde daneben klar, daß mit der Behandlung dieser Frage gleichzeitig gewisse theoretische Probleme geklärt werden mußten, die nicht unmittelbar mit der gestellten Frage zusammenhingen: Probleme der Erklärung allgemeiner Expansions- und Kontraktionsprozesse durch eine Gegenüberstellung von Sparen und Investieren. Dies geschah in Anlehnung an Knut Wicksells Theorie vom kumulativen Prozeß und unter Verwendung der von Myrdal eingeführten ex-post / ex-ante Unterscheidung in einer Prozeßanalyse.

Wir sehen also, daß sich die vier zwischen 1933 und 1935 veröffentlichten Arbeiten streng genommen mit zwei theoretischen Problemkreisen befassen: Mit den mit Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit direkt verbundenen theoretischen Zusammenhängen und mit einer mit Hilfe eines eigenen theoretischen Begriffsapparats und eigener Methoden entwickelten Analyse über Sparen und Investier

Bertil Ohlin, der den Namen "Stockholmer Schule" in "Some Notes on the Stockholm Theory of Savings and Investment" [3], kreierte, ist der Ansicht, die "Stockholmer Schule" in den obengenannten vier im Rahmen des Arbeitslosenkomitees zuletzt erschienenen Arbeiten entwickelt worden sei. Die einheitliche Bezeichnung "Stockholmer Schule" hält er für berechtigt einmal, weil die Autoren dieser 4 Arbeiten alle in Stockholm tätig waren, zum andere weil sie in ihren Theorien in hohem Maße miteinander übereinstimmen und ferner ihre Untersuchungen alle eines gemeinsam haben: sie sind beeinflußt von den Theorien, die Wicksell, Lindahl und Myrdal bereits entwickelt hatten

---

1) Bertil Ohlin, "The Problem of Employment Stabilization", New York 1947, S. 67.

2) Bertil Ohlin, "The Problem of Employment Stabilization", New York 1949, S. 112.

3) Erschien zum ersten Mal in Form von 2 Artikeln in Economic Journal 1937 S. 53-69 und 221-240 und wurde später in "Readings in Business Cycle Theory", London 1950, S. 87-130, zusammengefaßt dargestellt. Ehe Ohlin diesen Namen eingeführt hatte, wurde oft die Bezeichnung "Die Schwedische Schule" verwendet, die jedoch die fehlerhafte Verallgemeinerung enthält, daß alle maßgeblichen schwedischen National-

Obwohl Ohlin auf diese letztgenannte Tatsache hinweist, scheint uns seine Begriffsbestimmung zu wenig den Einfluß Myrdals auf die in den vier Untersuchungen entwickelten Theorien zu beachten. Sie alle berücksichtigten nämlich die Methode der ex post und ex ante Unterscheidung, die Myrdal in "Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse" von 1933 einführte und die ihren Ursprung in der Darstellung des Unsicherheits- und Risikomoments in "Prisbildningsproblemet och föränderligheten" von 1927 hat [1]. Daher betrachten wir dieses letztgenannte Werk Myrdals auch als den eigentlichen Beginn der sog. "Stockholmer Schule" [2].

Besteht somit ein wesentlicher Teil der nach Ohlin definierten "Stockholmer Schule" aus der Behandlung theoretisch methodologischer Probleme, die für praktische Wirtschaftspolitik weniger relevant erscheinen, so ist sie, wie wir gesehen haben, andrerseits durch den ursprünglichen Zweck der im Rahmen des Arbeitslosenkomitees erschienenen Arbeiten praktisch politisch engagiert, indem diese die ersten konjunkturpolitischen Vorschläge und Programme enthalten und somit für eine Krisenpolitik besonders interessant sind.

Aus dieser Darstellung mag hervorgehen, wie weitverzweigt und verflochten und außerdem schwer bestimmbar das ist, was man nach Ohlin als "Stockholmer Schule" bezeichnet, vor allem, wenn man zu klären sucht, inwieweit diese als eventuelles theoretisches Fundament für praktische Wirtschaftspolitik hervorzuheben wäre.

Um hier überhaupt zu einer Lösung gelangen zu können, haben wir es als berechtigt und sogar notwendig erachtet, eine Aufteilung der Stockholmer Schule in einen theoretisch-methodologischen und einen mehr praktisch orientierten theoretisch-politischen Teil vorzunehmen, (wobei das Kriterium nicht der betreffende Autor, sondern die Art der vorgenommenen Untersuchung bildet), dabei jedoch eingedenk, daß sich die Grenzen auch hier niemals eindeutig ziehen lassen, da ja beide Teile in denselben 4 Arbeiten enthalten sind.

ökonomen jener Zeit grundsätzlich übereinstimmende Gedankengänge gehabt hätten. Ausnahmen bildeten jedoch beispielsweise Ivar Sundbom und Tord Palander, die zwar von der Stockholmer Schule beeinflußt waren, jedoch in der international und auch in Schweden selbst weniger bekannten sog. "Lundaskola" eigene Wege gingen.

1) Auf diese Arbeiten Myrdals kommen wir an anderer Stelle ausführlich zu sprechen. (Siehe S. 62 resp. S. 54).

2) Vgl. hierzu auch K.-G. Landgren, "Economics in Modern Sweden", Washington 1957, S. 21.

Aber wenigstens wird dadurch der gesamte Komplex des Ohlin'schen Begriffes der "Stockholmer Schule" erfaßbar.

Einer solchen Aufteilung entsprechend, würden wir es vorziehen, die in den Arbeiten Myrdals und Lindahls [1] entwickelten analytischen Methoden sowie deren Weiterentwicklung in 3 von den vier im Rahmen des Arbeitslosenkomitees erschienenen Arbeiten Myrdals, Ohlins, Johanssons und Hammarskjölds als die "Stockholmer Theorie der Expansions- und Kontraktionsprozesse", oder als die "Stockholmer Schule" im eigentlichen Sinne, die aus denselben vier Arbeiten resultierenden konjunkturpolitischen Vorschläge und Programme, zusammengefaßt dargestellt im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees, als die "Theory of unused resouces" (oder die theoretisch-politische Seite der Stockholmer Schule im weiteren Sinne) zu bezeichnen [2].

Diesen einleitenden Überlegungen zufolge bedienen wir uns im anschließenden Kapitel zur Darstellung der Entwicklung der Stockholmer Schule folgender Einteilung:

In einem ersten Abschnitt soll ein Überblick über die Theorie Knut Wicksells als dem wichtigsten Vorläufer der Stockholmer Schule vermittelt werden.

Danach wenden wir uns den theoretischen Analysen Myrdals und Lindahls, sowie denjenigen in den Arbeiten innerhalb des Arbeitslosenkomitees zu, versuchen sodann, eine Zusammenfassung der theoretischen Merkmale der "Stockholmer Schule" der 30er Jahre zu geben, um schließlich in einem dritten Abschnitt die Bedeutung der mehr praktisch-politischen "Theory of unused resources" anhand des Schlußrapports des Arbeitslosenkomitees "Åtgärder mot arbetslöshet", sowie anhand des finanzpolitischen Programmes Myrdals von 1933 [3], zu untersuchen.

---

1) Lindahl wirkte als einziger der an der Entwicklung der Stockholmer Schule maßgeblich beteiligten Wirtschaftswissenschaftler nicht in Stockholm.

2) Wir glauben, mit dieser Entscheidung, nur die schwedische Theorie der Kontraktions- und Expansionsprozesse als die Stockholmer Schule im eigentlichen Sinne zu bezeichnen, auch die in der internationalen Literatu bestehende Tradition über die Definition der Stockholmer Schule berücksichtigt zu haben.

3) Myrdal legte in der Regierungsvorlage v. 1933 einen Vorschlag zur Revisio der Finanzpolitik unter dem Titel "P.M. angående verkningarna på den ekonomiska konjunkturutvecklingen i Sverige av olika åtgärder inom den offentliga hushållningens område" vor. (Pro memoria hinsichtlich der Wirkungen verschiedener Maßnahmen auf dem Gebiete des öffentlichen Haushalts auf die wirtschaftliche Konjunkturentwicklung in Schweden).

Als Ergebnis dieser Untersuchung müßte schließlich die Frage beantwortet werden können, ob die Stockholmer Schule wirklich das theoretische Fundament für die Antidepressionspolitik der 30er Jahre darstellte.

II. DIE MERKMALE DER STOCKHOLMER THEORIE DER EXPANSIONS- UND KONTRAKTIONSPROZESSE, DER SOG. "STOCKHOLMER SCHULE"

1. KNUT WICKSELL, DER BEGRÜNDER DER MODERNEN GELDTHEORIE IN SCHWEDEN

Das Problem, inwieweit Veränderungen in der Beschäftigung mit Variationen in der Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten zusammenhängen, und damit die Problematik der modernen Konjunkturtheorie, haben ihren Ursprung in der Theorie Knut Wicksells [1], in der der Versuch unternommen wird, langfristige Preisbewegungen zu erklären.

"Wicksell geht von dem einfachen Fall der Preisbildung eines einzelnen Gutes aus, die nach der zentralen Preisbildungstheorie von den beiden Komponenten am Markt, Angebot und Nachfrage, bestimmt wird" [2]. Wenn der Preis dieses Gutes steigt, wird das auf eine Steigerung der Nachfrage gegenüber dem Angebot zurückgeführt. "Und natürlich müßte", folgert Wicksell nach den Worten Ohlins [3], "wenn die Preise für a l l e Güter insgesamt steigen, - und wenn somit das allgemeine Preisniveau steigt, - eine ähnliche Erklärung möglich sein."

---

1) Entwickelt in "Geldzins und Güterpreise" (Jena 1898), "Das Valutaproblem in den skandinavischen Ländern" (Ekonomisk Tidskrift 1925 Nr. 10+11) und in den "Vorlesungen über Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginal-Prinzips" I+II (Jena 1913-22).

2) Bruno Kiesewetter, "Die Wicksell'sche Theorie als Grundlage der dynamischen Geld- und Konjunkturtheorie", in: Beiträge zur empirischen Konjunkturforschung, herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1950, S. 217.

3) Bertil Ohlin, "Some Notes on the Stockholm Theory of Savings and Investment" in Readings in Business Cycle Theory, London 1950, S. 88 (Übers. v. Verf.).

Wie kann aber die Gesamtnachfrage bei gegebenen Angebotsbedingungen steigen? Wicksell versucht, in seiner Analyse vom Sparen und Investieren die Antwort auf diese Frage zu geben. "He found that if people purchase capital goods or other goods for inventory, that is, if they spend for investment purposes greater sums of money than corresponds to the amounts other people want to save, than, to put it crudely, part of that investment will be financed not out of savings but out of new purchasing power" [1]. Im Unterschied zur Quantitätstheorie, die sich auf die Darstellung beschränkt, wie Variationen in der im Umlauf befindlichen Geldmenge die Preise beeinflussen können, galt es nun zu klären, wie es zur Ausgabe der neuen Zahlungsmittel kommt. Wicksell versucht dies durch die Verwendung zweier verschiedener Zinsbegriffe, des "natürlichen Zinses" und des "Geldzinses", zu ermöglichen.

Wie sich aus dem Ohlin'schen Zitat ergab, wird nach Wicksell die Gesamtnachfrage anwachsen, wenn die Investitionen das Sparen übersteigen. Zu größeren Investitionen werden die Individuen aber veranlaßt, wenn der "natürliche" oder Realzins (d.h. die physische Grenzproduktivität des Kapitals oder ganz einfach der erwartete Realertrag der Investitionen) den Geldzins (d.h. den durch die Kreditbedingungen bestimmten Leihzins) übersteigt, wodurch vermehrte Bankkredite in Anspruch genommen werden, (und vice versa) [2]. Infolge der Einwirkung der Investitionsveränderungen auf Einkommen, Preise und Profite, die ihrerseits wieder erneut auf die Investitionsvorhaben einwirken kommt der einmal ausgelöste Expansions- oder Kontraktionsprozeß zu keinem Ende, vielmehr wird er auf diese Weise durch sich selbst beschleunigt, d.h. er gestaltet sich "kumulativ" in der einen oder anderen Richtung, und zwar so lange, bis der "natürliche Zins" dem Geldzins entspricht.

Sinkt der Geldzins unter den natürlichen Zins, oder steigt der natürliche Zins, etwa infolge verbesserter Technik, über den Geldzins, so steigt (in beiden Fällen) der Wert des vorhandenen Realkapitals. Daher wird es relativ lohnende Produktionsgüter statt Konsumtionsgüter zu produzieren. Die Unternehmer in

---

1) Bertil Ohlin, "The Problem of Employment Stabilization", New York 1949, S. 111.

2) Vgl. hierzu auch Bruno Kiesewetter, a.a.O., S. 227: "Bei Einsetzen des kumulativen Prozesses übersteigen die Investierungen die Möglichkeit der Realkapitalbildung, die durch das wirkliche Sparen begrenzt sind. An Stelle der unzureichenden gesparten Kaufkraft muß "künstliche" oder "zusätzliche" Kaufkraft durch Ausweitung des Bankkredites geschaffen werden."

den Produktionsgüterindustrien versuchen infolgedessen, Produktionsfaktoren von den Konsumgüterindustrien abzuziehen, indem sie auf Grund ihrer verbesserten Gewinnmöglichkeiten höhere Preise bieten. Damit erhalten aber auch die Preise für Konsumgüter eine steigende Tendenz, denn als Folge der bevorzugten Produktion von Produktionsgütern verringert sich das Angebot an Konsumgütern, während gleichzeitig die Nachfrage nach diesen steigt, da die vermehrten Kapitalinvestitionen in einer Steigung des Volkseinkommens resultieren. Da aber der Wert der Produktionsgüter z.T. von den Preisen der Konsumgüter abhängt, bedeuten steigende Konsumgüterpreise eine weitere Stimulierung für Kapitalinvestitionen. Der im vorliegenden Fall dargestellte Expansionsprozeß wird dadurch kumulativ und kann nach Wicksell dadurch zum Stehen gebracht werden, daß das Bankensystem die nötigen Schritte unternimmt, um den Geldzins im Verhältnis zum Realzins oder natürlichen Zins zu erhöhen.

Die Theorie Wicksells vom kumulativen Prozeß (Expansions- oder Kontraktionsprozeß) ist also keine geschlossene Konjunkturtheorie, da sowohl Auslösung als auch Beendigung desselben durch exogene Faktoren wie Technik und Kreditbedingungen hervorgerufen werden [1]. Die entscheidende Rolle in ihr spielt der Geldzins. Er ist, nach den Worten Kiesewetters das "zentrale Erklärungsprinzip" für ein "verändertes Gleichgewichtsverhältnis der vier Posten Sparen und Konsum, Investieren und Produktion" und "der Hebel, mit dessen Hilfe die ganzen Wertschätzungen in Bewegung geraten, ... er reguliert den Kapitalzufluß und ist das Instrument der Kreditpolitik, die ein integrierender Bestandteil der Wirtschaftspolitik ist" [2].

Wicksell hat mit seiner grundsätzlichen Frage nach der Veränderlichkeit des gesamten Preisniveaus von der statischen Theorie Abstand genommen, in der zwar Änderungen der relativen Preise innerhalb des Preisniveaus untersucht werden, doch Veränderungen in den Gesamtgrößen wie denen der Gesamtnachfrage, des Gesamtangebots und des Preisniveaus als Gesamtheit nicht denkbar sind. Durch die Konstruktion seines kumulativen Prozesses hat er zum ersten Mal das dynamische Moment des zeitlichen Ablaufs in die wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung mit einbezogen, und er betrachtet, da

---

1) Vgl. hierzu Sidney D. Merlin, "The Theory of Fluctuations in Contemporary Economic Thought", New York 1950, S. 61 (Studies in History, Economics and Public Law, edited by the Faculty of Political Science of Columbia University).

2) Bruno Kiesewetter, a.a.O., S. 221.

er von der Geldtheorie die Erklärung für ein Steigen oder Sinken der monetären Nachfrage über bzw. unter das Güterangebot erhalten will, Preis- und Geldtheorie nicht mehr als zwei voneinander getrennte Gebiete. "Man hatte schon lange die unbefriedigende theoretische Situation in der nationalökonomischen Wissenschaft, die durch die Parallelität der theoretisch nicht eng miteinander verbundenen Preisbildungs- und Geldtheorie bestand, empfunden und nach einer Verbindung beider auf einer klaren theoretischen Basis gesucht," schreibt Bruno Kiesewetter. Es sei aber "das große Verdienst Wicksells, in seinen beiden großen Werken [1] ... eine solche Integrationstheorie entwickelt zu haben" [2].

Auch Bertil Ohlin ist der Meinung, daß Wicksell in seiner Analyse über das Sparen und Investieren sowohl mit der Say'schen Doktrin, daß das Angebot seine eigene Nachfrage schaffe, als auch mit der bis dahin herrschenden Meinung, daß die Theorie der relativen Preise und die Geldtheorie zwei grundsätzlich verschiedene Dinge seien, gebrochen habe. Er fügt allerdings hinzu, daß Wicksell eine wirkliche Verschmelzung dieser Theorien nie geglückt sei [3].

Abgesehen von solchen Differenzen in der Auslegung der Wicksell'schen Theorie dürfte darüber Einigkeit herrschen, daß, wie Erik Lundberg es ausdrückt, "das Wesentliche mit der Tradition von Wicksell" darin bestand, "daß die Problemstellungen und die Methoden in der Analyse von Anfang an auf die Totalkategorien der Wirtschaft ausgerichtet wurden. Es war die Frage nach dem Gesamteinkommen der Gesellschaft, nach der Gesamtnachfrage und der Totalinvestition, die im Zusammenhang mit Produktion, Geldmenge und Preisniveau gestellt wurde, um unter anderem die Möglichkeiten der Geld- und Zinspolitik zu beleuchten." Die Folge hiervon war, "daß Preisniveau und Einkommensbildungstheorie nicht von der Geld- und Konjunkturtheorie isoliert wurden" [4]. Mit anderen Worten, Wicksell hatte bereits 1898 den Versuch unternommen, eine dynamisch makroökonomische Theorie zu konstruieren. Die Weiterentwicklung seiner Ansätze auf eine dynamische Theorie zu wurde zum wichtigsten Element in der späteren "Stockholmer Schule".

---

1) Gemeint sind: "Geldzins und Güterpreise" und "Vorlesungen ..." Vgl. S. 49, Fußnote 1.
2) Bruno Kiesewetter, a.a.O., S. 216-217.
3) B. Ohlin, "Some Notes ...", S. 88.
4) Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", S. 258. (Übers. v. Verf.).

2. DIE ENTWICKLUNG DER GRUNDKONZEPTION DER "STOCKHOLMER SCHULE" IN DEN ARBEITEN GUNNAR MYRDALS UND ERIK LINDAHLS

Um die Bestimmung der Preise im Wirtschaftsgeschehen erklären zu können, bedient sich die Wirtschaftswissenschaft des Hilfsmittels einer stufenweisen Annäherung an die Realität.

Die erste Stufe ist gekennzeichnet durch die Annahme, daß keine Veränderungen der wirtschaftlichen Gegebenheiten - der Daten - in der Zukunft eintreffen werden, und daß die Individuen im Bewußtsein dieser Unveränderlichkeiten handeln.

In der zweiten Stufe, Brinley Thomas nennt sie quasi-statisch [1], finden Veränderungen der Daten in der Zukunft statt, die Individuen treffen ihre Entscheidungen jedoch unter der genauen Kenntnis dieser künftigen Veränderungen.

Die dritte Stufe umfaßt eine Situation, in der die Zukunft nur ungenau vorausgesehen werden kann, und die Individuen folglich unter dem Einfluß von Ungewißheit und Unsicherheit handeln.

Einer Betrachtung der mit konjunkturellen Schwankungen verbundenen Probleme kann nur die letzte der geschilderten Stufen adäquat sein, denn bei einer diesbezüglichen Analyse der wirtschaftlichen Realität muß man notwendigerweise die Einflüsse untersuchen, die durch die ungenaue Kenntnis der Zukunft und damit durch die Erwartungen der wirtschaftenden Individuen ausgeübt werden.

Ein Ansatz zu Antizipationen und Erwartungen war bereits bei Wicksell vorhanden, da, wie wir gesehen haben, die unmittelbare Ursache der monetären Expansion zu Beginn eines kumulativen Prozesses im Anwachsen der Investitionen in der Produktionsgüterindustrie bestand, das seinerseits darauf zurückzuführen war, daß die Unternehmer dieser Industrie infolge der Differenz zwischen Geld- und Realzins höhere Preise und Gewinne erwarteten. Auch der weitere kumulative Verlauf des Prozesses steht im Zusammenhang mit Erwartungen. So erwarten die Individuen infolge der erweiterten Investitionstätigkeit steigende Einkommen und erhöhen ihre Nachfrage nach Konsumgütern. Deren Preise steigen, wodurch die Unternehmer wieder zusätzliche Gewinne erwarten und infolgedessen einen weiteren Anreiz zu neuen Investitionen erhalten.

---

1) Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", S. 67.

Eine exakte Analyse von Reaktionsfolgen und eine Erklärung, wie diese den Expansions- bzw. Kontraktionsprozeß bestimmen, enthält Wicksells Theorie nicht. Antizipationen und Erwartungen sind vielmehr in seinem theoretischen System vom kumulativen Prozeß stillschweigend inbegriffen.

a) Unsicherheits- und Risikofaktor in Gunnar Myrdals "Prisbildningsproblemet och föränderligheten"

Es war Gunnar Myrdal vorbehalten, in seiner Dissertation "Prisbildningsproblem och föränderligheten" (Uppsala und Stockholm 1927) [1], den Einfluß der Unsicherheit auf die Preisbildung zu erörtern, indem er die Frage stellte, inwieweit wirtschaftliches Handeln durch Antizipationen künftiger Ereignisse, d.h. durch Erwartungen, bestimmt werde. Myrdal betont stark die Bedeutung der Veränderlichkeiten des Wirtschaftsgeschehens und wendet sich in einer Kritik gegen die früheren Theorien, die sich in erster Linie mit einer stationären Wirtschaft befaßt und dieses nun von Myrdal aufgegriffene Problem außer acht gelassen hatten. Infolgedessen begegnet man auch der Ansicht, daß Myrdal das Problem der Wirtschaftsdynamik in seine Untersuchung mit einbezogen habe. Brinley Thomas bezeichnet somit Myrdals in der obengenannten Arbeit entwickelte Theorie als dynamisch, denn er habe gezeigt, daß die statische Theorie in zweierlei Hinsicht entwickelt werden müsse: Erstens in Bezug auf die Frage, welche Bedeutung die Ungewißheit für die Preise der Endprodukte und Produktionsfaktoren habe, und zweitens hinsichtlich deren Einfluß auf die Kombination, mit welcher die Unternehmer ihre Ressourcen einsetzen. Letzteres bedeute aber nichts geringeres als eine vollständig revidierte Produktionstheorie [2].

Man muß jedoch, wie Bertil Ohlin erklärt, die Arbeit Myrdals als einen Versuch betrachten, die Erwartungen in die statische Preistheorie einzubauen, um dadurch ein Bild von den Kräften zu erhalten, die zu einem gewissen Zeitpunkt wirken. "He does not attempt to construct a dynamic price theory which considers the rate of change and thus gives an account of a process of time. His theory can be regarded as the last step which a static theory can take in the direction of dynamics. In constructing his equlibrium Myrdal eliminates time from change, but not anticipations of time. In other words, he assumes a timeless adjustment, but with all friction and cost and expectations" [3].

---

1) "Preisbildung und Veränderlichkeit".

2) Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", London 1936, S. 68-69.

3) Bertil Ohlin, "Some Notes ...", S. 89.

Ist Myrdals Theorie in "Prisbildningsproblemet och föränderligheten" ihrem Wesen nach also statisch, so bereitet sie doch den Weg zu dynamischer Betrachtungsweise und ermöglicht eine künftige Konzentration auf das Problem der Erwartungen. Auf diese Weise wurde sie bestimmend für die weitere Orientierung der schwedischen Wirtschaftstheorie, so wie sie sich in der "Stockholmer Schule" herausbildete. Diese beginnt daher unseres Erachtens mit Myrdals obengenannter Arbeit.

b) Die Methode der Periodenanalyse in Erik Lindahls "Penningpolitikens medel"

Ehe Myrdal die Problematik der Erwartungen in seinen zwei folgenden Arbeiten wieder aufgriff, erschienen zwei Beiträge Erik Lindahls, die als dynamische Analysen weitere wichtige Marksteine in der Entwicklung der jüngeren schwedischen Wirtschaftstheorie darstellen.

Die erste dieser Untersuchungen, "Prisbildningsproblemets uppläggning från kapitalteoretisk synpunkt"[1], ist, da Lindahl vorwiegend mit der Prämisse einer genauen Kenntnis zukünftiger Ereignisse arbeitet, weniger als Fortsetzung der Myrdal'schen Unsicherheits- und Risikotheorie, als vielmehr als Methode zur Konstruktion einer dynamischen Theorie, von Bedeutung. Nach der Darstellung Landgrens[2] geht Lindahl von folgender vereinfachender Überlegung aus: "The dynamic is certainly continuous but becomes easier to study if one divides it up into relatively short periods, during which prices as well as some other variables are held constant. The changes occur at the transition points between the periods."

Damit war der Grund zu einer Periodenanalyse, wie sie in Lindahls "Penningpolitikens medel"[3] von 1930 entwickelt wurde, gelegt. Hier schränkt Lindahl seine Annahme von der "Perfect Foresight" soweit ein, daß sie sich nur noch auf die unmittelbar bevorstehende Periode bezieht, während er dagegen für die folgenden Perioden das Unsicherheits- und Risikomoment berücksichtigt und damit eine gewisse Beeinflussung durch Myrdals "Prisbild-

---

1) "Das Problem der Preisbildung unter kapitaltheoretischem Gesichtspunkt", erschienen in Ekonomisk Tidskrift 1929. Ins Englische übersetzt 1939 als dritter Teil von "Studies in the Theory of Money and Capital".
2) Karl Gustav Landgren, "Economics in Modern Sweden". S. 21-22.
3) "Die Mittel der Geldpolitik".

ningsproblemet och föränderligheten" zeigt [1]. Lindahl geht auch in dieser Arbeit von der Annahme aus, daß sich der dynamische Wirtschaftsprozess aus einer Folge sehr kurzer Gleichgewichtsperioden zusammensetze [2], doch untersucht er nun die Preisrelationen zwischen diesen Perioden unter verschiedenen Annahmen über die zu Beginn jener Zeitabschnitte bestehenden Antizipationen seitens der Individuen. Dabei weist er nach, daß auch Wicksells kumulativer Prozess sehr wesentlich von bestimmten Annahmen über die Erwartungen der Unternehmer abhänge. (Vergleiche hierzu auch unseren diesbezüglichen Hinweis S. 53). Lindahl benützt somit, nach den Worten Ohlins [3], "Myrdals expectation analysis to follow the Wicksellian line of approach by means of periods of time", und zwar "somewhat under the influence of Mr. D.H.Robertso in the latter respect."

Dieser theoretischen Methode der Periodenanalyse bedient sich nun Lindahl, um die geldpolitischen Mittel zur Erreichung eines gesteckten Zieles zu untersuchen Hinsichtlich dieses Zieles legt er sich zu Beginn seiner Arbeit fest, indem er erklärt, daß die Geldpolitik soweit wie möglich die Risiken und Friktionen im Wirtschaftsleben vermindern müsse, was seinerseits dazu beitragen solle, Konjunkturschwankungen zu dämpfen [4]. Diesem Prinzip entsprechend müsse sodann das Preisniveau reguliert werden, das somit bei Lindahl die Norm für die monetären Maßnahmen bildet [5]. Daher ist Lindahls Periodenanalyse von 1930, nach seinen eigenen Worten, "eine Methode zur Behandlung des Preisbildungsproblemes unter dynamischen Voraussetzungen" [6].

Seine Untersuchungen erstrecken sich hierbei auf drei Gebiete: Auf die Faktoren die die Veränderungen des Preisniveaus bestimmen; auf die geldpolitischen Mittel, durch welche diese Faktoren beeinflußt werden können und auf die Regeln zur Anwendung dieser Mittel in ganz bestimmten Fällen.

---

1) Vgl. E. Lindahl "Penningpolitikens medel" S. 18, insbesondere Fußnote 1.
2) Siehe hierzu S. 57.
3) B. Ohlin, "Some Notes ...", S. 90.
4) E. Lindahl, "Penningpolitikens medel", S. 7.
5) Lindahl bevorzugt eine Regulierung des Preisniveaus im umgekehrten Verhältnis zur Produktivität, da diese "die totalen Risiken, die mit dem wirtschaftlichen Handeln verknüpft sind, in höherem Maße reduziert als ein unverändertes Preisniveau" (a.a.O., S. 8/9, Übers. v. Verf.)
6) E. Lindahl, a.a.O., S. 32, Übers. v. Verf.

Als Ausgangspunkt für diese dreifache Untersuchung dient Lindahl die Gleichung

$$E(1-s) = P.Q \quad ^{1)}$$

Sie besagt, daß eine Veränderung von P mit einer Veränderung des restlichen Ausdrucks $E(1-s):Q$ zusammenhängen muß, was nichts anderes bedeutet, als daß eine Veränderung des Preisniveaus für Konsumgüter und Dienstleistungen voraussetzt, daß sich das für die Konsumtion verwendete Nominaleinkommen (die Nachfrage) im Verhältnis zur Menge der Konsumgüter (dem Angebot) verändert hat [2].

---

1) "Bei der Klarlegung der Faktoren, die die Veränderungen des Preisniveaus bestimmen, scheint es geeignet, die Gleichungen ... zum Ausgangspunkt zu nehmen, die aussagen, daß unter jeder Periode der Teil des gesamten Nominaleinkommens, der nicht gespart wird, gleich ist der Summe der während dieser Periode konsumierten Waren und Dienste, multipliziert mit deren Preis. Diese Gleichungen können wir hier in folgender vereinfachter Form schreiben, indem wir E als das gesamte Nominaleinkommen, s als den gesparten Bruchteil desselben, P als das Preisniveau für Konsumgüter und Q als die Quantität solcher Güter während einer gewissen Periode bezeichnen." (E. Lindahl, "Penningpolitikens medel" S. 12, Übers. v. Verf.)

2) Um die Gleichung in einer dynamischen Analyse verwenden zu können, muß der zeitliche Ablauf in verschiedene Perioden aufgeteilt werden. (Vgl. hierzu Ohlin, "Some Notes ..." S. 90) Lindahl selbst beschreibt dieses Verfahren wie folgt: "Bei der Analyse eines dynamischen Verlaufs denken wir uns diesen in so kurze Zeitperioden aufgeteilt, daß die Voraussetzungen für die Preisbildung und damit auch die Preise während jeder Periode als unverändert gedacht werden können. Es wird also angenommen, daß sämtliche Veränderungen in dieser Hinsicht während des Übergangs zwischen den verschiedenen Perioden eintreffen. Die Preisentwicklung kann dann als eine Reihe sukzessiver Preisbildungslagen dargestellt werden. Wir nehmen weiter an, daß die Individuen während einer jeden dieser kurzen Zeitperioden genaue Kenntnis über die während der Periode herrschenden Preise besitzen und daß sie ihre Angebots- und Nachfragedispositionen von diesen Preisen bestimmen lassen, die also faktisch als ein Resultat der betreffenden Dispositionen zustande kommen. Die Preisbildungslagen werden Gleichgewichtslagen in dem Sinne, daß während der Periode Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht. Für jede Periode kann die Preisbildung also mittels eines

Für Lindahl gilt es nun, "die vom Gesichtspunkt der Preisbildung aus primären Ursachen für solche Veränderungen" zu untersuchen [1]. Primäre Ursachen oder Ereignisse, die eine Veränderung der Gleichungsfaktoren auslösen [2], können geldpolitische Maßnahmen seitens der Zentralbank sein. Sie können aber auch nichtmonetärer und dann wiederum objektiver oder subjektiver Art sein. Zu nichtmonetären objektiven Primärursachen zählen Veränderungen in der Bevölkerungszahl, in den Naturvorkommen und der Produktivität, zu den nichtmonetären subjektiven die Änderungen in den Erwartungen der Individuen.

Lindahl untersucht zuerst die Wirkungen der geldpolitischen Primärursachen auf die Gleichungsfaktoren und damit letztlich auf das Preisniveau und wendet sich sodann der Frage zu, wie die Wirkungen der nichtmonetären Primärereignisse durch geldpolitische Maßnahmen so beeinflußt werden können, daß ein gewisses geldpolitisches Ziel, (das ja bei Lindahl mit einer bestimmten Regulierung des Preisniveaus identisch ist), erreicht wird.
Zur Vereinfachung dient Lindahl bei seinen Untersuchungen ein geschlossenes stationäres Gleichgewichtssystem als Ausgangsmodell. In ihm wird dann jeweils einer der Primärfaktoren (man könnte auch sagen, eines der Daten) geändert [3] und unter bestimmten Annahmen über die Erwartungen der Individuen entweder direkt in seinen Wirkungen auf das Preisniveau oder auf die Möglichkeit hin, in diesen Wirkungen durch monetäre Maßnahmen beeinflußt werden zu können, untersucht.

Gleichungssystems dargestellt werden. Die Veränderungen der einzelnen Preise und Preisniveaus von einer Periode zur anderen beruhen auf der Veränderung der Preisbildungsvoraussetzungen, die beim Übergang zwische den verschiedenen Perioden stattfinden. Eine Verschiebung des Preisniveaus steht also im Zusammenhang mit einer stattgefundenen Veränderung der Faktoren, die in den Ausdruck $E(1-s) : Q$ eingehen."
("Penningpolitikens medel", S. 31/32, Übers. v. Verf..)

1) Erik Lindahl, a.a.O., S. 15.

2) Primärereignisse werden in manchen Fällen unmittelbar eine Veränderung des Preisniveaus auslösen, wobei sich dann die übrigen Gleichungsfaktoren dieser Preisniveauveränderung anzupassen haben. In anderen Fällen dagegen - sie sind nach Lindahl die Regel - können sie aber zuerst die übrigen Faktoren beeinflussen, was dann seinerseits eine Veränderung des Preisniveaus bewirkt.

3) Die Änderung eines Primärfaktors ist zugleich Primärursache, bzw. Eintreffen des Primärereignisses im Sinne Lindahls.

So fragt er beispielsweise, was bei einer ersten Veränderung in Form einer Senkung des Zinses unter der Voraussetzung gewisser Erwartungen über das künftige Preisniveau geschieht.
In einem anderen Fall ändert er die Produktivität und untersucht, was bei dieser Veränderung geschieht, wenn die Zentralbank ihr Ziel in Form einer Regulierung des Preisniveaus umgekehrt zur Produktivität verfolgt und wenn man annimmt, daß entweder a) die Wirkung dieser Politik auf die Güterpreise der Zukunft von den Individuen vorhergesehen oder b) die Einwirkung der Zentralbankpolitik auf die künftigen Preise nur ungenau vorhergesehen werden kann.

Solche Modellbetrachtungen als theoretische Grundlage für monetäre Maßnahmen, von denen wir nur zwei Fälle zur Veranschaulichung herausgegriffen haben, gestatten es Lindahl, die Möglichkeiten der Zentralbank zu einer rationellen Geldpolitik [1] zu untersuchen.

Bei einem Verzicht auf das Modell einer geschlossenen Gleichgewichtswirtschaft ergeben sich völlig andere Voraussetzungen für die Erörterung von Veränderungen der wirtschaftlichen Daten unter bestimmten Annahmen bestimmter Erwartungen. Sinken beispielsweise die Kosten der für den Export bestimmten Güter, so wird die Wirkung einer vermehrten Produktion auf das Preisniveau anders sein, als in einem geschlossenen System. Eine erhöhte Produktivität kann zu einem höheren Preisniveau führen, wenn die vermehrte Produktion durch steigenden Export oder sinkenden Import aufgeworden wird.

Lindahl erklärt jedoch, daß bei freier Währung die Prinzipien für die Anwendung geldpolitischer Mittel dieselben seien, ob nun internationale Verhältnisse oder ein geschlossenes System vorlägen. "Im großen ganzen gilt, daß die internationalen Verbindungen die Regulierung des Preisniveaus nach einer gewissen Norm erleichtern, wenn die Veränderungen innerhalb des Landes eingetreten sind, da die gleichzeitigen Änderungen der Wechselkurse als ein effektives Mittel angewandt werden können, das Preisniveau in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Andrerseits wird die Situation für die Zentralbank dadurch erschwert, daß die Veränderungen, die die Verhältnisse des Inlands mit dem Ausland betreffen, besondere geldpolitische Maßnahmen erfordern, die mit Rücksicht auf die rein interne Situation nicht motiviert sind" [2].

---

1) Unter rationeller Geldpolitik versteht Lindahl diejenige Geldpolitik, die das für die Geldpolitik festgesetzte Ziel "auf die beste Weise realisiert" (Penningpolitikens medel, S. 7, Übers. v. Verf.)
2) Erik Lindahl, "Penningpolitikens medel", S. 169, (Übers. v. Verf.)

Man kann demnach folgende drei Fragen als die den geldpolitischen Untersuchungen Lindahls zugrundeliegenden Hauptgesichtspunkte bezeichnen:

1) Nach welcher Norm soll das Preisniveau reguliert werden?
2) Welche Währung bietet die meisten Vorteile für die Durchführung einer rationellen Geldpolitik?
3) Welche geldpolitischen Mittel müssen in den entsprechenden Fällen zur Regulierung des Preisniveaus angewandt werden? [1)]

Um die Verbindung der Arbeit Lindahls mit der Wicksell'schen Doktrin wieder aufzunehmen, müssen wir uns noch einmal dem auf Seite 58/59 erwähnten Modellbeispiel des ersten Veränderungstyps zuwenden, in welchem Lindahl die Wirkungen einer Zinsänderung unter der Annahme verschiedener Erwartungen untersucht:
In einem geschlossenen, im Gleichgewicht befindlichen System wird bei einer primären Veränderung zum Beispiel in Form einer Zinssenkung nur dann ein kumulativer Prozeß entstehen, wenn die Individuen erwarten, daß die einmal begonnene Steigerung des Preisniveaus anhält. Denn in diesem Fall wird die Überführung der Ressourcen in langfristige Produktionsprozesse (Verlängerung der Umwegsproduktion), die ja durch die ursprüngliche (Geld-) Zinssenkung veranlaßt wurde, und ihrerseits die Ursache zur Steigerung des Preisniveaus war, besonders lohnend, da der erwartete Profit wegen der steigenden Konsumgüterpreise größer ist als es der ursprünglichen Zinssenkung entspräche [2)].
Wenn dagegen erwartet wird, daß das Preisniveau in Zukunft gleich bleibt, so wird die Tendenz zur Verlängerung der Umwegsproduktion ein Ende finden, da die Grenzproduktivität der Neuinvestitionen stufenweise abnimmt, bis sie dem niedrigen Zins entspricht. Hier besteht also, im Gegensatz zum vorhergehenden Fall, eine dem Prozeß selbst innewohnende Tendenz zu neuem Gleichgewicht, das sich, ceteris paribus, von dem der Ausgangssituation durch ein größeres Kapitalvolumen, ein höheres allgemeines Preisniveau und einen niedrigeren Zinssatz unterscheidet.
Hieraus geht hervor, daß Lindahl dem "normalen" Zins Knut Wicksells nur geringe Bedeutung beimißt.

Der Geldzins ist ja nach Wicksell "normal", wenn er dem "natürlichen" oder Realzins entspricht.

---

1) Erik Lindahl, a.a.O., S. 179.
2) Vgl. hierzu die Ausführungen, die bereits S. 53 über die Erwartungen bei Wicksell eingeflochten wurden.

Lindahl erklärt hierzu, daß man nur unter sehr speziellen Voraussetzungen von einem realen Kapitalzins sprechen könne, nämlich dann, wenn nur ein Produktionsfaktor zum Einsatz gelange und wenn dieser und das Produkt von gleicher Art seien. Dann könne der natürliche Zins als Verhältnis zwischen der Anzahl produzierter und der zuvor investierten Einheiten ausgedrückt werden, wobei er sich jedoch entsprechend der Periode des Wartens verändere. Sobald jedoch auch andere knappe Produktionsfaktoren in die Produktion eingingen, würde es unmöglich, investierte Mittel und produzierte Güter in denselben realen Einheiten zu messen. Der Kapitalertrag müsse dann vielmehr als eine Summe von Tauschwerten (der investierten und produzierten Einheiten), d.h. in Preisen, ausgedrückt werden, und sei damit nicht mehr unabhängig vom Geldzins. "Der Realzins während einer gewissen Periode kann ja als Verhältnis zwischen den erwarteten Güterwerten der Zukunft (entsprechend reduziert mit Rücksicht auf das Risikomoment) und den während der Periode investierten Werten ausgedrückt werden. Der Preis für die investierten Dienste wird jedoch von der Nachfrage der Unternehmer beeinflußt, und diese Nachfrage wird ihrerseits eben von der Höhe des Leihzinses bestimmt. Bei niedrigem Leihzins steigt die Nachfrage nach Diensten, die in Realkapital investiert werden sollen, weshalb deren Preis bis zu dem Punkt steigt, in welchem angenommen werden kann, daß die investierten Werte zum geltenden Leihzins verzinst werden. Umgekehrt bedeutet ein hoher Leihzins einen Preisdruck für sämtliche Dienste, die während der Periode investiert werden, sodaß die faktische Rentabilität auch in diesem Falle dem Leihzins entspricht. Wir finden also, daß der reale Kapitalzins, so wie der Begriff hier verstanden wird, die Tendenz hat, sich in jeder Periode der faktischen Höhe des Leihzinses anzupassen. Daß Realzins und Leihzins während einer gewissen Periode übereinstimmen, ist daher noch kein Grund, den letzteren als "normal" zu charakterisieren" [1].

Man kann eine Kritik an Lindahls Arbeit unter zwei Gesichtspunkten vornehmen:
Einmal kann man sich, - worauf Lindahl selbst hingewiesen hat [2], - gegen das von ihm gesteckte Ziel, den Ausgangspunkt seiner Untersuchung, auflehnen; denn es wird u.U. nicht jedermann mit ihm darin übereinstimmen, daß die Ausschaltung des Risikomoments und der damit verbundenen Friktionen in der Wirtschaft das Wunschziel ökonomischer Politik sein müsse. Da Lindahl

---

1) Erik Lindahl, "Penningpolitikens medel", S. 124, (Übers. v. Verf.).
2) In "Penningpolitikens medel", S. 7/8.

ausdrücklich betont[1], daß seine beiden Arbeiten[2] rein theoretischer Art seien kann ihm aus seiner Zielsetzung kein Vorwurf erwachsen. Denn "die Aufgabe des Nationalökonomen ist, ein gegebenes Ziel anzunehmen, es konkret zu definieren und sodann die verschiedenen Wege zu untersuchen, auf denen es erreicht werden kann"[3].
Zum anderen mag man sich, wie es Gunnar Myrdal getan hat[4], gegen Lindahl Deutung des Wicksell'schen kumulativen Prozesses wenden, in der ja dem "normalen" Zins keine Bedeutung beigemessen wird. (Vgl. oben).
In beiden Fällen bleibt jedoch die theoretische Bedeutung der Lindahl'schen Arbeit, von der Myrdal sagt[5], er habe mehr von ihr gelernt, als von irgend einem anderen modernen Werk, unangetastet.

c) Der Begriff des "Geldtheoretischen Gleichgewichts" nach Myrdal

Damit wenden wir uns nun zwei weiteren Arbeiten Gunnar Myrdals zu, die eine Weiterentwicklung der ursprünglich in "Prisbildningsproblemet och föränderligheten" dargelegten Idee von der Berücksichtigung des Unsicherheitsfaktors, also der Erwartungen in der theoretischen Analyse, enthalten. Es sind dies die beiden Arbeiten "Om penningteoretisk jämvikt"[6], erschienen in Ekonomisk Tidskrift 1931, Heft 5/6, S. 191-302, und "Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse", erschienen in "Beiträge zur Geldtheorie", herausgeg. v. F.A. Hayek, Wien 1933, S. 361-487[7].

---

1) Im Vorwort zu "Penningpolitikens medel".
2) "Penningpolitikens mål", Malmö 1929, und "Penningpolitikens medel", Malmö 1930.
3) Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", London 1936, S. 77.
4) In "Om penningteoretisk jämvikt", Ekonomisk Tidskrift 1931, Heft 5/6 und, jedoch weniger ausführlich, in "Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse", Wien 1933.
5) Vgl. "Om penningteoretisk jämvikt", S. 193, Fußnote 3.
6) "Vom geldtheoretischen Gleichgewicht".
7) "Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse" ist die Übersetzung einer leicht abgeänderten und den mit der schwedischen Wirtschaftstheorie weniger vertrauten nicht-schwedischen Lesern angepaßten Form von "Om penningteoretisk jämvikt" durch Gerhard Mackenroth. Wir beziehen uns im folgenden hauptsächlich auf diese deutsche Version der geldteoretischen Arbeit Myrdals.

Im Gegensatz zu Lindahl, der, worauf wir bisher schon mehrmals hingewiesen haben, die Möglichkeit einer Bestimmung des "normalen" Zinses ablehnt, hält Myrdal an der Wicksell'schen Konstruktion eines Gleichgewichtszinses fest. Er führt, um die mit Wicksells Theorie vom "natürlichen" und "normalen" Zins verbundenen Vorstellungen zu präzisieren, den Terminus "Geldtheoretisches Gleichgewicht" ein, zeigt aber, daß Wicksells Zinsbegriffe wesentlicher Umänderungen bedürfen, wenn dessen Theorie logisch einwandfrei und brauchbar gemacht werden solle. So kann und muß nach ihm der Realzins so definiert werden, daß er - entgegen der Einwendung Lindahls - seinen Platz als unabhängiger Faktor in diesem monetären Gleichgewicht behält.

Die überaus komplizierten und umfangreichen Darstellungen Myrdals können in der vorliegenden Arbeit nicht in allen Einzelheiten wiedergegeben werden. Man kann lediglich versuchen, eine Zusammenfassung der wesentlichsten Argumentationen zu vermitteln.

Die zentrale Stellung in Wicksells Theorie nimmt offensichtlich die geldtheoretische Gleichgewichtsvorstellung ein[1]. Dies ist leicht zu erkennen, wenn man sich erinnert, daß ein kumulativer Prozeß im Sinne Wicksells in der einen oder anderen Richtung eben dann ausgelöst wird, wenn k e i n solches Gleichgewicht besteht[2]. Die "wesentlichen" Umänderungen Myrdals in Wicksells Theorie, die wir oben erwähnt haben, setzen nun an den drei Bedingungen an, mit denen Wicksell eine Gleichgewichtslage festlegt. Diese ist dadurch gegeben, daß

1) der Geldzins "normal" ist, d.h. mit der technischen Grenzpoduktivität des Realkapitals (dem Real- oder natürlichen Zins) übereinstimmt,
2) der Geldzins Gleichgewicht zwischen Angebot an und Nachfrage nach Sparmitteln herstellt,
3) der Geldzins gegenüber dem Preisniveau neutral ist.

Wicksell nimmt an, daß diese drei Gleichgewichtsbedingungen identisch sind, d.h., daß die Erfüllung einer zugleich auch Erfüllung der beiden übrigen bedeutet. Myrdal versucht zu beweisen, daß dies nicht der Fall sein kann. Zugleich will er, da Wicksell für seine theoretische Beweisführung stets einen stationären ökonomischen Zustand als Ausgangspunkt gewählt habe - eine

---

1) Wir wollen der Klarheit halber noch einmal darauf hinweisen, daß der Begriff "Geldtheoretisches Gleichgewicht" von Myrdal stammt. Wicksell selbst verwendet diesen Ausdruck nicht. (Vgl. hierzu auch K.G. Landgren. "Economics in Modern Sweden", S. 33).
2) Vgl. Gunnar Myrdal, "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 383.

Methode, die theoretische Probleme nur verdecke, ohne sie zu lösen -, die drei Gleichgewichtsbedingungen unter dynamischen Voraussetzungen verbessern und ergänzen, d.h. er will zeigen, daß es möglich sein muß, für einen beliebigen Moment im dynamischen Ablauf die Bedingungen dafür anzugeben, ob geldtheoretisches Gleichgewicht besteht[1].

Eine Verbesserung in Wicksells erster Gleichgewichtsbedingung wird dadurch nötig, daß hier Real- und Geldzins miteinander verglichen werden, obwohl sie zwei völlig verschiedenen Systemen entspringen, die offenbar einen Vergleich von vornherein ausschließen. Der natürliche oder Realzins setzt als "Realertrag des Kapitals in der Produktion" eine reine Tauschwirtschaft voraus, während der Geldzins ein Kreditsystem mit monetären Transaktionen verlangt. In einem solchen System ist es aber unrichtig, den Ertrag des Kapitals als physischen Begriff zu definieren. Man muß ihn (und damit also den natürlichen Zins) vielmehr als Wertbegriff, als den "Gewinn der Kapitalinvestition in Geld gemessen"[2] betrachten[3]. Oder, wie Myrdal sagt: "Um mit dem Geldzins verglichen werden zu können ... muß die Ertragsquote offenbar errechnet werden als die Quote zwischen Nettoertrag eines Realkapitalobjektes und seinem Kapitalwert"[4]. Die Vergleichbarkeit mit dem Geldzins verlangt ferner, "daß die Ertragsquote von einem unveränderten Vermögenswert berechnet werden"[5] muß, was Myrdal dadurch ermöglicht, daß er die antizipierte Veränderung des künftigen Kapitalwertes bei der Berechnung des Kapitalgewinnes berücksichtigt. "Wenn wir hiernach von Ertragsquote sprechen, meinen wir damit, die Ertragsquote der geplanten Realinvestierungen. Diese wäre offenbar zu definieren als Quote aus Nettoertrag der geplanten Realinvestierungen und ihren Produktionskosten. Die so definierte Rentabilitätsquote wäre ein Ausdruck für den antizipierten 'Investierungsgewinn', d.h. den Kapitalgewinn, den der Unternehmer dadurch machen kann, daß er Produktionsmittel kauft und zu Realkapital umschafft, das dann, wenn der Investierungsgewinn positiv ist, im Momente der Betriebsfertigstellung einen höheren Wert darstellt als die Summe seiner Reproduktionskosten"[6]. Erwartet also

---

1) Vgl. Gunnar Myrdal, "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 388.
2) Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", S. 89.
3) Myrdal bezeichnet diese "in Geldeinheiten errechnete preismäßige Produktivität" als "Ertragsquote des Realkapitals" ("Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 394).
4) Ebenda.
5) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 395.
6) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 400.

ein Unternehmer (in einem Zeitpunkt), daß die kapitalisierten Nettoerträge größer sind als die Reproduktionskosten des Realkapitals, dann besteht für ihn ein Anlaß zu Neuinvestitionen. Letzteres ist aber nach Wicksell gerade die Wirkung einer Differenz zwischen natürlichem Zins und Geldzins, die den kumulativen Prozeß in Bewegung setzt.

Nach der Myrdal'schen Darstellung muß somit die erste Bedingung des "Geldtheoretischen Gleichgewichts" darin gesehen werden, daß der Wert des Realkapitals dessen Reproduktionskosten entspricht[1].

In seiner zweiten geldtheoretischen Gleichgewichtsbedingung legt Wicksell den "normalen" Zins gegenüber den Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt fest. Danach ist der Geldzins normal, wenn er Gleichheit zwischen Angebot an und Nachfrage nach Ersparnissen, d.h. also Gleichheit zwischen Sparen und Investieren bewirkt.
Die Frage ist jedoch, ob zur Erfüllung der ersten Gleichgewichtsbedingung (hinsichtlich der Ertragsquote des Realkapitals) notwendigerweise auch diese zweite Bedingung (Übereinstimmung von Sparen und Investieren) erfüllt sein muß.
Myrdal erläutert diese Fragestellung an folgendem Beispiel:
Angenommen, eine Wirtschaft befinde sich im Gleichgewicht im Sinne einer Gleichheit zwischen dem Wert und den Reproduktionskosten des Kapitals (= erste, nach Myrdal veränderte Gleichgewichtsbedingung). Weiter wird angenommen, daß die Unternehmer höhere zukünftige Erträge aus ihren Realkapitalien erwarten, die (Geld-) Zinssätze jedoch gleichzeitig in ausreichendem Maße erhöht werden, so daß der Kapitalwert konstant bleibt. Die Erwartung höherer Erträge bedeutet ein Ansteigen des Gesamteinkommens in der Gesellschaft. Da jedoch infolge der Zinserhöhung der Kapitalwert nicht gestiegen ist, besteht kein Anreiz zu Neuinvestitionen. Nimmt man weiter an, daß "die Wirtschaftssubjekte in ihrer Gesamtheit einen unveränderten Betrag des gestiegenen Totaleinkommens für den Kauf von Konsumgütern verwenden", dann ist "das totale Sparen ... exakt um den absoluten Betrag der Gesamteinkommenssteigerung gestiegen"[2].
Offenbar ist also nun der Fall eingetreten, daß das Sparen ohne zusätzliches Investieren gestiegen ist, und die Frage muß lauten, ob bei einem solchen Zustand Gleichgewicht herrschen kann. Myrdal löst dieses Problem, indem er erklärt, daß "der noch nicht ausgewiesene Sparüberschuß in einer für die Zukunft erhöhten Wertzuwachserwartung und einer gesenkten Wertminderungs-

---

1) Vgl. "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 403.
2) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 412.

erwartung" (hinsichtlich des Kapitals) investiert sei. Auf diese Weise erhält Myrdal einen "Wertinvestierungsbegriff", der, wenn man ihn "als eine mit der Realinvestierung gleichgestellte Art von Investierung" betrachtet, die vermehrte Nachfrage nach Sparmitteln bewirkt.

Die zweite Gleichgewichtsbedingung Wicksells muß hiernach, "richtig formuliert", wie folgt lauten: "Der Geldzins ist normal, wenn er Übereinstimmung zwischen Sparen und "Wertinvestierung" bewirkt, wobei letzterer Ausdruck zu definieren ist als: Bruttoinvestierung + Wertzuwachs - Wertminderung"[1].

Schließlich muß noch die dritte Gleichgewichtsbedingung nach Wicksell untersucht werden, die besagt, daß der Geldzins dann normal sei, wenn er gerade so groß ist, daß er das allgemeine Preisniveau unverändert erhält. Dies muß bedeuten, daß geldtheoretisches Gleichgewicht ein stabiles Preisniveau voraussetzt.

Schon David Davidson hatte sich in einer Reihe Artikel in "Ekonomisk Tidskrift gegen dieses dritte Wicksell'sche Gleichgewichtskriterium gewandt[2], und auch Myrdal versucht zu beweisen, daß es nicht mit den beiden ersten Gleichgewichtsbedingungen identisch sei.

---

1) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 415.

2) Davidson konzentriert seine Kritik im wesentlichen darauf, daß nicht alle Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus notwendigerweise eine Veränderung des Geldwertes hervorrufen. Er weist darauf hin, daß die Bedeutung der Produktivität für die Beurteilung dieser Frage klar hervortrete. Denn wenn die Produktivität wachse, werde die Forderung nach einem stabilen Geldwert durch ein Sinken des durchschnittlichen Preisniveaus erfüllt, wenn jedoch die Güterproduktion ohne Produktivitätssteigerung zunehme, bedeute dieselbe Forderung, daß das Preisniveau unverändert verbleiben müsse. "Der Versuch, zu konstatieren, in welcher Richtung das durchschnittliche Preisniveau sich zu ändern tendiert, genügt nicht, sondern man muß feststellen, welches die Ursachen für die drohende Preisveränderung sein können und in welchem Maße diese verschiedenen Ursachen einwirken. Die faktische Zunahme der Güterproduktion beruht ja sowohl auf dem Anwachsen der Bevölkerung und des Kapitals als auch auf Produktivitätssteigerung. Daß die Notwendigkeit, die Wirkungen dieser verschiedenen Preisfaktoren auseinanderzuhalten, die Regulierung des Geldwesens weiter erschwert, ist ja deutlich, und das bewirkt, daß diese Regulierung nicht mit einem so einfachen Apparat durchgeführt werden

Wie Davidson, setzt auch Myrdal seinen Einwand bei dem Begriff des natürlichen Zinses und damit bei der ersten Gleichgewichtsbedingung in Wicksells Theorie an. Ihre Erfüllung impliziert nämlich noch keineswegs ein unverändertes Preisniveau. Sie setzt gewisse Preisrelationen voraus, die aber eine gleichgerichtete Bewegung des Gesamtpreisniveaus in der einen oder anderen Richtung nicht ausschließen. Man muß bei dieser Frage zunächst einmal die unterschiedliche Verhaltensweise verschiedener Preisgruppen berücksichtigen. Nach Myrdal kann man sämtliche Preise entsprechend ihrer Reagibilität auf verändernde Bewegungsursachen einteilen. Zwei Preisgruppen unterscheidet er in dieser Hinsicht besonders: Die beweglichen Kapitalwerte und die schwerbeweglichen Reproduktionskosten des Kapitals. Aus der Feststellung aber, daß verschiedene Preise verschieden reagibel sind, ergeben sich sodann bestimmte Konsequenzen für die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus. Wenn nämlich "unsere beiden Gleichgewichtsbedingungen bestimmte Annahmen über die Preisrelationen erfordern, so erhalten diese Bedingungen gerade wegen der unterschiedlichen Reaktionsgeschwindigkeit der Preise die weitere Bedingung, daß das 'Preisniveau' bei geldtheoretischem Gleichgewicht ständig die Bewegungstendenz haben muß, die die Erfüllung der in den Gleichgewichtsbedingungen enthaltenen Preisrelationen unter den geringstmöglichen Veränderungen der schwerbeweglichen Preise gestattet"[1].

Ein in diesem Sinne zur Aufrechterhaltung der Gleichgewichtsverhältnisse stabilzuhaltendes Preisniveau sollte durch eine Indexkonstruktion errechnet werden, "in der die einzelnen Preise gewogen sind (1) mit Rücksicht auf ihre relative Bedeutung für die Rentabilitätsberechnungen der Unternehmer und damit das Volumen ihrer Realinvestierungen und zum anderen (2) mit Rücksicht auf den reziproken Wert der Reaktionsgeschwindigkeit.

Eine Stabilisierung eines so errechneten Preisniveaus bedeutet aber bei einem dynamischen Preisbildungsablauf gar nicht notwendig Stabilisierung des 'allgemeinen Preisniveaus' oder des Index' für Konsumgüter"[2].

---

kann, wie Wicksell geglaubt hat." (David Davidson, "Något om begreppet 'penningens värde' ", ("Einiges über den Begriff 'Geldwert' "), in Ekonomisk Tidskrift, 8. Jahrgang 1906, S. 467. Übers. v. Verf.)

1) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 439/440.

2) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 440.

d) Einige aus Myrdals Theorie resultierende praktisch-politische Konsequenzen

Nachdem Lindahls Arbeit von 1930, wie ja schon aus dem Titel "Die Mittel der Geldpolitik" ersichtlich ist, in erster Linie eine theoretische Untersuchung geldpolitischer Möglichkeiten darstellte - (wir müssen uns erinnern, daß Lindahl von einem wirtschaftspolitischen Ziel ausgehend, die geldpolitischen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels erörtert, und daß der Versuch zur Bildung einer dynamischen Periodenanalyse ein Mittel in dieser Arbeit, nicht ihr Zweck, ist) - und auch Wicksells Theorie vom kumulativen Prozeß durch die dritte Gleichgewichtsbedingung eine geldpolitische Norm enthält, müssen wir nun auch klären, welche Bedeutung Myrdals Theorie für die praktische Geldpolitik zukommt.

Geht man davon aus, daß das wirtschaftspolitische Ziel der Ausgleich zyklischer Schwankungen ist und daß dies erreicht wird, wenn die drei (Myrdal'sch geldtheoretischen Gleichgewichtsbedingungen erfüllt sind, dann ist zu untersuchen, in welchem Maße jenes geldthoretische Gleichgewicht durch geldpolitische Maßnahmen beeinfluß werden kann. Infolge der Bedeutung der Diskontpolitik[1] im Rahmen der Geldpolitik gilt auch die folgende Überlegung diesem "wichtigsten Instrument der Geldpolitik"[2].

Um Schwierigkeiten durch andere zur Verfügung stehende Kreditbedingungen (qualitative Kreditpolitik, verschiedene Zinssätze) zu eliminieren, sollen "die Kreditbedingungen im Verhältnis zu einander in einer festen 'Standardkombination' festgelegt"[3] sein. Damit lautet unsere Frage, ob durch eine Senkung oder Erhöhung der Kreditkosten irgendwelche Einflüsse auf einen kumulativen Prozeß in der einen oder anderen Richtung ausgeübt werden.

In einem geschlossenen, sich in geldtheoretischem Gleichgewicht befindenden System soll eine Verschärfung der Kreditbedingungen stattfinden, mit dem Ergebnis, daß die Kapitalwerte gegenüber den Reproduktionskosten sinken.

---

1) Myrdal geht in seinem Beispiel davon aus, daß die Festsetzung des Diskont nur für die Bestimmung gewisser Zinssätze auf dem Kreditmarkt direkt ausschlaggebend sei und daß "die Sätze für langfristige Kredite nur der indirekten Regulierung unterworfen sind, die durch die Diskontfestsetzung geschieht." ("Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 456)

2) Unserer Darstellung liegt ein Beispiel zugrunde, das Myrdal in seiner Arbeit anführt ("Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 455 ff.) und das von Brinley Thomas zusammengefaßt dargestellt wird. ("Monetary Policy and Crises", S. 93 ff.)

3) "Der Gleichgewichtsbegriff", S. 456.

Dies bewirkt, daß die Investitionen abnehmen. Folglich vermindern sich die Einkünfte, und zwar zuerst in der Produktionsgüter-, später auch in der Konsumgüterindustrie. Dadurch sinkt wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern, eine Entwicklung, die die Kapitalwerte weiter abnehmen und dadurch den ganzen Prozeß kumulativ werden läßt.

Das Besondere an Myrdals geldpolitischem Ergebnis besteht nun darin, daß er nachweist, wie unter den Gegebenheiten der wirtschaftlichen Realität Kräfte am Werk sein können, die diesem Prozeß entgegenwirken, ja, ihn unter Umständen neutralisieren. Öffentliche Arbeiten, Arbeitslosenunterstützung und Konsumgewohnheiten im Verein mit negativem Sparen bewirken, daß das Sinken der Konsumgüterpreise abgebremst wird. Die durch den Prozeß entstandene und durch sozialpolitische Maßnahmen verstärkte Redistribution von Einkommen trägt nämlich dazu bei, die Nachfrage nach Konsumgütern aufrecht- oder doch relativ hochzuhalten. Die Differenz zwischen den Antizipationen der Unternehmer und ihren realisierten Nettoerträgen ist infolgedessen nicht so groß, wie sie ohne Eingreifen dieser Kräfte sein würde. Wenn diese Kräfte, die ein Fallen der Konsumgüterpreise verhindern, stark, und die Einflüsse der negativen Rentabilitätsdifferenz auf die Investitionsquote schwach sind, dann können die Wirkungen der restriktiven Bankpolitik neutralisiert werden.

Somit kann, trotz der Kreditversteifungen, eine Gleichgewichtslage erreicht werden, die sich durch folgende Merkmale auszeichnet: ziemlich unverändertes Preisniveau für Konsumgüter; Kapitalwerte, die entsprechend den verschärften Kreditbedingungen gesunken sind; niedrigere Löhne; eine gewisse Arbeitslosigkeit und gesunkene Produktion, besonders in der Produktionsgüterindustrie; verminderte Spartätigkeit, so daß sich Sparen und Investieren entsprechen[1].

Diesem Beispiel zufolge warnt Myrdal vor dem Irrtum, "in der Kreditpolitik wirklich ein Mittel" zu sehen, "mit dem wir die in den Prämissen enthaltenen Verhältnisse wirklich effektiv kontrollieren und stabilisieren können"[2].

---

1) Vgl. Brinley Thomas, "Monetary Policy and Crises", S. 96.

2) Vgl. hierzu jedoch das praktisch-politische Ergebnis Wicksells, der sich zur Aufrechterhaltung der Gleichgewichtsverhältnisse auf das Mittel der Zinspolitik beschränkte. Ihre Aufgabe müsse es sein, "den durchschnittlichen Geldzinsfuß zur Übereinstimmung mit dem natürlichen Kapitalzinsfuß zu bringen. Nicht etwa in der Weise, daß die Banken den Stand des natürlichen Kapitalzinses wirklich ermitteln sollten, um darnach ihre eigenen Zinssätze einzurichten. Dies wäre selbstverständlich unausführbar, zugleich aber auch vollkommen überflüssig, da ja eben der

Trotzdem sei natürlich die Verschiebung innerhalb des "Geldzinses" in Wicksells Theorie nicht ohne Bedeutung, "am allerwenigsten für die Rentabilität der Banken, aber auch nicht für die Richtung des Kreditstromes und der Realinvestitionen und allgemein für die Einkommensverteilung in der Gesellschaft"[1].

e) Die Einführung der ex-ante- und ex-post-Kategorien

Nun war es jedoch nicht das "geldtheoretische Gleichgewicht" selbst, das zur tragenden Idee der "Stockholmer Schule" wurde, - auch wenn es einen wichtigen Platz in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion der folgenden Jahre einnahm[2], - sondern die analytische Methode, deren sich Myrdal bediente, um dieses Gleichgewicht (bzw. die Abweichung davon) darzustellen und mit der er sich zugleich gegen die Methode der Lindahl'schen Periodenanalyse wandte. Myrdal hält die Aufteilung eines zeitlichen Ablaufs in kurze Perioden, wobei die Preisbildungsvoraussetzungen sich in einem zeitlosen Moment beim Übergang von einer Periode in eine andere verändern, während die Perioden selbst durch Gleichgewicht gekennzeichnet sind (S. 57, Fußnote 2), für absurd. Einen wirtschaftlichen Verlauf kann man nach Myrdal nur durch eine Analyse der Tendenzen in einer Lage, bzw. bei dem Übergang von einer Lage in eine

---

jeweilige Stand der Güterpreise für die Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung der beiden Raten ein zuverlässiges Kennzeichen darstellt." (Beachte die Ablehnung eben dieses Kriteriums durch Davidson und Myrdal, dargestellt weiter oben.) "Der Vorgang würde vielmehr einfach der folgende sein: bei unveränderten Preisen würde auch der Zinssatz der Banken unverändert bleiben, bei steigenden Preisen müßte der Bankzins erhöht, bei fallenden Preisen erniedrigt und jedesmal auf dem so erreichten Stande erhalten werden, bis eine weitere Bewegung der Preise eine neue Veränderung der Zinssätze in dieser oder jener Richtung verlangt." (Knut Wicksell, "Geldzins und Güterpreise", Jena 1898, S. 172).

1) "Der Gleichgewichtsbegriff ...", S. 464/465.

2) Eine ausführliche Kritik an Myrdals Konstruktion eines geldtheoretischen Gleichgewichts erfolgte in Tord Palanders "Om 'Stockholmsskolans' begrepp och metoder" (Über die Begriffe und Methoden der Stockholmer Schule) in Ekonomisk Tidskrift 1941, S. 88-143. Übers. ins Englische unter dem Titel "On the concepts and methods of the Stockholm School", International Economic Papers III 1953.

andere, also der Tendenzen während der Periode selbst, studieren[1)2)].

Da nun für die Entwicklung eines kumulativen Prozesses die Erwartungen der Individuen für künftige Perioden ausschlaggebend sind, kann das eigentlich dynamische Problem der Bewegung während einer Periode nur durch eine Analyse der in einem Zeitpunkt bestehenden Antizipationen behandelt werden[3)].

Hinsichtlich des geldtheoretischen Gleichgewichtes bedeutet dies, daß die in dieses Gleichgewicht eingehenden Größen nur dann betreffs der Bildung eines kumulativen Prozesses einen Aussagewert haben, wenn sie in Form von Antizipationen für künftige Perioden bestimmt werden. Somit müssen sämtliche Gleichgewichtsgrößen sowohl für zukünftige als auch für vergangene Perioden errechnet werden. Für künftige, weil sie - wie soeben erwähnt - nur als Größen zukünftiger Perioden für die Entstehung von Tendenzen Bedeutung haben, für vergangene aber, weil die in solchen Perioden erreichten Größen die zukünftigen Erwartungen beeinflussen können.

---

1) Vgl. Gunnar Myrdal, "Om penningteoretisk jämvikt", S. 230.

2) Von diesem Standpunkt aus geschieht ja eben die Konstruktion des geldtheoretischen Gleichgewichts, die es doch ermöglichen soll, in einem "beliebigen Moment des dynamischen Ablaufs die Bedingungen dafür anzugeben, ob geldtheoretisches Gleichgewicht besteht oder nicht", d.h. im obigen Sinne, welche Tendenzen in einer Lage des dynamischen Ablaufs bestehen. Vgl. S. 64.

3) Vgl. hierzu Harald Dickson, "Grundzüge der schwedischen Wirtschaftstheorie, vor allem der Stockholmer Schule während der letzten 25 Jahre", in Weltwirtschaftl. Archiv, Band 68 (1952 1), S. 57: "Ein Faktum, das für die Weiterentwicklung der Theorie von großer Bedeutung war, ist, daß Myrdal die Methode des temporären Gleichgewichts verläßt, die Lindahl in seiner Arbeit zur Geldpolitik anwendet. Wie gesagt, denkt sich Lindahl die Zeit in kurze Perioden eingeteilt, für jede Periode setzt er voraus, daß ein allgemeines Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herrscht. Die Preisanpassungen, die zur Herstellung eines Gleichgewichts in einer Periode nötig waren, traten sprunghaft beim Übergang von der nächstfrüh. Periode ein. Die verlaufsanalytische Methode wurde von Myrdal scharf kritisiert ... Lindahls Annahme, daß Preisveränderungen solcher Art entstehen, daß sie ein temporäres Gleichgewicht für die nächste Periode herbeiführen, wird von Myrdal nicht anerkannt. Im Gegensatz dazu beschäftigt er sich mit der Bewegung während einer Periode. Ein wichtiges Moment in seiner Methode ist die Analyse der Antizipationen zu einem bestimmten Zeitpunkt."

Diese Unterscheidung zwischen (für eine künftige Periode) erwarteten oder geplanten wirtschaftlichen Größen einerseits, und (in einer vergangenen Period bereits realisierten wirtschaftlichen Größen andrerseits, wird in "Der Gleichgewichtsbegriff ..." als "ex-ante"- und "ex-post"-Analyse bezeichnet[1].

Die ex-ante Analyse ist also eine Darstellung von in eine Gegenwartslage diskontierten Antizipationen, einem Komplex von Erwartungen, die die Entscheidungen der wirtschaftenden Individuen und damit deren Aktionen bestimmen, und knüpft insofern offensichtlich an die Gedankengänge in "Prisbildningsproblemet och förändligheten" von 1927 an.

Unter ex-post Analyse ist die Aufzeichnung von während einer bereits abgeschlossenen Periode verwirklichten Ergebnissen und vorgefallenen Ereignissen zu verstehen, kurz, eine Art Buchführung dessen, was in einer vergangenen Periode geschehen ist. Sie ist insofern von Bedeutung, als die Erfahrungen während einer vergangenen Periode auf die Erwartungen der Individuen einwirken können. Ihre Hervorhebung und vor allem die bewußte Gegenüberstellung beider Analysen als Methode zur Erklärung wirtschaftlicher Verläufe geht dagegen nicht auf Myrdals Dissertation zurück. Sie ist jedoch die konsequente Erweiterung seiner damaligen Idee.

Mit dieser Unterscheidung zwischen ex-post und ex-ante Kategorien wird es nunmehr möglich, die einen kumulativen Prozeß in der einen oder anderen Richtung auslösenden mangelnden Übereinstimmungen im geldtheoretischen Gleichgewicht darzustellen. So läßt sich z.B. zeigen, wie eine Diskrepanz zwischen Sparen und Investieren zu einer wirtschaftlichen Expansion oder Kontraktion führt. Eine solche Diskrepanz entsteht, wenn die Vertreter ver-

---

1) Es ist zu beachten, daß die beiden Termini "ex-ante" und "ex-post" in Mackenroths deutscher Übersetzung eingeführt wurden. In Myrdals ursprünglicher Arbeit "Om penningteoretisk jämvikt" kommen sie nicht vor. Hier spricht Myrdal in Anlehnung an seine Dissertation über die Berücksichtigung der Antizipationen bei der Erklärung der Preisbildung noch von "kapitalisierten Antizipationen", "in die Gegenwart diskontierten" Größen (= ex-ante Begriffe), bzw. von Größen, die sich auf eine "vorausgegangene Periode" beziehen (= ex-post). ("Om penningteoretisk jämvikt", insb. S. 208 und 230 ff.)
Vgl. diese "Antizipationen" Myrdals auch mit den "expected incomes" und "estimates" in Marshalls "Principles", durch die bereits antizipierte Veränderungen als Bestimmungsfaktoren berücksichtigt wurden, worauf übrigens Myrdal in "Prisbildningsproblemet .." S. 25 ausdrücklich hinweis

schiedener Wirtschaftsgruppen, Unternehmer, Arbeiter, Investoren, verschiedene Erwartungen von zukünftigen Perioden haben. Es handelt sich folglich bei den genannten divergierenden Größen um geplantes Sparen und geplante Investitionen, also um eine mangelnde Übereinstimmung ex-ante. Wenn aber, eben auf Grund mangelnder Übereinstimmung der Antizipationen, die Investitionen ex-ante das Sparen ex-ante übersteigen, kommt es während der Periode zu Preissteigerungen, die den Investoren zusätzliche Profite zuführen, welche ihrerseits ein unbeabsichtigtes Sparen bewirken, so daß am Ende der Periode die gesamten Ersparnisse mit den während der Periode vorgenommenen Realinvestitionen übereinstimmen. Auf diese Weise läßt sich mit Hilfe der ex-post und ex-ante Konzeption darstellen, wie steigende Investitionen während einer Periode finanziert werden, so daß die realisierten Investitionen (= ex-post) mit den realisierten Ersparnissen (= ex-post) immer notwendigerweise übereinstimmen[1].

Diese Aufteilung der einen wirtschaftlichen Prozeß bestimmenden Größen (Preise, Profite, Einkommen, Investitionen, Ersparnisse usw.) in ex-ante- und ex-post-Kategorien ist der innerhalb und außerhalb Schwedens meist bekannt gewordene (und anerkannte) Beitrag Gunnar Myrdals zur geldtheoretischen Analyse[2]. Sie wurde auch zur tragenden Idee der Stockholmer Schule. Es ist somit noch zu untersuchen, auf welche Weise diese Methode auch in den genannten, im Rahmen des Arbeitslosenkomitees erschienenen Werken[3]

---

1) Eine ausführliche Darstellung dieser möglichen mangelnden Übereinstimmung zwischen S ex-ante und I ex-ante und der nachträglichen Übereinstimmung ex-post erfolgt im Kapitel über die Zusammenfassung der Stockholmer Schule S. 87 ff.

2) Vgl. hierzu, was Myrdal selbst über die ex-ante- und ex-post-Analyse schreibt: I believe that much, if not most, of the present confusion and unsettled controversion in monetary theory can be attributed to lack of clarity of definition, particularly with respect to the above-mentioned distinction. Probably the chief contribution of this essay, if any, is to have originated the concepts ex-post and ex-ante; and to have emphazised the importance of clearly recognizing the period implicit in monetary analysis." (Gunnar Myrdal "Monetary Equilibrium", London, Edinburgh, Glasgow 1939, S. 47)

3) Vgl. S. 45, Anm. 4), 5), 6) und 7).
Da sich der vorliegende 2. Teil unserer Arbeit mit der Frage befaßt, inwieweit die Stockholmer Schule als theoretische Grundlage der

angewandt wurde. (Es geht hier also um die Frage der methodologisch-theoretischen Seite dieser Arbeiten. Die in ihnen behandelten Probleme bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden, wie eingangs erwähnt, in einem späteren Abschnitt behandelt. Siehe S. 131 ff.).

3. DIE WEITERFÜHRUNG DER METHODOLOGISCHEN GRUNDKONZEPTION DER "STOCKHOLMER SCHULE" IN DEN UNTERSUCHUNGEN IM RAHMEN DES ARBEITSLOSENKOMITEES

Die im folgenden noch zu untersuchenden Arbeiten haben ein gemeinsames Merkmal: Sie suchen die (von uns dargestellten) bisherigen methodologischen Ergebnisse der modernen schwedischen Geldtheorie seit Knut Wicksell in die theoretischen Analysen im Rahmen ihrer speziellen Untersuchungsgebiete einzubauen und in einer für sie brauchbaren Weise weiterzuentwickeln.

Hierbei richtet Dag Hammarskjöld sein Augenmerk auf eine genauere Bestimmung der Zeitperioden, über die wir bei Myrdal nichts näheres erfahren haben[1].

---

schwedischen Antidepressionspolitik zu Beginn der 30-iger Jahre gelten kann, umfaßt unsere Darstellung der Stockholmer Schule nur die im Rahmen des Arbeitslosenkomitees und früher erschienenen Werke der Vertreter der Stockholmer Schule, also Beiträge bis 1935. Die nach diesem Zeitpunkt erschienenen, die Stockholmer Schule weiterentwickelnden Arbeiten können also, - außer in einigen Hinweisen -, nicht berücksichtigt werden. Wir denken hierbei besonders an:
B. Ohlins "Some Notes on the Stockholm Theory of Savings and Investment", Econ. Journal 1937; E. Lundbergs "Studies in the Theory of Economic Expansion", Stockholm 1937; I. Svennilsons "Ekonomisk planering", Uppsala 1938; G. Myrdals "Monetary Equlibrium", Glasgow 1939; E. Lindahls "Studies in the Theory of Money and Capital", London 1939.

1) Myrdal verwendet wohl den Ausdruck Periode im Sinne eines technischen Begriffes, um die Unterscheidung zwischen ex-ante und ex-post deutlich machen zu können, sagt jedoch nichts darüber aus, wie beschaffen eine Periode gedacht werden soll als Zeitraum zwischen der Aufzeichnung der realisierten und den Antizipationen der zukünftigen Werte.

Bei Alf Johansson findet man keine ausdrückliche Verwendung der Myrdal'schen ex-post und ex-ante Kategorien, vielmehr versucht er, eine dynamische Verlaufsanalyse zu entwickeln, die jedoch durch besondere Berücksichtigung verschiedener Antizipationen seitens der wirtschaftenden Individuen mit Vorauskalkülen rechnet und somit den Charakter einer ex-ante Analyse erhält.

Dagegen geht Bertil Ohlin in seiner Arbeit in besonderem Maße auf die ex-post und ex-ante Begriffe Myrdals ein und versucht, ihnen durch mehrfache spezielle Anwendung innerhalb seiner Untersuchung einen konkreten Inhalt zu verschaffen.

a) Die methodologische Verfahrensweise Dag Hammarskjölds

Im Rahmen der Spezialuntersuchungen über verschiedene Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie sie unter der Regie des Arbeitslosenkomitees von den Vertretern der Stockholmer Schule vorgenommen wurden, beschäftigt sich Hammarskjölds Arbeit mit der Frage "der internationalen Verbreitung der Konjunkturen und der Stellung Schwedens im internationalen Konjunkturverlauf"[1]. Die Untersuchung besteht aus einem theoretisch-methodologischen ersten Teil über die wichtigsten Grundzüge des Mechanismus, durch den sich die Konjunkturveränderungen über die Wirtschaft verbreiten, und einen historischen zweiten Teil über die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens von 1922 - 31.

Wie bereits erwähnt, beschränken wir uns in diesem Abschnitt auf eine Darstellung des methodologischen Teils der Untersuchungen.

Hammarskjöld geht davon aus, daß es bei einer Untersuchung von Konjunkturentwicklungen[2] natürlich sei, von den Preisen und deren Veränderungen auszugehen. Die wirtschaftliche Entwicklung ergebe sich sodann als eine Reihe einander ablösender Preiskonstellationen. Die Verbreitung einer Preisbewegung über das Wirtschaftssystem geschieht nach Hammarskjöld auf mechanischem Wege durch Übertragung einer Kaufkraftveränderung von Individuum

---

1) Dag Hammarskjöld, "Konjunkturspridningen", SOU 1933: 29, S. 4. (Übers. v. Verf.)

2) Es ist zu beachten, daß Hammarskjöld hier unter dem Begriff "Konjunktur" die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen versteht und ihn nicht auf spezielle zyklische Fluktuationen beschränkt. ("Konjunkturspridningen", S. 4).

zu Individuum[1], so daß sie prinzipiell das ganze Preissystem berühre und die Tendenz habe, diesem eine einheitliche Richtung zu geben[2].

Das dominierende methodologische Problem bei einer Analyse solcher Preis- und Kaufkraftentwicklungen sieht Hammarskjöld in der Ausarbeitung einer Technik zur Registrierung des Zeitverlaufs. Sie muß von einer Periodenaufteilung ausgehen und die Kaufkraftübertragungen während der betreffenden Perioden registrieren. Hammarskjöld erklärt nun, daß eine ex-ante Analyse Myrdal'scher Art wohl für die Darstellung der Kausalprobleme von grundlegender Bedeutung sei, für die Lösung der methodologischen Frage einer Analyse der Preis- und Kaufkraftentwicklung, wie sie in seiner Arbeit vorzunehmen sei, jedoch nicht verwendet werden könne.

Seine analytische Methode besteht einmal aus einer Aufteilung des Zeitverlaufs in Perioden, sodann in einer diskontinuierlichen Registrierung der Kaufkraftübertragungen seitens der Individuen, d.h. der Einnahmen und Auszahlungen während dieser Perioden ex-post, wobei die Länge einer Periode sich jeweils von einem Registrierungszeitpunkt zum anderen erstrecken soll.

Dehnt man diese Periodenbestimmung auf eine Betrachtung ex-ante aus, so ergibt sich nach Landgren, daß sie eine Aufstellung der Pläne der Individuen für die Zukunft in denselben Zeitpunkten impliziert, so daß ex-post und ex-ant Perioden zusammenfallen würden[3]. Eine Betrachtungsweise, die auch späteren Darstellungen über die Stockholmer Schule von Ohlin, Myrdal und Lindahl zugrunde zu liegen scheint[4].

---

1) Zur Erläuterung der Ausbreitung einer Preisbewegung auf mechanisch. Weg sei folgendes angeführt: Eine Preisänderung für eine Ware oder Dienstleistung kann infolge der damit verbundenen Kaufkraftänderung bei den davon berührten Individuen zu einer Verschiebung der Nachfrage seitens dieser Individuen und damit zu weiteren Preisänderungen für die nachgefragten Güter und Dienstleistungen führen. Das Pendant hierzu ist die Verbreitung von Preisbewegungen auf organischem Wege: Hier stehen die Preise der Waren in einer gesetzmäßigen, organischen Relation zueinander (etwa dadurch, daß eine Ware in eine andere eingeht, eine andere ersetzt oder Gegenstand alternativen Angebots ist).

2) "Konjunkturspridningen", S. 11.

3) K.G. Landgren, "Economics in Modern Sweden", S. 24.

4) Vgl. hierzu unsere Zusammenfassung S. 83 ff. in der vorliegenden Arbeit G. Myrdal "Monetary Equilibrium", Glasgow 1939, S.47, sowie Erik Lindahl "Studies in the Theory of Money and Capital", London 1939.

b) Die methodologische Verfahrensweise Alf Johanssons. Eine dynamische Verlaufsanalyse

Wie aus dem Titel der Arbeit Alf Johanssons[1] hervorgeht, bestand seine Aufgabe darin, den Einfluß von Lonveränderungen auf die Arbeitslosigkeit zu untersuchen[2].
Für unsere Betrachtung ist nur das letzte Kapitel dieser Arbeit von Interesse, indem sich Johansson mit der Bedeutung der Lohnentwicklung für die Konjunkturen, d.h. für die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit, beschäftigt.
(Die ersten Kapitel behandeln verschiedene Gesichtspunkte zur Beeinflussung struktureller Arbeitslosigkeit durch Lohnveränderungen.)
Die Untersuchung zeichnet sich dadurch aus, daß Johansson mit der Methode numerischer Verlaufsmodelle eine dynamische Konjunkturanalyse entwickelt und mit ihrer Hilfe das ganze Problem theoretisch erschöpfend darzustellen sucht.
Der zeitliche Verlauf wird in verschiedenen sukzessiven Perioden dargestellt. In jeder Periode setzt sich die Gesamtproduktion aus verschiedenen Produktionsstufen zusammen, für deren jede eine Tabelle über Beschäftigung, Produktionsmenge, Produktionskosten, Preise u.a. aufgestellt wird.
Über eine Folge von Perioden werden sodann die verschiedenen Verläufe dieser (numerischen) Tabellen, die sich ergeben, wenn sich unter verschiedenen Annahmen der zu verändernde Faktor (hier: die industriellen Arbeitslöhne) verändert, miteinander verglichen.

Johansson schreibt hierzu[3]:
"Die Methode einer theoretischen Untersuchung der Wirkungen von Lohnveränderungen in Konjunkturprozessen muß auf einen Vergleich zwischen alternativen Verläufen, die sich primär nur hinsichtlich der Entwicklung des untersuchten Faktors voneinander unterscheiden, hinauslaufen. Ein solcher Vergleich zwischen alternativen Verläufen bedeutet etwas ganz anderes als der Vergleich zwischen alternativen Zuständen in der statischen Betrachtung. Die ceteris-paribus Voraussetzung gilt im ersteren Vergleich nur für diejenigen Bedingungen der Verlaufsfortsetzung, die unter gegebenen, angenommenen Voraussetzungen von der Lohnveränderung unabhängig sind, dagegen natür-

---

1) "Löneutvecklingen och arbetslösheten", SOU 1934: 2 (Lohnentwicklung und Arbeitslosigkeit)
2) Johanssons Untersuchung bezieht sich auf die industriellen Arbeitslöhne.
3) "Löneutvecklingen och arbetslösheten", S. 115-116, (Übers. v. Verf.).

lich nicht für diejenigen, die sich unter denselben Voraussetzungen zugleich mit der Lohnveränderung ändern. Es geht bei solchen Vergleichen zwischen alternativen Verläufen darum, die gewählten Voraussetzungen zu variieren, um dadurch eine Vorstellung von den Wirkungen der Lohnveränderungen unter verschieden möglichen Verhältnissen zu erlangen, was dasselbe ist wie die Bedingungen zur Entstehung der einen oder anderen Wirkung anzugeben.
Schließlich muß man versuchen, eine Wahrscheinlichkeitsuntersuchung hinsichtlich der Voraussetzungen anzustellen, die in verschiedenen Fällen betreffs der Lage beim Einsetzen der Lohnveränderungen sowie im Hinblick auf die Reaktionsnormen und -geschwindigkeiten, die die weitere Gestaltung des Verlaufs bestimmen, angenommen werden.

Wir haben uns entschlossen, zur Durchführung solcher Vergleiche mit numerischen Modellen zu arbeiten, mit Modellverläufen, in denen jeder einzelne der einander ablösenden, sukzessiven Zustände quantitativ bestimmt und aus dem vorhergegangenen unter der Annahme bestimmter Reaktionsnormen für die sich verändernden Faktoren errechnet ist ...
Einerseits ist es unumgänglich notwendig, in der theoretischen Konstruktion eines Verlaufs die Veränderungen und die daraus entstehenden sukzessiven Zustände quantitativ präzisieren zu können: Eine qualitative Analyse so komplizierter dynamischer Relationen wie der vorliegenden läuft leicht auf eine oberflächliche Unbestimmtheit hinaus. Andrerseits bedeutet eine quantitative Präzisierung von Lagen und Lageveränderungen strenge Gebundenheit an die angenommenen Voraussetzungen. Die Resultate, die erreicht werden, können nicht verallgemeinert werden; sie haben nur Gültigkeit, so lange die Voraussetzungen gelten. Es ist daher natürlich höchst notwendig, die angenommenen Fälle zu variieren und als Typfälle solche zu wählen, die auf wahrscheinlichen Voraussetzungen basieren, wobei - zur Vermeidung von Willkürlichkeit - die Nachprüfung der angenommenen Lagen und Reaktionsnormen unter realistischen Gesichtspunkten letztlich als wichtigste Aufgabe hervortritt."

Nach dieser Erläuterung soll nun im folgenden noch ein Überblick über die Entwicklung der "sukzessiven Zustände" in Johanssons Untersuchung zusammengestellt werden, wobei die von ihm hervorgehobene Dreiteilung in Form verschiedener Untersuchungsstufen zur Geltung kommen soll.

Das Ziel der Untersuchung wird durch die Frage bestimmt:
"Welche Verschiebungen im Wirtschaftsprozeß ergeben sich aus Lohnveränderungen?"
Die Methode: Vergleich numerisch präzisierter Verlaufsmodelle.

1. Untersuchungsstufe.

Änderung des Primärfaktors (Lohn) unter bestimmten Voraussetzungen (wie: geschlossenes Wirtschaftssystem, Passivität der monetären Faktoren, z.B. unveränderte Kreditbedingungen, Identität zwischen Lohnkostenauszahlungen und Kaufkraft) führt zu verschiedenen alternativen Verlaufsmodellen:

A. Primärfaktor Lohn wird geändert, ohne Berücksichtigung von Antizipationen seitens der Unternehmer.

1. Sukzessive Veränderung der Lohnkostenauszahlungen in einer Reihe von Produktionsstufen während verschiedener Perioden infolge sukzessiver Veränderung des Produktionsumfanges.
   = Veränderung der Kaufkraft infolge kreditfinanzierter Produktionsausweitung.
2. Sukzessive Veränderung der Lohnkostenauszahlungen in einer Reihe von Produktionsstufen während verschiedener Perioden infolge sukzessiver Lohnveränderungen.
   = Veränderung der Kaufkraft infolge Lohnveränderung.
3. Kombinierter Prozeß (Punkt 1 und 2 kombiniert): Sukzessive Produktionsausdehnung in einer Reihe von Produktionsstufen während verschiedener Perioden, beginnend bei der niedrigsten Produktionsstufe, kombiniert mit einer mit der Produktionsausdehnung in den einzelnen Produktionsstufen verbundenen sukzessiven Lohnsteigerung.

B. Primärfaktor Lohn wird geändert unter Berücksichtigung von Antizipationen seitens der Unternehmer (= Vorauskalkül).

1. Unter der Annahme unveränderter Preise
   a) Prozeß wie A, 1.). (Kreditfinanzierte Produktionsausweitung ohne Lohnveränderung)
   b) Prozeß wie A, 2.). (Prozeß mit Lohnveränderungen; diese werden jedoch von den Unternehmern nicht antizipiert.
   c) Prozeß wie oben, B, 1., b), die Lohnveränderungen werden jedoch von den Unternehmern antizipiert.
2. Unter der Annahme steigender (resp. fallender) Preise.
   a) Prozeß ohne Lohnveränderung (wie A, 1.).

b) Prozeß mit Lohnveränderung (wie A, 2.), Lohnveränderungen werden von den Unternehmern nicht antizipiert.
c) Prozeß wie oben, B, 2.b), wobei jedoch die Lohnveränderungen von den Unternehmern antizipiert werden.

2. Untersuchungsstufe.

Variation der Voraussetzungen, die für die Lage beim Einsetzen der Lohnveränderungen sowie für die Reaktionsnorm und Reaktionsgeschwindigkeit der Unternehmer auf solche Veränderungen galten. Diese Voraussetzungen ergaben sich aus der Annahme, daß die Kostenauszahlungen vollständig in Kaufkraft transformiert würden. Eben diese Transformation wird nunmehr aufgehoben[1].

3. Untersuchungsstufe.

Nachprüfung der variierten Voraussetzungen auf ihre Haltbarkeit unter Berücksichtigung der in der Realität gegebenen Verhältnisse.

In dieser theoretischen Verfahrensweise Johanssons finden wir das erste Beispiel einer konsequent durchgeführten dynamischen Verlaufsanalyse innerhalb der Stockholmer Schule. So meint Landgren, daß, während die bisherigen Vertreter der Stockholmer Schule "lediglich" neue Termini und möglicherweise neue Begriffe geprägt hätten, Johansson dagegen den Versuch unternommen habe, diese Begriffe in einer "analysis of thought-out economic developments" anzuwenden[2].

c) Die methodologische Verfahrensweise Bertil Ohlins. Eine ex-post - ex-ante Kombination realen Inhalts.

Bertil Ohlin, dessen Arbeit "eine Untersuchung von Wirkungen gewisser konjunktur- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen während einer Zeit umfassender Arbeitslosigkeit in einem größeren oder kleineren Wirtschaftsbereich eines

---

1) Dagegen bleiben die Voraussetzungen eines geschlossenen Wirtschaftssystems u. der Passivität der monetären Faktoren während der ganzen Untersuchung bestehen.
2) K.G. Landgren, "Economics in Modern Sweden", Washington 1957, S. 24.

Landes"[1] darstellt, geht, wie Hammarskjöld bei der Darstellung seiner methodologischen Konzeption, von Preisveränderungen aus, da die Hauptaufgabe der Geldtheorie in jüngster Zeit die Erklärung von Preisveränderungen mehr allgemeiner Art sei, von Preisveränderungen also, die nicht auf Veränderungen des Angebotes und der Nachfrage individueller Warenarten oder kleinerer Warengruppen zurückzuführen seien.

Da aber Preisveränderungen Teil einer zeitlichen Entwicklung sind, betrachtet es auch Ohlin als seine erste Aufgabe, diesen zeitlichen Verlauf zu registrieren. Im Gegensatz zu Hammarskjöld hält er aber hierfür nicht nur die ex-post Analyse für brauchbar. Wohl ist sie als Aufzeichnung eingetretener Ereignisse und realisierter Ergebnisse am Ende einer jeden Untersuchungsperiode von grundlegender Bedeutung, sie ist jedoch insofern unzureichend, als sie nichts über Kausalzusammenhänge aussagt. Für die Erklärung der wirtschaftlichen Erscheinungen ist jedoch nicht nur eine Registrierung vergangener Vorgänge, also eine Analyse ex-post, sondern eine psychologische Analyse, also eine Betrachtung ex-ante notwendig. Ohlin verdeutlicht diese Verbindung, indem er die ex-post Analyse als "Registrierung von Transaktionen", die ex-ante Analyse aber als "Erklärung von Transaktionen" bezeichnet, und erklärt, Aufgabe des Theoretikers sei es, beide Analysenformen zu kombinieren, derart, daß man in einer Beschreibung der Transaktionen einer vergangenen Periode untersuche, durch welche Zukunftsvorstellungen die registrierte Handlungsweise der Wirtschaftssubjekte in jedem Zeitpunkt der Periode bedingt gewesen sei[2].
Diese Gedankengänge klingen offensichtlich an die Vorstellungen Myrdals an. Vgl. S. 72).
Das Neue an Ohlins Methode besteht darin, daß er, wie wir bereits eingangs dieses Abschnitts erwähnt haben, diesen ex-post und ex-ante Begriffen einen realen, quantitativ faßbaren Inhalt gibt.

Die periodenweise, d.h. am Ende jeder Periode geschehenden Registrierungen zur Darstellung des wirtschaftlichen Verlaufs dürfen sich nicht nur auf eine Erfassung von Preisen beschränken, sie müssen also "nicht nur Zahlungsströme, sondern auch Ströme produzierter Waren und geleisteter Dienste, die nicht umgesetzt werden, erfassen"[3].

---

1) Bertil Ohlin, "Penningpolitik, offentliga arbeten, subventioner och tullar som medel mot arbetslöshet", SOU 1934:12, S. 3.
2) Bertil Ohlin, a.a.O., S. 7, resp. S. 10.
3) Bertil Ohlin, a.a.O., S. 5 (Übers. v. Verf.)

Solche Registrierungen oder Aufzeichnungen ex-post kommen aber in der Realität in jeder Unternehmung und bei jedem Individuum vor. Ohlin konzentriert seine Darstellung auf die unternehmerischen Registrierungen und hierbei hauptsächlich auf die Registrierungen sog. "produktiver Transaktionen", d.h. derjenigen Transaktionen, die von während der Registrierungsperiode hergestellten oder von Lägern kommenden Objekten herrühren[1]. Diese Transaktionen werden in jeder Unternehmung von der Buchführung erfaßt und im Buchabschluß in verschiedene Gruppen zusammengeführt. Somit erhält man in jeder Unternehmung, in der die während einer Periode (etwa eines Jahres) registrierten Transaktionen im Buchabschluß aufgeführt werden, eine ex-post Analyse, (die ja nichts anderes bedeutet, als daß die Geschehnisse einer Periode an deren Ende registriert werden.)

Nun zeigt sich jedoch, daß man bei gewissen Posten des Buchabschlusses, etwa bei der Registrierung von sich über verschiedene Perioden erstreckenden Kosten wie z.B. den Abschreibungsquoten, bereits in den Bereich der ex-ante Analyse gerät, da die Bestimmung solcher Kostengrößen mit Zukunftsvorstellungen verbunden ist. Umgekehrt werden aber auch gerade die Zukunftsvorstellungen jeweils durch die in der ex-post Analyse ausgewiesenen Ergebnisse beeinflußt. Dies kann als praktischer Beweis für Ohlins Feststellung gelten, daß eine reine ex-post Analyse in der Regel unmöglich ist. Demzufolge muß man Buchabschlüsse auch korrekterweise als eine Kombination von ex-post und ex-ante Kategorien bezeichnen.

Den weiteren Verlauf seiner die ex-post und ex-ante Kategorien als meßbare Größen deutenden Untersuchung legt Ohlin entsprechend diesem Kombinationsverfahren fest: "Im folgenden wird", heißt es in seiner Arbeit, "als ex-post Analyse die gesamte Beschreibung der während einer Periode eingetroffenen Transaktionen ... bezeichnet. Die ex-ante Analyse stellt dann eine Untersuchung teils der Rentabilitätsvorstellungen, die in der Hauptsache die Nachfrage für Investitionszwecke bestimmen, ... teils der Einkommensvorstellungen und Sparbeschlüsse, die hauptsächlich die Konsumtionsnachfrage bestimmen, dar"[2].

Wir sehen, daß Ohlins Methode der ex-ante und ex-post Aufteilung wirtschaftlicher Größen zur Erklärung eines wirtschaftlichen Prozesses der ursprünglichen Idee Myrdals aus dem "Gleichgewichtsbegriff" ... am nächsten kommt, diese

---

1) Bertil Ohlin, "Penningpolitik, offentliga arbeten, subventioner och tullar ...", S. 5 (Übers. v. Verf.)

2) Bertil Ohlin, a.a.O., S. 7.

aber zum ersten Mal unter Verwendung buchführungstechnischer Gesichtspunkte zu interpretieren sucht.

4. ZUSAMMENFASSUNG DER HAUPTMERKMALE DER SCHWEDISCHEN THEORIE DER EXPANSIONS- UND KONTRAKTIONSPROZESSE, DER SOGENANNTEN "STOCKHOLMER SCHULE"

a) Allgemeiner Überblick

Nach dieser ausführlichen Darstellung der einzelnen Beiträge zur Entwicklung der Stockholmer Schule, die uns notwendig erschien, um die diesem theoretischen Teil der Arbeit zugrundeliegende Frage, ob diese Stockholmer Schule als theoretische Grundlage wirtschaftspolitischer Antidepressionsmaßnahmen in Betracht kommen kann, beantworten zu können, mögen dem Leser womöglich die Hauptmerkmale und damit der wesentliche Inhalt der Stockholmer Schule gar nicht viel klarer geworden sein. Es kann einem, bei dem Versuch, diese weitverzweigte Materie zu studieren, leicht passieren, daß man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Dies um so eher, als aus der erfolgten Darstellung offenbar wurde, daß selbst unter den Vertretern der Stockholmer Schule ein gewisser Mangel an Einheitlichkeit in Methode und Terminologie besteht. (Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an den "Begriffsapparat" Ohlins, der sich wesentlich von dem Hammarskjölds unterscheidet, oder an die Kontroverse Myrdal - Lindahl hinsichtlich des Werts einer Periodenanalyse.)
Wir dürfen ob dieser Unterschiede jedoch nicht die Übereinstimmungen vergessen, die wir auch hervorzuheben bemüht waren und die nun in diesem Abschnitt in Form einer Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt der Stockholmer Schule noch einmal aufgezeigt werden sollen.

Als "Stockholmer Schule" lernten wir diejenige Richtung der schwedischen Nationalökonomie kennen, die das theoretische Schema, mit dem Knut Wicksell Ende des vorigen Jahrhunderts das Problem einer Veränderung in der Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft durch die Konstruktion des "normalen" Zinses und im Zusammenhang damit des kumulativen Prozesses lösen zu können glaubte[1]), zu einer makroökonomisch-dynamischen Theorie über

---

1) Vgl. S. 49 / 51.

die Veränderungen von Beschäftigung, Produktion und Preisen, also zu einer allgemeinen Theorie der Expansions- und Kontraktionsprozesse, weiterzuentwickeln suchte[1].

Drei, für sämtliche Beiträge der verschiedenen Vertreter dieser Theorie gemeinsame Merkmale haben wir kennengelernt:

1. Man bemüht sich, bei der Untersuchung von Teilprozessen der Wirtschaft Gesamtzusammenhänge zu sehen, d.h. die Reaktionen des Wirtschaftssystems als Gesamtheit zu berücksichtigen. Man verläßt die Methode des partiellen Gleichgewichts, um den Einfluß von Veränderungen in einem Bereich der Wirtschaft auf den Gesamtumfang von Produktion und monetärer Nachfrage zu untersuchen. Es ist dies die Fortsetzung des ersten Wicksell'schen Integrationsversuchs, Geld- und allgemeine Preistheorie zu einer Theorie zu verschmelzen

2. Sämtliche Vertreter der Stockholmer Schule haben sich die Methode der ex-post und ex-ante Analyse zu eigen gemacht, d.h. sie bemühen sich sorg-

---

1) Um jeden möglichen Irrtum auszuschließen, weisen wir noch einmal darauf hin, daß wir eine Aufteilung des Ohlin'schen Begriffs "Stockholmer Schule" in einen streng theoretisch methodologischen Teil, die von uns - in Übereinstimmung mit der Auffassung in der internationalen Literatur - bezeichnete "Stockholmer Schule" im eigentlichen Sinne, und einen mit praktisch politischen Maßnahmen verknüpften theoretischen Teil, die sogenannte "Theory of Unused Resources", vorgenommen haben. In diesem Abschnitt kann es sich nur um eine Zusammenfassung des erstgenannten Teils handeln.

2) Vgl. hierzu auch J.M. Keynes' "general" Theory, die im großen ganzen denselben Versuch darstellt. "This book ... has evolved into what is primarily a study of the forces which determine changes in the scale of output and an employment as a whole; ... a monetary economy we shall find, is essentially one in which changing views about the future are capable of influencing the quantity of employment and not merely its direction. But our method of analysing the economic behaviour of the present under the influence of changing ideas about the future is one which depends on the interaction of supply and demand, and is in this way linked up with our fundamental theory of value. We are thus led to a more general theory, which includes the classical theory with which we are familiar as a special case." (J.M. Keynes. "The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936, S. VII).

fältig zu unterscheiden, ob sich wirtschaftliche Größen wie Einkommen, Sparen und Investieren auf Antizipationen, also Pläne und Erwartungen für die Zukunft, oder ob sie sich auf bereits realisierte Ergebnisse der Vergangenheit beziehen.

3. In ihren Bemühungen, eine dynamische Theorie zu entwickeln, bedienen sich außerdem fast alle Vertreter der Stockholmer Schule der Verlaufs- oder Periodenanalyse. Die Ausnahme bildet Myrdal[1].

Von diesen Merkmalen wollen wir, in Übereinstimmung mit Harald Dickson[2], hauptsächlich die beiden letzten hervorheben, da aus dem Versuch, sich die Methode der Aufteilung wirtschaftlicher Größen in ex-ante und ex-port Kategorien in einer Periodenanalyse zu Nutzen zu machen, die für die Stockholmer Schule so charakteristische Darstellung des Wirtschaftsverlaufs entstanden ist.

---

1) Es ist zu beachten, daß die zeitliche Aufteilung nach der verlaufsanalytischen Methode nicht identisch ist mit der Aufteilung in ex-post und ex-ante Perioden nach Myrdal. Der Unterschied besteht darin, daß in der Verlaufsanalyse in der Art, wie sie etwa Lindahl und Ohlin entwickelten, die Zeit in kurze Gleichgewichtsperioden aufgeteilt wird. Änderungen vollziehen sich jeweils im Augenblick des Übergangs von einer Periode in eine andere. Myrdals Periodenbegriff wird dagegen lediglich durch die Unterscheidung bestimmt, ob sich wirtschaftliche Größen auf die Zukunft oder auf eine bereits vergangene Zeit beziehen. Er hat also nichts mit den Perioden temporären Gleichgewichts nach der Art der Verlaufsanalyse gemein. Myrdal lehnt vielmehr eben die verlaufsanalytische Methode ab. "It is impossible to approach the monetary problem by an analysis dividing time into a number of short equilibrium periods, during which no changes occur. The changes would have then to be transposed to the timeless transitional points between these equilibrium periods. But this scheme would be fruitless, for ... it is just the intervening changes - the deviations from the earlier anticipations - which are of interest in monetary analysis, and obviously they cannot be comprehended by this method." (G. Myrdal, "Monetary Equilibrium", London 1939, S. 122) Zugleich aber weist Myrdal darauf hin, daß seine ex-post und ex-ante Konzeption, die sich ja auf eine Untersuchung der Tendenzen in einem bestimmten Zeitpunkt beschränkt, "a necessary preparation for period analysis" sei. (S. 45).

2) H. Dickson, "Grundzüge der schwedischen Wirtschaftstheorie, vor allem der Stockholmer Schule während der letzten 25 Jahre", in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 68 (1952 I), S. 54-69, insbesondere S. 59.

b) Kausal- und Prozeßanalyse

Grundgedanke der ex-post Analyse war ja, daß es zur Erfassung der wirtschaftlichen Realität notwendig sei, die in einem vergangenen Zeitraum eingetretenen Ereignisse und realisierten wirtschaftlichen Ergebnisse zu verbuchen. Da eine solche nachträgliche Aufzeichnung von Ereignissen der Vergangenheit jedoch keine Erklärung dafür abgibt, weshalb die Entwicklung so verlief, wie sie tatsächlich verlief, d.h. die Handlungsweise der Individuen nicht erklärt, ist es notwendig, die x-post Betrachtung durch eine (psychologische) Analyse der Kausal- bzw. Funktionalzusammenhänge zu ergänzen. Dies geschieht in der ex-ante Analyse, die sich mit der Betrachtung antizipierter, erwarteter Größen befaßt und mit ihrer Hilfe erklärt, was die Individuen zu ihrer Verhaltensweise veranlaßt. Es sind diese ex-ante Größen, die Erwartungen in einer mehr oder weniger fernen Zukunft, die die Maßnahmen der Wirtschaftssubjekte bestimmen und die ihrerseits wiederum von den Erfahrungen der Vergangenheit sowie den Verhältnissen der Gegenwart - beide festgehalten in der ex-post Analyse - beeinflußt werden.
Durch Verwendung dieser Kausalanalyse in einer Prozeßanalyse, in der die Zeit in kurze Perioden eingeteilt gedacht wird, ergibt sich somit folgende Darstellung des Wirtschaftsverlaufs:
Zu Beginn der ersten Periode haben die Individuen gewisse Erwartungen für die bevorstehende und eine Anzahl der nächstfolgenden Perioden, aus denen bestimmte Pläne für eben diese Zeiträume resultieren. Diese Pläne lösen wieder bestimmte Handlungen in der bestehenden ersten Periode aus[1].

---

1) Vgl. hierzu auch eine der jüngsten Darstellungen des Hauptgedankengangs in der Periodenanalyse entsprechend der Stockholmer Schule in "Review in Economic Studies" 1954/55, S. 156. Hier heißt es u.a., daß der wirtschaftliche Verlauf durch den Versuch der Wirtschaftssubjekte, ihre Pläne zu realisieren, bestimmt werde. Dabei wird unterschieden zwischen Erwartungen, Plänen, Handlungen und Buchabschluß. Erwartungen sind hierbei identisch mit Prognosen, die nach Lindahl mit verschiedenen Handlungsalternativen verbunden sind. "Pläne" sind dagegen nicht alle diese Handlungsalternativen, sondern nur die von den einzelnen Subjekten gewählte Alternative, Lindahls "plan in the strict sense" ("Studies ...", S. 4). Die zwischen Erwartung und Plan liegende Entscheidung erfolgt sodann durch Bewertung der verschiedenen Prognosen und durch "Beschluß". Vgl. ebenfalls H. Dickson, "'Plan' und 'Beschluß' bei Johan Åkerman und in der Stockholmer Schule", Ekon. Tidskrift, Heft 1:1957, S. 61.

Nun stehen jedoch in der Realität den Handlungen einzelner (oder Gruppen von) Individuen Handlungen anderer (einzelner oder Gruppen von) Individuen gegenüber, (will etwa eine Person Käufe tätigen, so muß eine andere bereit sein, zu verkaufen und vice versa), und es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß sich am Ende der Periode bei einer ex-post Betrachtung zeigt, daß die realisierten Ergebnisse den Erwartungen nicht entsprechen. Die Folge wird sein, daß die Individuen am Ende der ersten Periode ihre Pläne für die Zukunft revidieren. Die revidierten Pläne haben nun ihrerseits Handlungen in der zweiten Periode zur Folge, an deren Ende sich wiederum zeigen kann, daß die realisierten ex-post Werte nicht mit den erwarteten ex-ante Werten dieser Periode übereinstimmen, so daß zu Beginn der dritten Periode erneut revidierte Pläne vorliegen, die entsprechende Handlungen in dieser Periode auslösen, usw.[1].

"Wenn man wüßte", schreibt Harald Dickson, "wie die Pläne die Geschehnisse und die Geschehnisse die revidierten Pläne herbeiführen, könnte man, von einer bestimmten Lage ausgehend, einen Verlauf vorausberechnen"[2].

Zusätzliche Schwierigkeiten in der Verwendung dieser verlaufsanalytischen Methode in praxi würden jedoch aus der Wahl der Periodenlängen erwachsen. Da einerseits in der Verlaufsanalyse Veränderungen nur beim Übergang von einer Periode in die andere vorkommen, während der Perioden selbst aber niemand seine bestehenden Pläne revidiert, andrerseits aber in der Realität ständig solche Veränderungen und Wechsel geschehen, müßte man, sollte die Analyse den wirklichen Gegebenheiten einigermaßen entsprechen, mit sehr kurzen, ja streng genommen mit unendlich kurzen Perioden operieren, wodurch jedoch die ganze Verfahrensweise praktisch undurchführbar würde.

c) Ex-ante Diskrepanz und ex-post Identität zwischen Sparen und Investieren

Für unsere Untersuchung ist nun von besonderem Interesse, wie mit Hilfe dieser Betrachtungsweise, - die ihren Ursprung in der Arbeit Myrdals fand, von den genannten schwedischen Nationalökonomen weiterentwickelt und so zum Hauptmerkmal der Stockholmer Schule wurde, - das für eine Analyse der

---

1) Vgl. hierzu H. Dickson, "Grundzüge ...", a.a.O., S. 58; B. Ohlin, "Some Notes ...", S. 94; derselbe, "The Problem of Employment Stabilization", S. 112; E. Lindahl, "Studies ...", S. 35 ff.

2) H. Dickson, "Grundzüge ...", S. 58.

wirtschaftlichen Expansions- und Konzentrationsprozesse entscheidende Problem einer Diskrepanz zwischen Sparen und Investieren gelöst wurde.

Bereits Knut Wicksell hatte ja in seiner Arbeit von 1898 die grundlegende Feststellung gemacht, daß die Entscheidungen der Sparer nicht notwendigerweise mit denen der Investoren übereinstimmen müssen und versucht, den Geldzins als Mittel zu ihrer Übereinstimmung zu bestimmen[1]. Die seitdem über dieses Problem in der Nationalökonomie entstandene Verwirrung glaubten die Vertreter der Stockholmer Schule durch die Methode der ex-post und ex-ante Unterscheidung in einer Verlaufsanalyse beseitigen zu können[2]. Danach sind Sparen und Investieren nur am Schluß jeder Periode, also bei einer Aufzeichnung ex-post identisch. Nicht jedoch ex-ante. Da die eine wirtschaftliche Entwicklung bestimmenden ex-ante Größen, die zu Beginn jeder Periode bestehenden Pläne und Erwartungen der Wirtschaftssubjekte, von einander verschieden sind, stimmen auch Sparen und Investieren ex-ante nicht miteinander überein, es sei denn durch bloßen Zufall[3].

Wir wollen anhand eines von H. Dickson übernommenen abstrakten Modells eines geschlossenen Wirtschaftssystems die nach der Stockholmer Schule ex-post gegebene Identität zwischen Sparen und Investieren erläutern[4].

---

1) Siehe S. 49 ff.

2) Vgl. hierzu G. Myrdal, "Monetary Equilibrium", S. 46: "Had this distinction been kept in mind, much confusion about saving and investment would have been avoided." B. Ohlin, "Some Notes ...", S. 101: "... unless the difference between ex-ante and ex-post concepts is kept quite clear, confusion is bound to ensue." K.G. Landgren, "Economics in Modern Sweden", S. 27: "One opinion shared by most Swedish Economists is that Keynes arrived at unfortunate results with his doctrine of savings and investment ... because he does not distinguish between ex-ante and ex-post".

3) Von seiten der Stockholmer Schule wird ja gerade an Keynes' "General Theory" bemängelt, daß er nicht zwischen ex-post und ex-ante unterscheide, sondern Einkommen, Sparen und Investieren als ex-post Größen definiert, jedoch als ex-ante Größen verwendet habe und so zu der unbefriedigenden (ständigen) Identität zwischen Sparen und Investieren gelange (Siehe Fußnote 2) Zitat Landgren, sowie B. Ohlin, "Some Notes ...", S. 125/26. Für die Identität zwischen S und I in Keynes' "General Theory siehe Andreas Paulsen, "Neue Wirtschaftslehre" Berlin und Frankfurt a.M. 1950, S. 80/81).

4) H. Dickson, "Grundzüge ...", S. 59 ff.

Außer der Annahme einer geschlossenen Verkehrswirtschaft gelten folgende Vereinfachungen: Es gibt nur zwei Wirtschaftsgruppen, Unternehmungen und Haushalte (also keine staatliche Aktivität); keine monetären Ströme zwischen den Gliedern derselben Wirtschaftsgruppe kommen vor; nur die Unternehmungen investieren.
Unter diesen Bedingungen stellen die Auszahlungen seitens der Unternehmungen (= X) Einnahmen der Haushalte (= E), die Konsumtionsausgaben der Haushalte (= C) Einnahmen der Unternehmungen (= R) dar.
Ex-post muß demnach

$$E = X \quad \text{und} \quad R = C \quad \text{sein.}$$

Das Sparen (S) setzt sich in diesem Modell notwendigerweise aus den Ersparnissen der Unternehmungen (Su) und denjenigen der Haushalte (Sh) zusammen.

Die Ersparnis der Unternehmungen wird ausgedrückt als

$$Su = I + R - X \quad (1),$$

Wobei I die Investitionen oder den Wert des Nettozuwachses am Realvermögen und R-X die (unternehmerischen) Einnahmen minus (unternehmerische) Ausgaben oder den Wert des Nettozuwachses am monetären Vermögen darstellt.

Für die Ersparnis der Haushalte ergibt sich

$$Sh = E - C \quad (2).$$

Das gesamte Sparen S erhält man folglich aus (1) + (2), also

$$S = I + R - X + E - C \quad \text{oder}$$

$$S - I = (R-C) + (E-X).$$

Wie wir gesehen haben, müssen aber ex-post die Einnahmen der Unternehmungen gleich den Ausgaben der Haushalte, die Einnahmen der Haushalte aber gleich den Ausgaben der Unternehmungen sein, so daß sowohl (R-C) als auch (E-X) gleich Null sein müssen.
Folglich muß ex-post auch (S-I) gleich Null sein.

Wie kann es aber zu dieser Übereinstimmung ex-post kommen, wenn die beiden Größen ex-ante divergieren? Oder mit anderen Worten: Was geschieht, wenn zu Beginn einer Periode größere Investitionen geplant werden als in der vergangenen und die Sparer nicht die Absicht haben, entsprechend mehr zu sparen?
Steigen zu Beginn einer Periode die Investitionen über die geplanten Ersparnisse, so erzielen die Produzenten während der Periode unerwartete Gewinne und werden (da die Gewinne unerwartet sind) mehr sparen als sie beab-

sichtigt hatten. Den steigenden Investitionen zufolge steigt die Summe aller Verkäufe und werden mehr Güter produziert. Die Einkünfte der Lohnempfänger werden ebenfalls (über die erwarteten Einkünfte) steigen, mit der Folge, daß auch diese (die Lohnempfänger) mehr sparen bzw. von ihren bestehenden Ersparnissen weniger ausgeben werden (das negative Sparen nimmt im letzteren Fall ab). Die Ersparnisse der Lohnempfänger werden also insgesamt ebenfalls steigen.
Am Ende der Periode haben somit bei beiden Gruppen (Unternehmern und Lohnempfängern) die tatsächlichen Einkünfte die erwarteten und folglich die realisierten Ersparnisse (ex-post) die geplanten Ersparnisse (ex-ante) überstiegen[1]

Neben dieser Diskrepanz zwischen ex-post- und ex-ante-Ersparnissen kann aber noch ein zweiter Faktor dazu beitragen, Übereinstimmung zwischen I ex-post und S ex-post zu bewirken. Es ist ja möglich, daß auch die realisierten Investitionen von den geplanten Investitionen abweichen. So kann der Abbau von Lägern unbeabsichtigtes negatives Investieren bedeuten. Dadurch können die gestiegenen Neuinvestitionen zu einem gewissen Grad neutralisiert werden, so daß auch auf diesem Wege - zusammen mit den gestiegenen Ersparnissen - Übereinstimmung zwischen realisierten Ersparnissen (S ex-post) und realisierten Investitionen (I ex-post) zustandekommt.

Man kann sich die nach der schwedischen Theorie verlaufende Entwicklung eines Wirtschaftsprozesses, die von einer ex-ante Diskrepanz zwischen Sparen und Investieren ausgeht, auch anhand obiger Gleichung, (aus dem ex-post Beispiel) verdeutlichen. Die in der Gleichung vorkommenden Größen werden dabei als erwartete oder geplante Größen ausgedrückt[2], sie werden also zu antizipierten, d.h. ex-ante Größen.
In unserem Beispiel waren die geplanten Investitionen größer als die geplanten Ersparnisse, also $Ia - Sa > O$.
Folglich muß auch die andere Seite der Gleichung größer als Null sein.
$(Ca - Ra) + (Xa - Ea) > O$.

---

1) "... the inequality of Sa and Ia sets in motion a process which makes realized income differ from expected income, realized savings from planned savings and realized new investment differ from the corresponding plan." (B. Ohlin, "Some Notes...", S. 101).

2) Für gewisse Größen (Sparen, Investieren, Ausgaben) ist das Attribut "geplant" oder "beabsichtigt", für andere (Einkommen, Gewinn) "erwartet" vorzuziehen.

Dies besagt, daß in unserem Modell die ex-ante Differenz zwischen I und S mit den Antizipationen zweier verschiedener Wirtschaftsgruppen zusammenhängen kann: Entweder planen die Haushalte größere Konsumausgaben als den erwarteten Einnahmen der Unternehmer entspricht (Ca - Ra) > O oder die Unternehmer beabsichtigen größere Auszahlungen an die Haushalte als diese in Form von Einnahmen erwarten (Xa - Ea) > O. Realisieren nun die Haushalte ihre geplanten Ausgaben (Ca), so verkaufen die Unternehmer mehr Güter als sie zu verkaufen erwarteten oder/und erzielen höhere Preise für die verkauften Güter, sie erhalten also höhere Gewinne als erwartet. Realisieren andrerseits die Unternehmer ihre geplanten Auszahlungen (Xa) an die Haushalte, so erhalten diese höhere Einnahmen (E) als erwartet. Die auf diese Weise gestiegenen ex-post Einkünfte beider Gruppen bedeuten alsdann, wie wir bereits gezeigt haben, zugleich, daß S > Sa (evtl. I > Ia), so daß sich ex-post wiederum Gleichheit zwischen S und I ergibt.

Umgekehrt ließe sich aus der Gleichung der Schluß ziehen, daß sich bei einer ex-ante Übereinstimmung von S und I auch Kongruenz in den Antizipationen der Wirtschaftssubjekte, - gekennzeichnet durch die rechte Seite der Gleichung - ergeben müßte, so daß ein sich in einem Gleichgewichtszustand befindendes System bestünde, in dem die Werte der Variablen einen stationären Verlauf zeigen. Dies kann, muß aber nicht der Fall sein.

Hauptsächlich Berlin Ohlin weist darauf hin, daß eine Expansion auch dann ausgelöst werden kann, wenn Sparen und Investieren ex-ante gleich sein sollten[1]. Sein Gedankengang ist in kurzen Zügen folgender:[2]

Expansion bedeutet Anwachsen der totalen Käufe in einer Periode gegenüber einer vorhergegangenen. Diese Käufe werden entweder für Investitions- oder für Konsumtionszwecke getätigt. Beabsichtigen die Investoren, in einer Periode mehr zu investieren als in der vergangenen, während die Sparer keine Änderung ihrer Ersparnisse planen, so entsteht ein Expansionsprozeß, dessen Ursache offenbar in der Diskrepanz zwischen I ex-ante und S ex-ante besteht. Dasselbe ist der Fall, wenn die Konsumenten beabsichtigen, weniger zu sparen (und entsprechend mehr zu konsumieren) und wenn nicht zufälligerweise gleichzeitig die Investitionen um den Betrag der vermehrten Konsumtionsausgaben abnehmen. Auch dann ist ja ex-ante I > S. Nun gibt es

---

1) Bertil Ohlin, "The Problem ...", S. 118-119.

2) Unser Beispiel bezieht sich auf einen Expansionsprozeß. Die Ausführungen gelten natürlich mit umgekehrten Vorzeichen auch für einen Kontraktionsprozeß.

jedoch noch eine dritte Möglichkeit für das Anwachsen der totalen Käufe von einer Periode zur anderen und damit also eine Möglichkeit zur Auslösung eines Expansionsprozesses, auch wenn die Investitionen unverändert bleiben und obwohl niemand die Absicht hat weniger zu sparen. Diese Möglichkeit besteht darin, daß die Verbraucher höhere Einkommen erwarten und infolgedessen mehr Käufe tätigen[1]. Dann, so schreibt Ohlin, "there will be a process of expansion even if planned saving equals planned investment - which is quite possible"[2]. Diese Tatsache sei aber oft von den Verfassern übersehen worden, die, "under the influence of Wicksell or Keynes, start form the saving - investment analysis"[3][4].

Ebensowenig kann natürlich die ex-post Übereinstimmung von S und I bedeuten daß der Prozeß während der Periode auf ein Gleichgewicht hin tendiere und am Ende zum Stillstand komme. Das Wesentliche an der Analyse eines Wirtschaftsprozesses mit Hilfe der ex-post und ex-ante Unterscheidung ist ja gerade, daß infolge der Divergenz zwischen ex-post und ex-ante Größen und der darauf basierenden Reaktionen der Wirtschaftssubjekte der Prozeß nicht zu einem Stillstand kommen kann. Zeigt sich ex-post, daß die Unternehmer mehr verkauft haben als sie erwarteten, werden sie unter Umständen ihre Pläne zu Beginn der neuen Periode revidieren und mehr produzieren, höhere Einkommen erwarten und höhere Ausgaben planen. Divergieren auf der anderen Seite die Einnahmen der Haushalte ex-post von denjenigen ex-ante, führt auch dies möglicherweise zu einer Revision der Pläne zu Beginn der nächsten Periode, diesmal seitens der Haushalte.

---

1) Der Hinweis, daß beispielsweise höhere ex-post Gewinne am Ende einer vergangenen Periode höhere ex-ante Einkommen zu Beginn der neuen Periode verursachen können, möge hier genügen.
2) Bertil Ohlin, "The Problem ...", S. 119.
3) Bertil Ohlin, "Some Notes ...", S. 103.
4) Im Zusammenhang mit der Frage, wie sich die Käufe für Investitions- und Konsumtionszwecke von einer Periode zur anderen ändern, findet das Problem der Reaktionsgeschwindigkeit seitens der Individuen in der Stockholmer Schule besondere Beachtung. Es wird betont, daß die Pläne und Erwartungen der Wirtschaftssubjekte stets in ihrem Zusammenhang mit den Ereignissen und realisierten Ergebnissen früherer Perioden gesehen werden müssen. Da die Reaktionen auf Erfahrungen und Ereignisse der Vergangenheit oft von Individuum zu Individuum divergieren, ist es für die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses von entscheidender Bedeutung, welche der entgegengesetzten Reaktionen zuerst eintreten und Wirkungen zeitigen. (Siehe B. Ohlin, "The Problem ...", S. 120).

In dieser Theorie, in der die Pläne und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte auf Antizipationen und Erwartungen zurückgehen (die nicht oder nur durch Zufall übereinstimmen so daß beispielsweise Sparen und Investieren divergieren), in der ferner diese Erwartungen und Antizipationen infolge der Erfahrungen aus der ex-post Betrachtung ständigen Revisionen unterzogen werden, die wiederum Revisionen der Pläne und Entscheidungen und damit der wirtschaftlichen Größen wie Sparen, Investieren und Konsumtion mit sich bringen, woraus wiederum wechselnde ex-post Ergebnisse resultieren mit der Folge erneut revidierter Antizipationen, Erwartungen, Pläne, wirtschaftlicher Größen, ex-post Ergebnisse usw. in einer ununterbrochenen Kette von Perioden, in dieser Theorie ist offenbar kein Platz für Vorstellungen, denen zufolge die wirtschaftliche Entwicklung auf eine Gleichgewichtslage zusteuert[1].

---

1) Gegen diese Methode, wirtschaftliche Entwicklungsprozesse zu deuten, ist der Einwand gemacht worden, daß die ex-ante Größen der Stockholmer Schule kaum empirisch sinnvolle Begriffe sein könnten. (K.G. Landgren, "Economics in Modern Sweden", S. 27). Bei der Berücksichtigung individueller Pläne und Erwartungen zur Erklärung wirtschaftlicher Verläufe in der obengeschilderten Art nimmt man offensichtlich an, daß alle Wirtschaftssubjekte genaue Antizipationen haben. Dies ist aber keineswegs sicher. Vor allem, wenn es sich um eine realtiv lange Periode (etwa 1 Jahr) handelt, dürfte nicht anzunehmen sein, daß sämtliche Individuen vollständige Pläne oder Erwartungen für die Zukunft haben. Es ist also zweifelhaft, ob in solchen Fällen Begriffe wie S ex-ante oder I ex-ante überhaupt existieren. Diese Bedenken sind von den Vertretern der Stockholmer Schule teilweise anerkannt worden, (siehe etwa B. Ohlin, "The Problem ...", S. 117 und E. Lindahl, "Studies ...", S. 37, vgl. auch S. 100 ff. in vorliegender Arbeit) und später wurde durch Erik Lundberg ("Studies in the Theory of Economic Expansion", London 1937) eine Variante dieser Stockholmer Prozeßanalyse entwickelt, mit deren Hilfe sich die aus der früheren Version ergebenden Zweifel über die Existenz von ex-ante Größen beseitigen ließen. Dies wurde dadurch erreicht, daß "die Antizipationen der Wirtschaftssubjekte nicht auf die gleiche greifbare Weise in die Theorie einbezogen ..., sondern gegen Präliminarhypothesen des Wirtschaftswissenschaftlers ausgetauscht" wurden. (H. Dickson, "Grundzüge ...", S. 62).
Da wir dieser Version der Stockholmer Schule in anderem Zusammenhang noch einmal begegnen werden, und da es dann notwendig sein wird, konkrete Vorstellungen über sie zu haben, müssen wir hier eine kurze Beschreibung derselben einschieben, die wir der ausgezeichneten

Hierin besteht der wesentliche Unterschied zwischen der schwedischen und der zeitgenössischen angelsächsischen Theorie, und wir wollen unsere Zusammenfassung über die Stockholmer Schule mit einer Beschreibung dieses Unterschiedes durch Sidney D. Merlin beenden:

Darstellung H. Dicksons über die Grundzüge der schwedischen Wirtschaftstheorie (a.a.O., S. 62 f.) entnommen haben. Zur Erläuterung dient dasselbe Modell, mit dessen Hilfe auch die ex-post Gleichheit und ex-ant Divergenz zwischen S und I nach der ursprünglichen Version der Stockholmer Schule (vgl. weiter oben) dargestellt worden war: Nur zwei Wirtschaftsgruppen, geschlossene Tauschwirtschaft, keine monetären Ströme innerhalb derselben Wirtschaftsgruppen.
Die Ausgangslage (am Ende der Periode O) sei durch folgende numerische Größen gekennzeichnet: Auszahlungen der Unternehmungen an die Haushalte = Einnahmen der Haushalte = 800 (X ex-post = E ex-post = 800). Von ihren Einkünften sparen die Haushalte 10 %, (Sh ex-post = 80), den Rest verwenden sie für Konsumtionsausgaben, die zugleich Einkünfte der Unternehmer sind (C ex-post = R ex-post = 720). Die Investitionen der Unternehmungen sollen 80 Betragen (I ex-post = 80), ihre Ersparnisse 0 (Su ex-post = I ex-post + R ex-post - X ex-post = 80 + 720 - 800 = 0).

Die Präliminarhypothesen, für deren Aufstellung es keine bestimmten Regeln gibt, (sie sind ja Annahmen des analysierenden Wissenschaftlers) zeigen sich in folgenden ex-ante Größen zu Beginn der Periode 1:

Die Einnahmen der Unternehmer der Periode 1 sind gleich denen in der Ausgangssituation, (R_1 ex-ante = R_0 ex-post), also 720. Dagegen erhöhen die Unternehmer ihre Investitionen um 20 auf 100 (I_1 ex-ante = I_0 ex-post + 20 = 100). Den vermehrten Investitionen stehen jedoch keine vermehrten Ersparnisse der Unternehmer gegenüber (Su_1 ex-ante = Su_0 ex-post = 0), vielmehr führen diese zu einer entsprechenden Steigerung der Unternehmerauszahlungen an die Haushalte und damit zu steigenden Einkünften der Haushalte (X_1 ex-ante = X_0 ex-post + 20 = E_1 ex-ante = 820). Die Sparquote der Haushalte ist unverändert, also ist Sh_1 ex-ante = 82. Hieraus ergibt sich für die Konsumausgaben der Haushalte C_1 ex-ante = 738.
Eine Gegenüberstellung der verschiedenen ex-ante Größen zu Beginn der Periode 1 läßt erkennen, daß diese nicht alle realisiert werden können. Die Investitionen betragen nach den Präliminarhypothesen 100, die Ersparnisse dagegen nur 82 (S_1 ex-ante = Su_1 ex-ante + Sh_1 ex-ante = 0 + 82 = 82).

"Temporary equilibrium analysis, Keynesian theory, and econometric analysis have much in common with Swedish theory. These methods of analysis deal with reactions to changing data and the effects of such reactions on prices (Hicks), the development of a system of relations from an initial position (econometric theorists), and relations between saving, investment, and employment given by the marginal efficiency of capital, the rate of interest and the propensity to consume (Keynesian theory). Unlike Swedish sequence analysis, however, theses theories assume that the economic system tends to reach, or move toward, an equilibrium level of employment or prices. There are reactions and adjustments to changing data, but these adjustments do not alter the data which change independently. When the economic

---

Zwischen I_1 ex-ante und S_1 ex-ante besteht also eine Differenz von 18. Ex-post am Ende jeder Periode, muß aber S = I sein. Wir sehen, daß der Differenz zwischen I_1 ex-ante und S_1 ex-ante eine Differenz zwischen den ex-ante Ausgaben der Haushalte an die Unternehmungen und den ex-ante Einnahmen der Unternehmungen von den Haushalten entspricht. (C_1 ex-ante - R_1 ex-ante = 738 - 720 = 18). Offenbar erklärt diese Differenzentsprechung die nachträgliche ex-post Übereinstimmung zwischen S und I. H. Dickson schreibt hierzu: "Wir nehmen an, daß unsere Präliminarhypothese bezüglich der Konsumausgaben der Haushalte richtig ist (C ex-post = C ex-ante = 738) (Anm. d. Verf.: Da es sich nunmehr um einen Vergleich zwischen ex-post und ex-ante Größen der Periode 1 handelt, wäre es korrekter, wenn Dickson im folgenden zur Vermeidung von Irrtümern jedes Symbol mit einer 1 versehen hätte. Die Gleichung müßte dann lauten: C_1 ex-post = C_1 ex-ante = 738. Dies gilt analog für alle Gleichungen im vorliegenden Zitat Dicksons). Die Einnahmen der Unternehmungen werden dann größer als unsere Präliminarhypothese vorsah (R ex-post = 738 = R ex-ante + 18) Dies kann dadurch geschehen, daß der Verkauf zunimmt oder daß die Preise höher werden als innerhalb der Periode 0. Wir nehmen hier an, daß das letztere der Fall ist und daß weder die Investitionen noch die Ausgaben der Unternehmungen hiervon beeinflußt werden. (I ex-post = I ex-ante = 100, X ex-post = X ex-ante = 820). Es entsteht so innerhalb der Unternehmungen eine in den Präliminarhypothesen unvorhergesehene Ersparnis, die gleich der Differenz zwischen Ersparnis und Investition ex-ante ist (Su ex-post = 100 + 738 - 820 = 18 = Su ex-ante + 18). Nicht nur die Investition, sondern auch die Ersparnis ist also ex-post = 100 (S ex-post = 18 + 82 = 100 = I ex-post)".

system is disturbed and an equilibrium position is disrupted, automatic adjustments occur which tend to restore price (Hicks) or employment-equilibrium (Keynes). On the other hand, the analysis employed by the Swedish economists abandons this assumption by incorporating changes in the "data" in the system of explanation. Thus changes in the quantity of capital, in the rate of interest, in consumption and in the volume of investment are explained in terms of determinate reactions on the part of different groops in the economy to a sequence of realized results, altering from period to period. The system does not settle down to or tend toward a particular (equilibrium) level of economic activity, but moves upward or downward as the case may be"[1].

5. DIE STOCKHOLMER SCHULE ALS MÖGLICHE GRUNDLAGE DER SCHWEDISCHEN ANTIDEPRESSIONSPOLITIK?

a) Einleitende Grundbemerkung

Wir haben (vgl. S. 47 f.) eine Aufteilung der Stockholmer Schule in einen rein theoretisch-methodologischen und in einen mehr praktisch-politisch orientierten theoretischen Teil vorgenommen und wollen nun noch einmal daran erinnern, wie sich diese Aufteilung ergeben hatte:
Bei der Diskussion von Bekämpfungsmöglichkeiten der Arbeitslosigkeit im Rahmen des 1927 gegründeten schwedischen Arbeitslosenkomitees ergaben sich wirtschaftstheoretische Fragen, zu deren Klärung verschiedene Nationalökonomen herangezogen wurden. Dabei galt es zunächst, theoretisch methodologische Probleme zu erörtern. Anknüpfend an Wicksells Idee vom kumulativen Prozeß und unter Verwendung der von Myrdal eingeführten ex-post und ex-ante Unterscheidung[2] in einer Periodenanalyse (nach Lindahl), wurde das Problem allgemeiner Expansions- und Kontraktionsprozesse, die mit Veränderungen in der Gesamtnachfrage verbunden sind, und damit das Problem der Gegenüber-

---

1) Sidney D. Merlin: "The Theory of Fluctuations in Contemporary Economic Thought" (Studies in History, Economics and Public Law Nr. 556, ed. by the Faculty of Political Science of Columbia University), New York 1950, S. 71-72.

2) Streng genommen stammt die Idee der ex-post ex-ante Unterscheidung von Myrdal. Die Bezeichnung selbst wurde jedoch von Mackenroth bei der Übersetzung von Myrdals "Om penningteoretisk jämvikt" eingeführt. (S. Fußnote 1 S. 72).

stellung von Sparen und Investieren, zu lösen versucht. Diese Wicksell-Myrdal- Lindahl- inspirierte Analysenmethode ist unter dem Namen "Stockholmer Schule" bekannt geworden.

Gleichzeitig beschäftigten sich die in diesen theoretisch-methodologischen Fragen engagierten Nationalökonomen aber auch (teils in denselben Arbeiten, teils in separaten) mit den direkt mit einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden theoretischen Problemen. Die Resultate dieser Überlegungen wurden im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees[1] festgehalten. Wir haben sie als die Stockholmer Theorie der "unused resources" bezeichnet.

Im vorliegenden Abschnitt gilt die Frage, inwieweit die Erörterungen des erstgenannten Problemkreises, also die Analysenmethode der Stockholmer Schule, als Grundlage der Antidepressionspolitik der 30er Jahre gelten kann.

Wir glauben, diese Frage nach der bisherigen ausführlichen Darstellung nunmehr zunächst mit einer generellen Feststellung beantworten zu können.

Wir haben gezeigt, daß Inhalt und Bedeutung der Stockholmer Schule darin bestehen, daß mit Hilfe einer eigenen Methode, - der ex-post/ex-ante Unterscheidung in einer Periodenanalyse, - makroökonomische Zusammenhänge zur Erklärung wirtschaftlicher Prozesse untersucht werden. Ein theoretisches Konzept über die Beeinflussung solcher Prozesse, also eine theoretische Untersuchung von Zusammenhängen, Folgen und Ergebnissen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, stellt diese Theorie jedoch nicht dar.

Hieraus folgt, daß die Stockholmer Schule, so wie sie hier definiert und dargestellt wurde, ihrem Inhalt nach nicht als theoretisches Fundament einer Antidepressionspolitik überhaupt gelten kann.

b) Die mangelnde "Relevanz" der Stockholmer Schule zu Beginn der 30er Jahre

Noch unter einem weiteren Gesichtspunkt läßt sich der eventuelle Zusammenhang zwischen Stockholmer Schule und schwedischer Wirtschaftspolitik zu Beginn der30er Jahre erörtern.
Es geht hierbei um die prinzipielle Frage, inwieweit ökonomische Theorie (und die Stockholmer Schule im besonderen) überhaupt "relevant", d.h.

---

1) "Åtgärder mot arbetslöshet", SOU 1935:6. Über den Inhalt dieses Rapports siehe nächstes Kapitel.

wirklichkeitsnahe ist, resp. sein soll, oder inwiefern es genügt, daß ein wirtschaftstheoretisches Modell logisch unanfechtbar ist, wie wirklichkeitsfremd es dabei auch immer sein mag.
Unser Zweifel über einen direkten Zusammenhang zwischen Stockholmer Schule und schwedischer Antidepressionspolitik auch unter diesem Gesichtspunkt ist insofern berechtigt, als gerade über diese Frage in jüngster Zeit schwedische Nationalökonomen diskutiert haben[1]. "Bilden wir uns ein", schreibt beispielsweise Johan Åkerman, "daß alles so ist, wie es sein soll, sofern die Theorie 'logisch konsistent' ist, so werden wir bitter enttäuscht ... Im 'besten' Fall werden die Geschehnisse die Unzulänglichkeit der Wirklichkeitsbetrachtung und die Mängel der Prämissen aufzeigen, so wie es durch die Weltdepression 1929-33 der Fall war - vor der Krise hatten alle großen Autoritäten auf dem Gebiete der Nationalökonomie auf die logisch unanfechtbare ('allzeit gültige') Quantitätstheorie gesetzt ... Wenn die Theorie durch eine Kausalanalyse unterbaut wird, werden die Chancen, richtig zu sehen und ein relevantes Modell zu konstruieren, größer, aber es ist nur eine Frage größerer Chancen. Ökonomische Theorien sind ganz und gar keine allzeit gültigen Sätze in logischem oder mathematischem Sinn oder Gesetze im naturwissenschaftlichen. Es gibt keine Grenzen für die Anzahl logisch unangreifbarer Wirtschaftstheorien, die entwickelt werden können, aber eine relevante Theorie zu schaffen, das ist eine ganz andere Sache. Eine relevante Theorie kann das Geschehen erklären und voraussehen und als Kalkülmodell formuliert kann die auf diesem Modell fußende Politik das beabsichtigte Resultat erreichen. Streng genommen ist es wohl nur die Entwicklung relevanter ökonomischer Theorien, die einigermaßen konstruktiver wissenschaftlicher Arbeit gleicht"[2].

Nach der Ansicht Åkermans erhielt man also durch die Stockholmer Schule zu Beginn der 30er Jahre wohl eine relativ größere Chance zur Konstruktion eines relevanten Wirtschaftsmodells, jedoch keine relevante Theorie, die "das Geschehen erklären" und "als Kalkülmodell formuliert" der Wirtschaftspolitik als Fundament dienen konnte. So gesehen entfällt dann die Stockholmer Schule auch infolge ihrer Irrelevanz als theoretische Grundlage der schwedischen Antidepressionspolitik der 30er Jahre.

---

1) Vor allem Johan Åkerman in "Ekonomisk teori I", Lund 1939, S. 59 ff. Ferner Joh. Åkerman und Harald Dickson in einem wissenschaftlichen Streitgespräch in "Ekon. Tidskrift" 1957:1, S. 60-62, 1957:2, S. 158-161, 1957:3, S. 208-213.

2) Joh. Åkerman, "Replik till Harald Dickson", in Ekon. Tidskrift 1957:3, S. 217 (Übers. v. Verf.).

Die ganze Frage nach der Irrelevanz der Stockholmer Schule zu Beginn der 30er Jahre scheint uns einfach eine Frage der Ausreifung eines wirtschaftstheoretischen Systems zu sein. Man muß sich vergegenwärtigen, daß während der 20er Jahre die Quantitätstheorie allgemein anerkannt und "modern" war. Mit dem Aufkommen der Bestrebungen während der Depression, zyklische Fluktuationen zu bekämpfen, wurde sie jedoch irrelevant, da es nun galt, das Problem des Verhältnisses zwischen Sparen und Investieren zu beleuchten. Eine andere Theorie als die "logisch unanfechtbare" Quantitätstheorie war nunmehr zur Deutung der wirtschaftlichen Vorgänge vonnöten[1]. Das bedeutet aber, daß die wirtschaftliche Entwicklung eine Neuorientierung der veralteten Theorie veranlaßte, nicht aber die Erkenntnisse der Theorie eine Neuorientierung der Politik, oder, was dasselbe ist, daß zu Beginn der 30er Jahre die wirtschaftstheoretische Analyse (der Stockholmer Schule) der wirtschaftlichen Entwicklung nachhinkte, daß sie also eine erklärende, aber keine bestimmende Funktion ausübte[2]. Nach der Neuorientierung der schwedischen Wirtschaftstheorie in der Stockholmer Schule bedurfte es aber einer gewissen Zeit, ehe dieses analytische Konzept in die Form einer relevanten Theorie gebracht werden konnte[3].

Dies wird durch die Entwicklung (der Stockholmer Schule) nach unserem Untersuchungszeitraum bestätigt.

---

1) Prinzipiell derselben Ansicht ist Joh. Åkerman: "Für mich ist die Konstruktion einer neuen Theorie wesentlich bedingt durch die institutionelle und strukturelle Veränderung, die die bisher übliche Theorie veralten und daher irrelevant werden ließ." (Ek. Tidskr. 1957:3, S. 214, Übers. v. Verf.)

2) "Bestimmende Funktion" hier nicht im Sinne von Entscheidungen, wie sie dem Bereich der Wirtschaftspolitik angehören, sondern im Sinne eines theoretischen Fundaments, demzufolge zur Erreichung eines politisch gefaßten Ziels diese oder jene Mittel (entsprechend der theoretischen Analyse) gewählt werden müssen.

3) Erik Lundberg äußerte einmal auf eine diesbezügliche Andeutung dem Verfasser gegenüber, daß das Fehlen eines Zusammenhangs zwischen Stockholmer Schule und der Antidepressionspolitik zu Beginn der 30er Jahre doch eigentlich nur natürlich, darüberhinaus aber auch (für die Theorie) nützlich gewesen sei. Einmal benötige jede Theorie Zeit zur Ausreifung, ehe sie ein für praktische Wirtschaftspolitik relevantes theoretisches System darstellen könne. Zum anderen könne dies aber auf eine logisch um so weniger anfechtbare Weise geschehen, je weniger die Theorie durch Ausrichtung auf politische Forderungen vergewaltigt werde.

c) Exkurs über die Weiterentwicklung der Stockholmer Schule zu einem praktisch anwendbaren analytischen Konzept

Tatsächlich wurde die Stockholmer Schule erst nach dem zweiten Weltkrieg in der im schwedischen Konjunkturinstitut unter Leitung von Erik Lundberg entwickelten "Inflationsgapsanalyse"[1] praktisch angewandt. Man arbeitet hierbei mit der uns bereits bekannten Version der Stockholmer Schule, in der anstelle der individuellen Antizipationen Präliminarhypothesen des Wirtschaftswissenschaftlers aufgestellt werden. Dieses Verfahren hat seinen Ursprung in Lundberg "Studies in the Theory of Economic Expansion" von 1937 und vollzieht sich in groben Zügen nach folgendem Schema[2]:

ca) Die Inflationsgapsanalyse.

Ausgehend von verschiedenen alternativen Präliminarhypothesen (relativ optimistische, mittelmäßige und relativ pessimistische) hinsichtlich des Außenhandels, der Ernte, der Industrieentwicklung, der Löhne und sozialen Ausgaben werden entsprechende Alternativen für die Entwicklungstendenzen künftiger Perioden quantitativ bestimmt.

Die Alternativen werden nach folgendem Muster aufgebaut:

Berechnete Veränderungen im Bruttoangebot an Waren und Dienstleistungen (Sozialprodukt) werden mit berechneten Veränderungen in der Bruttonachfrage nach Waren und Diensten verglichen. Die Differenz zwischen Nachfrage und Angebot ergibt den potentiellen Kaufkraftüberschuß oder Inflationsgap. (Sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite wird mit unveränderten Preisen gerechnet).

Zunächst wird, entsprechend den Präliminarhypothesen des analysierenden Nationalökonomen, das Bruttoangebot das wir mit Y bezeichnen wollen, berechnet. Dabei nimmt man an, daß ein Teil dieses errechneten Sozialprodukts in den Unternehmungen investiert wird, während der Rest das Angebot an Konsumgütern darstellt:

$$\text{Angebot an Konsumgütern} = Y - I$$

---

1) Inflationslückenanalyse.

2) Zusammengestellt nach: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", Serie A:15, Stockholm 1948, S. 25 ff., sowie H. Dickson, "Grundzüge.. in Weltwirtschaftl. Archiv, Band 68 (1952 I), S. 64 f. Siehe hierzu auch Fußnote 1) S. 93.

Diesem Angebot an Konsumgütern wird die - ebenfalls auf der Grundlage alternativer Präliminarhypothesen berechnete - Nachfrage nach Konsumgütern C gegenübergestellt.
Erweist sich, daß $C > Y-I$ ist, so bedeutet dies, daß ein Nachfrageüberschuß nach Konsumgütern besteht. In der schwedischen Inflationsgapsanalyse werden jedoch C und I als Gesamtnachfrage zusammengefaßt und dem Sozialprodukt gegenübergestellt. Die Ungleichheit zwischen Angebot und Nachfrage bezieht sich dann nicht mehr nur auf die Konsumgütersphäre und wird entsprechend ausgedrückt: $C + I > Y$
Es besteht also ein Gesamtnachfrageüberschuß.

Will man statt der Gegenüberstellung von "Angebot" und "Nachfrage" "Sparen" und "Investieren" miteinander vergleichen, so ergibt sich $I > Y - C$, was, da $Y-C = S$ ist, so ausgedrückt werden kann, daß ex-ante (entsprechend den Präliminarhypothesen) die Investitionen das Sparen übersteigen. In der Inflationsgapsanalyse zieht man allerdings den Vergleich von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage vor.
Entsprechend den obengenannten alternativen Hypothesen (relativ optimistisch mittelmäßig, relativ pessimistisch) ergaben sich für 1948 folgende 3 alternativ kalkulierte Veränderungen im Angebot und der Nachfrage von Waren und Dienstleistungen, verglichen mit 1947, (in Preisen von 1947), in Mill. skr.[1)]

	Alternative		
	A	B	C
Angebot			
Produktion	+ 200	- 500	- 1200
Import	- 1200	- 1400	- 1900
Summe Angebot	- 1000	- 1900	- 3100
Nachfrage			
Bruttokapitalbildung	- 700	- 700	- 900
Privater Verbrauch	+ 1800	+ 1200	+ 800
Export	+ 100	+ 300	- 200
Summe Nachfrage	+ 1200	+ 800	- 300
Inflationsgap	2200	2700	2800

1) Die Tabelle dient uns lediglich als Beispiel. Sie hat jedoch keinen quantitativen Aussagewert, da wir die Präliminarhypothesen nicht quantitativ präzisiert hatten.

Aus diesen mit einer variierten Methode der Stockholmer Schule in Form der Inflationsgapsanalyse errechneten Kaufkraftüberschüssen lassen sich sodann Schlüsse für die Ausrichtung der künftigen Wirtschaftspolitik ziehen.

Wir stellen damit fest, daß die Stockholmer Schule der 30er Jahre weder als theoretisches Konzept zur Errechnung möglicher Entwicklungstendenzen noch als solches zur Darstellung der Wirkungsweise wirtschaftspolitischer Einzelmaßnahmen für die Antidepressionspolitik der 30er Jahre in Frage kommt.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese Theorie auch heute noch für praktische Wirtschaftspolitik irrelevant wäre. In der eben skizzierten Form der Inflationsgapsanalyse ist sie, wenigstens was die Errechnung möglicher Entwicklungstendenzen betrifft, ein durchaus relevantes theoretisches Konzept.

cb) Die Stockholmer Schule und die Survey-Methode George Katonas

Eine weitere Bestätigung dafür, daß die Methodik der Stockholmer Schule seit den 30er Jahren für praktisch-politische Zwecke nutzbar gemacht und damit zu einem wirklichkeitsnahen theoretischen Konzept entwickelt wurde, kann man in der Anwendung der sog. "Survey"methoden für Konsumtionsprognosen im "Survey Research Center" an der Universität von Michigan in den USA, in erster Linie durch George Katona, erblicken.
Unter den jüngeren Vertretern der Stockholmer Schule wird dies vor allem von Bent Hansen hervorgehoben[1]: "Man kann wohl ohne Übertreibung konstatieren, daß die Anwendung der Surveymethoden zur Erforschung des Verhalten der Haushalte - zusammen mit den vom Ifo-Institut entwickelten und auch von anderer Seite (hier in Schweden innerhalb des Konjunkturinstituts) angewandten Methoden zur Untersuchung der Verhaltensweise der Unternehmungen eine Art Triumph für die Stockholmer Schule und deren Theorien bildet. Es ist offenbar möglich, den Begriffen der Stockholmer Schule empirischen Inhal zu geben und die Entwicklung der Plan- und Erwartungsgrößen, ihren inneren Zusammenhang und ihre Abhängigkeit von der faktischen Entwicklung zu studieren; für diejenigen, die in den ex-ante Kategorien und Perioden der Stockholmer Schule nichts anderes als eine abstrakte Metaphysik sehen konnte dürfte wohl bald die Zeit für eine radikale Änderung ihrer eigenen Gesichtspunkte reif sein. Daß dann die Begriffe der Stockholmer Schule sicherlich im Lichte empirischer Ergebnisse auf dem betreffenden Gebiet revidiert werden müssen, ist selbstverständlich: das ist ja das Schicksal einer jeden Theorie"[2]

---

1) Hansen ist seit 1955 Leiter des schwedischen Konjunkturinstituts in Stockh
2) Bent Hansen, Referat über "Contributions of Survey Methods to Economics (herausgeg. v. Lawrence R. Klein, New York 1954), in Ekon. Tidskr. 19 4, S. 285 ff. (Übers. v. Verf.).

Gerade diese Notwendigkeit einer "Begriffsrevision im Lichte empirischer Ergebnisse" veranlaßt jedoch Harald Dickson, die Übereinstimmung des ursprünglichen Begriffsapparats der Stockholmer Schule mit dem der Surveymethoden, (die also eine - zumindest partielle - Anwendung des ersteren bedeuten sollen), zu bezweifeln. "Vielleicht beginnt man", schreibt Dickson[1], "bei dem Versuch, die Theorie auf empirisches Material anzuwenden, auf formelle Mängel in der Theorie selbst aufmerksam zu werden: Sie leidet vielleicht an dem einen oder anderen inneren Widerspruch, oder sie ist vielleicht unvereinbar mit der sonst üblichen Wirklichkeitsauffassung (z.B. mit der Auffassung der Zeit als etwas Kontinuierlichem). In diesem Fall reicht es nicht, die Theorie dadurch zu komplettieren, daß man den Begriffen "empirischen Inhalt" gibt; um sie logisch zufriedenstellend zu machen, muß man sie auch modifizieren. Schlimmstenfalls (von der Stockholmer Schule aus gesehen) müssen die Veränderungen so durchgreifend werden, daß es schwer wird, die Prozedur als Modifikation einer Theorie aufzufassen: Es wäre vielleicht angebrachter zu sagen, daß die Theorie der Stockholmer Schule gegen eine neue vertauscht wurde. Wo die Grenze zwischen Modifikation und Tausch gezogen werden soll, weiß ich nicht. Innerhalb gewisser Grenzen ist das wohl Geschmacksache."
Noch weiter in seiner Kritik geht Johan Åkerman, der die Auffassung vertritt, das Dilemma der Stockholmer Schule bestehe darin, daß den für diese Theorie charakteristischen Begriffen ein so unbestimmter Inhalt gegeben worden sei, so daß sich deren instrumentaler Nutzen nur als gering erweise, und dies nicht nur in einer empirisch orientierten Analyse, sondern auch in einer rein deduktiven Darstellung. "Ist es nicht bezeichnend," schreibt Åkerman[2], "daß die Erwartungstheorie der Stockholmer Schule in 30 Jahren nie auf faktisches Material angewandt wurde?" Man dürfe doch wohl nicht die empirischen Untersuchungen über die Verhaltensweise der Unternehmer, die nun - vor allem in USA - begonnen worden seien, als eine Verwendung der Planbegriffe, wie sie die Stockholmer Schule kreiert habe, betrachten.

Trotz des bestehenden Unterschieds zwischen den einzelnen Begriffsbestimmungen in den amerikanischen Surveymethoden George Katonas einerseits und der Stockholmer Periodenanalyse andererseits, (die hier durch Erik Lindahls "Studies in the Theory of Money and Capital", London 1939, repräsentiert sein soll), neigen wir dazu, das Hauptgewicht auf gewisse

---

1) Harald Dickson, "Om Stockholmsskolans teoribildning", in Ekon. Tidskr. 1957:3, S. 209 (Übers. v. Verf.).
2) Johan Åkerman, "Genmäle till Dickson" (Erwiderung an Dickson), in Ekon. Tidskr. 1957:2, S. 162 (Übers. v. Verf.).

gemeinsame methodische Grundgedanken beider Theorien zu legen: Hier wie dort ist der Ausgangspunkt für die Erklärung wirtschaftlicher Prozesse oder Tendenzen die Verfahrensweise der Periodeneinteilung und der Berücksichtigung von Plänen seitens der Wirtschaftssubjekte. Die Begriffe "Wirtschaftssubjekt", "Plan" und "Perioden" selbst werden allerdings, wie oben erwähnt, verschieden gedeutet.
Wir wollen im folgenden versuchen, Unterschiede und Gleichheit in beiden Verfahren in aller Kürze darzustellen:

Aus Lindahls "Studies ..." geht nicht eindeutig hervor, was innerhalb der Stockholmer Schule unter "Wirtschaftssubjekt" verstanden wird. Einerseits betrifft Lindahls "basic assumption" in dieser Arbeit[1] die Verhaltensweise der "Individuen", also einzelner Personen, während er andererseits zugleich mit globalen Begriffen wie "private households" oder "firms" arbeitet, die dann wiederum sowohl als einzelne Subjekte als auch als makroökonomische Größen (darstellend alle Firmen oder alle Haushalte zusammen) gesehen werden[2].

Dagegen scheint Katona von vornherein mit einer möglichst kleinen Einheit (als Wirtschaftssubjekt) zu operieren, wenn er schreibt: "We shall look at economic processes as manifestations of human behaviour and analyze them from the point of view of modern psychology. We shall find that the investigation of spending, saving, investing, or determining prices or the size of

---

1) "In the following statement ... we have only made use of one basic assumption about the behaviour of the individuals concerned, namely that their actions, for a shorter or longer period in the future represent merely the fulfilment of certain plans, given at the beginning of the period and determined by certain principles which it is possible to state in one way or another."; (Studies ... S. 36). Zugleich heißt es aber auch: "In the following exposition we distinguish between two chief categories of economic subjects: (1) individuals or private households, and (2) "firms". (Studies ..., S. 74).

2) Siehe Fußnote 1.
Vgl. hierzu auch die zweifache Deutung des Begriffs Wirtschaftssubjekt bei Ragnar Bensel und Bent Hansen ("On Recursiveness and Interdependency in Economic Models", in Review of Economic Studies 1954-55, S. 155 f.) Je nachdem, ob mit einem sog. "basic model" oder mit einem "derived model" gearbeitet wird, bedeutet "Wirtschaftssubjekt" hier entweder soviel wie Individuum oder (in "derived models" also) soviel wie eine globale Einheit.

output has much in common with the study of such other human activities as learning, thinking, voting, or getting along with one's employees or one's wife"[1].

Nach einem Studium der bei Lindahl vorkommenden "plans" läßt sich erkennen, daß der Planbegriff hier in erster Linie durch jene Grundannahme, daß die Handlungen der Individuen während einer Periode nur die Erfüllung von zu Beginn dieser Periode bestehenden Plänen sind, bestimmt wird. Bei diesen in die "basic assumption" einbezogenen Plänen handelt es sich um Pläne "in the strict sense", die durch eine Plantätigkeit der Wirtschaftssubjekte in zwei Stufen zustandekommen: Zunächst bestehen Prognosen seitens der Individuen über alternative Verläufe in der Zukunft, je nachdem, welche alternativen Handlungen der Planende annimmt. Sodann wird durch einen bewertenden Vergleich dieser Verläufe die Wahl einer Alternative getroffen. "The actions of the individual prescribed in the selected alternative represent the 'plan' in the strict sense"[2]. Es ist nach unserer Auffassung dieser Planbegriff, der durch die Lindahl'sche "basic assumption" in seinem Umfang bestimmt wird. Denn da Lindahl selbst bezweifelt, "that every individual has a clear conception of the economic actions that he is going to perform in a future period", muß der Planbegriff so ausgedehnt werden, daß er möglichst viele "economic actions" umfaßt; auf diese Weise wird dann jene Annahme "to a fairly good approximation to reality"[3].
Lindahl erreicht dies, indem er nicht nur "bewußt geplante", sondern auch gewohnheitsmäßige Handlungen und dauerhafte Tendenzen in seinen Planbegriff miteinbezieht. "... in the greater number of cases it will certainly be found that underlying such actions there are habits and persistent tendencies which have a definite and calculable charakter comparable to the explicit plans ... We may accordingly without danger proceed to generalize our notion of 'plans', so that they will include such actions[4].

---

1) George Katona, "Psychological Analysis of Economic Behaviour", New York, Toronto, London 1951, 1st ed., S. 3 f.
2) Erik Lindahl, "Studies ...", S. 40.
3) Erik Lindahl, "Studies ...", S. 36 f.
4) Innerhalb dieses Planbegriffs "in the strict sense" unterscheidet Lindahl noch zwischen "conditioned" und "unconditioned" plans. "Conditioned plans" sind solche, die nur bedingte Handlungen einschließen, d.h. Handlungen, die gemäß dem Plan von der Erfüllung einer Bedingung abhängig sind. "Unconditioned plans" enthalten dagegen nur unbedingte Handlungen, also Handlungen, die dem Plan gemäß durchgeführt werden, gleichgültig, welche Ereignisse in der Zukunft eintreffen.

Und zusammenfassend heißt es dann: "Plans are thus the explicit expression of the economic motives of man, as they become evident in his economic actions"[1].

Demgegenüber erhält man den Eindruck, als sei der Planbegriff George Katonas den Erfordernissen der statistischen Untersuchungsmethode entsprechend - mehr nach praktischen Gesichtspunkten ausgerichtet. In seinen jährlichen "Survey of Consumer Finances" arbeitet Katona mit einer bestimmten verfahrensmäßig bedingten "survey definition", die wir uns durch eine kurze Darstellung seiner Interviewmethode verdeutlichen können[2].

Alljährlich wird eine bestimmte repräsentative Menge Haushalte über ihre voraussichtlichen Käufe dauerhafter Konsumgüter (Wohnhäuser, Fahrzeuge, Eisschränke u. dgl., Katona spricht von "large expenditures that are made sporadically") im kommenden Jahr befragt. Nach Ablauf des Jahres erfährt dann der Interviewer, daß bei einem Teil der Fälle mehr gekauft wurde als zu Beginn der Untersuchungsperiode (hier: des Jahres) gedacht war. Nach Katonas "survey definition" gelten nun nur die am Beginn der Periode vorausgesehenen Käufe als geplant, alle anderen werden in die Rubrik "unplanned" oder "not anticipated" eingereiht. Auf diese Weise erhält also auch Katona eine Aufteilung in geplante und ungeplante Handlungen, hier Käufe[3].

Diese definitionsmäßige Bestimmung des Begriffes "Plan" hält jedoch Katona selbst für zu speziell. Es können (und werden) nämlich Fälle eintreten, in denen während der 12 Monate der untersuchten Kaufperiode Käufe getätigt werden, die "in a certain sense" geplant sind, obwohl sie zu Beginn der Periode nicht vorhergesehen waren. "Under certain circumstances", schreibt Katona hierzu, "when we face a new problem and are in a crossroads situation, we reorganize our field and make genuine decisions. Otherwise, we continue with our habitual patterns of behaviour without thinking of alternativ courses of action"[4]. In diesem Zusammenhang verwendet Katona also die Begriffe "genuine decisions" und "habitual behaviour", die er beide der "unclear terminology of planned and unplanned actions" vorzieht[5].

---

1) E. Lindahl, "Studies ...", S. 37.
2) Vgl. hierzu auch H. Dickson, "Plan och period", in Ekon. Tidskr. 1957:4, S. 257.
3) George Katona, "Psychological Analysis of Economic Behaviour", New York 1951, S. 64-66.
4) George Katona, a.a.O., S. 66 f.
5) George Katona, a.a.O., S. 67.

Aus diesen Planbestimmungen ergibt sich eine Folgerung für die Deutung des Periodenbegriffs bei Katona.
Aus der Survey-Definition des Planbegriffs, (daß ein Plan nur dann vorliegt, wenn der betreffende Kauf von dem Planenden am Beginn der Periode vorausgesehen wird), läßt sich schließen, daß offenbar um so mehr Handlungen aus der Gesamtanzahl aller Handlungen geplant sein müssen, je kürzer die Periode gewählt wird[1]. Läßt man die Periode gegen Null gehen, wird die hundertprozentige Übereinstimmung von Plan und Handlung davon abhängen, wie man das planende Wirtschaftssubjekt definiert. (Bei einem Haushaltskollektiv, vertreten durch den Haushaltsvorstand, werden auch bei P → O nicht alle Ausgaben jedes einzelnen Familienmitglieds von dem Haushaltsvorstand vorausgesehen werden können. Dagegen wird dies der Fall sein, wenn es sich bei den erfaßten Wirtschaftssubjekten um Individuen handelt).

Nun arbeitet aber Katona mit Perioden von Jahresfrist, die aus praktisch-technischen Erwägungen so festgesetzt sind. Eine solche Festlegung der zeitlichen Dauer einer Periode zwingt dann zu einer Revision des Planbegriffs.

Bei Lindahl finden wir keine Vorschriften über die Wahl der Periodenlänge[2], doch wissen wir aus der früheren Darstellung, daß in der Verlaufsanalyse der Stockholmer Schule die Perioden so kurz gedacht werden, daß keine Datenänderungen während der Periode vorkommen. Wendet man diese Bedingung um, läßt sich der Periodenbegriff so definieren, daß bei jeder Datenänderung ein Übergang von einer Periode in eine andere stattfinden muß[3]. Prinzipiell steht also nichts im Wege, die Perioden so kurz zu machen, daß alle Handlungen - (mit Ausnahme der unabsichtlichen) - zu Beginn einer Periode vorausgesehene, also geplante Handlungen sind. Damit würde aber Lindahls Bemühung, den Planbegriff zu generalisieren, damit er möglichst viele Handlungen einschließt, überflüssig, allerdings auf Kosten der Relevanz der Theorie.

---

1) Zu beachten ist ferner die Preisgrenze der erfaßten Konsumeinheit. Allgemein gilt: Je billiger das Gut, desto größer der Anteil der ungeplanten Käufe.

2) Eine gewisse Einschränkung dieser Wahlfreiheit unter Berücksichtigung praktischer Aspekte kann man jedoch in Lindahls folgender Äußerung sehen: "... in applying our scheme to practical problems, it is quite a justifiable simplification to assume that the intervals elapsing between alterations of plans are not impossibly short but long enough to be of practical interest." (Studies ..., S. 55).

3) In einem der jüngsten Beiträge zur Methode der Stockholmer Schule wird hervorgehoben, daß die Perioden in der Stockholmer Schule

cc) Ergebnis

Bei dem Disput über die Anwendbarkeit und die tatsächlich erfolgte Anwendung der Stockholmer Schule als empirisch orientierte Analyse würden wir uns, nach einem Vergleich sowohl der schwedischen "Inflationsgapsanalyse" als auch der Konsumtionsprognosen des Survey-Research Center mit der Stockholmer Schule der 30er Jahre, der Ansicht Bent Hansens anschließen[1]. Die "Inflationsgapsanalyse" des schwedischen Konjunkturinstituts arbeitet, - das dürfte aus der erfolgten Darstellung hervorgegangen sein, - deutlich mit Begriffen und Methoden, die durch die Stockholmer Schule der 30er Jahre eingeführt wurden, oder zu denen doch mindestens dort der Grundstein gelegt worden war.

Aber auch in den Survey-Methoden finden wir ein Verfahren, das auf die Ideen der Stockholmer Schule zurückgeht. Sucht man doch hier mit Hilfe von Interviewuntersuchungen nicht nur die faktischen wirtschaftlichen und anderen (externen) Gegebenheiten - (also offenbare ex-post Größen) - einer repräsentativen Anzahl von Haushalten, sondern auch deren Erwartungen und Pläne für die Zukunft - (also die nach Ansicht der Stockholmer Schule für die Erklärung von wirtschaftlichen Tendenzen und Verläufen entscheidenden ex-ante Größen) zu analysieren[2].

Bestehen bleibt allerdings die für unsere Untersuchung entscheidende Einschränkung, daß diese praktische Anwendung der Stockholmer Schule erst relativ spät, und im Hinblick darauf, daß sie für die Antidepressionspolitik der 30er Jahre hätte relevant sein können, gut 1 1/2 Jahrzehnte zu spät kam. Und selbst durch diese von uns anerkannte heutige praktische Anwendung einer "durch empirische Studien komplettierten", also relevanten Stockholmer Schule konnte allenfalls aufgezeigt werden, auf welche theoretisch erklärbare Weise wirtschaftliche Tendenzen entstehen. Wie die zu ihrer Beeinflussung notwendigen politischen Maßnahmen der theoretischen Analyse entsprechend funktionieren, darüber erhalten wir auch von dieser Variante der Stockholmer Schule der 30er Jahre keine Auskunft[3].

---

ex definitione so bestimmt seien. (R. Bensel u. B. Hansen, "Om simultanitet i ekonomiska modeller", in Ekon. Tidskr. 1953:2, S.85.

1) Siehe S. 102.

2) Vgl. hierzu auch Bent Hansen, Referat über "Contributions of Survey Methods to Economics", herausgeg. v. Lawrence R. Klein, New York 1954, in Ekon. Tidskr. 1955:4, S. 285.

3) Eine Bestätigung hierfür erhalten wir in "Meddelanden från Konjunkturinstitutet", Serie A:15, Seite 26. Hier heißt es über die Inflationsgapsanalyse von 1948:

Eine quantitative Präzisierung der wahrscheinlichen Steigerung des Kaufkraftüberschusses für 1948 ist notwendig, um Anhaltspunkte über die Forderungen gegenüber der Wirtschaftspolitik zu erhalten; es gilt ja letztlich, zu untersuchen, ein wie großer Budgetüberschuß beispielsweise erstrebt werden soll, und eine wie große Kürzung der Investitionstätigkeit erforderlich ist. Die Wirkungen solcher Maßnahmen werden somit in der Analyse nicht beachtet. Hieraus geht hervor, daß die folgende Darstellung nicht beabsichtigt, eine Prognose über die faktische wirtschaftliche Entwicklung zu geben. Diese kann nämlich in bedeutendem Maß u.a. gerade von der Wirtschaftspolitik, die geführt wird, beeinflußt werden. Im folgenden präzisierte Kalküle für die Konjunkturentwicklung beabsichtigen somit am ehesten, die Tendenzen zu beleuchten, die sich evtl. 1948 geltend machen würden, wenn nicht besondere, entgegenwirkende Maßnahmen ergriffen würden".
(Übers. v. Verf.)

III. DIE IM RAHMEN DER UNTERSUCHUNGEN DES ARBEITSLOSENKOMITEES ENTSTANDENE SOG. THEORY OF UNUSED RESOURCES

Nachdem wir festgestellt haben, daß die sog. "Stockholmer Schule" als theoretische Grundlage der in Schweden zu Beginn der 30er Jahre geführten Antidepressionspolitik nicht in Betracht kommen kann, wenden wir uns nun dem Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees zu und stellen, ehe wir uns mit dem Inhalt dieser Untersuchung beschäftigen, auch hierbei zunächst die Frage, ob diese als theoretische Konzeption für die erfolgte Depressionsbekämpfung betrachtet werden kann.

1. EINLEITENDE BETRACHTUNG ÜBER DIE UNTERSUCHUNGEN DES ARBEITSLOSENKOMITEES ALS THEORETISCHE KONZEPTION DER ANTIDEPRESSIONSPOLITIK SCHWEDENS

Wie schon Seite 45/46 erwähnt wurde, stellt besagter Schlußrapport[1] eine Zusammenfassung der Ergebnisse jener Arbeiten dar, die von den schwedischen Nationalökonomen, welche mit der Erörterung der mit einer Depressionsbekämpfung verbundenen theoretischen Probleme vom Arbeitslosenkomitee beauftragt worden waren, verfaßt wurden, jener Arbeiten also, die selbst zum Teil Beiträge zu der im vorigen Abschnitt behandelten Stockholmer Schule der allgemeinen Expansions- und Kontraktionsprozesse enthielten.

Im Schlußrapport wird allerdings nur einleitungsweise, (S. 30), die Problematik, Terminologie und Methode der "Stockholmer Schule" erwähnt. Im übrigen konzentriert sich die Darstellung auf eine Zusammenfassung "der Untersuchungen, die in Gang gebracht wurden, um eine Unterlage für die Diskussion der Mittel zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erhalten", wie es im Rapport heißt[2]. Somit enthält dieser Schlußrapport des Arbeitslosen-

---

1) Arbetslöshetsutredningens betänkande II, "Åtgärder mot arbetslöshet", SOU 1935:6. (Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees, "Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit").

2) "Åtgärder ...", S. IX.
Es ist zu beachten, daß von den unter der Regie des Arbeitslosenkomitees erschienenen Beitragen nur Myrdals und Ohlins Arbeiten - (vgl. S. 45)

komitees, was keine der von uns behandelten Varianten der Stockholmer Schule enthielt, nämlich eine dem ursprünglichen Zweck der Untersuchungen des Arbeitslosenkomitees entsprechende Analyse der Zusammenhänge, Wirkungen und Folgen wirtschaftlicher Maßnahmen zur Erreichung eines bestimmten wirtschaftspolitischen Ziels, hier: der Überwindung der Arbeitslosigkeit und Depression. Er stellt, nach den Worten Ohlins, eine noch heute gültige "Theory of Unused Resources" dar und müßte doch folglich allem Anschein nach das theoretische Fundament für die schwedische Antidepressionspolitik der 30er Jahre bilden können.

Wir stellen hierzu fest:
Der Rapport des Arbeitslosenkomitees ist eine allgemeingültige Analyse, die ein gewisses Schema mit bestimmten Schlußsätzen, aber keine Spezialanalyse für den Einzelfall Schweden liefert. Die Frage, welche Alternative aus der allgemeingültigen Analyse in jedem einzelnen Fall der gegebenen Situation in Schweden vorlag, hätte von den Wirtschaftspolitikern beantwortet werden müssen. Hierzu war es aber bereits zu spät. Denn wie wir wissen, erschienen die wirtschaftstheoretischen Beiträge des Arbeitslosenkomitees 1933 und 1934, besagter Schlußrapport erst 1935. Wir haben jedoch bereits im ersten Teil unserer Untersuchung erwähnt - und werden im dritten Teil noch im einzelnen nachweisen, - daß zu diesem Zeitpunkt schon eine merkbare Besserung der wirtschaftlichen Lage in Schweden eingetreten war.

Hieraus ließe sich wiederum allzu leicht schließen, daß auch die Stockholmer "Theory of Unused Resources" nicht als theoretische Grundlage der schwedischen Antidepressionspolitik der 30er Jahre dienen konnte, weil sie hierzu eben zu spät kam.

Ist somit der ursprüngliche Eindruck einer Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftstheorie und -politik in Schweden - wenigstens im Hinblick auf die Verhältnisse zur Zeit der großen Depression - überhaupt falsch? Sofern man glaubt, diese Zusammenarbeit habe darin bestanden, daß die Theorie ein spezielles System geliefert habe, das de facto als Grundlage für die

---

theoretisch fundierte Vorschläge für antizyklische Maßnahmen darstellen. Die zuvor erschienenen Beiträge Hammarskjölds und Johanssons untersuchen Zusammenhänge bei der Entstehung und Verbreitung von Konjunkturen, enthalten aber keine Vorschläge im Sinne eines theoretisch begründeten konjunkturpolitischen Programms. Unsere Wiedergabe bezieht sich daher in der Hauptsache auf die Stellen im Schlußrapport, die auf Myrdals und Ohlins Arbeiten zurückgehen.

Bekämpfung der Depression anfangs der 30er Jahre gedient habe, ist dieser Eindruck tatsächlich falsch.
Andrerseits kann nicht in Abrede gestellt werden, - und unsere Untersuchung dürfte dies bestätigt haben, - daß die Nationalökonomen Schwedens durch ihre theoretischen Beiträge und Diskussionen einen engen Kontakt mit den aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen pflegten[1]. Dies ergab sich insbesondere aus dem für Schweden bezeichnenden Umstand, daß die führenden Nationalökonomen zugleich einflußreiche politische Stellungen innehatten.

Eine besondere Frage ist in diesem Zusammenhang, ob diese praktisch-politisch engagierten Nationalökonomen die während der Dauer ihrer Untersuchungen im Rahmen des Arbeitslosenkomitees gewonnenen Erkenntnisse bereits speziell für schwedische Verhältnisse ausgewertet und in praxi zur Anwendung gebracht hatten, und ob die Beiträge der "Theory of Unused Resources" evtl. auf diese Weise vor der Veröffentlichung des Schlußrapports schon als theoretische Grundlage für wirtschaftspolitische Programme gedient haben könnten. Dies gilt vor allem für Myrdals Beitrag, "Finanspolitikens ekonomiska verkningar",[2] der seinen Grundzügen nach nämlich bereits früher, in Form einer Beilage zur Etatvorlage von 1933, vorlag[3].

Hierauf ist jedoch keine eindeutige Antwort möglich. In einer evtl. festzustellenden Übereinstimmung gewisser wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit in den theoretischen Untersuchungen dargestellten Empfehlungen könnte man allenfalls oben erwähnten Zusammenhang vermuten. Beweisen läßt er sich nicht.

Wir haben uns, der zeitlichen Reihenfolge ihres Erscheinens entsprechend, zunächst besagtem Beitrag Myrdals zur Etatvorlage 1933 zuzuwenden, ehe wir uns sodann mit dem Inhalt des Schlußrapports des Arbeitslosenkomitees beschäftigen.

---

1) Vgl. hierzu auch E. Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1955, S. 258.

2) "Die wirtschaftlichen Wirkungen der Finanzpolitik", SOU 1934:1.

3) G. Myrdal, "Konjunktur och offentlig hushållning", Pro memoria angående verkningarna på den ekonomiska konjunkturutvecklingen i Sverige av olika åtgärder inom den offentliga hushållningens område; bilaga III till Statsverkspropositionen 1933. (Konjunktur und öffentlicher Haushalt, Promemoria hinsichtlich der Wirkungen verschiedener Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Haushalts auf die konjunkturelle Entwicklung Schwedens; Beilage III zur Etatvorlage von 1933). Veröffentlicht in: Bihang till Riksdagsprotokollet 1933, 1. saml., 1. bd., C 1.

Anschließend betrachten wir die erfolgten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, beschäftigen uns mit dem tatsächlich Erreichten und kommen schließlich durch diese Gegenüberstellung von theoretischen Erkenntnissen, praktisch-politischen Maßnahmen und dem praktischen Ergebnis zu einer kritischen Stellungnahme hinsichtlich der schwedischen Antidepressionspolitik der 30er Jahre.

2. "WIRKUNGEN VERSCHIEDENER MASSNAHMEN IM BEREICH DES ÖFFENTLICHEN HAUSHALTS AUF DIE KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG SCHWEDENS". EINE BEILAGE ZUR ETATVORLAGE VON 1933 VON GUNNAR MYRDAL.

Die Absicht mit Myrdals Promemoria war, "die allgemeinsten Zusammenhänge zwischen gewissen staatsfinanziellen Maßnahmen - Veränderungen in Umfang und Ausrichtung von verschiedenen Arten staatlicher Tätigkeit sowie Veränderungen in der Finanzierung verschiedener Arten staatlicher Ausgaben - einerseits, und der wirtschaftlichen Entwicklung während der nächsten Zeit andererseits, darzustellen"[1].
Im einzelnen wird dabei untersucht, welche Wirkungen anleihefinanzierte öffentliche Arbeiten, anleihefinanzierte direkte Unterstützungen und mit Steuern finanzierte direkte Unterstützungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens haben, welche Grenzen für die Ausdehnung öffentlicher Arbeiten bestehen, inwieweit Einsparungsmaßnahmen im ordentlichen Haushalt konjunkturpolitisch von Bedeutung sind und welche Probleme im Zusammenhang mit einer Ausdehnung öffentlicher Arbeiten durch die Forderung nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt aufkommen.

a) Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit während wirtschaftlicher Depressionen

Wirtschaftliche Depressionen sind in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß infolge verschlechterter Rentabilitätsverhältnisse in der Privatwirtschaft Produktionseinschränkungen vorgenommen und als Folge davon Produktionsmittel freigesetzt werden.

Die Staatsfinanzen werden in solchen Zeiten gewöhnlich auf zweifache Weise belastet: Verminderten Einnahmen aus den meisten staatlichen Einnahmequellen steht ein insgesamt steigender Staatsbedarf gegenüber.

---

1) Promemoria ... a.a.O., S. 1 (Übers. v. Verf.)

Diese Tatsache zeigte sich auch in Schweden zu Beginn des Haushaltsjahres[1] 1933/34. Hier kam ferner noch hinzu, daß der bereits bewilligte, laufende Haushalt ein beträchtliches Defizit aufwies und infolge der Fortdauer der Depression die bestehenden Konjunkturausgleichsfonds und Reserven sich immer mehr erschöpften.
Würden nun, so hebt Myrdal in seiner Untersuchung hervor, bei der Aufstellung des Staatshaushalts nur rein finanzielle Gesichtspunkte, die einen Ausgleich zwischen Debet und Kredit im Staatshaushalt verlangen, berücksichtigt, so würde eine solche Situation ein Flüssigmachen vermehrter Einnahmequellen oder eine Reduktion der staatlichen Ausgaben erfordern.
Nun sind aber bei der Aufstellung des Budgets neben den rein finanziellen auch konjunkturelle und sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend, die auf der Erkenntnis beruhen, daß Umfang und Ausrichtung des Staatshaushalts wesentlich die konjunkturelle Entwicklung einer Wirtschaft beeinflussen können. Aufrechterhaltung und Vermehrung von Produktion, Einkommen und Beschäftigung sind an sich von so allgemeinem Interesse, daß sie in erster Linie die Norm für die staatliche Haushaltspolitik abgeben müßten. Sowohl eine zusätzliche Steuerbelastung als auch eine Kürzung der staatlichen Ausgaben würden aber die depressiven Tendenzen nur verschärfen. Der Gedanke liegt also nahe, daß der Staat während einer Depression seine Tätigkeit auszudehnen hat, um dadurch "teils die un- oder nur mangelhaft ausgenützten Produktionsmittel direkt einzusetzen, teils die Privatwirtschaft durch vermehrte Bestellungen indirekt zu stimulieren. Der Staat sollte mit anderen Worten eine Gegenkonjunktur schaffen und auf jeden Fall nicht durch Einschränkungen seiner Tätigkeit und seiner Ausgaben den depressiven Tendenzen vermehrte Kraft verleihen"[3].

Die vermehrte staatliche Tätigkeit soll hauptsächlich in einer wünschenswerten Ausdehnung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten bestehen, unter denen Myrdal "Kapitalinvestitionen in Gebäuden und Anlagen" versteht, "die mit einer längeren Dauerhaftigkeit einem allgemeinen Zweck dienen"[3]

Da solche konjunktur- und sozialpolitisch motivierten Gesichtspunkte scheinbar mit den rein finanziellen in Widerstreit stehen, galt es für Myrdal, die Kostenseite der Öffentlichen Arbeiten eingehender zu untersuchen.

---

1) Das schwedische Haushaltsjahr erstreckt sich seit 1923 vom 1.7.-30.6.
2) Promemoria ... a.a.O., S. 7 (Übers. v. Verf.)
3) Promemoria ... a.a.O., S. 7 (Übers. v. Verf.)

b) Das Kostenproblem Öffentlicher Arbeiten

Da in Schweden anfangs der 30er Jahre die rein finanziellen Gesichtspunkte die dem gesamten öffentlichen Kalkulationssystem zugrundeliegenden Prinzipien darstellten, war es Myrdal darum zu tun, zu zeigen, daß sich auch von diesen aus gesehen eine Ausweitung Öffentlicher Arbeiten unter Depressionszeiten als vorteilhaft erweist[1].
Dies wird offenkundig, wenn man von der kurzfristigen Betrachtung öffentlicher Kapitalinvestitionen in einem jährlichen Haushaltsplan abgeht und die Kosten Öffentlicher Arbeiten auf lange Sicht (über mehrere Budgetjahre hinaus) betrachtet.
Eine Konzentration der Öffentlichen Arbeiten auf die Depressionsjahre erscheint dann nämlich auch rein kostenmäßig motiviert, da Rohwaren und andere Produktionsmittel, Leihzins und in gewissem Umfang auch Arbeitskraft während Depressionen billiger sind als in konjunkturell günstigen Zeiten, zu denen die Öffentlichen Arbeiten normalerweise vorgenommen würden. Es wäre somit rein finanziell vorteilhaft, wenn die öffentliche Tätigkeit nicht gleichermaßen übertriebenen Fehlbeurteilungen der Zukunft, d.h. Über- oder Unterschätzungen künftiger wirtschaftlicher Möglichkeiten, ausgesetzt wäre, wie sie im Bereich der Privatwirtschaft typisch sind und einen der wichtigsten Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung darstellen.
Eine Einschränkung der staatlichen Tätigkeit in Depressionszeiten in der Absicht, Ausgaben und Steuern zu sparen, habe, nach Ansicht Myrdals, nämlich stets gezeigt, daß der künftige öffentliche Bedarf und die künftigen Ressourcen unterschätzt worden seien. Die Folge hiervon sei gewesen, daß nicht nur die depressive Entwicklung verstärkt worden sei, sondern auch alle Arten öffentlicher Tätigkeit auf lange Sicht mit höheren Kosten und größerer Steuerlast verbunden gewesen seien.

Aber nicht nur von der Ausgaben-, sondern auch von der Einnahmeseite her erwiesen sich umfangreiche Öffentliche Arbeiten während einer Depression als empfehlenswert, da sie die steuerliche Tragkraft - die bedingt ist durch Produktion und Einkommen - verstärke.

---

1) Vorausgesetzt wird dabei, daß die Finanzierungsprinzipien für derartige Arbeiten so elastisch gehalten werden, daß sie eine zeitliche Verschiebung und Konzentration staatlicher (anleihefinanzierter) Ausgaben auf Depressionszeiten erlauben. (Siehe hierüber näheres S. 125 ff.).

Noch ein weiterer Gesichtspunkt ist bei der Frage nach den Kosten Öffentlicher Arbeiten zu berücksichtigen:
In dem Umfang, in dem man in einer Gesellschaft den Lebensstandard der Arbeitslosen nicht unter ein gewisses Niveau sinken lassen will, stellen die totalen Arbeitseinkommen für diese Gesellschaft fixe Kosten dar, die, sofern die Arbeitslosen staatlicherseits unterstützt werden, im Staatshaushalt als Mehrkosten der Depression zum Ausdruck kommen. Werden nun die Arbeitslosen zu Öffentlichen Arbeiten herangezogen, so zeigt sich - unter Berücksichtigung jenes fixen-Kosten-Charakters der Arbeitslöhne -, daß die realen Mehrkosten für diesen Einsatz der Arbeitslosen (also für die Öffentlichen Arbeiten) bedeutend geringer sind als formell im Staatshaushalt zum Ausdruck kommt. Sie entsprechen dann nur dem Unterschied in der Größe des Gesamtverbrauchs in den beiden Alternativen "Direkte Unterstützungen" resp. "Öffentliche Arbeiten".
Weiter ist zu berücksichtigen, daß durch die vermehrte komsumtive Nachfrage bisher beschäftigungslose Produktionsmittel im privaten Wirtschaftssektor zusätzlich zum Einsatz gelangen und daß die - durch die Öffentlichen Arbeiten ausgelöste - vermehrte Konsumgüternachfrage "produktiven" Charakter hat. Damit ist gemeint, daß der höhere Lebensstandard, den die vermehrte Konsumgüternachfrage darstellt, das zukünftige produktive Leistungsvermögen sowie die Qualität der Arbeitskraft aufrechterhält, was bei der mit direkten Unterstützungen verbundenen fortdauernden Beschäftigungslosigkeit der Arbeitsfähigen nicht der Fall sein würde.
Myrdal meint nun, es sei unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte durchaus möglich, daß - vor allem in einer bereits längere Zeit andauernden Depression - überhaupt keine positiven realen Extrakosten für Öffentliche Arbeiten entstünden, oder daß diese sogar negativ sein könnten. Letzteres bedeutet, daß die öffentliche Inanspruchnahme der beschäftigungslosen Produktionsmittel - abgesehen von den direkt produzierten Produkten - in einer Aufrechterhaltung der Qualität der Arbeitskraft resultiert, die mehr wert ist als die totalen realen Kosten für das Zustandebringen der Produktionssteigerung[1].

Auf lange Sicht stehen, laut Myrdals Untersuchung, die rein finanziellen Gesichtspunkte gegenüber einer Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten während einer Depression nicht im Gegensatz zu den konjunktur- und sozialpolitischen, sondern sie unterstützen diese sogar.

---

1) Promemoria ... a.a.O., S. 10.

c) Die Wirkungen vermehrter anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten auf den Kapitalmarkt

Gegen eine Ausdehnung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten während einer Depression wurde oft eingewandt, daß diese eine vermehrte Nachfrage nach Kreditdisposition mit sich bringen und dadurch den Kapitalmarkt in einem solchen Umfang belasten würden, daß für die Privatwirtschaft nicht mehr genügend Kredit zur Verfügung stehen könnte. Oder mit anderen Worten: Öffentliche Arbeiten würden der Privatwirtschaft Kredit wegnehmen.

Nach Myrdal beruht dieser Einwand auf der irrigen Vorstellung, daß die auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung stehende Menge Kapitaldisposition unabhängig von Produktion und Einkommen gegeben sei[1].
Wohl erfordern die mit Hilfe der Öffentlichen Arbeiten ausgelösten Produktions- und Konsumtionssteigerungen Kapitaldisposition. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß gleichzeitig die Einkünfte aller Gesellschaftsschichten steigen, mit der Folge, daß zusätzliche Ersparnisse entstehen. Diese neuen Ersparnisse aber versorgen die durch die wirtschaftliche Erholung stimulierte Realkapitalbildung mit der Menge Kapitaldisposition, die zu ebendieser Realkapitalbildung erforderlich ist[2].
Außerdem ist zu beachten, daß während einer Depression beträchtliche Mengen unausgenützten Realkapitals bestehen. Eine Produktionsausdehnung infolge vermehrter Öffentlicher Arbeiten erfordert daher keine entsprechende Menge neuen Realkapitals. Diejenige Menge neuen Realkapitals, die jedoch erforderlich ist, kann durch Einsatz unbeschäftigter Produktionskräfte produziert werden.

Kapitalknappheit auf dem Kreditmarkt kann daher nicht als ein prinzipiell stichhaltiger Einwand gegen finanzpolitische Antidepressionsmaßnahmen in Form anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten gelten[3].
Dies um so weniger, als ein "normaler" Aufschwung auf genau dieselbe Weise mit Kapitaldisposition versorgt wird, wie im eben gezeigten Fall eines durch vermehrte Öffentliche Arbeiten ausgelösten Aufschwungs. Der einzige Unterschied besteht darin, daß bei einer gewöhnlichen Erholung die Initiative von

---

1) Hinsichtlich der in diesem Zusammenhang aktuellen Frage nach der Elastizität der Reichsbankpolitik siehe nächsten Abschnitt.

2) Dies ist die praktische Anwendung der Gedankengänge, die wir bei der Darstellung der ex-post Gleichheit zwischen S und I in der Stockholmer Schule kennengelernt haben.

3) Man beachte aber die auf Berücksichtigung internationaler Aspekte basierende Ausnahme, dargestellt im nächsten Abschnitt

der Privatwirtschaft ausgeht, die dann aus irgendwelchen Gründen eine optimistischere Einstellung gegenüber der Zukunft hat, während im anderen Fall der Impuls vom Staat ausgelöst wird.

d) Berücksichtigung internationaler Aspekte

Myrdals bisherige, von uns referierte, klare Befürwortung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten in einer Depression geschah unter der Voraussetzung einer "isolierten Wirtschaft". Sie mußte jedoch unter Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge etwas revidiert werden.

Steigende Produktion und Konsumtion führen nämlich auch in gewissem Umfang zu einer zunehmenden Nachfrage nach ausländischen Produkten und können dadurch eine Bewegung der Handelsbilanz in negativer Richtung auslösen, die ihrerseits, trotz eines gewissen Spielraums (bestimmt durch Valutareserve und Reichsbankpolitik), von einem bestimmten Zeitpunkt an die Valutakurse, also die Preise ausländischer Valuta in eigener Landeswährung, nach oben drücken wird. Wechselkursänderungen sind aber nur in begrenztem Umfang zulässig oder wünschenswert. Es ist daher diese notwendige Sorge um die Valutakurse, die die eigentliche Grenze für eine konjunkturell orientierte Finanzpolitik und damit für Öffentliche Arbeiten darstellt.

Unter diesem internationalen Gesichtspunkt zeigt sich auch der Einwand, anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten würden der Privatwirtschaft Kredite wegnehmen, als relativ berechtigt. Nach Erreichen der durch die Valutarücksichtnahme bestimmten Grenze würde nämlich eine weitere Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten die Reichsbank zwingen, zur Vermeidung eines Steigens der Wechselkurse über eine bestimmte maximale Grenze entsprechende Kreditein schränkungen gegenüber der Privatwirtschaft vorzunehmen. In diesem Stadium bestünde dann also eine Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und Staat um das verfügbare Kapital.
Ehe jedoch diese, durch Zahlungsbilanz und Valutakurse bedingte Grenze erreicht ist, kann die Reichsbank durch Obligationskäufe, Diskont- und allgemeine Kreditpolitik dafür sorgen, daß der Privatwirtschaft unveränderte Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen, auch wenn der Staat infolge konjunkturstimulierender Finanzpolitik größere Ansprüche an den Kapitalmarkt stellt[1].

---

1) Die Größe des durch Rücksichtnahme auf die Valutakurse begrenzten Spielraums für eine Ausdehnung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten

Da nun während einer Depression die Initiative seitens der Privatunternehmer nicht ausreicht, um durch vermehrte Kreditinanspruchnahme (bis zu besagter Valutagrenze) einen Aufschwung auszulösen, muß dieser Impuls durch vermehrte staatliche Tätigkeit, in erster Linie durch eine Ausdehnung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten, erfolgen, jedoch nur in solchem Umfang, daß für eine spätere privatwirtschaftliche Produktionsausdehnung, die eben durch die staatliche Tätigkeit ihren Anstoß erhalten soll, noch genügend Kredit zur Verfügung steht.

e) Steuer- oder anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten

Während Myrdals Untersuchung bisher nur anleihefinanzierten Öffentlichen Arbeiten galt, wird nunmehr, im Zusammenhang mit der Erörterung valutapolitischer Rücksichten bei der Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten, auch die Frage, inwieweit eine Finanzierung Öffentlicher Arbeiten durch Steuern zweckmäßig wäre, behandelt[1)].

---

hängt davon ab
a) welche Tendenzen sich in der Zahlungsbilanz geltend machen. (Diese können evtl. denen in der Handelsbilanz teilweise entgegenwirken),
b) eine wie große Abnahme der Valutareserve und
c) welche Höhe der Wechselkurse die Reichsbank zulassen will,
d) wie groß der gesparte Anteil des gestiegenen Einkommens ist,
e) in welchem Umfang die gestiegene Produktion und Konsumtion zu einer Nachfrage nach ausländischen Waren führt.

Daneben stehen noch direkte handelspolitische Maßnahmen zur Verfügung, die importbegrenzend oder exportsteigernd wirken und mit deren Hilfe somit der Spielraum für eine konjunkturstimulierende Finanz- und Kreditpolitik erweitert werden kann. Hindernisse für solche handelspolitischen Maßnahmen bilden in praxi:
a) etwa zu erwartende Repressalien seitens des Auslands,
b) evtl. Veränderungen im Produktions- und Preissystem, die durch diese Maßnahmen entstehen könnten,
c) die Befürchtung, das betreffende Land könnte durch diese Maßnahmen seinen goodwill einbüßen,
d) die Befürchtung, daß Importrestriktionen, wenn sie wirklich effektiv sein sollen, weitere direkte staatliche Eingriffe nach sich ziehen.

1) Es ist zu beachten, daß es hier um eine Besteuerung geht, die mit einer kräftigen Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten verbunden ist und daher,

Myrdal hebt hervor, daß zwischen den Wirkungen beider Finanzierungsarten kein artmäßiger, sondern lediglich ein gradmäßier Unterschied bestehe, der in erster Linie darauf beruhe, daß eine Anleihefinanzierung in ihrer gesamten Höhe den Kapitalmarkt belaste[1], während eine Finanzierung Öffentlicher Arbeiten mittels Steuern sowohl das Sparen als auch den Verbrauch treffe.

Daraus ließe sich nun schließen, daß diese Finanzierungsweise, da sie die Nachfrage nach Konsumgütern trifft, unter Berücksichtigung der valutapolitisch bedingten Grenze vorteilhaft sein müßte.
Dies hängt jedoch völlig davon ab, welcher Art die Steuern sind, die zur Finanzierung der Öffentlichen Arbeiten herangezogen werden. Steuern, die die Ersparnisse der Steuerzahler beeinträchtigen oder Kapitalverzehr veranlassen, wirken prinzipiell gleich auf die Konjunkturlage wie öffentliche Anleihen. Dagegen werden Steuern, die den Verbrauch treffen, in gewissem Umfang die durch die Öffentlichen Arbeiten selbst ausgelöste Steigerung der Konsumgüternachfrage wieder aufwiegen und können dadurch in Richtung auf eine Ausdehnung der valutabedingten Grenze wirken.
Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit Steuern depressive Wirkungen psychologischer Art zeitigen und die Unternehmertätigkeit zusätzlich beeinträchtigen. Machen sich durch die Besteuerung solche Tendenzen bemerkbar, würden natürlich anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten ein größeres Konjunkturstimulans darstellen.

Dieses Problem, daß eine gewisse Konsumeinschränkung als Komplement der erweiterten Öffentlichen Arbeiten notwendig werden könnte, ergibt sich jedoch erst, wenn das staatliche Konjunkturstützungsprogramm so weit fortgeschritten ist, daß besagte Valutagrenze wirklich erreicht ist.
Nach Myrdals Ansicht war diese Frage jedoch im Haushaltsjahr 1933/34 für Schweden nicht aktuell, da eine Tendenz wachsender Valutareserve einen ausreichenden Spielraum für anliehefinanzierte Öffentliche Arbeiten zu gewähren versprach.

---

im Gegensatz zu einer isoliert vorgenommenen Besteuerung, nicht depressionsverschärfend wirken wird.
Welche Möglichkeiten sich bieten, ohne zusätzliche Besteuerung, durch Einsparungen anderer laufender Ausgaben im ordentlichen Haushalt, Mittel für eine Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten freizumachen, wird unter Punkt B im nächsten Abschnitt behandelt.

1) Sofern sie nicht infolge der Qualität der angebotenen Staatspapiere zu vermehrtem Sparen stimuliert.

f) Einsparungen im Betriebsbudget[1)]

Dieser Teil in Myrdals Untersuchung befaßt sich mit der Frage, welche Wirkungen Einsparungen im Betriebsbudget auf die allgemeine wirtschaftliche Lage und auf die Nachfrage nach Arbeitskraft mit sich bringen.

Prinzipiell sind die Möglichkeiten für wirkliche Einsparungen im Betriebsbudget während einer Depression sehr begrenzt. Bekanntlich hat ein Teil der staatlichen Ausgaben sogar die Tendenz, während depressiven Zeiten zu steigen. (Vgl. S. 113, 114). Dies gilt in erster Linie für die direkten Arbeitslosenunterstützungen.

Die Frage liegt daher nahe, ob es nicht konjunktur- und sozialpolitisch vorteilhaft wäre, diese vermehrten direkten Unterstützungen durch Öffentliche Arbeiten zu ersetzen. Myrdal bejaht dies, da Öffentliche Arbeiten im Gegensatz zu Unterstützungen ein Produktionsresultat hinterlassen und die Wirtschaft in höherem Maße ankurbeln, weil sie ja die in einer Depression besonders betroffenen kapitalgüterproduzierenden Industrien vornehmlich stimulieren. Außerdem erhalten Öffentliche Arbeiten die Arbeitsmoral und das produktive Leistungsvermögen. (Siehe S. 116).

---

1) Im schwedischen Staatshaushalt unterscheidet man zwischen Betriebs- (oder Steuer-) und Kapital- (oder Anleihe-) Budget. Im Betriebsbudget werden außer den indirekten alle diejenigen direkten Ausgaben aufgeführt, die durch laufende "wirkliche" Einnahmen, (in erster Linie Steuern und Erwerbseinkünfte), zu bestreiten sind. Das Kapitalbudget umfaßt dagegen die durch Anleihen oder Kapitalverminderung zu finanzierenden staatlichen Ausgaben. Heute umfaßt das Betriebsbudget im wesentlichen die laufenden Ausgaben für Verwaltung, Landesverteidigung, soziale Leistungen und Schuldzinsen. Demgegenüber stellt das Kapitalbudget den Plan für die Realinvestitionen der staatlichen Unternehmungen, für finanzielle Investitionen in Fonds und Aktien und dgl. dar.
Ähnliche Aufteilungen finden sich in anderen staatlichen Finanzsystemen, (vgl. hierzu "Ordentlicher" und "Außerordentlicher Haushalt"). Die Grenze zwischen den Ausgaben, die auf dem einen resp. auf dem anderen Budget zu führen sind, verläuft in den einzelnen Ländern verschieden. Sie hat sich auch in Schweden selbst im Laufe der letzten Jahrzehnte verschoben. (Siehe hierzu näheres im nächsten Abschnitt).
Quelle: G. Myrdal, "Finanspolitikens ekonomiska verkningar", S. 80.
C. Welinder, "Geschichte der skandinavischen Finanzwirtschaft", in Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd.I, 2. Aufl., Tübingen 1952, S.516.
C. Welinder, "Öffentlig hushållning", Ystad 1955, S. 144/145.

Nur wenn die durch Valutarücksichten bedingte Grenze für eine staatsfinanziell Expansionspolitik erreicht oder sehr eng ist, sind direkte Unterstützungen für die weiterhin Arbeitslosen den Öffentlichen Arbeiten vorzuziehen. Öffentliche Arbeiten verursachen nämlich - verglichen mit direkten Unterstützungen - eine kräftigere Importsteigerung, eben weil sie die kapitalgüterproduzierenden Industrien stimulieren und diese ausländische Rohstoffe und sonstige ausländische Güter benötigen, während sich bei direkten Unterstützungen der zusätzliche Import auf eine Nachfragesteigerung nach ausländischen Konsumgütern beschränkt.
Innerhalb einer bestimmten, durch die valutarischen Verhältnisse bedingten Grenze für die staatliche Finanzpolitik kann man also durch Unterstützungen eine wesentlich höhere Konsumtionssteigerung (und damit einen höheren Lebens standard) seitens der Arbeitslosen erreichen als durch Öffentliche Arbeiten, aber nur auf Kosten einer weniger effektiven Konjunkturstimulation.
Daraus folgt:
Ist besagter Valutaspielraum groß, so sind Öffentliche Arbeiten direkten Unterstützungen vorzuziehen. Man erreicht dadurch einen höheren konjunkturstimulierenden Effekt. Bei begrenztem Valutaspielraum sind dagegen direkte Unterstützungen vorzuziehen. Man erreicht dadurch einen höheren sozialpolitischen Effekt[1].

Sofern jedoch solche Einsparungen im Betriebsbudget möglich sind - Myrdal greift drei Hauptfälle heraus - können sie verschiedenen Zwecken dienen:
Sie können vorgenommen werden, um (A) das Betriebsbudget prinzipiell möglichst niedrig zu halten, oder um (B) innerhalb eines gegebenen Budgetrahmens den Spielraum für konjunktur- und sozialpolitisch motivierte Öffentliche Arbeiten und Unterstützungen auszuweiten.
Myrdal berücksichtigt beide Gesichtspunkte.

(A) Geht man davon aus, daß die Öffentlichen Arbeiten und Unterstützungen ihrem Umfang nach festliegen, und daß die betreffenden Ausgaben, sofern sie nicht durch die Einsparungsmaßnahmen vermieden würden, durch Steuern finanziert würden, dann hängen die Wirkungen der Einsparungsmaßnahmen davon ab, welche staatlichen Ausgaben durch sie verhindert werden und auf welche Weise die Kaufkraft von den Steuerzahlern, in deren Händen sie ja dann verbleibt, verwendet wird.

---

1) Promemoria ... a.a.O., S. 27.

Im einzelnen ergeben sich da drei "Hauptfälle":

1. Einsparungsfall: Löhne und Gehälter der Staatsangestellten werden gesenkt. Da der Umfang der staatlichen Tätigkeit hierdurch nicht beeinträchtigt wird, also direkt keine Produktionsmittel freigesetzt werden, hat diese Einsparungsmaßnahme den Charakter einer reinen Kaufkraftübertragung. Ihre Wirkung hängt davon ab, inwieweit die Steuerzahler diese Kaufkraft anders verwenden als die Staatsangestellten.

a) Steigen Verbrauch und Ersparnisse der Steuerzahler im selben Umfang wie Verbrauch und Ersparnisse der Staatsangestellten abnehmen, dann ändert sich die wirtschaftliche Gesamtsituation nicht: Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt sind unverändert, ebenso die kaufkräftige Nachfrage nach Konsumgütern. (Die Kaufkraftübertragung kann jedoch sozialpolitisch erwünscht sein). Außerdem ist folgendes zu beachten: Sofern die Besteuerung die Unternehmertätigkeit beeinträchtigt, (vgl. S. 120), muß umgekehrt der Verzicht auf diese Besteuerung zu steigenden Realinvestitionen führen, so daß auf diese Weise obiger Einsparungsfall doch eine relative Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bewirken kann.

b) Würden die Steuern, die ohne staatliche Einsparungsmaßnahmen erhoben werden müßten, den Verbrauch besonders beeinträchtigen, und haben andrerseits die Staatsangestellten feste Konsumgewohnheiten, so daß Lohnsenkungen bei ihnen zu negativem Sparen führen, so bestehen die Wirkungen der Sparmaßnahmen in vermindertem Sparen und steigender konsumtiver Nachfrage. Sofern das verminderte Sparen die Banken zu keiner restriktiven Kreditpolitik (gegenüber der Privatwirtschaft) veranlaßt, wird die Konjunktur stimuliert.

c) Würden dagegen diese Steuern das Sparen besonders beeinträchtigen, und würden Lohnsenkungen bei den Staatsangestellten zu Konsumeinschränkungen führen, bestehen die Wirkungen der Einsparungsmaßnahmen in einem steigenden Sparen und vermindertem Verbrauch. Sie wirken also, konjunkturpolitisch gesehen, depressionsfördernd.

2. Einsparungsfall: Die staatliche Tätigkeit wird eingeschränkt, aber im selben Umfang von Gemeinden oder Privatverbänden aufgenommen. Das Ergebnis dieser staatlichen Einsparungsmaßnahme ist in erster Linie wieder eine Kaufkraftübertragung, diesmal von den Personen, die mehr zur Deckung der Ausgaben für die entsprechende Tätigkeit zahlen müssen, an die, die weniger oder keine Ausgaben bestreiten müssen. Ihre Wirkungen beruhen wiederum auf der verschiedenen Verwendung der Kaufkraft durch jene betreffenden Gruppen und vollziehen sich entsprechend den Fällen 1a - c.

3. Einsparungsfall: Die staatliche Tätigkeit wird eingeschränkt, ohne von anderer Seite in entsprechendem Umfang aufgenommen zu werden.
Auch hier findet eine Kaufkraftübertragung statt, - (und zwar von denen, die von dem staatlichen Nachfrageausfall betroffen werden an die, die nun keine oder geringere Steuern zahlen müssen), - deren Wirkungen auf die Konjunktur bei verschiedenartiger Verwendung der Kaufkraft - entsprechend 1a - c - verschieden sind.
Daneben werden aber in diesem Fall, infolge der verringerten staatlichen Nachfrage, Produktionsmittel direkt freigesetzt. Dieser Effekt kann sodann durch eine konjunkturpolitisch günstige Wirkung der Kaufkraftübertragung teilweise oder völlig aufgehoben werden; er kann aber auch durch eine konjunkturpolitisch ungünstige Wirkung dieser Einkommensübertragung verschärft werden.

Aus der erfolgten Darstellung lassen sich folgende praktischen Schlussätze ziehen: Unter der Voraussetzung, daß die Einsparungen im Betriebsbudget den Umfang der Öffentlichen Arbeiten und Unterstützungen nicht beeinflussen, erscheint es sehr zweifelhaft, ob solche Sparmaßnahmen in einer Depression derartige Wirkungen hervorrufen können, daß sie vom konjunktur- oder sozialpolitischen Gesichtspunkt aus zu vertreten wären. Sie dürften eher, - vor allem, wenn sie eine Einschränkung im Umfang der staatlichen Tätigkeit bedeuten, - die depressiven Tendenzen in der Privatwirtschaft verschärfen.

(B) Zu anderen Schlüssen gelangt man nach Myrdal dagegen, wenn der Umfang der Öffentlichen Arbeiten und Unterstützungen von den Einsparungen im Betriebsbudget abhängig ist.
Bei einem engen valutabedingten Spielraum für die staatliche Finanzpolitik stellen dann einkommensmindernde Sparmaßnahmen im Betriebsbudget einen besonderen Typ der verschiedenen alternativen Mittel (wie konsumbegrenzende Steuern, handelspolitische Maßnahmen u. dgl.) zur Vergrößerung dieses Valutaspielraums dar. Die Sparmaßnahmen verringern ja dann die Nachfrage nach Konsumgütern und damit auch die nach importierten Konsumgütern, importierten Rohwaren und Produktionsmitteln für die Konsumgüterindustrie. Außerdem können sich die Sparmaßnahmen auch direkt gegen die Einfuhr ausländischer Güter durch den Staat richten. In beiden Fällen wird der Valutaspielraum für Öffentliche Arbeiten und Unterstützungen vergrößert.

Aber auch bei einem ausreichend großen Valutaspielraum kann ein direkter Zusammenhang zwischen Sparmaßnahmen im Betriebsbudget und dem Umfang der mit der Depression verbundenen zusätzlichen staatlichen Ausgaben bestehen. Will man z.B. die Besteuerung prinzipiell oder aus bestimmten Gründen niedrig halten und will man außerdem die direkten Arbeitslosenunterstützungen nicht

durch Anleihen finanzieren, dann kann die Unterstützungstätigkeit nur durch Einsparungen laufender Ausgaben erweitert werden. Abgesehen davon, daß eine Ausdehnung der Unterstützungen auf Kosten anderer laufender Ausgaben sozialpolitisch notwendig sein kann, scheint sie auch konjunkturpolitisch motiviert werden zu können. Während nämlich direkte Arbeitslosenunterstützungen in ihrem vollen Umfang für Konsumtionszwecke verwendet werden dürften, ist anzunehmen, daß die eingesparten anderen laufenden Ausgaben in gewissem Grade das Sparen beeinträchtigen. Insgesamt würde also durch besagte Maßnahme der Verbrauch steigen und das Sparen abnehmen. Die Wirtschaft würde also stimuliert werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß ein ausreichender Valutaspielraum vorhanden ist, der erlaubt, das verminderte Sparen durch eine Kreditexpansion zu kompensieren.

Der Zusammenhang zwischen dem Umfang Öffentlicher Arbeiten und Einsparungen im Betriebsbudget besteht im wesentlichen darin, daß durch eine Begrenzung der direkten Unterstützungen auf ein sozialpolitisch notwendiges Minimum und durch weitere Einsparungen in den laufenden Ausgaben das gesamte Betriebsbudget auf eine relativ niedrige Schlussumme gebracht werden kann, wodurch eine Ausdehnung des Kapitalbudgets für Öffentliche Arbeiten praktisch eher durchführbar würde.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ergibt sich:
Ist eine Kürzung des Betriebsbudgets die praktische Voraussetzung für eine Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten im Kapitalbudget, und kann diese durch Einsparungen laufender Ausgaben erreicht werden, dann ist die Einsparungsaktion sowohl vom konjunktur- als auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus vertretbar.

g) Die Frage der Budgetausgleichsprinzipien

Der von Myrdal somit unter Berücksichtigung konjunkturpolitischer, sozialpolitischer und rein finanzieller Gesichtspunkte geforderten kräftigen Ausdehnung anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten zur Überwindung der Depression standen jedoch die schwedischen Budgetausgleichsprinzipien, die durch strenge Budgetfinanzierungsvorschriften zum Ausdruck kamen und nach denen bisher, - also bis zum Haushaltsjahr 1933/34 - das schwedische Staatsbudget aufgestellt worden war, im Wege.

Die Budgetausgleichsprinzipien bezweckten, die "Gesundheit" der Staatsfinanzen, - ausgedrückt durch die Relation zwischen Realvermögen und Verschuldung des Staates, - zu garantieren und sahen vor, daß der Staats-

haushalt von Jahr zu Jahr ausgeglichen sein sollte. Dies zu garantieren, galt die besonders strenge Finanzierungsregel, daß nur "produktive" staatliche Vermögensobjekte durch Anleihen finanziert werden durften, d.h. Vermögensobjekte, die solche Erträge abwarfen, daß die betreffenden Anleihen durch sie amortisiert und verzinst werden konnten, während alle "nicht produktiven" Vermögensobjekte und alle laufenden Ausgaben durch Steuern zu finanzieren waren[1) 2)].

Konjunkturpolitisch gesehen erwiesen sich solche Finanzierungsprinzipien als sehr unelastisch, da unter ihrer Anwendung die erstrebte Aufrechterhaltung oder Ausweitung Öffentlicher Arbeiten während einer Depression nur mit Hilfe eines zusätzlichen Anziehens der Steuerschraube möglich gewesen wäre. Gerade dies sollte aber vermieden werden.
Auf der anderen Seite erschien im Jahre 1933 ein völliger Verzicht auf jene strengen Finanzierungsregeln auch wiederum unrealistisch, "da alle politischen Richtungen gleichermaßen daran interessiert" waren, "die Gesundheit der Staatsfinanzen entsprechend dem schwedischen Finanzierungsprinzip zu bewahren"[3)].
Auf welche Weise und mit welchen kompensierenden Maßnahmen konnte aber eine kräftige Ausdehnung anleihefinanzierter Arbeiten über das den geltenden Finanzierungsregeln nach zulässige Maß hinaus vorgenommen werden, ohne daß dabei die in denselben Regeln verankerte und vorgesehene Gesundheit der Staatsfinanzen verletzt wurde?

---

1) Zum Unterschied von Myrdal unterscheidet Carsten Welinder zwischen "rentablen", "anderen produktiven" und "unproduktiven" staatlichen Vermögensobjekten. Als rentable Vermögensobjekte bezeichnet er solche, die eine "Verzinsung des in sie investierten Kapitals" gewähren. (Diese entsprechen Myrdals "produktiven".) Als "andere produktive" nennt Welinder solche, die eine Steigerung des Lebensstandards der Individuen ermöglichen, und als "unproduktive" schließlich solche Vermögensobjekte, die keinen Einfluß auf die künftige Höhe des Lebensstandards der Individuen haben, wie etwa staatliche Verwaltungsgebäude. Dieser Begriff deckt sich mit Myrdals "unproduktiven" Vermögensobjekten.
(Vgl. C. Welinder, "Offentlig hushållning", Ystad 1955, S. 178/179).

2) Entsprechend dieser Ausgabenteilung unterscheidet man im schwedischen Staatshaushalt, wie bereits dargestellt, zwischen Betriebs- oder Steuerbudget und Kapital- oder Anleihebudget. (Siehe Fußnote S. 121).

3) Promemoria ... a.a.O., S. 37. (Übers. v. Verf.)

Myrdal macht folgende Feststellung, die wir als Antwort auf obige Frage betrachten:
Da die Wahrung der staatsfinanziellen Gesundheit als ein Ziel auf lange Sicht anzusehen ist, müssen auch Budgetausgleichsprinzipien konstruiert werden können, die auf lange Sicht eine Aufrechterhaltung oder Vermehrung des staatlichen Nettovermögens gewähren, aber dennoch auf kurze Sicht eine große Konjunkturbeweglichkeit garantieren[1].

Hierzu sah Myrdal zwei Möglichkeiten:

1) Die erste bestand in einer grundlegenden Haushaltsreform, die vorsah, daß sämtliche Bauvorhaben des Staates, "produktive" und "unproduktive", durch Anleihen finanziert werden durften. Dafür mußte konsequenterweise das Betriebsbudget mit der Verzinsung und Amortisation der Anleihen für die nicht produktiven Vermögensobjekte belastet werden. Es sollte damit also einen regelmäßigen Beitrag an das Kapitalbudget liefern.

   Dadurch sollte die Gesundheit der Staatsfinanzen entsprechend den damals geltenden schwedischen Finanzierungsprinzipien garantiert werden, während gleichzeitig durch eine Steigerung der unproduktiven Bautätigkeit ohne zusätzliche Steuerbelastung eine weitgehende Konjunkturelastizität erreicht werden sollte.
   Einen weiteren Vorteil sah Myrdal darin, daß durch eine solche Budgetfinanzierungsreform die wirklichen Kosten des Staates für unproduktive Tätigkeit klar und übersichtlich im Betriebsbudget aufgewiesen würden.

   Der große Nachteil dieses Reformvorschlags bestand darin, daß er langwierige vorbereitende Maßnahmen erforderte und somit die erstrebte rasche Überwindung der Krisensituation nicht zu ermöglichen schien.

2) Eine weniger gründliche Budgetreform hielt Myrdal in dieser Hinsicht selbst für effektiver. Nach diesem Vorschlag sollten außer den produktiven nur diejenigen nicht produktiven Arbeiten anleihefinanziert werden dürfen, die voraussichtlich den normalen Umfang solcher nichtproduktiver Arbeiten im Betriebsbudget überstiegen, d.h., die also die eigentliche durch die Depressionslage hervorgerufene Ausweitung dieser Art Tätigkeit darstellen würden. (Das Betriebsbudget hätte aber weiterhin

---

1) Als Beispiel für einen Staatshaushalt, der in hohem Maße diesen beiden Anforderungen entsprach, nennt Myrdal das dänische Staatsbudget nach der großen Budgetreform von 1925.

die normalen Kosten für nichtproduktive Bau- und Anlagetätigkeit tragen sollen). Würde außerdem eine Amortisationszeit (für diese zusätzlichen unproduktiven staatlichen Anleihen) bestimmt, welche künftige Betriebsbudgets gleichermaßen belasten würde wie eine nicht vorverlegte, also später erfolgte staatliche Tätigkeit, so war nach Myrdal vom staatsfinanziellen Gesichtspunkt aus nichts gegen ein solch erweitertes Anleiherecht einzuwenden. Wäre diese zusätzliche Staatstätigkeit aber solcher Art, daß sie unter normalen Umständen (auch in Zukunft) überhaupt nicht vorgenommen würde, so könnte man dem finanziell durch eine desto kürzere Amortisationszeit Rechnung tragen.

Mit der Aufstellung dieser Budgetreformpläne, die nichts anderes als ein erweitertes Anleiherecht, kombiniert mit einem bestimmten Amortisationsplan, darstellten, wurde gleichzeitig die Frage aktuell, durch welche Maßnahmen die Einhaltung dieser Amortisationspläne am ehesten garantiert würde.
Myrdal schlug vor, gewisse staatliche Einnahmequellen an den Amortisationsplan zu binden, in dem etwa bestimmte Einnahmen zur Verzinsung und Amortisation der betreffenden Staatsschuld verwendet würden.
Weiter verwies er auf die Möglichkeit, die erforderliche Anleihe durch Ausgabe von Obligationen mit kurzer Einlösungsfrist zu beschaffen, deren Verfallzeit mit dem bestehenden Amortisationsplan übereinstimmen.

Als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme konnten schließlich die durch die Verzinsung und Amortisation präokkupierten Einnahmen so hoch bemessen werden, daß sie in nicht allzu ferner Zukunft einen positiven Konjunkturausgleichsfond bilden würden, aus dem dann eine Ausweitung der Öffentlichen Arbeiten in künftigen Depressionszeiten in erster Linie zu finanzieren wäre. Ein solcher Zwang, in relativ kurzer Zeit die betreffenden Anleihen über das Betriebsbudget zu amortisieren, würde auch in gewissem Grade eine Garantie dafür bieten, daß den ausgedehnten Öffentlichen Arbeiten unter Depressionszeiten eine Einschränkung der staatlichen Tätigkeit während künftiger Hochkonjunkturen folgen würde.
Das Ideale war in Myrdals Augen ein mehrjähriger Finanzplan für Öffentliche Arbeiten, der hinsichtlich seiner Totalsumme begrenzt, aber beweglich im Hinblick auf den Zeitpunkt der Ausführung dieser Arbeiten während der mehrjährigen Periode wäre.

h) Zusammenfassung

Myrdal geht in seinem Promemoria von dem Grundgedanken aus, daß die Zweckbestimmung in der öffentlichen Ausgabenpolitik sich von derjenigen in der privaten Ausgabenpolitik unterscheiden müsse. Durch die Folgerungen, die sich aus ebendieser anders orientierten Ausgabenpolitik für die öffentliche Tätigkeit ergeben, erhalt Myrdals Arbeit ihre grundsätzliche Bedeutung.

Ausgabenpolitik und überhaupt jegliche Tätigkeit in der Privatwirtschaft würden von dem Streben nach maximalem Gewinn bestimmt. Daher zeige sich eine Depression auch in erster Linie darin, daß infolge verschlechterter Rentabilitätsverhältnisse (zwischen Kosten und Einnahmen) im privaten Wirtschaftssektor die Produktion, - und hierbei vor allem die industrielle Produktion, - einer wesentlichen Einschränkung unterzogen werde. Im Gegensatz hierzu dürfe der Staat nicht dieselben privatwirtschaftlichen Maßstäbe anlegen und in Depressionszeiten, - obwohl diese gewöhnlich mit steigenden staatlichen Ausgaben und geringeren staatlichen Einnahmen verbunden seien, - durch Kürzung der Ausgaben und Verschärfung der Steuerforderungen etwa einen jährlichen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben durchführen. Denn für die Ausrichtung der öffentlichen Tätigkeit seien nicht Kosten- noch Einkommenskalküle, sondern konjunkturpolitische, sozialpolitische und kulturelle Ziele ausschlaggebend. Der Staat müsse infolgedessen in Depressionszeiten seine Ausgaben, - bei gleichbleibenden oder sinkenden Einnahmen, - zur Ankurbelung der Wirtschaft steigern, d.h. er müsse seine Tätigkeit, (hier in erster Linie in Form von Öffentlichen Arbeiten), ohne zusätzlichen Steuerdruck, auf Depressionszeiten konzentrieren.

Im Jahr 1933 setzte jedoch die evtl. Verwirklichung einer solchen staatlichen Ausgabenpolitik eine Änderung der bis dahin geltenden schwedischen Budgetfinanzierungsregeln voraus, die durch ihre Vorschrift, daß nur "produktive" Vermögensobjekte durch Anleihen finanziert werden durften, den Rahmen für zusätzliche Öffentliche Arbeiten natürlich sehr begrenzten.

Myrdal schlug daher vor, die Finanzierungsregeln so umzuändern, daß eine größere Anzahl direkter Staatsausgaben, - somit auch "unproduktive" - durch Anleihen finanziert werden dürften. Wollte man trotz einer Lockerung der Finanzierungsregeln rein formell eine Unterbilanzierung des Betriebsbudgets vermeiden, sollte dies dadurch geschehen, daß mehr Vermögensobjekte (statt bisher nur "produktive" nun auch "unproduktive") auf das Kapitalbudget übertragen würden[1].

---

1) Eine Lockerung der Finanzierungsregeln derart, daß nichtproduktive

Zur Aufrechterhaltung der "Gesundheit" der Staatsfinanzen (ausgedrückt durch das Verhältnis zwischen staatlichen Realvermögensobjekten und Schulden), müßten die gelockerten Finanzierungsregeln durch entsprechend verschärfte Einnahmebindungsregeln kombiniert werden, derart, daß künftighin wirkliche Einkünfte im Betriebsbudget in Höhe der Amortisation und Verzinsung der Anleihen gebunden würden.
Auf diese Weise sollte eine Konjunkturelastizität der staatlichen Ausgabenpolitik ermöglicht werden, ohne daß man deshalb auf lange Sicht auf die Aufrechterhaltung der staatsfinanziellen "Gesundheit" verzichten müßte.

---

direkte Staatsausgaben, die Investitionscharakter haben, anleihefinanziert werden dürfen, bedeutet ja, daß die Ingangsetzung solcher Öffentlicher Arbeiten nicht in gleicher Weise das Betriebsbudget belastet wie das nach der bisher geltenden strengen Finanzierungsregel der Fall war. (Sie besagte ja, daß solche Vorhaben steuerfinanziert werden müßten). Wenn sich die Lockerung der Finanzierungsregeln nur auf staatliche Ausgaben mit Investitionscharakter bezieht, - und also vorausgesetzt wird, daß die laufenden Ausgaben im Betriebsbudget weiterhin durch wirkliche Einnahmen gedeckt sind, - kann auf diese Weise eine Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit formell ohne Unterbilanzierung des Betriebsbudgets erfolgen. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil nach der schwedischen Budgetterminologie der Staatshaushalt dann als ausgeglichen gilt, wenn Einnahmen und Ausgaben im Betriebsbudget einander entsprechen. (Vgl. hierzu C. Welinder, "Offentlig hushållning", Ystad 1955, S. 145).

Gilt dagegen als Kriterium für den Ausgleich des Staatshaushalts die Relation zwischen wirklichen Einnahmen und sämtlichen direkten Ausgaben, dann resultiert die vorgeschlagene Lockerung der Finanzierungsprinzipien, verbunden mit den verschärften Bindungsvorschriften für staatliche Einnahmen, offenbar in einer Unterbilanzierung des Staatshaushalts während Depressionszeiten und einer Überbilanzierung (Steigen der wirklichen Einnahmen im Verhältnis zu den direkten Ausgaben) während Hochkonjunkturen. Auf lange Sicht aber bleibt dann der Staatshaushalt ausgeglichen.

3. "MASSNAHMEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT", DER SCHLUSSRAPPORT DES ARBEITSLOSENKOMITEES [1)]

Die Aufgabe des Arbeitslosenkomitees, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit zu untersuchen, erstreckte sich sowohl auf permanente, (auch während Hochkonjunkturen bestehende), und saisonale, als auch auf konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Da im Untersuchungszeitraum die konjunkturelle Arbeitslosigkeit das vorherrschende Problem darstellte, beschränken wir uns in unserer Wiedergabe soweit möglich auf die Ergebnisse, zu denen das Arbeitslosenkomitee im Zusammenhang mit dieser Frage gelangte.
Konsequenterweise müssen wir somit untersuchen, worin das Komitee die Ursachen für konjunkturelle Fluktuationen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit sah und welche Maßnahmen sich als Folge dieser Erklärung gegen ebendiese konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit ergaben.

a) Die Erklärung konjunktureller Fluktuationen

Das Komitee hebt in seiner Untersuchung zunächst den Unterschied zwischen wirtschaftlichen Verschiebungen, die auf technischen Veränderungen, Nachfrageverschiebungen oder Veränderungen in der Organisation des Arbeitsmarktes, (also auf strukturellen Veränderungen) beruhen, und den mehr kurzfristigen Fluktuationen in der Ausrüstung mit Arbeitskraft und maschineller Ausrüstung, im Handelsvolumen, den Preisen usw., (wie sie typisch für konjunkturelle Schwankungen sind), hervor. Beide, so wird betont, strukturelle und konjunkturelle Verschiebungen, stünden in einem unauflöslichen Zusammenhang miteinander. So könnten einerseits gewisse strukturelle Veränderungen nur unter der Voraussetzung bestimmter konjunktureller Verhältnisse ausgelöst werden, während andererseits die konjunkturellen Fluktuationen ihre typische, relativ regelmäßig wiederkehrende Form durch die Anpassung der Wirtschaft an strukturelle Veränderungen erhielten.

Konjunkturfluktuationen sind also nach der Feststellung des Komitees Anpassungsprozesse an strukturelle Fluktuationen.

---

1) Schwedischer Titel: "Åtgärder mot arbetslöshet", (SOU 1935:6). Ein erster zusammenfassender Rapport des 1927 berufenen Arbeitslosenkomitees war 1931 unter dem Titel "Arbetslöshetens omfattning, karaktär och orsaker" (SOU 1931:20) erschienen. ("Umfang, Charakter und Ursachen der Arbeitslosigkeit"). Vgl. hierzu unsere Hinweise S. 44 ff.

Nun zeigt sich, daß der für konjunkturelle Schwankungen typische starke Wechsel in der Ausnützung der produktiven Ressourcen besonders stark in den kapitalwarenproduzierenden Industrien, d.h. in den Industrien, die "Güter zur Schaffung resp. Nutzung von Realkapital" herstellen, in Erscheinung tritt.

Dementsprechend wird auch die Untersuchung des Komitees auf die für die wirtschaftliche Entwicklung somit zentrale Frage übergeleitet, woher die Diskontinuität im Ausbau des Realkapitals denn kommt.
Das Komitee führt diese auf die strukturelle Entwicklung, etwa auf die Diskontinuität in der technischen Entwicklung, auf Veränderungen in der Konsumtionsentwicklung u. dgl. zurück.
Damit, mit der Erklärung der Diskontinuität in der Realkapitalbildung infolge struktureller Veränderungen, wird jedoch noch nicht erklärt, wie sich der Wechsel im Ausbau des Realkapitals über immer weitere Teile der Wirtschaft ausbreitet und wie sich schließlich die konjunkturellen Fluktuationen über die gesamte Wirtschaft erstrecken, jene Tendenzen also, die einen Konjunkturumschwung kennzeichnen.
Die Ursache hierfür sieht das Komitee in jenem Mechanismus, durch welchen sich die Wirtschaft an Strukturveränderungen anpaßt. Er wird durch folgende zwei Momente gekennzeichnet:

(1) Produktion erfordert Zeit. Die Unternehmer kennen die wirtschaftliche Situation, die im Zeitpunkt des Ausreifens ihrer geplanten Investitionen herrscht nicht oder nur sehr unvollständig, weshalb ständig Modifikationen in der Realkapitalbildung - entsprechend der neuen strukturbedingten Situation - nötig sind. Deren Bedeutung für die Entwicklung der betroffenen Firmen und Branchen ist offenkundig, sie erklären jedoch noch nicht die Ausbreitung der Konjunkturen über alle Zweige der Wirtschaft. (Sie können u.U. ja auch auf die betreffenden Branchen und Unternehmungen begrenzt sein).

(2) Die generelle Verbreitung und Vertiefung der Konjunkturen erfolgt durch die mit der Anpassung an strukturelle Veränderungen verbundenen monetären Komplikationen, in erster Linie durch die Preisbewegungen, wie sie theoretisch durch die Gegenüberstellung von Sparen und Investieren in der Stockholmer Schule behandelt wurden[1].

---

1) Die theoretische Erklärung der monetären Komplikationen bei Konjunkturveränderungen in der Analyse vom Sparen und Investieren ist der einzige unmittelbare Berührungspunkt zwischen der Stockholmer Schule im engeren Sinne - (vgl. unsere dementsprechende Aufteilung S. 47) - und dem Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees. (Siehe "Åtgärder ...", S.28-31)

Wir sehen, daß in der Darstellung des Arbeitslosenkomitees keine geschlossene Konjunkturtheorie zur Erklärung der zyklischen Schwankungen geschaffen wurde. Vielmehr schien es "fruchtbarer zu sein, aus verschiedenen Konjunkturanalysen Momente zusammenzuführen, die auf eine logisch zufriedenstellende Weise zeigen, daß sie die für Konjunkturschwankungen typischen Veränderungen in der Kapazitätsausnützung und Realkapitalproduktion auslösen können"[1].

Drei Momente werden hierbei vom Komitee hervorgehoben:

1. Moment: Das strukturelle Problem der Diskontinuität in der technischen Entwicklung.
2. Moment: Zeit und Unsicherheit.
3. Moment: Der Preisbildungsprozeß.

Die Wirkungsweise dieser drei Konjunkturmomente wird vom Komitee schematisch folgendermaßen ausgedrückt:

Das erste Konjunkturmoment verursacht den Wechsel im Ausbau des Realkapitals,
das zweite löst den Umschwung aus,
und das dritte Konjunkturmoment verbreitet und verschärft den Konjunkturumschwung.

Mit dieser schematischen Darstellung als Ausgangspunkt wird sodann gezeigt, welche Bedeutung den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftspolitik, der Geldpolitik, Finanz-, Lohn- und Handelspolitik, in konjunkturpolitischer Hinsicht zukommt. Es wird betont, daß eine solche isolierte Betrachtungsweise natürlich nur der besseren Übersicht diene, sie könne jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da in Wirklichkeit die verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen fast ausnahmslos in verschiedenen Richtungen wirkten und sich gegenseitig beeinflussen würden.

Im Hinblick auf die drei genannten Konjunkturmomente kommt das Komitee sodann zu folgenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen:

(1) Man müsse versuchen, einen kontinuierlichen Ausbau des Realkapitals dadurch zustande zu bringen, daß private und öffentliche Investitionen soweit möglich in die Zeit verlegt würden, in der infolge unvermeidbarer struktureller Diskontinuität bereits weniger Ansprüche an die Produktion

---

1) "Åtgärder ...", S. 31. (Übers. v. Verf.)

von Kapitalgütern gestellt würden. Budget- und geldpolitische Maßnahmen müßten hierbei in erster Linie zum Einsatz gelangen.

(2) Wolle man den mit dem Zeit- und Unsicherheitsmoment verbundenen Disproportionalitäten (z.B. zwischen Kreditbedarf und Kreditdisposition, Produktion bestimmter Konsumgüter und der Nachfrage nach diesen) entgegenwirken, würden geld- und lohnpolitische Maßnahmen besonders aktuell.

(3) Die in Zusammenhang mit dem Geld- und Preissystem stehenden Ausbreitungstendenzen eines Umschwungs über die gesamte Wirtschaft stellten vor allem Probleme und Aufgaben für die Geldpolitik.

Die Effektivität solcher Maßnahmen sei aber davon abhängig, inwieweit eine selbständige Konjunkturpolitik in einem Lande geführt werden könne. U.U. müßten hierfür erst die Voraussetzungen - u.a. mit Hilfe handelspolitischer Maßnahmen - geschaffen werden.

Ehe sich das Komitee den genannten, einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung konjunktureller Arbeitslosigkeit zuwendet, werden daher im Rapport zunächst die internationalen Zusammenhänge konjunktureller Fluktuationen untersucht. Es geht hierbei um zwei Fragen:
Um die Möglichkeit, ein Land gegen konjunkturellen Einfluß von außen abzuschirmen, und um die Grenzen einer selbständigen Konjunkturpolitik[1].

b) Grenzen einer selbständigen Konjunkturpolitik

Ebensowenig wie das Komitee eine einheitliche Konjunkturtheorie für die nachfolgende Diskussion der Möglichkeiten, krisenbedingte Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wählte[2], ebensowenig schien es ihm motiviert, die internationale Ausbreitung von Konjunkturen unter eine einheitliche Formel zu bringen. Hier wie dort entschloß man sich zu einer Darstellung verschiedener Momente, die für die betreffenden Vorgänge entscheidend zu sein schienen.

---

1) Die letztgenannte Frage erhielt damals, - (und erhält auch in unserer Untersuchung), - um so größere Bedeutung, als bekanntlich das konjunkturpolitische Programm der sozialdemokratischen Regierung in Schweden mit an erster Stelle eine vom Ausland unabhängige, selbständige Konjunkturpolitik vorsah. (Siehe hierzu S. 26 ff.).

2) Siehe S. 133.

Dies bedeutet, daß man im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees keine generellen Regeln für die Abschirmung des Binnenmarktes vor ungünstigen konjunkturellen Veränderungen im Ausland findet. Es wird vielmehr hervorgehoben, man müsse die relative Bedeutung prüfen, die im jeweils aktuellen Fall den einzelnen Faktoren internationaler Konjunkturverbreitungen, wie etwa einer strukturellen Nachfrageveränderung auf dem Weltmarkt, den Konjunkturverhältnissen in anderen Ländern und in erster Linie den internationalen Preisbewegungen, zukomme.

Auch hinsichtlich der Grenze für eine selbständige Konjunkturpolitik konnte keine allgemeingültige Antwort gefunden werden, da nach Ansicht des Komitees der sog. "internationale Raum" für eine Konjunkturpolitik und dessen Bedingungen ebenso variierten wie sich der Charakter der Konjunkturfluktuationen und Konjunkturverbreitung ändere. Es wird jedoch auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die der Begrenzung des Kreditraums für eine selbständige Konjunkturpolitik zukomme.
Wie es im Rapport heißt, ist eine Konjunkturverbesserung, - sofern keine modifizierenden Momente hinzukommen, - mit einer Steigerung des Einkommens- und Preisniveaus verbunden, "welche ihrerseits die Tendenz hat, den Import im Verhältnis zum Export zu steigern.
Die Möglichkeiten, daß ein einzelnes Land seine Konjunkturentwicklung in größerem Umfang von den Konjunkturen außer Landes abweichen läßt, werden somit u.a. durch die Reaktionen in den Zahlungsverhältnissen gegenüber dem Ausland begrenzt"[1].

Hieraus sind wiederum mehrere praktische Schlussätze zu ziehen:

1) Der Raum für einen Konjunkturaufschwung ist relativ groß, wenn der Export die Tendenz zeigt, den Import zu übersteigen[2].

2) Dieser Raum wird außerdem erweitert, wenn infolge der Gestaltung des Geldmarktes internationales Kapital in das betreffende Land strömt[3].

---

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen Myrdals, dargestellt S. 118 f.
2) "Åtgärder ..." S. 25. In diesem Zusammenhang wurde vom Komitee darauf hingewiesen, daß "die Stärkung der internationalen Lage Schwedens im ersten Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg infolgedessen Möglichkeiten zu einer forcierten Konjunkturverbesserung geboten hätte, sofern im übrigen die Voraussetzungen dafür vorhanden gewesen wären." Den damaligen Verhältnissen entsprechend sei jedoch besagte Verbesserung der internationalen Lage zu Kapitalexport ausgenützt worden.
3) Ein interessantes Beispiel bot Schweden im Jahr 1930/31. Trotz rück-

3) Der internationale Kreditraum ist um so größer, je weniger Export- und Import auf Veränderungen im einheimischen Preisniveau reagieren[1].

4) Da die ungünstigen Wirkungen eines Konjunkturaufschwungs auf die Zahlungsbilanz auf die mit eben dem Konjunkturaufschwung verbundenen Einkommens- und Preissteigerungen zurückzuführen sind, folgt, "daß der Raum für einen Konjunkturaufschwung vergrößert werden kann, wenn man, ohne dadurch die Konjunkturlage zu verschlechtern, Maßnahmen durchführen kann, die die Rückwirkungen des Aufschwungs auf Einkommen und Preise neutralisieren. Die wichtigste Anordnung in dieser Art ist eine direkte Reduktion von Löhnen und anderen Individuellen Einkommen"[2]. (Solche Maßnahmen sind jedoch überflüssig, wenn das monetäre Sparen zunimmt).

5) Die Wirkungen eines selbständigen Konjunkturaufschwungs auf die Zahlungsbilanz bilden nur dann eine Grenze für eine weitere expansive Konjunkturpolitik, wenn man den "Wert des eigenen Geldes - gemessen an der Kaufkraft gegenüber Waren und Diensten auf dem internationalen Markt - nicht unter eine bestimmte Grenze sinken läßt." Somit bildet eine Abwertung "nur in gewissen speziellen Lagen einen denkbaren Ausweg", den internationalen Raum für eine selbständige Konjunkturpolitik zu erweitern. Handels- und sozialpolitische Momente bilden die Grenzen, innerhalb denen Fluktuationen einer freien Valuta in besonderen Fällen zugelassen werden können[3].

---

läufigen Exports zeigte die Lage auf dem Binnenmarkt unveränderte bis steigende Tendenzen. Dies war darauf zurückzuführen, daß infolge eines hohen Zinsniveaus in Schweden und der Kapitalflucht aus Deutschland und Österreich kurzfristiges Kapital nach Schweden strömte, was eine so wesentliche Ausweitung des Kreditraums mit sich brachte, daß trotz sinkender Exporteinnahmen keine restriktive Geldpolitik erforderlich war. (Vgl. S. 13).

1) "Je mehr ein Konjunkturaufschwung so eingerichtet wird, daß die Preissteigerung Produkte trifft, von denen nur schwache Ausbreitungstendenzen auf Import- und Exportwaren ausgehen, desto größer wird der Raum, oder - da diese Ausbreitung z.T. eine Frage der Zeit ist - desto längere Zeit kann eine selbständige Konjunkturgestaltung aufrechterhalten werden" ("Åtgärder ..." S. 36. (Übers. v. Verf.)

2) "Åtgärder ...", S. 38. (Übers. v. Verf.)

3) "Åtgärder ...", S. 38/39. (Übers. v. Verf.)

c) Maßnahmen innerhalb verschiedener Bereiche der Wirtschaftspolitik gegen krisenbedingte Arbeitslosigkeit

Nachdem wir somit einen Überblick über die Möglichkeiten einer selbständigen Konjunkturpolitik, wie sie im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees geschildert werden, gegeben haben, können wir uns nunmehr den im Rapport behandelten einzelnen wirtschaftspolitischen Gebieten zur Bekämpfung krisenbedingter Arbeitslosigkeit zuwenden.
Es würde jedoch zu weit führen, wollte man eine ins einzelne gehende Schilderung der vom Komitee vorgenommenen Analyse hinsichtlich der konjunkturellen Wirkungen verschiedener Maßnahmen in den verschiedenen wirtschaftspolitischen Bereichen versuchen. Es können nur die wichtigsten theoretischen Ergebnisse und die daraus resultierenden Empfehlungen des Komitees dargestellt werden.

ca) Lohnpolitik

Der Betrachtung von Lohnveränderungen und deren Einwirkungen auf den Beschäftigungsgrad liegt im Rapport die Formel zugrunde:

$$\text{Umfang der Beschäftigung} \quad \frac{\text{Summe der ausbezahlten Löhne}}{\text{durchschnittl. Verdienst pro Arbeiter}}$$

Eine zunehmende Beschäftigung könnte demnach erreicht werden, wenn die Nachfrage nach Arbeit - in Geld gerechnet - zunähme oder (und) die Löhne gesenkt würden.
Während als Regel gelten dürfte[1], daß eine steigende monetäre Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, - und damit indirekt also auch nach Arbeit, - in einer Depression steigende Beschäftigung bewirkt, (sofern die Löhne nicht proportional oder überproportional der vermehrten Nachfrage steigen), ist es nach Ansicht des Komitees sehr zweifelhaft, welche Wirkungen primäre Lohnveränderungen auf die konjunkturelle Entwicklung und damit auf den Beschäftigungsgrad ausüben. Im Rapport wird nämlich betont, daß Löhne nicht nur Kosten, sondern gleichzeitig auf Kaufkraft darstellen, weshalb beispielsweise eine Lohnsenkung gleichermaßen in einer Kostensenkung wie in einem Nachfrageausfall resultiere, was zu dem Schluß führte, "daß die Lohnentwicklung praktisch kaum eine zentrale Bedeutung für den Konjunkturverlauf besitzen" könne[2].

---

1) B. Ohlin, "The Problem ...", S. 129.
2) "Åtgärder ...", S. 56. (Übers. v. Verf.)

Dies bedeutet nach Ansicht des Komitees jedoch nicht, daß die Lohnpolitik praktisch völlig ohne Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung wäre. Ihre Bedeutung hänge vielmehr weitgehend davon ab, wie die betreffende Lohnveränderung die Gewinnerwartungen und damit die Investitionen beeinflusse. Lohnsenkungen schienen in dieser Hinsicht dann den meist stimulierenden Effekt auf die Konjunkturlage auszuüben, wenn sich Aufschwungstendenzen zeigten, die Zukunftserwartungen aber noch unsicher seien. Denn in einer solchen Lage "kann eine Lohnreduktion ausreichen, um den Ausschlag für Expansionstendenzen zu geben." Der ungünstige Einfluß der restriktiven Lohnpolitik auf den Umfang der Kaufkraft würde dann durch die unmittelbar steigende Beschäftigung neutralisiert. Würde dagegen eine Lohnreduktion mitten in einer Depression durchgeführt, bliebe aller Wahrscheinlichkeit nach ihr unmittelbar stimulierender Effekt aus. Sie würde statt dessen den Preisfall und damit die Depression nur verschärfen.
Unter Berücksichtigung des mit einer selbständigen Konjunkturpolitik verbundenen internationalen Zahlungsproblems könne eine Lohnsenkung schließlich als wichtiges Hilfsmittel für die Geldpolitik hervortreten. (Hierauf haben wir bereits früher hingewiesen). [1]

Dieses in seinen wichtigsten Zügen wiedergegebene Ergebnis des Arbeitslosenkomitees hinsichtlich der Wirkungen lohnpolitischer Maßnahmen auf die konjunkturelle Entwicklung basiert auf der ausführlichen Untersuchung, die Alf Johansson im Auftrag des Komitees über dasselbe Problemgebiet durchgeführt hatte und stimmt mit dessen Resultat überein:
"Lohnveränderungen haben keine konstitutive Bedeutung für den Konjunkturzyklus, sie können zwar auf verschiedene Art die Konjunkturverläufe modifizieren, aber diese Modifikationen können unter verschiedenen, je nach der konkreten Situation wechselnden Bedingungen in verschiedene Richtungen gehen und die Lohnveränderungen müssen somit im Vergleich mit den dominierenden konjunkturformenden Faktoren im allgemeinen als relativ unwesentlich betrachtet werden. Dieser theoretische Schlußsatz ist jedoch unter Aufhebung der Voraussetzung eines geschlossenen Marktes natürlich nicht von unbegrenzter Gültigkeit" [2].

---

1) Siehe Abschnitt d) Seite 118 ff., sowie S. 136 , Punkt 4)
2) Alf Johansson, "Löneutvecklingen och arbetslösheten", SOU 1934:2, S. 160. (Übers. v. Verf.)

cb) Geldpolitik

Von allen, für einen Ausgleich konjunktureller Schwankungen zur Debatte stehenden wirtschaftspolitischen Bereichen bezeichnet das Arbeitslosenkomitee die Geldpolitik als den wichtigsten, da sie sich durch jene Beweglichkeit und Geschmeidigkeit auszeichne, die für eine Anpassung an die Schwankungen in der konjunkturellen Entwicklung notwendig seien und die das oberste Gebot für jede konjunkturausgleichende Maßnahme überhaupt sein müßten.

Bei der Beurteilung ihrer Effektivität macht das Komitee allerdings zwei wesentliche Einschränkungen. Die eine beruht auf der Erklärung der Entstehung konjunktureller Schwankungen überhaupt, die andere auf der Berücksichtigung der geringen Durchschlagskraft geldpolitischer Hilfsmittel in gewissen, konjunkturell extremen Situationen.

Da das Komitee, bei aller Hervorhebung des Einflusses monetärer Faktoren, den eigentlichen Entstehungsgrund für konjunkturelle Fluktuationen in strukturellen Disproportionalitäten sieht, wird im Rapport der Geldpolitik nur eine fluktuationsmildernde Rolle zugestanden. Die Fluktuationen selbst könne sie dagegen nicht beseitigen. Außerdem würden die geldpolitischen Hilfsmittel, als welche Diskont- und Offenmarktpolitik bezeichnet werden, in schweren Depressionslagen oder während einer Hausse nicht ausreichen, um den gewünschten konjunkturellen Effekt zu erzielen, weshalb sie - in solchen Situationen - durch Ausdehnung oder Einschränkung der öffentlichen Investitionen komplettiert werden müßten. Beispielsweise könnten sich in einer Depressionslage trotz günstiger Bedingungen auf dem Geldmarkt mit sinkenden Zinssätzen nur dann Expansionstendenzen geltend machen, wenn sich auch die Erwartungen derjenigen, die Kredite in Anspruch nehmen sollen, entsprechend änderten. Dies würde aber erst dann eintreten, wenn die Rentabilitätserwartungen infolge der Rückwirkungen steigender Investitionen besser würden.

Nach der Darstellung im Rapport bewegt man sich somit in einem Kreis: "Kreditexpansion setzt eine Investitionssteigerung voraus, aber diese Investitionssteigerung ist ja nur die andere Seite der Kreditexpansion."

Vermehrte Öffentliche Arbeiten, dadurch, daß der Staat seine Investitionen vermehre und das mit Investitionen verbundene Risiko auf sich nehmen würde, müßten in solchen Situationen den Kreis lösen.

Hierauf folgt der Schluß, daß auch umfangreiche geldpolitische Maßnahmen völlig ineffektiv sein können, wenn sie nicht durch die öffentliche Investitionspolitik unterstützt werden, genau so wie umgekehrt die Investitionspolitik ohne geldpolitische Unterstützung bedeutungslos und unter Umständen

sogar schädlich sein kann[1].
In einer Hochkonjunktur wiederum ist die Ineffektivität einer isolierten Geldpolitik in erster Linie auf die überoptimistischen Erwartungen der Investoren zurückzuführen.

Außer in diesen extremen Fällen einer ausgeprägten Depression resp. forcierten Hausse kann man jedoch - laut Rapport - durch eine geeignete Kombination der verschiedenen geldpolitischen Maßnahmen eine relativ effektive Kontrolle über das Kreditvolumen erreichen.
Dies ist in groben Zügen auf folgende Wirkungsweise der geldpolitischen Hilfsmittel zurückzuführen:

Diskontänderungen, d.h. Änderungen des Zinssatzes, zu welchem die Zentralbank Wechsel diskontiert und rediskontiert, wirken oft als Signal seitens der Zentralbank zu Zurückhaltung resp. vermehrter wirtschaftlicher Aktivität. Sie wirken außerdem dadurch, daß sie die Kosten für jene Tätigkeit, die durch Wechsel finanziert wird, steigern oder senken und dadurch die Einkäufe der Unternehmer, (in erster Linie für Lagerhaltung), beeinflussen.

Die wichtigste Wirkung der Diskontpolitik als konjunkturpolitisches Hilfsmittel ist jedoch indirekter Art und vollzieht sich auf lange Sicht. Sie beruht darauf, daß - (bzw. ihre Stärke hängt davon ab, inwieweit) - Diskontänderungen die allgemeinen Kreditbedingungen, hauptsächlich auf lange Sicht, und dadurch den Umfang der Kreditinanspruchnahme sowie die Produktionsausrichtung, beeinflussen.

Die Offenmarktpolitik der Zentralbank erhält ihre Bedeutung vor allem als Komplement der Diskontpolitik, und dies in zweifacher Hinsicht:
Sie beeinflußt einmal die Obligationskurse und Zinsen auf lange Sicht, zum anderen die Liquiditätssituation und damit die Reserven der Geschäftsbanken. Kauft die Zentralbank beispielsweise Staatspapiere von den Banken, wird deren Liquidität unmittelbar von dieser Transaktion berührt. Geschehen dagegen die Verkäufe von anderer Seite, wird dem betreffenden Verkäufer Kaufkraft zur Verfügung gestellt, die z.T. ebenfalls ihren Weg zu den Banken findet. Diese kommen in beiden Fällen in die Lage, ihre Rediskontierung bei der Zentralbank zu vermindern oder ihre Einlagen dort zu erhöhen[2].

---

1) "Åtgärder ...", S.101. Vgl. auch die folgenden Teilabschnitte "Finanzpolitik" und "Öffentliche Arbeiten", sowie Myrdals Äußerungen, dargestellt S. 113 , Abschn. a).

2) Zu beachten ist, - worauf im Rapport besonders hingewiesen wird, - daß die Offenmarktoperationen nicht nur einheimische Obligationen umfassen

Daneben hat die Zentralbank noch die Möglichkeit, durch Kreditauslese (qualitative Kreditpolitik), Differenzierung der Zinssätze, - beide orientiert am Verwendungszweck der zu gewährenden Kredite oder dem mit der Kreditgewährung verbundenen Risiko, - sowie durch Kreditrationierung, das Kreditvolumen in gewünschter Weise zu variieren.

Zur Ergänzung dieser hier kurz gestreiften geldpolitischen Hilfsmittel werden im Rapport schließlich noch Deklarationen seitens der Zentralbank über die geldpolitische Zielsetzung genannt. Durch sie würden in erster Linie spekulative Momente in der Beurteilung der künftigen geldpolitischen Entwicklung ausgeschaltet werden. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr bei der Anwendung dieses Mittels bestehe jedoch darin, daß die Zentralbank bei Nichteinhaltung ihres Programms leicht ihre Autorität aufs Spiel setze[1].

Es liegt nahe, daß das Komitee, bei der Bedeutung, die es der Geldpolitik als konjunkturausgleichender wirtschaftspolitischer Maßnahme beimißt, zu dem praktischen Schluß gelangt, die Hauptverantwortung für die Konjunkturpolitik müsse in den Händen der Zentralbank als der für die geldpolitischen Maßnahmen verantwortlichen Institution liegen. Es sollte somit der Reichsbank überlassen bleiben, "auf der Grundlage eingehender Beobachtungen der Entwicklung diese mit den im Rapport charakterisierten Mitteln in ausgleichender Richtung zu beeinflussen, so daß u.a. das Risiko für konjunkturelle Zusammenbrüche begrenzt" würde[2].
Infolge der Bedeutung, die einer größtmöglichen Geschmeidigkeit der Geldpolitik zukomme, solle die Reichsbank hierbei in ihren Entscheidungen freie Hand haben und nur insoweit an staatliche Direktiven gebunden sein, als diese den Rahmen für das allgemeine Ziel der Geldpolitik anzugeben hätten.

---

können. Valutakäufe seitens der Zentralbank können dieselbe Funktion erfüllen, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht direkt den Zins auf lange Sicht beeinflussen.

1) "Åtgärder ...", S. 103: "Infolge des engen Zusammenhangs zwischen unkontrollierbaren Preisbewegungen und den Spekulationen seitens der Allgemeinheit oder gewisser Unternehmer dürften jene (Anm.d.Verf.: die Preisbewegungen) auch sehr empfindlich gegenüber der deklarierten Absicht der Reichsbank sein, weshalb die Bank in der Regel Möglichkeiten haben dürfte, die Reaktionen zu kontrollieren. Dies trifft jedoch nur zu, sofern die Bank mit ausreichender Kraft auftritt, um das Vertrauen in die Durchführbarkeit ihres Programms zu sichern." (Übers. v. Verf.)

2) "Åtgärder ...", S. 258. (Übers. v. Verf.)

Hieraus folgt zugleich, daß nach Ansicht des Komitees die übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen, als welche vor allem finanz-, lohn- und handelspolitische Maßnahmen genannt werden, nur zur Ergänzung der Geldpolitik und in Zusammenarbeit mit den für diese verantwortlichen Behörden durchgeführt werden sollten.

Wie wir bereits im Abschnitt über die Grenzen einer selbständigen Konjunkturpolitik gesehen haben, kann eine isolierte Geldpolitik unter Umständen und auf lange Sicht nicht ohne Schwierigkeiten für die Zahlungsbilanz des betreffenden Landes durchgeführt werden. Dies bedeutet aber, daß die Zentralbank in eine Konfliktsituation hinsichtlich des Einsatzes ihrer geldpolitischen Mittel geraten kann, da sie nicht nur eine konjunkturausgleichende Geldpolitik durchzuführen, sondern mit Hilfe ihrer geldpolitischen Möglichkeiten auch für normale Verhältnisse auf dem Valutamarkt zu sorgen hat. In einer solchen Situation sollten nun, nach der Ansicht des Komitees, die internationalen Rücksichten, also die Verhältnisse in der Zahlungsbilanz und auf dem Valutamarkt, für die Geldpolitik ausschlaggebend sein. Würden beispielsweise depressive Wirtschaftstendenzen die Reichsbank veranlassen, zur Schaffung einer Kaufkraftexpansion Krediterleichterungen durchzuführen, so könnte der damit verbundene niedrige Zins die Ursache eines Kapitalexports sein, der die Lage auf dem Valutamarkt so verschlechtern könne, daß die Reichsbank sich wieder zu einer Zinserhöhung gezwungen sähe. In diesem Fall würden also die internationalen Rücksichten eine totale Abkehr von den konjunkturell motivierten und gebotenen geldpolitischen Maßnahmen der Reichsbank verlangen.

Wolle man dennoch bis zu einem gewissen Grad eine isolierte Geldpolitik zur Bekämpfung konjunktureller Schwankungen auf dem Binnenmarkt durchführen, so müßten komplettierende Maßnahmen zum Einsatz gelangen, die die ungünstigen Wirkungen einer solchen Geldpolitik auf die internationale Zahlungssituation möglichst weitgehend neutralisierten. In diesem Zusammenhang würden vor allem handelspolitische Maßnahmen interessant.

cc) Finanzpolitik

Wir wissen, daß an verschiedenen Stellen des Schlußrapports erwähnt wird, lohn-, handels- oder geldpolitische Maßnahmen allein könnten in einer Hausse oder im Tiefpunkt einer Depression keinen ausschlaggebenden Effekt in konjunktureller Hinsicht erzielen. Es liegt daher nahe, zu fragen, ob infolge der Bedeutung der staatlichen Tätigkeit für die Wirtschaft jedes Landes nicht der Staat durch seine eigenen wirtschaftlichen Dispositionen im Rahmen der Finanzpolitik jene übrigen, zum Zwecke eines Konjunkturausgleichs zum Einsatz gelangenden wirtschaftspolitischen Mittel unterstützen könnte.

Hierbei tritt die Frage der Einrichtung der staatlichen Ausgabenpolitik in den Vordergrund, und in diesen Problemkreis gehört wiederum in erster Linie die Gestaltung der staatlichen Investitionstätigkeit, vor allem der sog. Öffentlichen Arbeiten, in den verschiedenen Phasen eines Konjunkturverlaufs.

Wir lassen jedoch, - in Übereinstimmung mit der Darstellung im Rapport, - alle mit Einrichtung und Umfang der Öffentlichen Arbeiten zusammenhängenden speziellen Probleme vorläufig unberücksichtigt[1] und wenden uns zunächst der Behandlung der mit aktiven staatsfinanziellen Maßnahmen[2] verbundenen Budgetausgleichsprobleme durch das Komitee zu.
Wir können uns bei dieser Wiedergabe relativ kurz fassen, da die im Rapport zu dieser Frage aufgeführten Gesichtspunkte in ihrem Kern auf diejenigen in Myrdals Promemoria von 1933, das von uns ausführlich behandelt wurde, zurückgehen[3].

Budgetausgleichsprobleme entstehen in einer Depression zunächst unabhängig davon, ob man sich für eine aktive staatliche Krisenpolitik entscheidet, und zwar dadurch, daß in solchen Zeiten gleichbleibenden, - oder gar infolge größeren Unterstützungsbedarfs gestiegenen, - Staatsausgaben rückläufige Staatseinnahmen gegenüberstehen. Diese Tendenz wird nun zusätzlich verschärft, wenn aus konjunkturpolitischen Gründen die unrentablen staatlichen Investitionen ausgedehnt werden sollen, dies jedoch nach den geltenden Budgetprinzipien nur durch eine Finanzierung mit wirklichen Einnahmen

---

1) Für eine nähere Diskussion dieser Fragen siehe nächsten Teilabschnitt, "Öffentliche Arbeiten".

2) Aktiv im Sinne einer Unterstützung der anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

3) Unmittelbar beziehen sie sich auf die im Auftrag des Arbeitslosenkomitees durchgeführte separate Untersuchung Myrdals, ("Finanspolitikens ekonomiska verkningar", SOU 1934:1, Beilage 2 zum Schlußrapport), die ihrerseits in weitgehendem Maße an das Promemoria von 1933 anknüpft.
Der bedeutendste Unterschied in der Behandlung der Budgetausgleichsprobleme im Promemoria einerseits und Myrdals späterer Untersuchung sowie dem Rapport des Komitees andererseits besteht unserer Ansicht nach darin, daß in den beiden letztgenannten Arbeiten die Möglichkeiten für weitgehendere Budgetfinanzierungsreformen, mit größeren Anleihebefugnissen, diskutiert werden als es in Myrdals Promemoria der Fall war. Siehe hierzu weiteres S. 146.

(im Betriebsbudget)[1] möglich wäre. Kurz, die Budgetausgleichsprobleme gelten dem Umstand, daß "die natürliche Reaktion auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Budgets die Bewegungsfreiheit während einer Depression verringert, während gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung eine Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Bewegungsfreiheit der Staatsgewalt sehr angelegen macht"[2].

Das Komitee geht auf Grund obiger Feststellung davon aus, daß eine Unterbilanzierung des Staatsbudgets während Depressionszeiten nicht zu vermeiden sei und daß somit die normalerweise (nota bene: 1933) geltenden Prinzipien eines jährlich ausgeglichenen Budgets nicht aufrechterhalten werden könnten.

Die Forderung nach einem kurzfristig (etwa jährlich) ausgeglichenen Haushalt besagt ja[3], daß alle die Ausgaben, die nach der geltenden Budgetpraxis im Betriebsbudget aufzuführen sind, durch im Betriebsbudget aufzuweisende direkte Einnahmen zu decken sind.

Nach der 1933 geltenden schwedischen Budgetfinanzierungspraxis mußten alle staatlichen Ausgaben, die nicht rentabel waren, auf diese Weise gedeckt werden. Sofern nun diese Ausgaben des Betriebsbudgets einen realen Vermögenswert schufen, bedeutete besagte Budgetausgleichsforderung, daß sich das staatliche Nettovermögen ständig vergrößerte. Umgekehrt mußte ein Verzicht auf dieses Budgetausgleichsprinzip bedeuten, daß sich die Entwicklung des Staatsvermögens weniger günstig gestalten würde. Die Schwierigkeit bestand - wie schon Myrdal in seinem Promemoria zeigte - darin, eine größere Elastizität in der Budgetgestaltung zu erlangen, die es erlaubte, die Staatsausgaben den konjunkturellen Erfordernissen anzupassen, gleichzeitig aber das Staatsvermögen aufrechtzuerhalten.

Da, wie das Komitee in Übereinstimmung mit Myrdal hervorhebt, die Entwicklung des staatlichen Nettovermögens nicht von der relativen Strenge der angewandten Budgetfinanzierungsregeln, sondern von dem Verhältnis zwischen diesen Finanzierungs- und den gleichzeitig geltenden Einnahmebindungsregeln abhängig sei[4], könnte, so wird gefolgert, eine größere Elastizität im Staats-

---

1) Zum Begriff "Betriebsbudget" siehe näheres S. 121 , Fußnote.
2) "Åtgärder ...", S. 122. (Übers. v. Verf.)
3) Vgl. S. 125 ff.
4) Siehe hierzu Myrdals Darstellung S. 126 ff., insb. S. 129 . Vgl. ferner seine Äußerung in "Finanspolitikens ekonomiska verkningar", S. 105 : "Die Gesundheit der öffentlichen Finanzen auf längere Sicht beruht daher

budget bei Aufrechterhaltung des staatlichen Nettovermögens zunächst dadurch gewonnen werden, daß freiere Budgetfinanzierungsregeln, nach denen auch nicht rentable Vermögensobjekte anleihefinanziert werden dürften, mit einer entsprechend verschärften Bindung wirklicher Einnahmen in einem Fond verbunden würden.

Dieser Übergang zu freieren Finanzierungsregeln könnte, worauf das Komitee besonders hinweist, bei formeller Aufrechterhaltung eines Budgetausgleichs auf kurze Sicht vorgenommen werden. In diesem Fall würden dann nur gewisse Staatsausgaben, die bisher - (nach den alten Finanzierungsregeln) - auf dem Betriebsbudget auszuweisen waren, auf das Kapitalbudget übertragen werden, während gleichzeitig Absetzungen wirklicher Einnahmen auf einen Erneuerungsfond, der den auf das Kapitalbudget übertragenen Investitionen entspräche, zu geschehen hätten.

Diese Art von Budgetreform, die einen Übergang zu gelockerten Finanzierungsprinzipien, bei denen man dann definitiv verbleibt, verbunden mit verschärften Einnahmebindungsregeln, darstellt, entspricht Myrdals Vorschlag im Promemoria von 1933 [1].

Bei heftigen Konjunkturumschwüngen, insbesondere dann, wenn der Staat seine Investitionen zum Zwecke eines Konjunkturausgleichs auszuweiten wünsche, erschien jedoch auch ein solchermaßen gelockertes Budgetfinanzierungssystem dem Komitee als zu wenig effektiv. Eine größere Elastizität in der staatlichen Ausgabenpolitik schien erreicht werden zu können, wenn der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget nur auf lange Sicht entsprochen, und wenn auf kurze Sicht dagegen mit einer Unterbilanzierung (resp. späteren Überbilanzierung während Hochkonjunkturen) des Budgets operiert würde. Man dachte hierbei zunächst an eine Extraanleihe während einer Depression, die ohne Bindung an bestimmte Ausgaben, also auch zur Deckung laufender Ausgaben im Betriebsbudget, verwendet werden und in solcher Höhe aufgenommen werden sollte, daß trotz sinkender Einnahmengrundlage und steigender Ausgaben im Betriebsbudget keine Steuererhöhungen zum Ausgleich des Budgets vorgenommen werden müßten [2].

---

weder auf den Finanzierungsregeln an und für sich noch auf den Einnahmebindungsregeln, sondern auf der Kombination dieser beiden Arten von Budgetausgleichsprinzipien." (Übers. v. Verf.)

1) Vgl. S. 113 ff., insb. S. 129/30.

2) Denselben Zweck kann auch die Belastung eines hierfür geschaffenen Konjunkturausgleichsfonds erfüllen.

Im Gegensatz zur ersten Budgetreformalternative will man hier die einmal gelockerten Budgetfinanzierungsregeln nicht unabänderlich festlegen, sondern als eine Funktion der Konjunkturlage betrachten und entsprechend elastischer gestalten, sie aber mit entsprechenden Einnahmebindungsregeln, (welche die Unterbilanzierung des Budgets in einer Depression durch eine nachfolgende Überbilanzierung neutralisieren sollen), so kombinieren, daß das Budget auf lange Sicht ausgeglichen würde, womit dann auf lange Sicht auch keine Beeinträchtigung des Staatsvermögens zu befürchten wäre[1)].

Nach diesen allgemeinen theoretischen Betrachtungen der mit einer aktiven staatlichen Ausgabenpolitik verbundenen Budgetausgleichsprobleme in Schweden ist nun noch zu zeigen, welche Schritte das Komitee für die praktische Ausgestaltung der schwedischen Haushaltspolitik empfahl.

Hier ist zunächst interessant, daß das Komitee "ziemlich strenge Finanzierungsregeln" in der Art, daß nur rentable Investitionen durch Anleihen finanziert werden dürfen, nach wie vor für motiviert hielt. Dies vor allem deshalb, weil nicht absolut notwendige Staatsausgaben viel leichter bewilligt würden, wenn sie durch Inanspruchnahme von Kapital statt durch Steuermittel finanziert

---

1) Die zuletzt geschilderte Alternative konjunkturbeweglicher Budgetfinanzierungsprinzipien findet sich nicht in Myrdals Promemoria v. 1933. Das Komitee stützt sich hierbei also auf die erweiterten Ausführungen in Myrdals "Finanspolitikens ekonomiska verkningar", SOU 1934:1. Hier heißt es (S. 104): "Auch wenn man ... mit Rücksicht auf eine notwendig kräftigere konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Einrichtung des öffentlichen Haushalts ... bereit wäre ..., die Anleihefinanzierung - unter gleichzeitiger Verschärfung der Einnahmebindungsregeln - auszudehnen, so kann man jedoch ... dadurch nur eine größere Freiheit hinsichtlich der Zeitlokalisierung einer größeren Gruppe direkter Ausgaben ermöglichen. Man kann dagegen nicht die Konjunkturveränderungen der wirklichen Einnahmen, d.h. letztlich der Steuerunterlage, kompensieren. Will man eine größere Konjunkturstabilisierung vor allem in der Höhe der Steuersätze erreichen, muß man die Unbeweglichkeit der Budgetfinanzierungsprinzipien in der Zeit brechen. Das kann man ... auf zweierlei Weise tun: 1) Entweder durch konjunkturbewegliche Finanzierungsregeln (Zulassung einer außergewöhnlichen Anleihe während Depressionen) oder 2) durch konjunkturbewegliche Einnahmebindungsregeln (Konjunkturausgleichsfonds, bzw. mit den Konjunkturen wechselnde Abschreibungs- und Amortisationssätze)." (Übers. v. Verf.)

werden könnten, (wodurch die Gefahr einer unwirtschaftlichen Verwendung staatlicher Mittel entstehe), und da sich in dieser Hinsicht gezeigt habe, daß die in Schweden angewandte Finanzierungspraxis eine überaus nützliche Zurückhaltung in der Anschlagsbewilligung bewirkt habe.
Konsequenterweise hielt das Komitee einen Übergang zu lockeren Finanzierungsregeln nur dann für begründet, wenn eine Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit in Depressionszeiten zur Auslösung einer Gegenkonjunktur unumgänglich notwendig erscheine. (Eine aus konjunkturpolitischen Gründen möglichst gleichmäßig durchgeführte Investitionstätigkeit motiviere dagegen noch keine Änderung der Budgetfinanzierungsprinzipien).
Gleichzeitig mit dem Übergang zu einem gelockerten Finanzierungssystem müßten jedoch, - dies in Übereinstimmung mit den früheren theoretischen Ausführungen, - verschärfte Amortisations- und Abschreibungsregeln befolgt werden, (am besten in Form vermehrter Absetzungen an Erneuerungsfonds), die eine Verschlechterung der staatlichen Vermögensstellung vermeiden würden.
Technisch sollte sich dies so vollziehen, "daß jede Inanspruchnahme von Kapitalmitteln für nicht rentable Zwecke, - also auch die Ausnützung fondierter Mittel, - als ein Defizit ausgewiesen wird und daß außer einer vorübergehenden Anleihe nur Mittel aus einem für diesen Zweck gebildeten Fond für nicht rentable Ausgaben verwendet werden dürfen[1)], so daß Abweichungen von den normal geltenden Budgetprinzipien unter zwei Rubriken ausgewiesen werden, nämlich teils durch auf kurze Sicht aufgenommene Mittel, teils durch Mittel aus dem Konjunkturausgleichsfond.
Wenn jegliche Ausnützung fondierter Mittel für unrentable Ausgaben auf einem Konjunkturausgleichsfond geführt würde, gäbe offenbar das Nettoresultat der Transaktionen unter dieser Rubrik und unter der Rubrik "vorübergehende Anleihen" unmittelbar zu erkennen, welche Nettoveränderung im Staatsvermögen bis zum Zeitpunkt der Rechnungslegung durch die vorübergehende Abweichung von den normal geltenden Budgetprinzipien hervorgerufen würde.

---

1) Mit dieser Empfehlung wandte sich das Komitee gegen die in praxi zuweilen vertretene Ansicht, daß das Budget "finanztechnisch gesehen als ausgeglichen betrachtet" werden könne, "auch wenn während des Budgetjahres eine Differenz zwischen wirklichen Einnahmen und den nicht rentablen Auszahlungen vorliege, sofern nur diese Differenz durch Fonds, - seien es auch solche, die durch eine vorausgegangene Absetzung wirklicher Einnahmen für andere Zwecke als die des Budgetausgleichs geschaffen wurden, - gedeckt würde." ("Åtgärder ...", S. 273). (Übers. v. Verf.)

Ist das Netto der Transaktionen unter den beiden genannten Rubriken gleich Null, würde das bedeuten, daß die verschiedenen Abweichungen von den normal geltenden Budgetprinzipien durch Absetzungen an Fonds aufgewogen wurden, so daß das Budget auf lange Sicht, in Übereinstimmung mit den normal geltenden Budgetprinzipien, ausgeglichen wäre"[1].

cd) Öffentliche Arbeiten

Nachdem wir so die mit einer Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit in Depressionszeiten verbundenen Budgetausgleichsprobleme, wie sie sich in den Augen des schwedischen Arbeitslosenkomitees ergaben, kennengelernt haben, wenden wir uns nun noch einigen Gesichtspunkten zur Frage der - bei der Behandlung staatlicher Ausgabenpolitik besonders aktuellen - Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten zu. Diese wurde von uns aus Gründen der Vereinfachung in der Darstellung bisher ja außer acht gelassen.
Wir können uns auch hierbei wieder - verglichen mit der Größe und Bedeutung des Problemkreises "Öffentliche Arbeiten" - relativ kurz fassen, da die meisten der vom Komitee hierzu geäußerten Gesichtspunkte sich nicht in nennenswerter Weise von denjenigen in Myrdals Promemoria unterscheiden. Die wenigen, die neu und daher von uns noch nicht behandelt sind, sollen jedoch im folgenden dargestellt werden. In einer Übersicht über die Aspekte, die bei einer konjunkturpolitischen Ausweitung der Öffentlichen Arbeiten zu berücksichtigen sind, soll zunächst aufgezeigt werden, welche hiervon bereits in Myrdals Arbeit behandelt wurden und welche neu sind.

Die Überzeugung, mit Hilfe einer zweckmäßigen Gestaltung des Umfangs und der Einrichtung Öffentlicher Arbeiten konjunkturausgleichend und beschäftigungsfördernd wirken zu können, beruht, - laut Darstellung des Komitees, - im wesentlichen auf zwei Motiven:

Erstens auf dem sog. Realmotiv, welches besagt, daß Öffentliche Arbeiten unter Berücksichtigung realer Gesichtspunkte zur Verringerung produktionstechnischer und anderer struktureller Diskontinuitäten, d.h. also in der Absicht, die Kapazität der Kapitalgüterindustrie gleichmäßig auszunützen, vorgenommen werden müssen.
Zweitens auf dem monetären Motiv, dessen Vertreter Öffentliche Arbeiten ausschließlich als Mittel zur Modifikation der monetären Entwicklung und damit als die eigentliche Geldpolitik komplettierendes Mittel betrachten[2].

---

1) "Åtgärder ...", S. 275. (Übers. v. Verf.)
2) "Åtgärder ...", S. 128.

Während sowohl die Konjunkturauffassung, von der man beim Realmotiv ausgeht, als auch die praktischen Schlußsätze, die hieraus für die Öffentlichen Arbeiten folgen, im allgemeinen als theoretisch unbestreitbar richtig bezeichnet werden, finden sich zur monetären Motivierung verschiedene Gegenargumente. Die wichtigsten davon, - daß eine rein monetär motivierte Expansionspolitik nur einen künstlichen und daher unbeständigen Aufschwung schaffe, daß sie der Privatwirtschaft Kredit wegnehme und daß Öffentliche Arbeiten Realkapital sowie übrige produktive Ressourcen in Anspruch nehmen und die Produktionsmöglichkeiten der Privatwirtschaft verschlechtern würden, - sowie die Frage ihrer Berechtigung, wurden bereits in Myrdals Promemoria ausführlich diskutiert; desgleichen auch das Kostenproblem Öffentlicher Arbeiten[1].

Der monetäre Effekt vermehrter Öffentlicher Arbeiten, d.h. in erster Linie ihr Einfluß auf die Entwicklung der Kaufkraft, hängt z.T. von der Finanzierungsweise der staatlichen Vorhaben ab. Einsparungen im Betriebsbudget, Steuern und Anleihen stehen hierfür zu Verfügung.
Wir haben diese alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, gerade in ihrer Wirkungsweise auf die Kaufkraftentwicklung, und hierbei nicht zuletzt unter Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge, bei der Behandlung von Myrdals Promemoria bereits ausführlich untersucht. Nur hinsichtlich der Anleihefinanzierung finden sich im Rapport noch einige wesentliche Gesichtspunkte, die bei Myrdal unberücksichtigt blieben und daher im folgenden von uns aufgegriffen werden. Ebenso ist noch das Problem des monetären Effekts Öffentlicher Arbeiten generell, also abgesehen von den genannten Finanzierungsformen, zu behandeln. Wir haben somit unsere Darstellung noch um diese Punkte zu ergänzen. Eine letzte Frage, die noch offen steht, ist schließlich diejenige nach der Wahl des geeignetsten Arbeitsobjektes bei Öffentlichen Arbeiten.

Der monetäre Effekt staatlicher Neuinvestitionen, verschiedene Möglichkeiten staatlicher Anleiheaufnahme sowie die Wahl des Arbeitsobjektes bei Öffentlichen Arbeiten sind somit drei Fragen, die das Komitee zusätzlich untersucht und die wir infolgedessen noch zu behandeln haben.

Die Betrachtung des monetären Effekts Öffentlicher Arbeiten geschieht im Rapport unter der Annahme, daß diese durch zusätzliche Kredite finanziert werden.

---

1) Siehe unsere Darstellung S. 113 ff.

Unter monetärem Effekt wird dabei der zahlungsmittel- und damit kaufkraftschaffende Effekt verstanden, der mit den betreffenden Investitionen verbunden ist und der bis zu einem gewissen Grade den Umfang der mit den Investitionen bezweckten Expansion beeinflußt. Als Maßstab für diesen monetären Effekt dient die Verschiebung in der Nettokreditgewährung durch das Bankensystem. Bestimmt wird der Umfang der bezweckten Expansion allerdings nicht durch das infolge der staatlichen, kreditfinanzierten Investitionsausdehnung vermehrte Angebot an Zahlungsmitteln, sondern durch die Zukunftserwartungen innerhalb der Privatwirtschaft, die ihrerseits von den staatlichen Investitionen beeinflußt werden können. Anhand eines Beispiels werden diese Zusammenhänge im Rapport erläutert: [1]

Werden die Öffentlichen Arbeiten durch eine Anleihe bei der Reichsbank finanziert, so erhalten (durch die entsprechenden staatlichen Ausgaben) Unternehmungen und Einzelpersonen eine zusätzliche Menge Zahlungsmittel in Höhe der Anleihe. Ein Teil dieser Zahlungsmittel kann in Form von Ersparnissen, oder infolge von Einkäufen aus dem Ausland, neutralisiert werden, der Rest stellt disponible Zahlungsmittel der Wirtschaft dar und entspricht der Nettokreditexpansion, also dem ursprünglichen Staatskredit bei der Reichsbank, abzüglich der Neuersparnisse (der Konsumenten) und der Importsteigerung.

Wird die Privatwirtschaft nicht veranlaßt, als Folge der vermehrten staatlichen Investitionen ihrerseits ihre Kredite beim Bankensystem zu modifizieren, so entsteht offenbar eine Produktionsexpansion in dem Umfang, wie ihn die (schließliche) Nettokreditvermehrung, also Staatskredit minus oben definierter Neutralisierung, tragen kann. Wäre die Expansion größer, würde das bedeuten, daß die Privatwirtschaft ihre eigene Nettoschuld beim Bankensystem vermehrte, und umgekehrt wäre eine Expansion minderen Umfangs darauf zurückzuführen, daß die Privatwirtschaft einen Teil der disponiblen Zahlungsmittel zur Verminderung ihrer Nettokredite bei den Banken benützte. Hieraus folgt, "daß die schließliche, bestehende Nettokreditausdehnung von Null bis zu einem Wert, der um ein vielfaches größer ist als die eigene Anleiheaufnahme und die eigenen Ausgaben des Staates, variieren kann" [2].
Anhand eines Zahlenbeispiels wird im Rapport gezeigt, wie sich bei unverändertem Nettokredit der Privatwirtschaft der monetäre Effekt staatlicher Investitionen nicht in einer fortschreitenden Zunahme des Kaufkraftvolumens äußert, sondern wie dieses nur auf ein gegenüber der Ausgangssituation höheres Niveau gehoben wird, auf dem es sich, - infolge der genannten Neutralisierun

1) "Åtgärder ...", S. 129.
2) "Åtgärder ...", S. 129. (Übers. v. Verf.)

erscheinungen in der Zahlungsmittelzirkulation, - sodann stabilisiert. Der schließliche monetäre Effekt ist dann geringer als die bis dahin in Anspruch genommene totale Höhe des Staatskredites.

Im gezeigten Beispiel soll der Staat monatlich 10 Mill. Kronen für Öffentliche Arbeiten auszahlen. Von diesem Nettozuschuß an Zahlungsmitteln soll jeweils die Hälfte durch Sparen und vermehrte Nachfrage nach Importgütern neutralisiert werden. Im ersten Monat erhält man dann eine Nettokreditvermehrung von 10 Mill., im zweiten Monat von 15 Mill., im dritten von 17,5 Mill., im vierten von 18,75 Mill., während in diesem Zeitpunkt der Totalbetrag der staatlichen Anleihe bereits 40 Mill. umfaßt. Unter den genannten Voraussetzungen bewirkt die staatliche Anleihe dann schließlich eine maximale Nettokreditexpansion von 20 Mill..

In dieser Darstellung, die die Aufmerksamkeit auf besagte Neutralisierungstendenzen lenkt und nach den Worten des Komitees hervorheben sollte, "daß der bleibende monetäre Effekt staatlicher Arbeiten völlig davon abhängt, ob die Privatwirtschaft zu einer Expansion veranlaßt wird," kommt die Bedeutung der Tatsache, daß e b e n n i c h t der gesamte ursprünglich ausbezahlte Staatskredit jeder Periode unmittelbar schon in dieser neutralisiert wird, und die hieraus resultierende indirekte Einkommensbildung in den darauffolgenden Perioden, nicht in adäquater Weise zur Geltung.
Diese, seit R.F. Kahn und J.M. Keynes [1] als Multiplikatoreffekt "eines die Höhe des Einkommens beeinflussenden Anstoßes"[2] bekanntgewordene und vielfach untersuchte Erscheinung ist zwar nur das Pendant der Neutralisierungsdarstellung des Komitees und daher natürlich streng genommen auch aus diesem ersichtlich, doch kommt sie nach unserem Dafürhalten infolge jener einseitigen Betonung der Neutralisierungstendenzen im Rapport nicht in ausreichendem Maße zu ihrem Recht.

Die Zahlungsmittel, die durch die ursprünglichen Staatsausgaben in die Hände von Einzelpersonen und Unternehmungen fallen, stellen ja in dem Umfang, in dem sie (im Verlauf der ersten Periode) nicht neutralisiert werden, als disponible Mittel der Wirtschaft neue Nachfrage dar, bilden dadurch in der nächsten Periode neue Einkommen und disponible Mittel, usw., so lange,

---

1) R.F. Kahn, "The Relation of Home Investment to Unemployment", in Economic Journal, Bd. 41 (1931). J.M. Keynes, "The Means of Prosperity", 1933, und "General Theory ...", S. 113 ff.
2) A. Paulsen, "Neue Wirtschaftslehre", 5. Aufl., Berlin u. Ffm. 1954. S. 101.

bis der totale ursprüngliche Staatskredit absorbiert, neutralisiert ist, so daß die totale Produktionssteigerung, die die ursprünglichen Arbeiten sowie jene indirekten Nachfragewirkungen verursachen, größer ist als die ursprünglichen Kosten der Öffentlichen Arbeiten. Gerade diese indirekten Wirkungen Öffentlicher Arbeiten, die doch die Zukunftserwartungen der Privatwirtschaft beeinflussen und damit - wie ja auch aus der Darstellung des Komitees zu entnehmen ist - für das Bestehen der Expansion überhaupt von Bedeutung sind, werden aber, wie erwähnt, im Rapport nicht näher behandelt[1].

---

1) Eingehender mit der Frage der indirekten Wirkungen Öffentlicher Arbeiten, also mit dem bereits oben festgestellten Sachverhalt, daß die ursprüngliche mit der staatlichen Nachfrage verbundene Einkommensbildung ihrerseits zu einer sekundären Nachfrage führt, die wiederum einkommensbildend wirkt usw., beschäftigt sich dagegen Bertil Ohlin in "Penningpolitik, offentliga arbeten, subventioner och tullar som medel mot arbetslöshet", SOU 1934:12, S. 102-107. Auch Ohlin geht davon aus, daß sich der Staat die Mittel zur Finanzierung der Öffentlichen Arbeiten direkt bei der Reichsbank beschafft. Die mit den Öffentlichen Arbeiten verbundene direkte Beeinflussung der Einkommen, Einkommenserwartungen und Rentabilitätsvorstellungen seitens der Arbeiter, Unternehmer und Kreditgeber bewirke sodann eine indirekte Nachfrage auf dreierlei Weise: (1) Bei den Unternehmern, die das infolge der vermehrten Verkäufe freigesetzte Kapital reinvestieren wollen, entstehe eine Reinvestitionsnachfrage. (2) Arbeiter und Unternehmer könnten ihre Konsumtionsnachfrage steigern. (3) Verbesserte Rentabilitätserwartungen können zu vermehrten Neuinvestitionen führen.
Reinvestitions- und Konsumgüternachfrage werden (nach Ohlin) von den vermehrten Einnahmen der Unternehmungen und den Einkünften der Unternehmer und Arbeiter bestritten, sofern sie nicht "thesauriert", also stillgelegt werden. Sie bilden ihrerseits Einkommen, von denen ebenfalls ein Teil thesauriert, ein Teil für weitere Nachfrage verwendet wird, usw., so daß via Neubildung von Einkommen ständig Nachfrage entsteht, bis der gesamte ursprüngliche Betrag der Staatsausgaben neutralisiert ist.
Die Neuinvestitionen, die sowohl direkt (z.B. in Form vermehrter Lagerhaltung) als auch auf Grund allgemeiner optimistischer Zukunftserwartungen (evtl. eben infolge des öffentlichen Arbeitsprogrammes) mehr indirekt mit der Nachfragesteigerung zusammenhängen können, werden teils (so wie Reinvestitionen und Konsumgüternachfrage) durch vermehrte, nicht stillgelegte Einkünfte, teils durch zusätzliche Kreditaufnahme seitens der Privatinvestoren finanziert.

Als zweiten Ergänzungspunkt zu unseren bisherigen Ausführungen über die von den schwedischen Sachverständigen dargestellten Gesichtspunkte hinsichtlich Öffentlicher Arbeiten haben wir die Frage nach den verschiedenen Möglichkeiten einer Anleihefinanzierung solcher Arbeiten genannt.

Wir haben an anderer Stelle flüchtig daraufhingewiesen, [1] daß Öffentliche Arbeiten ohne Unterstützung durch geldpolitische Maßnahmen wirkungslos, u.U. sogar direkt schädlich sein können. Die hier folgenden Überlegungen über die Möglichkeiten, Öffentliche Arbeiten durch Anleihen zu finanzieren, können als eine nähere Erläuterung zu diesem Hinweis betrachtet werden.

Um Öffentliche Arbeiten mit Anleihen zu finanzieren, kann sich der Staat - laut Rapport - zur Unterbringung von Schuldpapieren entweder an den Kapitalmarkt oder aber direkt an die Reichsbank wenden.
Die Bedeutung einer geldpolitischen Unterstützung konjunkturstimulierender Öffentlicher Arbeiten für deren Gelingen wird deutlich, wenn man die Wirkungen der genannten Anleihebeschaffungsformen auf den Kapitalmarkt betrachtet:

Wir begegnen somit bei Ohlin einer eingehenden Analyse jener zwei Begriffe, die das Komitee dann später in seinem Rapport zwar berührt, jedoch nicht näher bestimmt. Unser Vergleich zeigt, daß die beiden ersten indirekten Nachfragearten sowie der durch Einkünfte finanzierte Teil der Neuinvestitionen bei Ohlin offenbar den "Umfang der Produktionsexpansion bestimmen, der von der schließlichen Nettokreditexpansion durch den Staat getragen werden kann", wie es im Rapport heißt, während die kreditfinanzierten Neuinvestitionen (bei Ohlin) zu jener "Vermehrung der eigenen Nettoschuld der Privatwirtschaft" (laut Rapport) führen, derzufolge die Produktionsexpansion dann größer wird als im Falle der ausschließlich staatlichen Nettokreditexpansion.
Außer dieser gründlichen Analyse der Entwicklung und Arten der indirekten Nachfrage bemüht sich Ohlin, unter Berücksichtigung von Verzögerungen in den verschiedenen Nachfragereaktionen, den sog. "time lags", u. mit Hilfe von Zahlenbeispielen, den indirekten Nachfrageeffekt Öffentlicher Arbeiten quantitativ zu bestimmen. Damit gibt er, nach den Worten Erik Lundbergs, (Konjunkturer och ekonomisk politik, S.267) "ein gewisses Beispiel für den Multiplikatoreffekt."

1) Siehe S. 139/140.

Eine direkte Übernahme der Staatsobligationen durch die Reichsbank bewirkt, daß die Obligationskurse und damit der Zins für langfristige Wertpapiere unverändert bleiben. Wendet sich der Staat jedoch an den Kapitalmarkt, ist dagegen eine Zinssteigerung zu erwarten. Dies kann die Sparer aber dazu veranlassen, ihre Nachfrage nach Obligationen zurückzuhalten, wodurch deren Kursfall unverhältnismäßig stark werden könnte. Die depressiven Tendenzen, die mit einer solchen Entwicklung auf dem Kapitalmarkt verbunden sind, würden aber den Wert der ganzen staatlichen konjunkturstimulierenden Ausgabenpolitik in Frage stellen.

Die Reichsbank kann nun aber in diesen Fällen mit Hilfe einer entsprechenden Offenmarktpolitik, d.h. durch Kauf von Wertpapieren auf dem offenen Markt solche Zinssteigerungen bekämpfen. Kauft sie Wertpapiere in dem Umfang, daß ein Kursfall effektiv verhindert wird, (Voraussetzung hierfür ist, daß ein ausreichend großer Raum für eine Kreditexpansion vorhanden ist[1]), so erhöht sich ihr Besitz an Wertpapieren und damit die Menge an Zahlungsmitteln schließlich gleichermaßen, wie wenn sie die Staatsanleihe direkt übernommen hätte.
Unter der Voraussetzung, daß die Reichsbank eine konsequente Zinspolitik (zur Vermeidung evtl. depressiver Tendenzen) in der gezeigten Form betreibt, ist also das Ergebnis auf die Entwicklung der Kaufkraft, der Preise und der Kreditdisposition dasselbe, ob die Reichsbank die Staatsanleihe direkt übernimmt oder ob der Staat seine Obligationen auf dem Kapitalmarkt unterbringt. Daher wendet sich das Komitee auch gegen die Auffassung, daß eine direkte Inanspruchnahme der Reichsbank durch den Staat (zur Finanzierung der Öffentlichen Arbeiten) gefährlicher sei als die Beanspruchung des Anleihemarktes, weil nur sie, also die erstgenannte, inflationistisch wirke[2].

---

1) Dieser wird bestimmt durch staatswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, währungs- und valutapolitische Grenzen. (Siehe auch hierzu "Handbuch der Finanzwissenschaft", 2. Aufl., Tübingen 1952, 1. Bd, S. 402)

2) Vgl. etwa auch in jüngerer Zeit Lars Erik Thunholm, "Svenskt kreditväse 2. Aufl., Sthlm. 1952, S. 295: "Die Reichsbankkredite stellen die einfachste und bequemste Finanzierungsform dar, bringen aber andrerseits auf Grund der Aufschwellung in der Geldmenge, die die Folge davon ist, und der damit verbundenen Inflationsrisiken die größten Nachteile mit sich (Übers. v. Verf.). Die unterschiedliche Auffassung des Komitees beruht, wie gezeigt, auf der der Betrachtung zugrundeliegenden Prämisse, daß die Reichsbank eine der konjunkturstimulierenden Finanzpolitik entsprechende Zinspolitik betreibt.

Diese Darstellung scheint dem Komitee Beweis genug dafür, daß die Mitwirkung der Reichsbank bei der Finanzierung vermehrter Öffentlicher Arbeiten durch Anleiheaufnahme unumgänglich notwendig sei, wenn die bezweckte Konjunkturanregung überhaupt erreicht werden solle. Und zwar müsse die Unterstützung durch die Reichsbank bereits "bei der Planung einer konjunkturstimulierenden Politik" im "Stadium der administrativen und politischen Vorbereitung" einsetzen. Denn im Gegensatz zu den direkt stimulierenden Einflüssen vermehrter staatlicher Tätigkeit, die sich ja erst mit Beginn der betreffenden Öffentlichen Arbeiten geltend machen könnten, würde eine erwartete öffentliche Anleiheaufnahme auf dem Kapitalmarkt sofort ihre Wirkungen zeitigen, indem sie die Zinserwartungen und dementsprechend die Verhaltensweise der Sparer beeinflusse, damit aber eben auch die gezeigten Tendenzen auf dem Kapitalmarkt bewirke. Würde sich die Reichsbank in diesem vorbereitenden Stadium passiv verhalten und etwa einem Fallen der Obligationskurse freien Lauf lassen, so würden die Vorbereitungen auf eine aktive Konjunkturpolitik eben auf Grund der Reaktionen auf dem Kapitalmarkt einen ungünstigen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben, lange bevor sich ihre stimulierenden Wirkungen geltend machen könnten. "Hat man keine Garantie", so folgert das Komitee, "daß die Reichsbank - sofern es im Rahmen ihrer valutaschützenden Aufgabe möglich ist - diejenigen Richtlinien verfolgt, die mit der Investitionssteigerung übereinstimmen, und damit die Finanzpolitik unterstützt, kann eine Expansion der öffentlichen Investitionstätigkeit aus konjunkturpolitischen Gründen schwerlich befürwortet werden"[1].

Die Behandlung der Frage schließlich, welches Arbeitsobjekt bei der Durchführung vermehrter Öffentlicher Arbeiten zu wählen sei, erhält im Rapport dadurch eine besondere Bedeutung, daß man bei ihr konsequent von den verschiedenen Motiven ausgeht, die bereits der Diskussion über Öffentliche Arbeiten als Mittel gegen Arbeitslosigkeit überhaupt zugrundegelegt worden waren[2].
Bisher hatte man in den wirtschaftstheoretischen und -politischen Erörterungen bei der Wahl der Arbeitsobjekte alle Gesichtspunkte, die aus den verschiedenen Motiven für eine Ausweitung Öffentlicher Arbeiten resultierten, zusammenzufassen und am jeweiligen Arbeitsobjekt direkt zu beurteilen versucht, während das Komitee auf dem Standpunkt stand, daß man "Klarheit hin-

---

1) "Åtgärder ...", S. 139. (Übers. v. Verf.)
2) Siehe S. 148 ff.

sichtlich der prinzipiellen wirtschaftlichen Gründe für die Wahl der Arbeitsobjekte nur dadurch" erhalte, daß man "eine konsequente Trennung der verschiedenen Motive für vermehrte staatliche Auszahlungen" vornehme, sowie dadurch, "daß man bei der Projektierung der Politik die Bedeutung" abwäge, "die den verschiedenen Motiven in der betreffenden Arbeitslosigkeitssituation" zukomme. "Hier, bei der Frage der Bedeutung der Motive in der gegebenen Situation, muß die Diskussion über die geeignete Wahl der Arbeitsobjekte eingreifen, nicht bei den Objekten selbst."

Als wirtschaftliche Motive für eine Ausweitung Öffentlicher Arbeiten in konjunkturstimulierender Absicht gelten:
(1) Das Realmotiv, (2) das monetäre Motiv, und (3) das Versorgungsmotiv.

Aus ihnen ergeben sich dann im Rapport folgende Gesichtspunkte bei der Wahl des geeignetsten Arbeitsobjekts:

(1) Geschieht eine Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten aus konjunkturpolitischen Gründen unter dem Realmotiv, d.h. in der Absicht, die Kapazitätsausnützung in den kapitalwarenproduzierenden Industrien auszugleichen, so müssen die Arbeiten möglichst so eingerichtet werden, daß sie direkt oder indirekt zu einem Verbrauch von innerhalb des Landes produzierten Kapitalwaren führen. Eine solche Einrichtung stößt jedoch aus zwei Gründen auf Schwierigkeiten: Einmal wegen der starken Spezialisierung gewisser Zweige der schwedischen kapitalwarenproduzierenden Industrie, zum anderen, da ein großer Teil dieser Industrien stark exportorientiert und daher von der einheimischen Nachfrage nur wenig zu beeinflussen ist.

Generell hielt das Komitee - unter Berücksichtigung des Realmotivs - eine Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten im Bausektor für empfehlenswert, da dieser ein Hauptabnehmer für Holz, Ziegel, Steine und Zement, sowie für spezielle Maschinen, also für die Hauptprodukte einiger wichtiger Spezialindustriezweige sei; allerdings dürfe man hierbei nicht übersehen, daß gerade die Holz- und Maschinenindustrie stark exportorientiert sei, weshalb eine Ausdehnung der einheimischen Bautätigkeit für diese beiden Industrien nicht sehr bedeutungsvoll sein dürfte.

(2) Bei der Ausdehnung Öffentlicher Arbeiten unter monetären Gesichtspunkten also in erster Linie in der Absicht, die Produktpreise zu erhöhen, müssen die Arbeitsobjekte so gewählt werden, daß der gegebene Kreditraum so effektiv wie möglich ausgenützt werden kann. Das bedeutet, daß in diesem Fall solche Investitionen vorzuziehen sind, die die geringsten direkten oder indirekten Importsteigerungen mit sich bringen.

Die Möglichkeiten hierfür schienen dem Komitee jedoch ebenfalls recht gering, da die Preise der meisten Güter, an die sich die direkte oder indirekte Nachfrage wende, in der Nähe der sog. oberen internationalen Preisgrenze liege, was bedeute, daß eine Steigerung der Preise dieser Waren zu einer erhöhten Nachfrage nach Importwaren führen würde. Außerdem bewirke die mit den Öffentlichen Arbeiten bezweckte Kaufkraftverteilung sowieso eine automatische Steigerung des Verbrauchs ausländischer Erzeugnisse.

(3) Eine Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten unter dem dritten, dem sog. Versorgungsmotiv, das besagt, daß durch die öffentlichen Investitionen möglichst viele versorgt werden sollen, bedeutet natürlich, daß diejenigen Arbeitsobjekte zu wählen sind, die arbeitsintensiv und damit lohnbildend sind. Diese Wahl läßt sich zwar gut mit dem monetären, nicht aber mit dem Realmotiv vereinbaren.

Nach Behandlung der rein wirtschaftlichen Motive bei der Wahl der Arbeitsobjekte macht das Komitee noch auf einige andere Gesichtspunkte aufmerksam, die in erster Linie technischer und administrativer Art, dabei aber oftmals von so großer praktischer Bedeutung sind, daß sie ausschlaggebend sein können.

So wird die Wahl der Arbeitsobjekte in gewissem Umfang von der regionalen und beruflichen Verteilung der Arbeitslosen begrenzt. In diesem Fall sind dann weder die Kapazitätsausnützung, noch die Forderung nach effektiver Ausnützung des Kreditraums, noch das reine Versorgungsprinzip entscheidend, sondern der Wunsch, die Öffentlichen Arbeiten möglichst ohne größere Friktion auf dem Arbeitsmarkt durchzuführen.

Schließlich wird die Wahl der Arbeitsobjekte auch noch durch den "staatsfinanziellen Wertgesichtspunkt" begrenzt. Dieser verlangt, daß die öffentlichen Investitionen - ganz abgesehen von ihrer Bedeutung als konjunkturstimulierendes Mittel - einen Wert besitzen. Die Beurteilung des Wertes einer Arbeit ist aber letztlich - wie das Komitee hervorhebt - bei allen theoretischen Überlegungen eine politische Frage und kann daher selten nach irgendwelchen objektiven Gesichtspunkten geschehen.

Daher sieht das Komitee die beste Lösung bei der Bewertung Öffentlicher Arbeiten in der Forderung, daß deren Ausdehnung nur in Form einer Antizipation normaler Investitionsbedürfnisse stattfinden dürfe. Als Garantie dafür, daß die vorgenommenen Investitionen die Mehrkosten der Arbeitslosenpolitik auch entsprechend den gewöhnlichen Bewertungsgrundsätzen motivierten, müsse man somit mit einem Übergang zu langfristiger Planung der Öffent-

lichen Arbeiten rechnen, sowie Möglichkeiten schaffen, die die Durchführung dieser Pläne garantierten. "Wenn die Anwendung Öffentlicher Arbeiten als konjunkturpolitisches Hilfsmittel auf eine Planung dieser Art gestützt werden könnte, so läge darin auch eine gewisse Garantie für eine Verringerung der Investitionen in Hochkonjunkturen, die dann das notwendige Komplement zu der Expansion während Depressionen darstellt. Sollte diese Garantie als zu schwach angesehen werden, als daß man eine Expansion in depressiven Zeiten wagen würde, kann die langfristige Planung doch immer als Grundlage für eine Ausgleichung der Öffentlichen Arbeiten ausgenützt werden, so daß konjunkturverschärfende Fluktuationen in der staatlichen Investitionstätigkeit vermieden werden" [1].

ce) Handelspolitik

Die Handelspolitik haben wir, hinsichtlich ihrer konjunkturellen Bedeutung, bisher in den schwedischen Untersuchungen als notwendige Ergänzung zweier anderer konjunkturausgleichender wirtschaftspolitischer Mittel kennengelernt, nämlich der mit monetären Hilfsmitteln verschiedener Art operierenden Geldpolitik [2] und den in einer Verschiebung der Öffentlichen Arbeiten resultierenden staatsfinanziellen Maßnahmen [3]. In beiden Fällen dient die Handelspolitik zur Neutralisierung der mit diesen zwei Maßnahmen verbundenen negativen Einflüsse auf die internationalen Zahlungsverhältnisse und damit zur Ausweitung des sog. internationalen Kreditraums. Zölle, Subventionen und direkte Importkontrolle sind hierbei die hauptsächlich in Frage kommenden handelspolitischen Mittel.

Von diesen sind allerdings (nach Ansicht des Komitees) die zwei zuerst genannten wenig geeignet, direkt konjunkturausgleichende Resultate zu erzielen, da sie zu ungeschmeidig und ihre Wirkungen zu unbestimmt sind. Dagegen könnte man durch ein Importmonopol eine größere Effektivität erzielen, doch schien ein solches Mittel dem Komitee wiederum nur "in akuten Notlagen, die die Valutarelation zu zerstören drohen und die nur durch sehr kräftige Eingriffe überwunden werden können" [4], zulässig.

Außer mit solchen Wirkungen handelspolitischer Eingriffe "auf lange Sicht" beschäftigt sich das Komitee noch mit der Frage, inwieweit die Handelspolitik unter dem Gesichtspunkt der Arbeitslosigkeit auf lange Sicht, also im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit bei Strukturveränderungen, von Bedeutung ist.

---

1) "Åtgärder ...", S. 151. (Übers. sowie Sperrung v. Verf.).
2) Siehe S. 139 ff.
3) Siehe S. 118/119
4) "Åtgärder ...", S. 80. (Übers. v. Verf.)

Hier liegt der Wert der Handelspolitik nach den Ausführungen im Rapport vor allem darin, daß mit Hilfe von Schutzmaßnahmen in ihrem Bereich eine Anpassung an strukturelle Veränderungen sukzessive und damit unter Vermeidung größerer Friktionen auf dem Arbeitsmarkt vor sich gehen kann[1].

Die Gefahr solcher Maßnahmen besteht allerdings darin, daß sie, da infolge ihrer schützenden Wirkungen der Anlaß zu einer Abwicklung der betreffenden Umstellung oder Veränderung nicht mehr vorhanden zu sein scheint, permanent gestaltet werden müssen, so daß dann bei Einstellung dieser Maßnahmen gerade die Arbeitslosigkeit eintrifft, die verhindert werden soll. Daher ist es notwendig, solche handelspolitischen Eingriffe durch Arbeitsvermittlungen, die die freigesetzten Arbeitskräfte der von der strukturellen Veränderung betroffenen Gebiete einer anderen Beschäftigung zuführen, zu ergänzen.

Die Möglichkeit, durch Schutzzölle oder entsprechende handelspolitische Schutzmaßnahmen eine Freisetzung von Arbeitskräften zu verhindern oder eine Beseitigung bestehender Arbeitslosigkeit zu erreichen, hängt - wiederum nach den Worten des Komitees - davon ab, ob die betreffenden Importwaren, gegen die sich die Schutzmaßnahmen richten, leicht durch einheimische Produkte ersetzt werden können, und sich somit als Folge der Schutzmaßnahmen eine Verschiebung der Nachfrage auf einheimische Produkte ergibt.

Wird eine Importware, bei der eine weitgehende Substitutionsmöglichkeit besteht, mit einem Schutzzoll belegt, so wird die Nachfrage nach dieser Ware überproportional der erfolgten Preissteigerung sinken. Eine bestimmte Menge Kaufkraft wird dadurch freigesetzt, die sich nun an die betreffenden einheimischen Substitutionsprodukte wendet. Die Produzenten dieser Produkte erhalten hierdurch höhere Einkünfte, ihre Rentabilitätserwartungen steigen, mit der Folge, daß sie mehr Investitionen vornehmen, mehr Arbeitskraft nachfragen und höhere Konsumtionsausgaben tätigen werden.

Dieser Effekt der ursprünglichen Kaufkraftfreisetzung, eine Nettozunahme der monetären Nachfrage nach einheimischen Gütern und Diensten hervorzurufen, wird noch verstärkt, sofern die Unternehmer ihre Nachfrage nicht nur entsprechend ihren gestiegenen Einnahmen steigern, sondern sie durch Inanspruch-

---

1) Es kann sich beispielsweise darum handeln, bei notwendigen Betriebseinstellungen oder Betriebsumlegungen (etwa infolge verschärfter Auslandskonkurrenz) mit Hilfe von Schutzzöllen die Beschäftigung in der betreffenden Industrie zunächst noch aufrechtzuerhalten und eine sukzessive Überführung der Arbeitskräfte auf andere Gebiete bzw. eine sukzessive Durchführung der gebotenen Rationalisierung zu ermöglichen.

nahme neuer Kredite zusätzlich erhöhen. Somit besteht laut Rapport "das sekundäre Ergebnis des Zollschutzes einerseits in der Tendenz zu einer Produktionsverschiebung in Richtung auf die Waren, die infolge der schlechten Versorgung mit der zollbelegten Ware nachgefragt werden, andrerseits in einer Kaufkraftvermehrung, die das einheimische Preis- und Einkommensniveau erhöht und so langsam den Importwert bis zu seiner ursprünglichen Höhe ansteigen läßt" [1].

Trotz dieses Effekts auf Preis- und Einkommensniveau wird nach den Ausführungen des Komitees nur dann eine reale Expansion stattfinden können, wenn unausgenützte Produktionskapazität besteht und die Expansion in der Substitutionsgüterindustrie nicht durch Einschränkungen in anderen Produktionszweigen erkauft werden muß.

Das Komitee gibt ferner zu bedenken, daß eine auf Zollschutz basierende Expansion nach obigem Muster auf jeden Fall eine Verschiebung in der Produktionsausrichtung bewirke, die nicht wieder - oder nur unter der Gefahr krisenhafter Veränderungen - abgewickelt werden könne. Dies bedeute aber, daß zollpolitische Maßnahmen zur Wiedereinsetzung unausgenützter Produktionskapazität nur dann motiviert erschienen, wenn diese mangelhafte Kapazitätsausnützung dauerhafter Art sei. Umgekehrt lasse sich schließen, daß handelspolitische Schutzmaßnahmen in konjunkturellen Depressionen, in denen man in der Regel mit einer automatischen Wiedereinsetzung der unausgenützten Kapazität während der kommenden Aufschwungsphase rechne, nur ausnahmsweise zum Einsatz gelangen dürften [2].

---

1) "Åtgärder ...", S. 81. (Übers. v. Verf.)

2) Außerdem ist für die Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen in oben behandeltem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, wie diese den Export beeinflussen. Hierbei ist vor allem zu beachten, daß Schutzmaßnahmen der genannten Art den Umfang des Exports auf dreierlei Weise beeinträchtigen können: (a) Die aus den handelspolitischen Schutzmaßnahmen resultierende monetäre Expansion mit ihrer vermehrten Nachfrage führt dadurch, daß die expandierenden Wirtschaftszweige den übrigen Arbeitskraft und Kapital wegkonkurrieren, zu einer Steigerung der Produktionskosten auch in den Exportindustrien. Dies dürfte allerdings nur bei voll ausgenützter Produktionskapazität der Fall sein. (b) Die steigende einheimische Nachfrage kann sich auch auf Exportprodukte erstrecken. Können die Exportindustrien bei Aufrechterhaltung des Exports diesen einheimischen Bedarf befriedigen, werden die expansiven Tendenzen der

Mit dieser Erörterung der Möglichkeiten, handelspolitische Maßnahmen zum Zwecke eines Konjunkturausgleichs einzusetzen, wollen wir die Wiedergabe der Äußerungen im Schlußrapport des schwedischen Arbeitslosenkomitees beenden.

Nachdem wir somit, nach der Erörterung der sog. "Stockholmer Schule", auch die unseres Erachtens wichtigsten Beiträge der unter der Regie des Arbeitslosenkomitees entstandenen "Theory of Unused Resources " über die Möglichkeiten antidepressionistischer Wirtschaftspolitik kennengelernt haben - unsere Wiedergabe sollte hierbei, trotz aller gebotenen Einschränkungen [1], doch so ausführlich sein, daß dem Leser ein möglichst weitgehender Einblick in diese sonst nur in schwedischer Sprache vorliegenden Arbeiten gewährt würde - wollen wir nunmehr eine Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale der schwedischen wirtschaftstheoretischen Diskussion der 30er Jahre über antidepressionistische Wirtschaftspolitik, (auch unter Einschluß der von uns bisher nicht ausdrücklich zitierten Arbeiten), geben.

Diese Zusammenfassung bildet zugleich den Abschluß des zweiten - theoretischen - Teils der vorliegenden Arbeit.

Schutzpolitik jedoch nicht durch diese vermehrte Nachfrage nach Exportwaren neutralisiert. (c) Handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen stets Repressalien seitens des Auslands befürchten, die dann den Export beeinträchtigen. (Vgl. "Åtgärder ...", S. 83)

1) Eine adäquate Wiedergabe der von uns behandelten Beiträge schwedischer Nationalökonomen zum Arbeitslosenkomitee sowie eine solche Wiedergabe des Schlußrapports würden jeweils den Umfang einer eigenen Abhandlung erfordern.

IV. ZUSAMMENFASSUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFTS-THEORETISCHE DISKUSSION DER 30er JAHRE, UNTER BESONDERER HERVORHEBUNG DER GELD- UND FINANZPOLITISCHEN ERÖRTERUNGEN

Wie wir in unserer Zusammenfassung über die "Stockholmer Schule" gezeigt haben, herrschte unter den schwedischen Nationalökonomen weitgehende Übereinstimmung bei der Erklärung wirtschaftlicher Prozesse, d.h. man bediente sich im großen ganzen eines gemeinsamen Modells und einer gemeinsamen Methode zur Erklärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die beide letztlich auf Wicksells kumulativen Prozeß zurückgingen [1].

Nunmehr gilt die Frage, inwieweit auch Übereinstimmung in den Auffassungen über die Möglichkeiten und Mittel, eine Depression zu überwinden, herrschte.

Das Hauptgewicht in den schwedischen theoretischen Untersuchungen von Antidepressionsmaßnahmen lag in den 30er Jahren bei der Erörterung der Möglichkeiten, mit Hilfe geld- bzw. finanzpolitischer Maßnahmen eine Überwindung von wirtschaftlichen Depressionen zu erreichen.
Während in ihren einzelnen Beiträgen sowohl Theoretiker als auch Praktiker und Politiker sich über die Stellung und Bedeutung der Geldpolitik in genanntem Zusammenhang einig gewesen zu sein scheinen, stößt man hinsichtlich der Beurteilung der finanzpolitischen Möglichkeiten auf einander teilweise widersprechende Meinungen.

Unsere Zusammenfassung kann daher keinen Überblick auf die allen Untersuchungen gemeinsamen Merkmale darstellen, sondern sie besteht in einer Zusammenstellung der dominierenden Auffassungen über die Anwendbarkeit der wirtschaftspolitischen Mittel, in erster Linie geld- und finanzpolitischer Mittel, zur Bekämpfung und schließlichen Überwindung wirtschaftlicher Depressionen.

---

1) Siehe S. 83 ff.

1. EINSTIMMIGKEIT ÜBER DIE ZENTRALE BEDEUTUNG DER GELDPOLITIK

Betrachtet man die einschlägigen Arbeiten, so fällt zunächst auf, wie sowohl in den Veröffentlichungen der Regierung, als auch den Untersuchungen der schwedischen Nationalökonomen und im Rapport des Arbeitslosenkomitees die zentrale Bedeutung der Geldpolitik als Mittel zur Bekämpfung konjunktureller Fluktuationen hervorgehoben wird, während gleichzeitig Übereinstimmung über ihre Ineffektivität im Tiefpunkt einer Depression bzw. in der oberen Phase eines Hochschwungs herrscht.
Diese zuletztgenannte Einschränkung, die zugleich das Interesse für andere Möglichkeiten, vor allem finanzpolitischer Art, weckte, war gegenüber der bisherigen Anschauung der 20er Jahre neu und geradezu revolutionierend [1].
Sie besagt aber andrerseits zugleich, daß man innerhalb dieser extremen Punkte im Konjunkturverlauf die üblichen geldpolitischen Mittel in Form von Diskont- und Offenmarktpolitik für ausreichend hielt, um die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen.
Interessant ist ferner, welche Bedeutung man innerhalb des geldpolitischen Instrumentariums den Deklarationen der Reichsbank beimaß. In ihnen sah man ein psychologisches Mittel zur Beeinflussung der Zukunftserwartungen der Allgemeinheit und damit zur Verhinderung spekulativer Momente [2].

---

1) Vgl. hierzu unsere Ausführungen S. 41.
2) Auf die mit der Anwendung dieses geldpolitischen Hilfsmittels verbundenen Risiken machte besonders das schwedische Arbeitslosenkomitee aufmerksam. (Siehe unsere Ausführungen S. 141). Vgl. hierzu aber auch die entsprechenden Äußerungen Erik Lundbergs, in denen es ebenfalls heißt, daß solche Deklarationen der Reichsbank nicht unter allen Umständen als eine Stütze der Wirtschaftspolitik angesehen werden könnten. Voraussetzung sei, daß die Allgemeinheit sowohl Vertrauen zu dem geldpolitischen Programm selbst als auch zu der Macht der Reichsbank habe, dieses Programm zu verwirklichen. So dürfte es nach Ansicht Lundbergs beispielsweise schwer fallen, dem unklaren und unsicheren geldpolitischen Programm eines "gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts", wie es die Nachkriegszeit bot, dieselbe vertrauenschaffende Funktion zuzuerkennen wie der einfachen und verständlichen Erklärung während der 30er Jahre, daß die Lebenshaltungskosten unverändert bleiben müßten.
(Erik Lundberg, "Konjunkturer ...", S. 261/262).

Diese Ansicht von der dominierenden Bedeutung der Geldpolitik führt konsequenterweise zu der unter Wirtschaftstheoretikern und -politikern vorherrschenden Auffassung, daß die Reichsbank als Hüterin der Geld- und Valutapolitik eine zentrale und gegenüber dem Staat unabhängige Stellung innehaben müsse, die finanzpolitischen Eingriffen nur eine die Geldpolitik ergänzende Funktion zukommen lasse [1].

2. VERSCHIEDENE ANSICHTEN ÜBER DIE BEDEUTUNG DER FINANZPOLITIK

Bei der Diskussion der Möglichkeiten, mit finanzpolitischen Mitteln den Tiefpunkt einer Depression zu überwinden, herrschte nicht dieselbe Übereinstimmung, wie das hinsichtlich der Einstellung gegenüber der zentralen Bedeutung

---

1) Vgl. hierzu die Auffassung des Arbeitslosenkomitees, dargestellt S. 141 sowie etwa folgende Äußerung E. Lindahls in "Penningpolitikens medel", Malmö 1930, S. 63: "Sofern bisher eine Zusammenarbeit zwischen der Geldpolitik der Zentralbank und der staatlichen Finanzpolitik vorkam, mußten sich in der Regel die geldpolitischen Interessen den staatsfinanziellen unterordnen: Der Staat hat die Macht der Zentralbank über das Geldwesen dazu benützt, sich die Mittel für seine Ausgaben zu beschaffen. Man kann sich jedoch auch eine Zusammenarbeit zwischen Geld- und Finanzpolitik in genau umgekehrter Weise denken. Wenn die geldpolitischen Gesichtspunkte über die finanziellen dominieren dürfen, könnte nämlich die Zentralbank gewisse Direktiven hinsichtlich der Finanzpolitik geben, wodurch letztere, statt die Regulierung des Geldwertes zu erschweren, diese erleichtern würde." Dieselbe Ansicht vertritt Lindahl noch 1935, da er schreibt: "Diese Justierung (Anm. d. Verf.: des finanzpolitischen Totalergebnisses entsprechend geldpolitischen Forderungen) dürfte am einfachsten dadurch realisiert werden, daß die Leitung der Zentralbank jedes Jahr dem Staat gewisse Direktiven darüber geben darf, was sie hinsichtlich der Budgetüber- bzw. Budgetunterbilanzierung während der nächsten Zukunft vom geldpolitischen Gesichtspunkt aus für wünschenswert hält, und daß dann die staatliche Budgetregulierung möglichst weitgehend dem angepaßt wird. Es geht also hierbei darum, daß finanzpolitische Maßnahmen absichtlich als Mittel zur Erreichung eines geldpolitischen Ziels angewandt werden ..."
(E. Lindahl, "Arbetslöshet och finanspolitik", in Ekon. Tidskr. 1935, S. 33, Übers. v. Verf.)

der Geldpolitik der Fall gewesen war.
Ein Teil der schwedischen Nationalökonomen und vor allem die Vertreter der Privatwirtschaft widersetzten sich der Ansicht der meisten Theoretiker und vor allem der führenden Politiker [1], daß mit Hilfe anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten ein Konjunkturaufschwung ausgelöst werden könnte [2].

So befürchtete Gustav Cassel, daß eine Belebung der Wirtschaft durch Öffentliche Arbeiten zu einer weiteren Erlahmung der privaten Unternehmertätigkeit führen könne, da sich die Unternehmer durch die staatliche oder staatssubventionierte Tätigkeit leicht zur Seite gedrängt fühlen könnten. Außerdem könnten Staatseingriffe zur Folge haben, daß gewisse Arbeitslöhne auf einem unwirtschaftlichen Niveau gehalten würden, also auf einem Niveau, das mit wirtschaftlichem Gleichgewicht unvereinbar wäre. Um ein richtiges Urteil über Öffentliche Arbeiten abgeben zu können, müsse man solche Minusposten eventuellen Plusposten gegenüberstellen und den Saldo ziehen. Dieser könne sich sodann durchaus als negativ erweisen [3].

Gegen eine expansive Finanzpolitik hatte sich auch (bereits 1931) Johan Åkerman gewandt. Er sah die "erste Voraussetzung für eine Hochkonjunktur" nicht in vermehrten Ausgaben, sondern in einer "großen Spartätigkeit, die eine große Unternehmertätigkeit und hohe Beschäftigung ermöglicht" [4]. Außerdem setzte er sich für eine allgemeine Lohnsenkung ein, mit deren Hilfe man Produktions- und Konsumtionsmöglichkeiten von einem Punkt zu einem anderen überführen und dadurch Voraussetzungen für erhöhte Beschäfti-

---

1) Der Hauptverfechter einer aktiven Finanzpolitik war der sozialdemokratische Finanzminister Ernst Wigforss.

2) Diese Meinungsverschiedenheit kann sehr gut im Protokoll des Nationalökonomischen Vereins über den Vortrag von Prof. Lindahl zum Thema "Öffentliche Arbeiten in Depressionszeiten" und die daran anschließende Diskussion verfolgt werden. (Siehe "Nationalekonomiska föreningens förhandlingar", Uppsala 1929-32, sammanträde den 25 november 1932, S. 127-164).

3) Gustav Cassel, "Näringslivets aktivisering", in: Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Kvartalsskrift, Nr. 3, Juli 1935, S. 47. (Die Aktivisierung der Wirtschaft, in: Vierteljahresbericht der Skandinavischen Kreditaktiengesellschaft.)

4) J. Åkermans Beitrag in "Sveriges Industriförbunds 'Det ekonomiska läget," augusti 1931, S. 32-33. ("Die wirtschftl. Lage", herausgegeben vom Schwedischen Industrieverband.) (Übers. v. Verf.)

gung schaffen könne [1].

Dieser Widerstand eines Teils der schwedischen Nationalökonomen gegen aktive finanzpolitische Maßnahmen beruhte, nach den Worten Lundbergs, letztlich auf "Harmonievorstellungen klassischer Art" [2], während die Vertreter der Praxis hauptsächlich auf die Gefahr hinwiesen, die darin bestehe, daß sich der Staat mit Hilfe ausgedehnter finanzpolitischer Maßnahmen allzusehr in der Wirtschaft engagieren und sie in immer höherem Maße unter seine Kontrolle bringen könne [3].

---

1) J. Åkerman in der Diskussion über E. Lindahls Vortrag "Öffentliche Arbeiten in Depressionszeiten" im Nationalökonom. Verein. (Siehe "Nationalekonomiska föreningens förhandlingar" a.a.O., S. 159).
Vgl. hierzu auch die Äußerung G. Dalèns in derselben Diskussion. Dalèn hebt hervor, im Jahr 1919/20 sei eine 20-40 %ige Lohnsenkung die Ursache dafür gewesen, daß die Wirtschaft in Schweden wieder in Gang habe kommen können. Daher fordert er auch für die Depressionsbekämpfung von 1932, daß die staatlichen Maßnahmen in keiner Weise der notwendigen Lohnsenkung entgegenwirken dürften (a.a.O., S. 158/159).

2) Diese gehen davon aus, daß eine Depression die natürliche und notwendige Korrektion von Fehlinvestitionen während der vorausgegangenen Hochkonjunktur darstelle. Da die Depression ursprünglich durch zu wenig Sparen verursacht worden sei, könne sie logischerweise nur durch vermehrtes Sparen wieder überwunden werden. Nicht aber durch vermindertes Sparen und künstliche staatliche Eingriffe in Form zusätzlicher Ausgaben für Investitions- und Konsumtionszwecke. Durch vermehrtes Sparen aber würden Zinssenkungen ermöglicht, die zusammen mit Lohnsenkungen die Rentabilität in der Wirtschaft wiederherstellen und damit zu steigender Wirtschaftstätigkeit führen würden. (Vgl. E. Lundberg, "Konjunkturer ... S. 264).

3) Vgl. hierzu O. Falkman: Die Pflicht einer Gesellschaft sei es, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken bzw. deren Wirkungen zu lindern. Es gehe jedoch darum, hierbei Mittel und Wege zu finden, die die geringstmöglichen Eingriffe in den normalen Gang des Wirtschaftslebens bedeuteten.
Eli F. Heckscher gab wiederum zu bedenken, daß nicht anzunehmen sei, daß eine in Depressionszeiten einmal ausgedehnte öffentliche Tätigkeit in konjunkturell besseren Zeiten wieder eingeschränkt würde. Die Gefahr einer sog. konjunkturorientierten Wirtschaftspolitik liege darin, daß diese in Wirklichkeit gar nicht entsprechend der herrschenden Konjunktur,

Als die bei Nationalökonomen und Politikern vorherrschende Meinung darf jedoch diejenige angesehen werden, die in Myrdals Promemoria sowie den theoretischen Untersuchungen und dem Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees zum Ausdruck kam.
Das Bild, das diese Vertreter einer aktiven Finanzpolitik von dem Verlauf konjunktureller Fluktuationen entwickelten, war keineswegs neu, sondern das Ergebnis eines auf Wicksells kumulativen Prozeß zurückgehenden traditionsreichen Gedankenguts und es war, ebenso wie das Programm zur Überwindung der herrschenden Depression, das sie in ihren Arbeiten entwickelt hatten, in seinen Grundzügen einfach.
Man sah die Depression als Folge einer zu geringen effektiven Nachfrage nach Gütern und Diensten für Investitions- und Konsumtionszwecke im privaten und öffentlichen Sektor. Durch vermehrte staatliche Ausgaben - in erster Linie in Form Öffentlicher Arbeiten - so folgerte man, könnte zusätzliche Nachfrage geschaffen werden, die bei entsprechendem Umfang die depressiven Tendenzen überkompensieren und einen Aufschwung auslösen könnte.

Die von den Gegnern dieser Politik vorgebrachten Bedenken (siehe oben) wurden widerlegt, indem man nachwies, daß Öffentliche Arbeiten - vorausgesetzt, daß eine entsprechend elastische Geldpolitik geführt werde - die Kreditmöglichkeiten der Privatwirtschaft nicht beeinträchtigen, letztere vielmehr, infolge ihrer stimulierenden Wirkungen, zu vermehrter Kreditinanspruchnahme anregen würden. Ebensowenig würden sie etwa realwirtschaftlich die Entwicklungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft beeinträchtigen, da sie ja nur die während der Depression sowieso unausgenützten Produktionsfaktoren in Anspruch nähmen. Ferner wurde hervorgehoben, daß Öffentliche Arbeiten in Depressionszeiten billiger seien als in Hochkonjunkturen, und man wies die Befürchtungen, Öffentliche Arbeiten könnten ein unwirtschaftliches Lohnniveau verursachen, ebenso zurück wie die veraltete Auffassung, Depressionen könnten mit Hilfe von Lohnsenkungen und den damit verbundenen Rentabilitätserhöhungen

---

sondern entsprechend den Vorstellungen, die man von der Konjunktur habe, geführt werde. Und da diese Vorstellungen gewöhnlich falsch seien, müsse man zu falschen Ergebnissen gelangen. Man würde dann, so lange es nur irgendwelche Schwierigkeiten in der Wirtschaft gebe - und es gebe immer solche - einfach das Eintreffen der Hochkonjunktur bestreiten, mit der Folge, daß die öffentlichen Ausgaben nie eingeschränkt würden und die Öffentlichen Arbeiten damit permanenten Charakter erhielten.
(Beide Beispiele entnommen aus: "Nationalekonomiska föreningens förhandlingar", a.a.O., S. 138 bzw. S. 155).

in den Unternehmungen überwunden werden. Statt dessen wies man nach, daß Löhne nicht nur Kosten, sondern gleichermaßen auch Kaufkraft darstellten und daher in konjunkturpolitischer Hinsicht als neutral angesehen werden müßten.

Außerdem wurde gezeigt, daß Öffentliche Arbeiten keine Gefahr für das Sparen und die Entwicklung des Preisniveaus mit sich brächten, da als Folge der steigenden Produktion, steigender Einkommen und steigender Gewinne, (die ihrerseits wieder eine Folge der Ausdehnung der Öffentlichen Arbeiten seien), das entsprechende Sparen ex-post zustandekomme, und der Staat höhere Steuereinkünfte erhalte, die eine Amortisation der staatlichen Anleihen, mit denen die Öffentlichen Arbeiten bezahlt worden seien, ermöglichten.

Außer auf die indirekten Wirkungen Öffentlicher Arbeiten, d.h. die Eigenschaft vermehrter öffentlicher Ausgaben, sekundäre Einkommen und Nachfrage zu schaffen, wurde auch noch darauf hingewiesen, daß die Finanzpolitik gewisse Möglichkeiten zu differenzierten Eingriffen böte, mit deren Hilfe die staatlichen Investitionen auf solche Gebiete konzentriert werden könnten, die von der Depression besonders hart betroffen würden. Somit bildeten staatsfinanzielle Maßnahmen in doppelter Hinsicht ein wertvolles Komplement zu der generell wirkenden Geldpolitik: Einmal als multiplikativ-stimulierendes, zum anderen als spezifisch-stimulierendes Mittel.

Wurde demnach von einem großen Teil der schwedischen Nationalökonomen und Politiker [1] eine aktive Finanzpolitik prinzipiell befürwortet, so zeigen sich doch zugleich eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht, mit denen in besagten Untersuchungen die finanzpolitischen Maßnahmen empfohlen und deren Möglichkeiten zu einer endgültigen Konjunkturstimulation eingeschätzt wurden. Diese Vorsicht zeigte sich z.B. in der ständigen Forderung nach "staatsfinanzieller Gesundheit", (die zwar ein kurzfristiges Budgetdefizit erlaubte, für den Zeitraum eines Konjunkturzyklus jedoch einen ausgeglichenen Staatshaushalt verlangte). Sie war, nach den Worten Erik Lundbergs, letztlich auf die "nunmehr wohl übergebene" Auffassung zurückzuführen, daß konjunkturelle Schwankungen, Hochkonjunkturen und Depressionen, unvermeidbare Wirtschaftserscheinungen seien, die mehr oder weniger regelmäßig wiederkehrten und mit Hilfe wirtschaftspolitischer Mittel höchstens gemildert, nicht

---

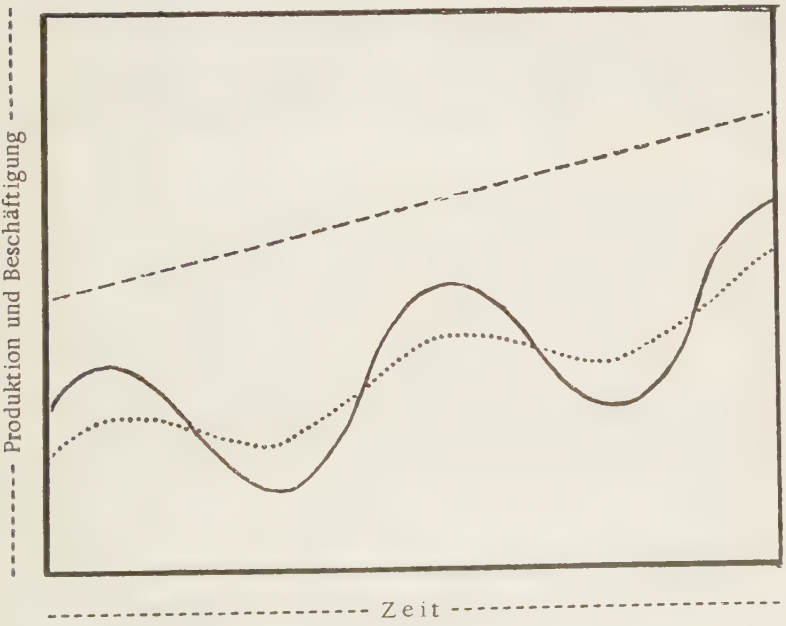
1) Es sei daran erinnert, daß einige der schwedischen Nationalökonomen - wie etwa Myrdal, Bagge und Ohlin - auch politische Ämter bekleideten.

aber völlig eliminiert werden könnten [1]. Außerdem war jene Vorsicht das Resultat davon, daß man in den schwedischen Untersuchungen die finanzpolitischen Möglichkeiten einer Depressionsbekämpfung unter internationalem Aspekt sah und dabei auf die Grenzen hinwies, die einer isolierten Konjunkturpolitik durch den sog. internationalen Kreditraum gezogen sind.

---

1) Diese Auffassung und die aus ihr resultierende konjunkturpolitische Zielsetzung steht in starkem Gegensatz zu derjenigen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies soll durch folgendes Schaubild verdeutlicht werden, das wir Erik Lundbergs "Konjunkturer ...", S. 270, entnommen haben:

Das wirtschaftspolitische Ziel vor und nach dem 2. Weltkrieg



Diese drei Faktoren, jene fatalistische Konjunkturauffassung, die Rücksicht auf die staatsfinanzielle Gesundheit sowie die Hervorkehrung konjunkturpolitischer Grenzen infolge des internationalen Kreditraums, verbunden mit der Tatsache, daß jene, die kaufkräftige Nachfrage in den Vordergrund rückende Konjunkturerklärung langjähriges schwedisches Gedankengut war, verhinderten in den schwedischen Arbeiten ein Aufkommen ähnlicher enthusiastischer und oftmals übertriebener Einschätzungen der finanzpolitischen Möglichkeiten, wie sie etwa als Folge der "Keynes'schen Revolution" die angelsächsischen Untersuchungen jener Zeit kennzeichneten [1].

Eine grundsätzliche Übereinstimmung darin, daß die Geldpolitik das zentrale Instrument einer konjunkturstabilisierenden Wirtschaftspolitik darstellen, und die Reichsbank folglich eine zentrale, unabhängige Stellung im Rahmen dieser Politik einnehmen müsse, sowie das Vorherrschen einer theoretisch fundierten, jedoch relativ vorsichtigen Empfehlung aktiver finanzpolitischer Maßnahmen zur Ergänzung der Geldpolitik (im Tiefpunkt bzw. Hochpunkt eines Konjunkturverlaufs), nebst einer relativ nüchternen Einstellung gegenüber deren konjunkturstimulierenden Möglichkeiten, möchten wir als das Ergebnis der wirtschaftstheoretischen Diskussion in Schweden über Mittel und Wege zur Überwindung der wirtschaftlichen Depression in der ersten Hälfte der 30er Jahre festhalten.

---

1) Vgl. hierzu E. Lundberg, "Konjunkturer ...", S. 207 ff.

3. TEIL

Die praktisch-politischen Maßnahmen und ihre Bedeutung für die Depressionsbekämpfung resp. Konjunkturstabilisierung in Schweden während der 30er Jahre

I. RÜCKBLICK AUF DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ZIELSETZUNG

Nach der Wiedergabe der theoretischen Untersuchungen über die Möglichkeiten einer depressionsbekämpfenden Wirtschaftspolitik, dürfte es am Beginn der Darstellung der zum Einsatz gelangten wirtschaftspolitischen Maßnahmen angebracht sein, noch einmal in aller Kürze an die wirtschaftspolitische Zielsetzung in Schweden zu Beginn der 30er Jahre zu erinnern [1].

Nach der Abkehr vom Goldstandard am 27.9.1931 befürchtete man in Schweden eine inflationistische Entwicklung. Das wirtschaftspolitische Ziel zeigte sich daher zunächst in der geldpolitischen Norm, die einheimische Kaufkraft der schwedischen Krone zu bewahren und dementsprechend Preissteigerungen zu verhindern.

Auch 1932 galt als oberstes Gebot, die Kaufkraft der Krone in den Händen der Konsumenten aufrecht zu erhalten, nun jedoch mit der Modifikation, eine Steigerung der Großhandelspreise nicht auszuschließen. Außerdem sollten

---

1) Die ausführliche Schilderung der wirtschaftspolitischen Ziele erfolgte im 1. Teil, II, S. 26-41.

nicht alle Konsumgüterpreise stabilisiert, sondern solche Preissteigerungen zugelassen werden, die auf ausländische Preis- bzw. Wechselkurssteigerungen zurückzuführen waren. Der Außenwert der Krone sollte weder stabilisiert noch an eine bestimmte ausländische Valuta gebunden werden.

Mit der Regierungsbildung durch die Sozialdemokraten nach der Wahl vom Herbst 1932 zeigte sich in den offiziellen wirtschaftspolitischen Programmen eine wachsende Entschlossenheit, die herrschende Depression zu überwinden. Damit ging die wirtschaftspolitische Zielsetzung von einer rein geldpolitischen allmählich in eine konjunktur- und beschäftigungspolitische Norm über, in deren Rahmen es nunmehr auch aktuell wurde, finanzpolitische Maßnahmen zu Hilfe zu nehmen.

"Etwas schematisch", wie Börje Kragh schreibt, "könnte man sagen, daß die Geldpolitik zunächst darauf ausgerichtet war, die Interessen der Konsumenten und Lohnempfänger zu schützen, daß aber diese Norm so langsam mit der Erholungspolitik kombiniert und absichtlich so geformt war, um die Depression zu überwinden." Diese Tendenz, so meint Kragh, sei schon 1932 bemerkbar gewesen, aber 1933 weiter verstärkt worden [1]. Sie kam in dem sog. "Reflationsprogramm", das die Regierung dem Reichstag 1933 vorlegte, sehr deutlich zum Ausdruck. Ein wichtiges Merkmal dieses Programmes war - (vgl. S. 36 ff. daß der Hauptantrieb für die Wirtschaft durch finanzpolitische Maßnahmen, genauer gesagt: durch anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten ausgelöst werden sollte.

Wenn auch damit auf eine staatsfinanziell unterstützte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonderes Gewicht gelegt wurde, so beschränkte sich das Programm doch keineswegs auf diese Art von Staatsmaßnahmen. Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen sollten vielmehr mit aktiver Geldpolitik und mit agrarpolitischen Maßnahmen, die eine Expansion der Kaufkraft, eine Senkung der Zinssätze und ein Ansteigen des Exports bewirken sollten, koordiniert werden.

Geld-, Finanz- und Agrarpolitik bilden demnach die wirtschaftspolitischen Bereiche, denen die im folgenden darzustellenden praktisch-politischen Maßnahmen der schwedischen Antidepressionspolitik der 30er Jahre angehören.

---

1) Börje Kragh, "Penning- och finanspolitiken i Sverige före och efter andra världskriget", supplement till Svenska Handelsbankens Index, (Geld- und Finanzpolitik in Schweden vor und nach dem 2. Weltkrieg, erschienen als Supplement zu der monatlichen Wirtschaftsübersicht "Index" der Svenska Handelsbanken), Juni 1946, S. 5. (Übers. v. Verf.)

II. GELD-, FINANZ- UND AGRARPOLITIK, DIE DREI HAUPTKOMPONENTEN DER PRAKTISCH-POLITISCHEN ANTIDEPRESSIONSMASSNAHMEN

1. DIE GELDPOLITISCHEN MASSNAHMEN (REICHSBANKPOLITIK)

a) Allgemeine Vorbemerkung

In Übereinstimmung mit der früher getroffenen Feststellung, daß die wirtschaftspolitische Zielsetzung in Schweden - soweit sie die geldpolitische Norm betraf - keine spontane Neuorientierung nach der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten erfuhr, sondern daß sie eine Weiterentwicklung derjenigen nach dem Aufgeben des Goldstandards von 1931 darstellte, müssen auch die unter der sozialdemokratischen Regierung zum Einsatz gelangten geldpolitischen Maßnahmen nicht als ein plötzlicher Einsatz neuer Mittel und Methoden, sondern ebenfalls als die konsequente Fortsetzung, allenfalls eine verschärfte Fortsetzung, der ab 1931 geführten Geldpolitik betrachtet werden. Unsere Darstellung der geldpolitischen Maßnahmen beginnt daher am besten mit dem Aufgeben des Goldstandards 1931 [1].

In diesem Zusammenhang interessiert auch die Frage, wem es eigentlich in Schweden zu Beginn der 30er Jahre oblag, die Richtlinien für die Geldpolitik aufzustellen. Wie wir der Äußerung des schwedischen Reichsbankkuratoriums entnehmen können [2], war dies vor der Abkehr vom Goldstandard, also bis zum 27.9.1931, Aufgabe der Regierung, nach diesem Zeitpunkt aber Aufgabe des Reichsbankdirektoriums [3]. Richtig geklärt wurde diese Frage aber eigentlich erst in der Regierungsvorlage Nr. 260 v. 1933, in der es heißt, daß "die Reichsbank keine andere geldpolitische Direktive erhalten solle als diejenige,

---

1) Die Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik bestand vielmehr - wie oben gezeigt - in der Hervorhebung beschäftigungspolitischer Normen und der damit verbundenen Einbeziehung finanzpolitischer Maßnahmen in das wirtschaftspol. Instrumentarium. Daher kann auch die Schilderung der Finanzpolitik mit dem Jahr 1933 beginnen. (Siehe Abschnitt Finanzpolitische Maßnahmen, II, 2.)

2) Bankoutskottets utlåtande nr. 40 v. 2.5.1932, S. 15 u. 16.

3) Nähere Angaben über Zusammensetzung und Funktion des schwedischen Reichsbankdirektoriums erfolgten S. 26, Fußnote 1.

die in der Festlegung des Ziels der Geldpolitik" bestehe. "Die Wahl der Mittel zur Erreichung dieses Ziels muß völlig in der Hand der Reichsbank liegen, und die Reichsbank muß die hierfür notwendige Freiheit besitzen" [1].

Als Mittel zur Realisierung des geldpolitischen Programms standen der Reichsbank in erster Linie Wechselkurs- und Diskontpolitik zur Verfügung [2].

---

1) Proposition nr. 260 v. 26.5.1933, S. 15. (Übers. v. Verf.)
Man beachte die Übereinstimmung dieser Forderung mit der Empfehlung im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees. Vgl. S. 141.

2) Bemerkenswert ist, daß Offenmarktoperationen in Schweden anfangs der 30er Jahre so gut wie unbekannt waren. Zwar schlugen Bertil Ohlin, Erik Lindahl und einige andere Nationalökonomen gegen Ende des Jahres 1932 vor, die Reichsbank möge zur Erleichterung auf dem Geldmarkt Staatspapiere auf dem offenen Markt kaufen, doch konnte diese sich zu keinem derartigen Experiment entschließen, zumal die verantwortlichen Persönlichkeiten in der Reichsbank auf dem Standpunkt standen, daß die Reichsbank durch Valutakäufe genau dasselbe Resultat erzielen würde. Außerdem wurde die Ansicht vertreten, der schwedische Markt für Obligationen sei viel zu begrenzt, als daß Offenmarktoperationen eine effekti Methode zur Beeinflussung des Geldmarktes darstellen könnten. Als die Reichsbank infolge in der Kreugerkrise übernommener staatlicher Garantien dennoch im April 1932 gezwungen war, zu einem hohen Betrag Staat obligationen zu übernehmen und ihren Besitz an solchen Wertpapieren um insgesamt 215 Mill. skr zu erhöhen, nahm ihr Besitz an Industriepapieren auf Grund einer mit eben der staatlichen Garantie in der Kreugeraffäre zusammenhängenden Rediskontiervereinbarung mit der Skdinaviska Banke um denselben Betrag ab, so daß ihre Aktiva insgesamt nicht stiegen und der evtl. Effekt der Obligationskäufe auf den Geldmarkt neutralisiert wurde.
Daß die schwedische Reichsbank tatsächlich keine aktive, expansionistische Offenmarktpolitik betrieb, geht, nach der Darstellung Richard A. Lesters, daraus hervor, daß ihr Besitz an Staatspapieren nach April 1932 nur um 40 Mill. skr stieg und ab der zweiten Hälfte des Jahres 1933 wiede rapide abnahm. Auch ein Ankauf von Staatsobligationen auf dem offenen Markt im Juli u. Dezember 1933 im Wert v. insgesamt 830 000 skr. war nach der Feststellung Lesters viel zu gering, als daß er eine nennenswerte Erleichterung auf dem Geldmarkt hätte bedeuten können. (R.A. Lester, "Swedens Experience with 'Managed Money'", Supplement zu Svenska Handelsbankens Index, Januar 1937. S. 10 u. 11.)

b) Wechselkurs- und Valutapolitik

Wie wir bereits bei der Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse Schwedens zu Beginn der 30er Jahre gezeigt haben [1], begann die schwedische Reichsbank - nachdem sie sich nach der Abkehr vom Goldstandard am 27.9.1931 anfangs passiv verhalten hatte und nur darauf ausgegangen war, "die Valuten sich auf ihrem 'natürlichen Niveau' ... stabilisieren zu lassen" [2] - ab Mai 1932 mit einer aktiven Valutapolitik, indem sie zu diesem Zeitpunkt anfing, in größerem Umfang ausländische Valuten zu kaufen, um dadurch ein evtl. Fallen der Wechselkurse zu verhindern. Der Reichsbank war es hierbei vor allem darum zu tun, einen exportfördernden und importhemmenden hohen Kurs des englischen Pfundes aufrechtzuerhalten.

Nachdem zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 noch einmal ein Steigen der Krone gegenüber dem englischen Pfund zugelassen worden war, kaufte die Reichsbank ab diesem Zeitpunkt alle Pfundvaluten und hielt ab Juli 1933 den Pfundkurs auf 19,40 - 19,40 1/2 skr fest. (Siehe Tab. 15).

Tabelle (15): Die Entwicklung bestimmter Valutakurse [3]

		Durchschnitt pro Quartal			
		Berlin	London	New York	Paris
1933:	1. Quartal	131,39	18,69	5,48	21,66
	2. Quartal	134,38	19,32	5,01	22,46
	3. Quartal	142,95	19,40	4,23	23,40
	4. Quartal	145,35	19,40	3,92	23,81
1934:	1. Quartal	149,37	19,40	3,84	24,73
	2. Quartal	149,59	19,41	3,81	25,20
	3. Quartal	152,15	19,40	3,86	25,66
	4. Quartal	158,19	19,40	3,92	25,92

---

1) Siehe S. 22 f.

2) Börje Kragh, "Penning- och finanspolitiken i Sverige ...", S. 6, (Übers. v. Verf.)

3) Die Tabelle wurde übernommen von: Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934" (Verlauf und Ursachen des Konjunkturaufschwungs von 1932-1934), Stockholm 1935, SOU 1935:16, S. 42.

Dieses "Festnageln" des Pfundkurses [1] stellt nach unserem Dafürhalten eine aktive und zugleich die wichtigste geldpolitische Maßnahme der schwedischen Reichsbank jener Zeit dar. Dies näher zu erläutern, müssen wir die Wirkungen einer solchen valutapolitischen Maßnahme untersuchen.

Zunächst jedoch einige Bemerkungen zu der Frage, ob diese Bindung der schwedischen Krone an das englische Pfund nicht einen Widerspruch zu dem offiziellen geldpolitischen Programm darstellte. Dieser Anschein wird leicht erweckt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den geldpolitischen Programmdeklarationen von 1932 und 1933 betont wurde, eine fest Bindung der Krone an eine bestimmte ausländische Valuta sei nicht vorzunehmen [2].

Man muß sich jedoch erinnern, daß es gleichzeitig in diesen Programmen hieß, der Außenwert der Krone solle nach den Erfordernissen der Wirtschaft des Landes und des einheimischen Preisniveaus reguliert werden. Für letzteres galt aber als Norm ein langsames Steigen der Großhandelspreise, durch welches die Rentabilität und Aktivität in der Privatwirtschaft wiederhergestellt werden sollte. Da aber die Erfordernisse der einheimischen Wirtschaft stets während der 30er Jahre ausschlaggebend für die Wahl und Durchführung der geldpolitischen Maßnahmen waren, können wir der Ansicht Bertil Ohlins beipflichten, daß eine Stabilisierung des für den schwedischen Außenhandel so bedeutungsvollen Sterlingkurses [3] offenbar so lange mit dem offiziellen geldpolitischen Programm harmonierte, als diese Stabilisierung nicht das gewünschte Anziehen der Großhandelspreise verhinderte [4].

Damit haben wir auch bereits die erste Aufgabe und Wirkung genannt, die der hohen Notierung des Pfundes und schließlichen Festnagelung des Pfundkurses zukam: Einen weiteren Preisfall zu verhindern und ein gewisses Steigen der Großhandelspreise zu ermöglichen.

---

1) In der schwedischen Literatur begegnet man im Zusammenhang mit der Fixierung des Pfundkurses vom Juli 1933 durch die Reichsbank allgemein dem Ausdruck "pundspikningen", d.h. "Festnageln des Pfundes".

2) Siehe "Gutachten des Reichsbankkuratoriums" v. 2.5.1932, sowie "Schreiben des Reichsbankdirektoriums" v. 22.5.1933, in unserer Darstellung S. 30 u. 32.

3) Ein Drittel der gesamten Exportsteigerung Schwedens zwischen 1932 u. 33 fiel auf England, und 51 % der Exportsteigerung zwischen 1935 u. 36 auf den sog. Sterlingblock, also England und die schwedischen Nachbarländer Norwegen, Dänemark und Finnland.

4) B. Ohlin, "Svensk penningpolitik", in: Svenska Handelsbankens Index, Nr. 81, Sept. 1932, S. 267.

Solange das Preisniveau sowohl in den sog. Goldländern als auch in England fiel, mußte mit Hilfe steigender Wechselkurse verhindert werden, daß sich dieser Preisfall auch nach Schweden ausbreitete, wo er besonders kräftige Wirkungen gezeitigt hätte, da sich ja in Schweden ebenfalls gewisse Tendenzen zu einem Preisfall geltend gemacht hatten [1].

Als sich aber in England steigende Preistendenzen zeigten, konnte durch Aufrechterhaltung der hohen Wechselkurse versucht werden, diese Tendenzen über die schwedischen Import- und Exportpreise auch dem schwedischen Preisniveau in gewünschter Weise zugutekommen zu lassen.

Die schwedische Valutapolitik richtete sich somit in der Tat "in erster Linie nach den inneren Preisverhältnissen und der Lage der Wirtschaft, und nicht nach einem bestimmten Sterlingkurs" [2].

In Anbetracht dessen dürfte man wohl kaum fehlgehen, anzunehmen, daß die schwedische Reichsbank - eben zur Erfüllung ihrer zweifachen geldpolitischen Aufgabe - den Pfundkurs hätte weiter steigen [3] bzw. wieder fallen lassen, sofern die Warenpreise in England weiter gefallen resp. das spätere Anziehen der Preise vom schwedischen Standpunkt aus zu weit gegangen wäre. "Nur so lange keine besonderen Gründe dagegensprechen", schreibt Ohlin, "hält man an einem fixen Pfundkurs fest" [4].

Die zweite hervorragende Bedeutung der aktiven schwedischen Valutapolitik bestand in deren Wirkung auf den schwedischen Außenhandel. Die Bindung der Krone an das englische Pfund zu einem Kurs von 19,40 skr bedeutete eine Unterbewertung der schwedischen Krone.

Diese Politik, die - wie erwähnt - mit einem kontinuierlichen Aufkauf aller angebotenen Valuten durch die Reichsbank verbunden war, bewirkte also, daß die ausländischen Wechselkurse auf einem höheren Niveau gehalten wurden als wenn das Valutaangebot die Kursbildung hätte marktgemäß beeinflussen können. Hätte die Reichsbank eine solche freie Kursbildung für ausländische Valuten zugelassen, (wozu sie natürlich theoretisch die Möglichkeit gehabt hätte), so wäre die Krone in ihrem Wert gegenüber den ausländischen Valuten

---

1) Siehe unsere Darstellung S. 12.
2) B. Ohlin, "Svensk penningpolitik", S. 270, (Übers. v. Verf.)
3) Die Abwertung der Krone gegenüber dem Pfund durfte allerdings auch wiederum nicht zu weit gehen, um nicht evtl. Schutzmaßnahmen Englands gegen dieses "Valutadumping" heraufzubeschwören.
4) B. Ohlin, a.a.O., S. 270, (Übers. v. Verf.)

gestiegen, was einen steigenden Import und möglicherweise auch einen abnehmenden Export bedeutet hätte. So aber wurde infolge der Unterbewertung der Krone der Export stimuliert und der Import gedrosselt, wirkte doch "dieser Valutaschutz in gewissem Umfang wie ein Zollschutz" [1], während die Fixierung des Sterlingkurses die Exporteure gegen Verluste durch Fallen der Wechselkurse sicherte und ihnen somit das nötige Vertrauen zu langfristigem Kalkulieren und vermehrter Produktion zur Befriedigung der wachsenden ausländischen Nachfrage gab.

Schließlich hatte die aktive Valutapolitik der schwedischen Reichsbank noch eine dritte, doppelte Bedeutung, die eben mit dem Umstand zusammenhing, daß die Stabilisierung des Sterlingkurses durch systematischen Aufkauf ausländischer Valuten, in erster Linie Pfund Sterling, erreicht wurde.

Ehe wir besagte Doppelwirkung dieser Valutakäufe aufzeigen, müssen wir jedoch zuerst die sich in diesem Zusammenhang aufdrängende zentrale Frage beantworten, wie das Angebot an ausländischen Valuten, welche die Reichsbank sodann erwarb, denn überhaupt entstand.
Folgende Zusammenstellung der Posten der schwedischen Zahlungsbilanz, soll uns die diesbezüglichen erklärenden Aussagen ermöglichen, (siehe Tab. 16).

Sowohl die einzelnen Posten der Leistungsbilanz (Handelsbilanz + Netto an Frachten, Zinsen und Dividenden) als auch die offenbar vorgekommenen Kapitaltransaktionen erklären bis zu einem gewissen Grade die Zuschüsse zur Valutareserve. Ein gegenüber der Vorkrisenzeit auffallend hohes Netto an Zinsen trug u.a. zu den Überschüssen in der Leistungsbilanz bei, während der positive Saldo der langfristigen Kapitaltransaktionen auf das Aufhören des in den 20er Jahren üblichen, bedeutenden Nettokapitalexports zurückzuführen war. Wie einer Untersuchung Karin Kocks zu entnehmen ist [2], fanden zwischen 1931 und der Jahresmitte 1933 sogar beträchtliche Verkäufe von Wertpapieren an das Ausland statt, womit auch der auffallend hohe Saldo in den Kapitalbewegungen für 1932 (124 Mill.) seine Erklärung findet.

Nach den Äußerungen in den Mitteilungen des Konjunkturinstituts war jedoch "der wichtigste Erklärungsgrund dafür, daß die Zahlungsbilanz in einem fortlaufenden Überschuß resultierte", die Entwicklung in der Relation zwischen

---

1) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", Stockholm 1935, SOU 1935:16, S. 20. (Übers. v. Verf.)
2) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", Stockholm 1935, SOU 1935:16, S.40.

Tabelle (16): Die Zahlungsbilanz Schwedens (in Mill. skr) [1]

	1932	1933	1934	1935	1936
Exportwert	964	1093	1316	1312	1529
Importwert	1169	1108	1320	1495	1651
Frachten (netto)	+ 117	+ 115	+ 121	+ 124	+ 136
Zinsen (netto)	+ 128	+ 78	+ 67	+ 87	+ 79
Übrige Posten der Leistungsbilanz (netto)	+ 49	+ 34	+ 18	+ 33	+ 40
Saldo der Leistungsbilanz	+ 89	+ 212	+ 202	+ 61	+ 133
Saldo für langfristige Kapitalbewegungen	+ 124	+ 55	- 48	+ 22	+ 23
Saldo obiger Posten	+ 213	+ 267	+ 154	+ 83	+ 156
Saldo für nicht ausgewiesene Posten	+ 7	+ 25	+ 14	+ 25	+ 111
Summe aller Saldi	+ 220	+ 292	+ 168	+ 108	+ 267
Summe der Zunahme an Gold und Valuten	+ 220	+ 292	+ 168	+ 108	+ 267

Import und Export. "Auf Grund der Größenordnung dieser Posten im Vergleich mit anderen", so heißt es in den Mitteilungen, "können relativ geringfügige prozentuale Variationen zu kräftigen Ausschlägen im Netto der Zahlungsbilanz führen" [2]. Die Bedeutung eines ungefähren Gleichgewichts zwischen Export und Import, wie ihn Tabelle (16) zeigt, wird damit klar.

Außer durch eine kräftige Exportexpansion wurde dieses relative Gleichgewicht zwischen Export und Import vor allem durch eine gegenüber der Entwicklung des Nationaleinkommens und der Produktion relative Stagnation im Import hervorgerufen. Hätte nämlich der Importwert eine ungefähr konstante Proportion zum Nationaleinkommen beibehalten, so hätte die totale

---

1) Quelle: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", serie A:1, "Konjunkturläget hösten 1937", Stockholm 1938, S. 112.

2) Meddelanden från konjunkturinstitutet, A:1, S. 112. (Übers. v. Verf.)

Leistungsbilanz im Durchschnitt in den Jahren 1932 - 36 einen negativen Saldo ausgewiesen [1].

Auf diese Weise kann man somit offenbar aus der Tabelle für alle aufgeführten Jahre - außer für 1936 - das Aufkommen des steigenden Valutaangebots, das dann von der Reichsbank übernommen wurde, erklären. Nur für das Jahr 1936 weist der hohe "Saldo für nicht ausgewiesene Posten" (111 Mill.) auf eine größere Zunahme in der Valutareserve hin, als durch die genannten und analysierten Posten der Zahlungsbilanz erklärt werden könnte. Aber auch hierfür kann, wenigstens zum Teil, eine Erklärung gefunden werden:

Um sich vor einem evtl. Fallen der Wechselkurse zu sichern, diskontierten die schwedischen Exporteure in den Jahren 1936 und 1937 ihre Exporteinkünfte. In dem Umfang, in dem dies geschah, fand somit ein kurzfristiger Kapitalimport statt, der das Angebot an Exportvaluten früher in Erscheinung treten und damit größer werden ließ, als es "normalerweise" der Fall gewesen wäre. Dieses verfrühte und erhöhte Valutaangebot aber kommt in dem hohen Salo der nicht näher ausgewiesenen Posten zum Ausdruck.

Damit konnte also mit Hilfe der vorgenommenen Zahlungsbilanzuntersuchung jene Frage, auf welche Weise die Reichsbank überhaupt in die Lage kam, ausländische Valuten zu erwerben, vollständig geklärt werden.

Im Zusammenhang mit der Frage nach der obengenannten dritten und doppelten Bedeutung dieser Valutapolitik ist nun allerdings das Wesentliche, daß wir einen Einblick in den Umfang der Gold- und Valutakäufe und der damit verbundenen laufenden Zunahme in der Gold- und Valutareserve der schwedischen Reichsbank erhalten.

Wie nachfolgende Tabelle zeigt, gelang es der schwedischen Reichsbank, allein ihren Valutavorrat (ohne Gold) von einem Wert von ca. 40 Mill. skr im Jahre 1931 auf einen Wert von 700 Mill. skr im Jahr 1936 zu erhöhen.

Tabelle (17): Gold- und Valutavorrat der schwedischen Reichsbank 1931 - 1936 (in Mill. skr). [2]

Ende	Gold	ausländ. Valuten
1931	206	43
1932	206	214
1933	370	446
1934	351	553
1935	408	629
1936	529	717

1) Vgl. hierzu "Meddelanden från konjunkturinstitutet" A:1, S. 112-113.

2) Artur Montgomery, "Hur Sverige övervann depressionen 1930-1933", Uppsala 1938, S. 47.

Rechnet man außer den Goldkäufen der Reichsbank vom Ausland auch noch diejenigen von den schwedischen Goldgruben in Boliden hinzu [1], so stieg die Gold- und Valutareserve der schwedischen Reichsbank - nach den Angaben des Konjunkturinstituts - innerhalb von fünf Jahren (zwischen Nov. 1932 und Nov. 1937) um insgesamt ungefähr 1400 Mill. skr [2].

Durch die systematischen Aufkäufe ausländischer Valuten durch die Reichsbank wurden einmal dem Geldmarkt zusätzliche liquide Mittel zugeführt [3]. Eine hohe und zunehmende Liquidität auf dem Geldmarkt dürfte aber die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung einer Politik des niedrigen Zinses [4], wie sie in den geldpolitischen Programmen seit 1932 gefordert wurde [5], gewesen sein.
Gleichzeitig war aber eine ausgedehnte Gold- und Valutareserve, da sie als "internationaler Kreditraum" die Grenze für eine selbständige schwedische Konjunkturpolitik bestimmte, eine wesentliche Voraussetzung für eine expansive Geld- und Wirtschaftspolitik überhaupt.
Die Valutakäufe der schwedischen Reichsbank führten somit also zu einer Vergrößerung des "internationalen Kreditraums" und schufen gleichzeitig den monetären Raum für eine expansive Geldpolitik [6] [7].

---

1) Goldkäufe vom Inland haben den übrigen Gold- und Valutakäufen analoge monetäre Wirkungen.
2) "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 108.
3) Näheres hierzu siehe im Abschnitt über die Bedeutung der geführten Geldpolitik für die wirtschaftliche Entwicklung S. 226 ff.
4) Vgl. hierzu den nächsten Abschnitt "Diskontpolitik".
5) Vgl. unsere Darstellungen auf den Seiten 31, 32 und 35.
6) Wir wollen es in diesem Zusammenhang - bei der möglichst noch ohne kritische Stellungnahme vorzunehmenden Schilderung der zum Einsatz gelangten geldpolitischen Mittel - bei dieser Andeutung des monetären Effekts der Valutakäufe belassen, um nicht unseren Ausführungen in der abschließenden Beurteilung der Geldpolitik in Abschnitt 3 des IV. Kap., S. 226 , vorzugreifen.
7) Wer mit den schwedischen Nachkriegsverhältnissen vertraut ist, wird eine gewisse Parallele zwischen der Geldpolitik der 30er Jahre und derjenigen nach dem 2. Weltkrieg finden: Den Valutakäufen zur Fixierung des Pfundkurses in den 30er Jahren entsprachen die sog. "Stützungskäufe" der Reichsbank (Käufe von Staatspapieren) zur Fixierung der Obligationskurse in der Nachkriegszeit. Hier wie dort handelte es sich um eine expansive geldpolitische Maßnahme, jedoch mit dem Unterschied, daß

Angesichts dieser, bereits im Frühjahr 1932 begonnenen und ab Sommer 1933 kontinuierlich (bis zum Kriegsausbruch) durchgeführten Valutakäufe mit ihrer systematischen Vergrößerung der Valutareserve, glauben wir - entgegen der Ansicht Börje Kraghs - daß es sich bei der schwedischen Wechselkurs- und Valutapolitik der30er Jahre wirklich um ein bewußtes wirtschaftspolitisches Vorgehen handelte. Eine gewisse Konsequenz dürfte in dieser Politik schon darin zu sehen sein, daß man sich - nach anfänglichem Zögern und Schwanken bei der Anwendung valutapolitischer Mittel, das durch die geldpolitische Norm unverrückbarer Preise bedingt gewesen war - mit zunehmender Orientierung der Wirtschaftspolitik auf eine Überwindung der Depression, ausgedrückt in der eindeutigen Forderung nach 1933, steigende Großhandelspreise zu ermöglichen, auch zu einem eindeutigen Einsatz der Valutapolitik zu diesem Zwecke entschloß.
Mag sein, daß man, wie Kragh schreibt, die Möglichkeiten, die Wechselkurse als Mittel zur Verwirklichung der Erholungspolitik einzusetzen, nicht sogleich und voll erkannte, da man nämlich von offizieller Seite nie auf die günstigen Wirkungen der Valutakäufe auf die Bankenliquidität und damit auf die beabsichtigte Zinspolitik hinwies. Hieraus aber den Schluß zu ziehen, daß "die Fixierung des Pfundes im zweiten Halbjahr 1933 nur zufällig zustandegekommen" sei, scheint uns nicht gerechtfertigt zu sein [1].

c) Diskontpolitik

Im Jahre 1931 wurde die schwedische Diskontpolitik von den Bestrebungen geleitet, die mit der Abkehr vom Goldstandard befürchteten inflationistischen Preissteigerungen zu verhindern. Als konsequente Maßnahme der schwedischen Reichsbank begegnen wir daher am 28.9.1931, also unmittelbar nach Einführung der Papierwährung, einer Diskonterhöhung von 6 auf 8 % [2] (den höchsten bis dahin verzeichneten Diskontsatz), der jedoch bereits ab 8. Oktober, da

---

die monetäre Expansion der 30er Jahre auf Forderungen gegenüber dem Ausland, diejenige der Nachkriegszeit aber auf Forderungen gegenüber dem Staat basierte. Ein solcher Unterschied ist aber für die Fortsetzung einer Expansionspolitik von entscheidender Bedeutung. (Internationaler Kreditraum!)

1) Börge Kragh, "Penning- och finanspolitiken i Sverige före och efter andra världskriget", Suppl. till Sv. Handelsb. Index, Juni 1946, S. 5-6.

2) Noch zwei Monate zuvor, im Juli 1931, stand der Diskont auf dem bis dahin niedrigsten Niveau v. 3 %.

die befürchteten Preissteigerungen nicht eintrafen, sukzessive Diskontsenkungen folgten.

Den Verlauf dieser ersten Phase der schwedischen Diskontpolitik unter freier Währung finden wir im "Gutachten des Reichsbankkuratoriums v. 2.5.1932" beschrieben. Hier heißt es:

"... Bei der Abkehr vom Goldstandard bestand zunächst die Gefahr, daß die allgemeinen Befürchtungen einer kräftigen Verschlechterung des Geldwerts den Anlaß zu einer Entwicklung in inflationistischer Richtung geben würden. In der Tat machte sich auch unmittelbar eine starke Nachfrage nach gewissen Warenarten bemerkbar. Um von Anfang an jeder Tendenz zu einer allgemeinen Preissteigerung vorzubeugen, beschloß das Direktorium eine Diskonterhöhung von 6 auf 8 %. Natürlich beabsichtigte das Direktorium damit auch, der Spekulation auf eine Verschlechterung des Außenwerts der schwedischen Krone entgegenzuwirken. - Die starke Nachfrage nach gewissen Waren nahm ziemlich rasch ab. Nachdem der Vierteljahreswechsel September/Oktober überschritten war und das Direktorium feststellen konnte, daß weiterhin keine Preissteigerungstendenzen vorlagen und daß die Valutakurse einigermaßen stabilisiert waren, wurde der Diskont am 8. Oktober auf 7 % und am 19. Oktober zusätzlich auf 6 % gesenkt. Dieser Diskontsatz wurde bis 19. Februar beibehalten, wo er auf 5 1/2 % herabgesetzt wurde. Es war schon vor diesem Zeitpunkt mit Recht bemerkt worden, daß die interne Preisentwicklung nicht länger einen so hohen Diskontsatz wie 6 % erforderte. Die Gründe, die in erster Linie für den Standpunkt des Direktoriums, den Zins nicht früher zu senken, ausschlaggebend waren, waren sowohl die Rücksicht auf die Lage auf dem Geldmarkt, als auch die Notwendigkeit, ein möglichst hohes Angebot an ausländischen Valuten zu sichern. Wenn nunmehr eine Zinssenkung vorgenommen wurde, so gebot die Vorsicht eine Begrenzung derselben auf 1/2 Prozent. Die Mehrzahl der Geschäftsbanken, die sich für eine Zinssenkung aussprachen, taten dies nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß diese ein halbes Prozent nicht übersteige. Es gab jedoch auch in den Geschäftsbanken Leute, die sich dafür aussprachen, daß jegliche Zinssenkung noch eine gewisse Zeit lang aufzuschieben sei. Mit Rücksicht auf die unsichere Valutalage beschloß das Direktorium, gleichzeitig mit der Zinssenkung eine Äußerung des Inhalts zu veröffentlichen, daß die zur Anwendung gekommenen freiwilligen Kreditrestriktionen weiterhin wahrgenommen werden sollen. Die Entwicklung blieb jedoch weiterhin günstig, und bereits am 3. März konnte das Direktorium den Diskont weiter auf 5 % senken" [1].

---

1) "Bankoutskottets utlåtande nr. 40" v. 2.5.1932, S. 14 - 15, (Übers. v. Verf.).

Ab diesem Zeitpunkt, in dem die inflationistischen Befürchtungen definitiv dem Wunsche, einen Konjunkturaufschwung herbeizuführen, gewichen waren, und in dem demnach hervorgehoben wurde, daß einer weiteren Deflation gleich kräftige Hindernisse in den Weg gelegt werden müßten wie der ursprünglich befürchteten Inflation, herrschte fortan die Meinung, der Zins müsse auf dem niedrigsten Niveau gehalten werden, das mit Rücksicht auf das geldpolitische Ziel überhaupt möglich sei [1].

In konsequenter Verfolgung dieser Politik wurde der Diskont sodann zunächst am 17.5.1932 auf 4 1/2 Prozent und im Laufe der Jahre 1932 und 1933 - nicht zuletzt dank der laufenden Verbesserung der Liquidität der Banken - weiterhin sukzessive gesenkt (siehe Tab. 18), bis er Ende 1933, genau: am 1.12.1933 mit 2 1/2 Prozent sein bisher niedrigstes Niveau erreichte, das dann die 30er Jahre hindurch bis zum 15.12.1939 beibehalten wurde.

Tabelle (18): Die Zinsentwicklung in Schweden 1932-1934 [2]

Stellung	Ende [+]	Diskont [++]	Banken: höchster Leihzins	Banken: höchster Einlagezins	Effektiver Zins: Staatsobl. (Durchschn.)	Effektiver Zins: Industrieoblig.
1932:	Juni (3.6.)	4	6	3,5	4,37	5,39
	Dez.(31.8.)	3,5	5,5	3	4,03	4,90
1933:	Juni (1.6.)	3 (2,5)	5,5	3	4,19	4,84
	Dez.(1.12.)	2,5 (2)	4,5	2	3,74	4,37
1934:	Juni	2,5 (2)	4,5	2	3,63	3,85
	Dez.	2,5 (2)	4,5	2	3,01	3 1/4 - 3 3/

[+]) In Klammer: Datum der resp. Diskontsenkung
[++]) In Klammer: Rediskont

---

1) "Bankoutskottets utlåtande nr. 40", v. 2.5.1932, S. 19. (Vgl. Zitat S. 31).

2) Tabelle entnommen aus: Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", S. 40, jedoch ergänzt mit Angaben aus "Statistisk årsbok för Sverige 1940", S. 209.

Im Gefolge dieser Diskontsenkungen wurden die Leih- und Einlagezinsen der schwedischen Banken gesenkt. So sank der Zins für langfristige Einlagen am 1. September 1933 zum ersten Mal in der Bankgeschichte Schwedens auf 2 1/2 Prozent, und wurde wenig später, am 1.12.1933, im Verein mit der zum selben Zeitpunkt vorgenommenen Diskontsenkung, noch weiter auf 2 % herabgesetzt. Gleichzeitig verschwand die Kreditinanspruchnahme der Reichsbank durch die Geschäftsbanken fast völlig [1]. (Siehe Tab. 19).

Tabelle (19): Übersicht über die Stellung der schwedischen Banken 1932-34 [2]
in Mill. skr

Ende	Einlagen	Kredite	Kreditübersch. (exkl.Rediskont)	Rediskont bei der R-Bank	Guthaben bei der R-Bank
1932 Dezember	3556	4200	645	115	44
1933 März	3621	4126	505	34	93
Juni	3527	4016	489	54	82
Oktober	3665	3966	300	0,8	358
Dezember	3629	3905	277	0,5	238
1934 März	3660	3829	170	0,4	326
Juni	3559	3823	263	-	174
Oktober	3649	3815	166	-	309
Dezember	3553	3795	242	-	179

Wie aus der Tabelle weiter ersichtlich ist, führte diese Politik des niedrigen Zinses jedoch zu keiner vermehrten Kreditgewährung der schwedischen Banken. Diese ging im Gegenteil von Ende 1932 bis Ende 1934 um ungefähr 400 Mill. skr zurück, während die Einlagen im gleichen Zeitraum im großen ganzen unverändert blieben.
Die Hauptursache für diese rückläufige Kreditentwicklung dürfte darin zu sehen sein, daß die schwedischen Industrien 1932 und 1933 in weit größerem Umfang Kredite zurückbezahlten, statt neue in Anspruch zu nehmen, wodurch sie in dieser Zeit ihr Fremdkapital unter das Niveau von 1929-30 bringen konnten.

---

1) Quelle für genannte Daten und Zinssätze: "Svenska Handelsbankens Index", Juni 1933, S. 118, und Dezember 1933, S. 246.
2) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp ...", S. 44.

War die erhoffte Kreditexpansion also bis Ende 1934 nicht nur ausgeblieben, sondern an ihre Stelle eine beträchtliche Kreditreduktion getreten, so erwies sich, wenigstens bis Mitte 1933, auch das geldpolitische Grundziel, nämlich ein Ansteigen des Großhandelspreisniveaus, als längst nicht erreicht. Tatsächlich war ja der Großhandelspreisindex des schwedischen Kommerskollegiums zwischen 1931 und 1933 um vier Einheiten gesunken [1].

Wie an anderer Stelle ausführlicher gezeigt werden wird, zeigte die wirtschaftliche Lage bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch keine wesentliche Verbesserung. Vielmehr war die Arbeitslosigkeit weiterhin gestiegen und wies Anfang März ihren höchsten Stand auf.

2. DIE FINANZPOLITISCHEN MASSNAHMEN, (KRISENPROGRAMM, ÖFFENTLICHE ARBEITEN UND BUDGETPOLITIK)

a) Allgemeine Vorbemerkung

Nachdem bislang in den wirtschaftspolitischen Programmen Schwedens stets die Bedeutung der Geldpolitik als Mittel zur Beeinflussung der einheimischen Kaufkraft zum Zwecke einer Konjunkturstimulation betont worden war, ist es nicht verwunderlich, daß angesichts des faktisch Erreichten (bzw. nicht Erreichten) in der sozialdemokratischen Etatvorlage von 1933 - nach Diskussion der geführten Zinspolitik - nunmehr konstatiert wurde, die Geldpolitik habe sich als relativ ineffektiv erwiesen und müsse u.a. durch finanzpolitische Maßnahmen ergänzt werden.

Es besteht keine Veranlassung, an dieser Stelle noch einmal näher auf die Entwicklung des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms einzugehen. Wir haben die in der Etatvorlage v. 1933 vorgebrachten praktisch-politischen Motive zur Einbeziehung der Finanzpolitik in das wirtschafts- und hier besonders konjunkturpolitische Instrumentarium und die Diskussion über die Effektivität bzw. relative Ineffektivität geldpolitischer Mittel durch eine vom Finanzminister einberufene Sachverständigenkommission im Kapitel über die wirtschaftspolitische Zielsetzung in Schweden während der Jahre 1931-33 ausführlich geschildert. Außerdem haben wir den theoretischen Gesichtspunkte

---

1) Siehe Fußnote 2 Seite 37.

und Schlussätzen in Myrdals Promemoria zur Finanzpolitik einen besonderen Abschnitt gewidmet [1].

Hier ist es uns darum zu tun, das finanzpolitische Krisenprogramm quantitativ näher zu bestimmen, zu zeigen, in welchem Umfang die in der Etatvorlage v. 1933 und in den theoretischen Sachverständigengutachten dem schwedischen Reichstag vorgeschlagenen finanzpolitischen Maßnahmen zur Überwindung der herrschenden Depression vom schwedischen Reichstag gebilligt wurden, auf welche Weise sie alsdann zum Einsatz gelangten und welche Konsequenzen sie für die staatliche Budgetpolitik mit sich brachten.

b) Rückblick auf die bisherige Methode der Arbeitslosen- und Krisenpolitik

Das im Januar 1933 dem schwedischen Reichstag vorgelegte Programm der sozialdemokratischen Regierung zur Bekämpfung der herrschenden Arbeitslosigkeit, das, wie wir gesehen haben, im wesentlichen auf eine stärkere Engagierung der Finanzpolitik zum Zwecke der Krisenbekämpfung ausging, bedeutete eine Abkehr von der bis dahin üblichen Methode staatlicher Arbeitslosenpolitik. Soll aber diese Neuartigkeit des schwedischen Krisenprogramms von 1933 in ihrer ganzen Bedeutung und mit all ihren Konsequenzen voll erfaßt werden können, ist es notwendig, daß wir zunächst einmal die wesentlichen Züge der bisherigen Methode der schwedischen Arbeitslosenpolitik kennenlernen.

Die staatliche Arbeitslosenpolitik lag bis zu diesem Zeitpunkt ganz in den Händen der staatlichen Arbeitslosenkommission. Diese, bei ihrer Gründung 1914 ursprünglich als beratendes Organ der Regierung (für die nach Kriegsausbruch eingeführten besonderen, z.T. mit Staatsbeiträgen bestrittenen Arbeiten zur Unterstützung von Arbeitslosen) gedacht, wurde während der Krise von 1921-23 zur zentralen Aufsichtsbehörde von zwei lokalen Institutionen [2], denen die Durchführung sog. "Notstandsarbeiten" oblag, und erhielt schließlich ab 1924, als die Aufrechterhaltung der obengenannten beiden lokalen Arbeitsloseninstitutionen nicht mehr nötig schien, den Charakter eines rein staatlichen Unternehmens, das auf eigene Initiative Notstandsarbeiten beschließen, in

---

1) Siehe Kap. II im ersten Teil bzw. Kap. III Abschn. 2 im zweiten Teil der Arbeit.

2) "Südschwedens Staatsarbeiten" und "Norrlands Staatsarbeiten".

Gang setzen und durchführen konnte, und zwar in dem Umfang, in dem es diese zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst für erforderlich hielt.

Abgesehen von einer allgemeinen Aufsicht durch die Regierung, besaß die staatliche Arbeitslosenkommission somit eine sehr selbständige Stellung, und tatsächlich war sie auch bis Juli 1933 diejenige Institution, der praktisch allein die staatliche Arbeitslosenunterstützung oblag und die zugleich Umfang und Art der in den verschiedenen Kommunen gewährten staatlichen Arbeitslosenhilfe bestimmte [1].

Unter der Regie des Arbeitslosenkomitees war Arbeitslosenhilfe in der Hauptsache in zweierlei Form gewährt worden: Einmal durch die sog. "Arbeitslinie", d.h. durch Hinweisung der Arbeitslosen auf besondere Arbeiten, die sog. "Reservearbeiten", zum anderen durch die sog. "Unterstützungslinie", also durch Gewährung direkter Bargeldunterstützung [2].

Am charakteristischsten für die Reservearbeiten [3] war, daß deren Löhne unter dem auf dem offenen Arbeitsmarkt herrschenden Lohniveau lagen. Da anzunehmen war, daß kein Arbeiter länger unter diesen Bedingungen arbeiten würde, wenn er Arbeit auf dem offenen Arbeitsmarkt erhalten könnte, schien dieses System eine automatische Abwicklung der Reservearbeiten im Falle einer verbesserten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage zu garantieren.

Durch Reichstagsbeschluß wurden 1922 gewisse Direktiven für die Lohnfestsetzung bei Reservearbeiten aufgestellt. Danach hatte das Arbeitslosenkomitee für jede Gemeinde, in der staatliche Arbeitslosenhilfe betrieben wurde, festzustellen, welche Löhne an dem betreffenden Ort und gemäß den Verhältnissen auf dem

---

1) "Svensk arbetslöshetspolitik åren 1914-1935", SOU 1936:32, S. 22-23. Technisch war die Arbeitslosenkommission so organisiert, daß das Beschlußrecht von einer variierenden Anzahl von der Regierung bestimmter Abgeordneter - zuletzt, vor Einführung des neuen Programms im Juli 1933, vier - ausgeübt wurde. Einer dieser Abgeordneten wirkte als Vorsitzender. Alle vorbereitende Arbeit sowie die gefaßten Beschlüsse wurden von der sog. Kanzlei, die mehrere Angestellte beschäftigte, ausgeführt.

2) In geringerem Umfang wurden auch, vor allem für jüngere Arbeitslose, Kurse und Lehrgänge als Teil des Arbeitslosenprogramms organisiert. Außer dieser genannten staatl. bzw. staatskommunalen Unterstützungstätigkeit gab es noch die rein kommunale.

3) Die Reservearbeiten wurden in Schweden auch allgemein mit dem populären Ausdruck "Notstandsarbeiten" bezeichnet.

offenen Arbeitsmarkt für Erd- und sonstige Schwerarbeiten üblich waren. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurde dann ein sog. "Schwerarbeiterlohn" als "der Lohn, zu welchem in einer Gemeinde in größerem Umfang Schwerarbeit beschafft werden konnte", festgestellt. Da aber nach den Direktiven von 1922 die Löhne für Reservearbeiten unter denjenigen auf dem offenen Arbeitsmarkt liegen sollten, wurde der jeweilige "Reservearbeitslohn" einer Gemeinde in einem bestimmten Verhältnis zu dem errechneten "Schwerarbeiterlohn" festgesetzt [1]. Die meisten mit Reservearbeiten beschäftigten Arbeiter wurden im Akkord entlohnt. Folglich sollte der Akkordsatz so festgesetzt werden, daß ein Arbeiter mit normaler Arbeitsleistung den am betreffenden Ort geltenden Reservearbeiterlohn erreichen konnte.
Da auf dem Arbeitsmarkt an verschiedenen Orten in Schweden sehr verschiedene Löhne für Schwerarbeiten üblich waren, gelangte die Arbeitslosenkommission auch dementsprechend zu sehr verschiedenen "Schwerarbeiterlöhnen", nach denen sich dann der jeweilige Reservearbeiterlohn zu richten hatte. Um diese Unterschiede in der Entlohnung an verschiedenen Orten etwas auszugleichen, wurde das Verhältnis zwischen Reserve- und Schwerarbeiterlöhnen variabel gestaltet, derart, daß die Spannung zwischen Reservearbeiterlohn und dem Lohn auf dem offenen Arbeitsmarkt bei hohen Löhnen größer und bei niedrigen Löhnen gering war [2]. Trotz dieser ausgleichenden Maßnahme kamen 1933 an verschiedenen Orten Schwankungen im Reservearbeitslohn zwischen 2,95 und 7 skr pro Tag vor [3].

Aber nicht nur im Lohnsystem unterschieden sich Reservearbeiten von den Arbeiten auf dem offenen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitsobjekte, die für Reservearbeiten in Frage kommen konnten, wurde durch bestimmte Vorschriften weitgehend beschränkt. So sollten beispielsweise alle diejenigen Arbeiten vom Reservearbeitssystem ausgeschlossen werden, von denen angenommen werden konnte, daß sie in den folgenden drei Jahren auf dem offenen Markt zur Ausführung gelangen würden. Die für Reservearbeiten in Frage kommenden Arbeitsobjekte sollten dem Staat, den Gemeinden oder einer sonstigen öffentlichen Institution zugute kommen und wirtschaftlich oder kulturell berechtigt sein. Außerdem sollten sie so beschaffen sein, daß jeder Arbeiter mit normaler Arbeitsfähigkeit beschäftigt werden konnte, daß der größte Anteil der totalen Kosten aus Arbeitskosten bestand und sie (die Arbeiten)

---

1) "Svensk arbetslöshetspolitik åren 1914-1935", S. 32.
2) Als weitere ausgleichende Maßnahme wurden an Orten mit niedriger Entlohnung Ortszulagen gewährt.
3) "Svensk arbetslöshetspolitik åren 1914-1935", S. 32.

möglichst dem Umfang der Arbeitslosigkeit entsprechend aufgenommen, ausgedehnt oder eingeschränkt werden konnten [1].

Bei der Gewährung von Bargeldunterstützung schließlich wurden von der staatlichen Arbeitslosenkommission bestimmte Höchstbeträge festgesetzt, die ebenfalls den Schwerarbeiterlöhnen der verschiedenen Orte angepaßt, jedoch mit Rücksicht auf Alter und Anzahl der Kinder des Unterstützungsempfängers abgestuft waren. In den besonders schweren Krisenzeiten 1921-23 betrug der gewährte Höchstbetrag ca. 2/3 des Schwerarbeiterlohns, sonst die Hälfte. Die Unterstützungsbeträge wurden also offenbar so festgesetzt, daß es für die Arbeitslosen bedeutend vorteilhafter war, Reservearbeiten an Stelle von Bargeldunterstützung anzunehmen.
Obwohl es somit wünschenswerter war, Hilfe in Form von Reservearbeiten statt durch direkte Unterstützung zu empfangen, erhielt 1932 der geringere Prozentsatz der um Unterstützung eingekommenen Arbeitslosen Hilfe durch staatliche und staatskommunale Reservearbeiten.
Insgesamt konnte im selben Jahr nur 37,4 % aller Unterstützungssuchenden staatliche Hilfe in Form von Reservearbeit oder direkter Unterstützung gewährt werden. Hierzu kam noch eine rein kommunale Reservearbeitszuteilung an 9,7 % und eine rein kommunale direkte Unterstützung an 5,5 % der Antragsteller, so daß im Jahr 1932 insgesamt 52,6 % aller dem staatl. Arbeitslosenkomitee gemeldeten Arbeitslosen staatliche, staatskommunale oder kommunale Arbeitslosenhilfe im Rahmen der Arbeits- und Unterstützungslinie erhielten [2].

c) Die ersten Reformvorschläge

Gegen dieses System staatlicher Arbeitslosenpolitik mit der zentralen Stellung der staatlichen Arbeitslosenkommission erhob sich in den ersten Jahren der großen Depression eine scharfe Opposition seitens der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und der Allgemeinheit. Die knapp bemessenen staatlichen Anschläge (zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit), die Wahl der Arbeitsobjekte und überhaupt die Unzulänglichkeit des gesamten Hilfsprogramms waren die Hauptgegenstände dieser Kritik.

---

1) "Statens arbetslöshetskommissions berättelse 1925-1934", Stockholm 1937, S. 251.
2) "Svensk arbetslöshetspolitik åren 1914-1935", S. 35.

Bereits 1927 hatten die Sozialdemokraten eine Ausweitung der staatlichen Arbeitslosenhilfe beantragt. In zwei weiteren Anträgen vor dem schwedischen Reichstag wiederholte und verschärfte die sozialdem. Reichstagsgruppe 1930 ihren Vorschlag, in dem sie forderte, das System der Notstandsarbeiten solle völlig aufgegeben und durch produktive Öffentliche Arbeiten ersetzt werden [1].

Eine kurze Zusammenfassung der Hauptargumente gegen das bisherige System mag hier angebracht sein [2].

Ein ernsthafter Mangel des ganzen Systems sei darin zu erblicken, daß die im Rahmen dieses Systems und unter der Regie der Arbeitslosenkommission durchgeführten Maßnahmen bei weitem nicht ausreichten, um allen Notleidenden Hilfe zu gewähren.

Die Vorschrift für die Wahl der Arbeitsobjekte, die ja u.a. besagte, daß keine Arbeit, die voraussichtlich in nächster Zukunft auf dem offenen Markt zur Ausführung gelange, als Reservearbeit durchgeführt werden dürfe, sei völlig unrealistisch. Sie bewirke, daß ein Arbeitsobjekt desto geeigneter für Reservearbeiten werde, je unwichtiger und unnützlicher es sei.

Weiter würde bei den Reservearbeiten keine Rücksicht auf die verschiedenen Berufe der Arbeitslosen genommen. Tatsächlich würden alle Arbeitslosen, ob qualifiziert oder unqualifiziert, ob Arbeiter oder Büroangestellte, zu unqualifizierten Schwerarbeiten herangezogen, oftmals dazu noch weit weg von ihren Wohnorten.

Die heftigste Kritik der Gewerkschaften richtete sich gegen die niedrigen Löhne bei den Reservearbeiten, wobei sie sich gegen die Theorie der Befürworter dieser Politik wandte, die besagte, eine solche Lohnfestsetzung sei aus zwei Gründen notwendig: damit niemand Reservearbeiten einer Arbeit auf dem offenen Markt vorziehe und damit ein künstlich hohes Lohnniveau vermieden werde, das nur die notwendige Anpassung der Löhne an die depressiven Verhältnisse verhindere.

Die Gegner dieser Politik argumentierten, eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeitslosen durch höhere Reservearbeitslöhne sei eine wichtige Methode, um weiteren depressiven Tendenzen vorzubeugen. Sie hielten es für ungerechtfertigt, daß die Löhne in der Privatindustrie und bei gewöhnlichen staatlichen Arbeiten durch kollektive Absprachen bestimmt werden dürften, diejenigen bei den Reservearbeiten aber dem Gutdünken der Arbeitslosenkommission

---

1) "Statens arbeitslöshetskommissions berättelse 1925-1934", S. 145.

2) Zusammengestellt nach Angaben in: "Svensk arbetslöshetspolitik 1914-1935", S. 60-61 und: Harrison Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", Washington 1941, S. 32-34.

überlassen seien, die ihrerseits wiederum in ihrer Entscheidung durch die ungenügenden Anschläge der Regierung gebunden werde. Die Folge dieser ungerechtfertigt niedrigen Entlohnung sei, daß viele arbeitslose Familien zur Fristung ihres Lebensunterhalts zusätzlich auf allgemeine Armenhilfe oder Spenden karitativer Verbände angewiesen seien.
Schließlich wurde auch hervorgehoben, daß das System der Reservearbeiten kein Stimulans für die Privatwirtschaft bedeute und folglich auch keinen konjunkturellen Umschwung ermöglichen könne. Wohl würde in gewissem Umfang die Kaufkraft der sonst Arbeitslosen aufrechterhalten, aber die stark arbeitsbetonte Orientierung des Programmes würde eine konjunkturelle Stimulation indirekter Art, wie sie hauptsächlich durch größere Materialkäufe hervorgerufen würde, ausschließen.

d) Das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Nachdem die Sozialdemokraten im Herbst 1932 an die Macht gekommen waren, legten sie im Januar 1933 dem schwedischen Reichstag in der Etatvorlage ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, das sich wesentlich von dem bisherigen System staatlicher Arbeitslosenhilfe unterschied.
Wie aus der Bezeichnung "Arbeitsbeschaffungsprogramm" bereits hervorgeht, bedeutete der sozialdemokratische Vorschlag, daß die künftige Arbeitslosenhilfe in weit größerem Umfang als bisher auf die Arbeitslinie konzentriert werden sollte. Dies sollte teils durch Anordnung staatlicher, kommunaler oder auf Initiative von Privatpersonen zurückgehender Arbeiten auf dem offenen Markt, teils aber auch durch besondere, unter speziellen Formen und Bedingungen betriebene sog. "Bereitschaftsarbeiten" geschehen. Letztere waren als Ersatz für das bisherige System der Reservearbeiten gedacht.

da) Wesentlicher Inhalt

Insgesamt sah das Programm eine Gesamtsumme von 195 Mill. skr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor.
Davon sollten ca. 35 Mill. skr für die Öffentlichen Arbeiten auf dem offenen Markt unter staatlicher oder privater Regie, 125 Mill. für Bereitschaftsarbeiten und 35 Mill. zur Abwicklung der noch bestehenden Reservearbeiten und der Arbeitslosenkommission veranschlagt werden. Außerdem sollten von den genannten 35 Mill. Beträge zur Unterstützung von Arbeitslosen, die keine Arbeit erhalten konnten, abgeführt werden. Nur Reservearbeiten, die nicht unmittelbar einem staatlichen, kommunalen oder privaten Organ übertragen werden konnten, sollten noch unter der Regie der Arbeitslosenkommission stehen, nun

aber mit dem wesentlichen Unterschied, daß sie zu dem ungekürzten, von der Arbeitslosenkommission für die einzelnen Orte errechneten, "Schwerarbeiterlohn" durchgeführt werden sollten.
Für die Bereitschaftsarbeiten, die ja allmählich die Reservearbeiten ersetzen sollten, waren Löhne entsprechend den Verhältnissen auf dem offenen Markt vorgesehen. D.h., hier sollten diejenigen Löhne gelten, die nach den kollektiven Absprachen für entsprechende Arbeiten galten, oder, wo solche Absprachen nicht bestanden, die sonst an den Plätzen, an denen die Bereitschaftsarbeiten ausgeführt wurden, für solche Arbeiten üblich waren. Grundsätzlich sollte keine Art von Arbeit vom System der Bereitschaftsarbeiten ausgeschlossen werden, doch sollten dringliche Arbeiten den Vorzug vor weniger dringlichen haben.
Im ganzen bezweckte man mit den Bereitschaftsarbeiten nicht nur, die Beschäftigung zu steigern, indem man Arbeitslosen durch sie Arbeit vermittelte, sondern man rechnete damit, daß sie durch relativ höhere Materialbeanspruchung auch Absatz für kapitalgüterproduzierende Unternehmen, die ja während Depressionen unter ganz besonders starkem Nachfragerückgang leiden, schaffen würden.

Von den im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen 195 Mill. skr sollten die Anschläge für Arbeiten auf dem offenen Markt, sowie diejenigen für die Bereitschaftsarbeiten, also insgesamt 159 880 600 skr., durch Anleihen, der Rest (für die Abwicklung der Tatigkeit der Arbeitslosenkommission sowie für direkte Unterstützungen) von 35 Mill. skr durch andere Staatseinnahmen gedeckt werden.

db) Parlamentarische Vorentscheidungen.
Um dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm entstand eine monatelange Diskussion und ein Ringen zwischen Sozialdemokraten einerseits und der bürgerlichen Opposition der Konservativen, Liberalen und Bauern andererseits, deren Verlauf kurz dargestellt werden soll:

In seiner obigen ursprünglichen Fassung wurde das Programm vom schwedischen Reichstag nicht gebilligt. Zwar pflichtete die Opposition einer gemäßigten Steigerung der Öffentlichen Arbeiten bei, lehnte jedoch sowohl die absolute Höhe der von der Regierung vorgesehenen Beträge als auch deren Verteilung ab, indem sie erklärte, mit diesem Programm würde sich die Regierung auf ein verhängnisvolles Abenteuer einlassen, das mit aller Wahrscheinlichkeit zu einem bedeutenden Budgetdefizit, damit zu einer Erschütterung des Vertrauens gegenüber den Staatsfinanzen, und zu Inflation führen würde, während infolge der künstlich hochgehaltenen Löhne zugleich eine relativ hohe Anzahl

permanent Arbeitsloser der staatlichen Unterstützung überlassen bliebe [1].

Nach Diskussion der mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme bei einer Reihe von Zusammenkünften innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsgruppe, wurden dem Reichstag Mitte März 1933 erneut Vorlagen unterbreitet, die in allen wesentlichen Punkten mit dem bereits in der Etatvorlage vom Januar desselben Jahres proklamierten Arbeitslosenprogramm übereinstimmten.
Hierauf fand am 19. Mai eine Zusammenkunft der Sozialdemokraten mit Vertretern der bürgerlichen Parteien statt. Dabei zeigte sich, daß der Hauptgegensatz bei der Frage der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms nunmehr in der Auffassung über die Lohnfestsetzung bei Reservearbeiten bestand. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten sich nämlich bereit erklärt, dem Umfang des Krisenprogramms zuzustimmen, sofern die Verteilung der verschiedenen Arbeitsformen dahingehend geändert würde, daß die staatskommunalen Arbeiten größere Anschläge erhielten. Daraufhin einigte man sich auf folgende Verteilung: 115 Mill. skr für allgemeine Öffentliche Arbeiten außerhalb der Kontrolle der Arbeitslosenkommission und 80 Mill. skr für Notstandsarbeiten sowie für direkte Unterstützungen unter der Regie der Kommission. Für gewöhnliche Bereitschaftsarbeiten sollten 3 Mill. skr veranschlagt werden, ein Betrag, der bereits in den beiden vorhergegangenen Budgetjahren als Kompromiß an die immer stärker hervortretenden Kritiker der Reservearbeiten versuchsweise genehmigt worden war.
Hinsichtlich der Lohnfestsetzung konnte nur darüber Einigkeit erzielt werden, daß für die allgemeinen Öffentlichen Arbeiten die nach den kollektiven Absprachen geltenden Löhne bezahlt werden sollten. Für Reservearbeiten forderten die bürgerlichen Parteien eine Festsetzung der Löhne nach dem bisher geltenden Prinzip der Arbeitslosenkommission, während die Sozialdemokraten an ihrer Forderung nach unreduzierten Schwerarbeiterlöhnen festhielten.

Bei der Zusammenkunft eines sog. "Wohlfahrtsausschusses" [2] am 23. Mai legte die Regierung ihren endgültigen Krisenvorschlag vor. Er umfaßte nach wie vor einen Anschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von insge-

---

1) Harrison Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914-1940", S. 140.
2) "Wohlfahrtsausschuß" werden - in Anknüpfung an das "comité de salut public" der franz.Revolution - in Schweden alle jene Reichstags-Sonderausschüsse genannt, die sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten mit den Ursachen und den evtl. Möglichkeiten zur Überwindung einer bestehenden Depression zu beschäftigen haben. Solche Sonderausschüsse wurden 1815, 1867, 1933 und 1943 gebildet.

samt 195 Mill. skr, also in derselben Höhe wie der von den Sozialdemokraten ursprünglich vorgeschlagene Betrag. Gleichzeitig verzichtete man jedoch auf die Auflösung der Reservearbeiten und der Arbeitslosenkommission und schlug 115 Mill. skr für allgemeine Arbeiten unter gewöhnlichen Bedingungen des offenen Marktes und 80 Mill. skr für Reservearbeiten und Bargeldunterstützung vor. Als Norm für die Festsetzung der Reservearbeiterlöhne wurde nach wie vor der unreduzierte Schwerarbeiterlohn des betreffenden Ortes gefordert.

Als wiederum ein Teil der bürgerlichen Opposition Einwände gegen die zu hoch erscheinende Summe von 115 Mill. skr für allgemeine Arbeiten machte, ein anderer Teil zwar prinzipiell nichts gegen die totale Summe von 195 Mill. einzuwenden hatte, jedoch eine Verschiebung der geplanten Anschläge von den allgemeinen Arbeiten hin zu den unter der Regie der Arbeitslosenkommission stehenden Reservearbeiten für wünschenswert hielt, stellte der Sprecher der Sozialdemokraten, der damalige Staatsminister Per Albin Hansson, eine solche Verschiebung innerhalb des vorgeschlagenen totalen Rahmens in Aussicht, lehnte jedoch die Annahme einer niedrigeren Lohnfestsetzung für Reservearbeiten, wie sie die Opposition wünschte, ab. Für den Fall, daß auch dieser endgültige Kompromißvorschlag keine Zustimmung erhielte, drohte der Staatsminister zugleich mit der Auflösung des Reichstags und der Durchführung neuer Wahlen.

Um eine Möglichkeit für weitere Verhandlungen aufrechtzuerhalten, faßte der "Sonderausschuß" am Tag darauf folgenden Prinzipbeschluß:
Die von den Sozialdemokraten als unannehmbar bezeichnete Lohnforderung wurde aus den gemeinsamen Prinzipforderungen der bürgerlichen Opposition gestrichen, während die Behandlung der meisten anderen strittigen Punkte auf eine spätere unvoreingenommene Untersuchung verschoben werden sollte.

Trotz dieses Prinzipbeschlusses trafen sich am Abend desselben Tages der sozialdemokratische Partei- und Regierungschef Hansson und der Vertreter der Bauernpartei im Sonderausschuß, um unter vier Augen noch einmal über die sozialdemokratische Schlußvorlage vom 23.5. zu verhandeln. Hierbei stimmte der Staatsminister, nachdem sein Verhandlungspartner die entsprechenden Wünsche seiner Partei vorgetragen hatte, folgender Modifikation des Regierungsprogramms zu: Die Gesamtsumme des Krisenprogramms wurde von 195 Mill. auf 180 Mill. skr reduziert, und zwar ausschließlich auf Kosten der allgemeinen Arbeiten, wodurch diese auf 100 Mill. skr begrenzt wurden. Dafür stimmte der Vertreter der Bauernpartei dem Wunsche der Sozialdemokraten zu, daß, wie es im Kommunique über die Verhandlung heißt, der Lohn für Reservearbeiten "nicht den niedrigsten Schwerarbeiterlohn übersteigen" dürfe, "zu dem an einem Ort Arbeit in bedeutendem Umfang verschafft

werden" könne, "unter gleichzeitiger Beachtung der Lohnverhältnisse in Land- und Forstwirtschaft".

Nachdem am Abend des 24. bzw. am 27.5. die Reichstagsgruppen der Bauernpartei bzw. der Sozialdemokraten jener vorläufigen Übereinkunft mit großer Majorität zugestimmt hatten, schlug der "Wohlfahrtsausschuß" Mitte Juni dem Reichstag vor, er möge insgesamt 180,1 Mill. skr, davon 149,9 Mill. skr Anleihemittel, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligen [1].

Im Reichshaushaltsetat für das Haushaltsjahr 1933/34 wurden dann insgesamt 168,1 Mill. skr Anleihemittel unter einer besonderen Rubrik [2] für Öffentliche Arbeiten veranschlagt, und zwar 60 Mill. für staatliche und staatskommunale Reservearbeiten, 3 Mill. für staatliche, 8,5 Mill. für kommunale Bereitschaftsarbeiten und der Rest für übrige Öffentliche Arbeiten. Davon wurden laut Budget-Rechenschaftsbericht 59,0 Mill. für Reservearbeiten, 2,7 Mill. für Bereitschaftsarbeiten und 36,8 Mill. für übrige Arbeiten, insgesamt also 98,5 Mill. skr disponiert [3].

Die Krisenübereinkunft zwischen Sozialdemokraten und Bauernpartei, in Schweden allgemein "Der Kuhhandel" genannt, sowie die im Anschluß daran gefaßten Reichstagsbeschlüsse, bedeuteten einen Bruch mit dem bisher üblichen System staatlicher Arbeitslosenpolitik, wenn auch keinen so kräftigen Bruch, wie ihn das ursprüngliche sozialdemokratische Krisenprogramm dargestellt hatte. Immerhin kann das Prinzip, daß die staatliche oder staatsunterstützte Tätigkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich auf Schwerarbeit verlegt, sondern nach Art und Bedingungen in Übereinstimmung mit den Verhältnissen auf dem offenen Markt differenziert werden sollte, nach den Worten Olle Nymans als "fundamentale Neuheit" bezeichnet werden [4]. Aber auch in der Konjunkturpolitik und in erster Linie in der Finanz- und Budgetpolitik, war mit diesem neuen System ein Wendepunkt eingetreten.

---

1) Quelle für obige Zusammenfassung der parlamentarischen Entscheidungen: Olle Nyman, "Svensk parlamentarism 1932-1936", Uppsala 1947, S. 107-1
2) "Fonden för förlag till statsverket".
3) "Budgetredovisning för Budgetåret 1933/34", Sthlm. 1934, vgl. ferner: Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker ...", S. 61, sowie "Riksgäldskontorets årsbok", Jahrg. 13-15, 1932-35, Budgetjahr 1933/34, S. 7.
4) Olle Nyman, "Svensk parlamentarism 1932-1936", Uppsala 1947, S. 139

dc) Budgetpolitische Konsequenzen

Bisher, also bis zum Haushaltsjahr 1933/34, hatte man es in Schweden abgelehnt, das Staatsbudget absichtlich als konjunkturpolitisches Instrument auszunützen. Vielmehr wurde es in erster Linie unter staatsfinanziellen Gesichtspunkten aufgestellt, die besagten, daß das Staatsvermögen nicht verringert werden durfte. Zur Präzisierung einer solchen Forderung mußten aber entsprechende Regeln aufgestellt werden, für welchen Zeitraum man ein unverändertes Staatsvermögen, d.h. einen Ausgleich des (Steuer- oder Betriebs-) Budgets [1], verlangte, und welche Kapitaltitel dem Staatsvermögen zugerechnet werden sollten.

In der schwedischen Budgetpraxis wurde bis 1933 die Aufrechterhaltung des Staatsvermögens mit solcher Strenge verfolgt, daß nur "rentable" Investitionen mit Anleihemitteln bestritten werden durften, d.h. in der Hauptsache Investitionen in staatseigenen Unternehmungen, die einen ausreichenden Ertrag abwarfen, um Zinsen und Amortisation für die betreffenden Anleihen zu garantieren. Diese Regel galt für jedes Budgetjahr, so daß der Reichshaushaltsetat immer ausgeglichen sein sollte.

Dementsprechend wurden die Notstandsarbeiten der früheren Regierungen Schwedens auch mit Steuereinnahmen finanziert.

Mit Beginn der Depression, da die Steuereinnahmen des Staates zurückgingen und gleichzeitig infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit vermehrte Staatsausgaben für Unterstützungszwecke notwendig wurden, erwies es sich jedoch als immer schwieriger und schließlich als unmöglich, dieses Budgetprinzip aufrecht zu erhalten. Formell wurden zwar die Budgets bis zum Haushaltsjahr 1932/33 nach wie vor ausgeglichen, indem man zur Deckung der Defizits sog. "Kapitalmittel", in erster Linie aufgesparte Fonds des staatlichen Wein- und Schnapsmonopols, heranzog [2], de facto bedeuteten diese Transaktionen jedoch eine Unterbilanzierung des Budgets, wenn auch eine unbeabsichtigte [3].

Der von den Sozialdemokraten vorgelegte Budgetvorschlag für das Haushaltsjahr 1933/34, in dem die Anleiheaufnahme von 168 Mill. skr zur Finanzierung nicht rentabler Investitionen im Rahmen des Arbeitslosenhilfsprogrammes vorgesehen war, bedeutete, daß die bisher geltende Budgetpraxis nunmehr auch formell aufgegeben wurde. Eine Weiterführung jener strengen orthodoxen Budgetausgleichspolitik, die in den Augen der Sozialdemokraten durch

---

1) Näheres über die schwedische Budgetaufstellung siehe S. 121.
2) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker ...", S. 60-61.
3) Vgl. Harrison Clark, "Swedish Unemployment Policy ...", S. 136.

Kürzungen der sozialen Ausgaben hätte erkauft werden müssen und somit nur auf Kosten der Bedürftigsten hätte geschehen können, war einer sozialistischen Regierung inadäquat, ebenso wie die von verschiedenen Seiten geforderte allgemeine Senkung der Löhne zur Stimulierung der Privatindustrie sowohl politisch als auch - bei der großen Bedeutung der Gewerkschaften in Schweden praktisch unmöglich war,abgesehen davon, daß beide Maßnahmen eine Reduktion der Kaufkraft in den Händen der Arbeiter bzw. Arbeitslosen bedeutet und die depressiven Tendenzen nur noch verstärkt hätten.

Die notwendige Aufrechterhaltung bzw. wünschenswerte Steigerung der Staatsausgaben zur Bewahrung bzw. Mehrung der Kaufkraft und Ankurbelung der Wirtschaft war somit nur möglich durch Abkehr von den bisherigen Budgetprinzipien, derart, daß man auch für sog. nicht rentable Ausgaben eine Finanzierung mit Anleihemitteln zuließ.
Das theoretische Konzept für eine solche Politik hatte Gunnar Myrdal in seinen Promemoria zur Etatvorlage von 1933 geliefert [1]. Der Kernpunkt in Myrdals Darstellung bestand, wie gezeigt, in der Feststellung, der "Gesundheit" der Staatsfinanzen sei Genüge getan, wenn man das Staatsvermögen auf lange Sicht unverändert halte. Dies würde erreicht, wenn man die veränderten Budgetfinanzierungsregeln mit entsprechend verschärften Einnahmebindungsregeln kombiniere, so daß die für die unrentablen Ausgaben aufgenommenen Anleihen durch künftige reguläre Staatseinnahmen verzinst und in relativ kurzer Zeit amortisiert werden könnten.
Später, in einer zweiten Untersuchung [2], ging Myrdal noch einen Schritt weiter und befürwortete nicht nur die Finanzierung unrentabler Investitionen, sondern auch diejenige der laufenden Ausgaben im sog. Betriebsbudget durch Anleihemittel. Zur Aufrechterhaltung der staatsfinanziellen Gesundheit sollte das Budget nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten von Jahr zu Jahr, sondern über die Periode eines Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen werden, so daß budgetären Defizits während konjunkturellen Depressionen überbilanzierte Budgets in Hochkonjunkturen gegenüberstünden [3].
Die neuen, von der sozialdemokratischen Regierung durchgeführten Finanzierungsregeln bedeuteten nicht die Einführung einer solchen konsequent konjunkturangepaßten Budgetpolitik (in der Art von Myrdals 2. Vorschlag). Was man im Budgetjahr 1933/34 wagte, war lediglich die Finanzierung nichtrentabler Investitionen, (nicht jedoch die Finanzierung laufender Ausgaben), durch

---

1) Siehe S. 113.
2) "Finanspolitikens ekonomiska verkningar", SOU 1934:1.
3) Siehe unsere Darstellung S. 146.

Anleihen, oder, mit anderen Worten, eine Überführung nichtrentabler Investitionen auf das Kapitalbudget. Die laufenden Ausgaben sollten jedoch nach wie vor durch wirkliche Einnahmen gedeckt, das sog. Steuer- oder Betriebsbudget sollte also nach wie vor ausgeglichen sein [1].

In Übereinstimmung mit Myrdals Einnahmebindungsregeln zur Aufrechterhaltung des Staatsvermögens war vorgesehen, denjenigen Betrag im Anleihebudget, der für die nicht rentablen Öffentlichen Arbeiten zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung veranschlagt war, "während einer vergleichsweise kurzen Zeitperiode durch sukzessive Anweisungen von Steuermitteln, in erster Linie Erbschafts- und Vermögenssteuer, zurückzubezahlen" [2].

---

1) Diese Feststellung erscheint um so wichtiger, als in der einschlägigen Literatur häufig der Eindruck erweckt wird, jene sich über einen Konjunkturzyklus erstreckende Budgetausgleichspolitik sei schon 1933/34 eingeführt worden. (So z.B. in: H. Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914-40", Washington 1941, S. 136; in: "Svensk Uppslagsbok", Bd. 5, Malmö 1947, S. 250-51). Tatsächlich wurde aber ein solcher Budgetausgleich über die Periode eines Konjunkturzyklus erst in der Budgetreform von 1937 durch den schwedischen Reichstag beschlossen. Diese Budgetpolitik war durch zwei Momente gekennzeichnet: (1) Die öffentlichen Investitionen - aufgeführt im Kapitalbudget - sollten auf Depressionszeiten konzentriert werden. Sie würden dann nicht nur billiger durchzuführen sein, sondern auch einen konjunkturstimulierenden Effekt ausüben. (2) Das Budget sollte in Depressionszeiten unterbilanziert und in Hochkonjunkturen überbilanziert werden, das heißt, in Depressionszeiten sollten die Ausgaben des sog. Betriebsbudgets die Einnahmen desselben übersteigen, während in Hochkonjunkturen umgekehrt die "Betriebs"einnahmen größer als die "Betriebs"ausgaben sein sollten. Da die Ausgaben des Betriebsbudgets (in Form von Löhnen, sozialen Unterstützungen, Materialeinkäufen und Zinsen) einkommens- und kaufkraftschaffend, dessen Einnahmen (hauptsächlich in Form von Steuern) aber einkommenstötend wirken, bringt eine Unterbilanzierung des Betriebsbudgets einen Nettozuschuß an Nachfrage und Beschäftigung mit sich und vice versa. (Wir beziehen uns in dieser Darstellung auf: "Regierungsvorlage (Proposition) Nr. 225", 1937, sowie auf die Ausführungen in: C. Welinder, "Offentlig hushållning", Ystad 1955, S. 216-217).

2) "Riksgäldskontorets årsbok", Jahrg. 13-15, Budgetjahr 1933/34, S. 7, (Übers. v. Verf.).

Vorgesehen war ursprünglich eine Amortisationszeit von vier Jahren, doch wurde diese vom Reichstag im Rahmen der Krisenübereinkunft auf sechs Jahre verlängert.

dd) Die bewilligten und veranschlagten Beträge

Die Durchführung des Krisenprogramms und (im Zusammenhang damit) die neue Budgetpolitik erstreckten sich über die Budgetjahre 1933/34 bis 1935/36.

Im Budgetjahr 1933/34 wurden insgesamt 269,4 Mill. skr Anleihemittel bewilligt. Davon, wie erwähnt, 168,1 Mill. skr zur Finanzierung Öffentlicher Arbeiten unter der Rubrik "Fonden för förlag till statsverket", der Rest, also 101,3 Mill. skr, für produktive staatliche Fonds. Hiervon bezahlte das Reichsschuldenkontor 162,5 Mill. skr aus; 98,5 Mill. skr für die allgemeinen Arbeiten und 64 Mill. skr für die produktiven Fonds.

Daß die tatsächlich disponierten Beträge die ursprünglich angewiesenen so stark unterstiegen, war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die im Rahmen der Öffentlichen Arbeiten vorgesehenen Bauarbeiten infolge eines im Frühjahr 1933 ausgebrochenen Lohnkonflikts im Baugewerbe stark verzögerten, so daß von den für allgemeine Arbeiten angewiesenen Anleihemitteln am Ende des Budgetjahres 1933/34 ca. 70 Mill. skr unbeansprucht blieben.

Die Mittel zur Finanzierung der Summe des Anleihebudgets wurden in erster Linie durch "Neuaufnahme von Anleihen beschafft, doch wurde deren Höhe

---

Vgl. hierzu auch: "Notes on the Swedish Budget System", in: "Riksgäldskontorets årsbok 1932-1935", Budgetjahr 1934/35, S. 72, Punkt 7
A fundamental principle of Swedish State budget financing is that proceeds of loans should not be used for other expenditure than such effecting an increase of the State capital assets. According to this principle current expenditure has been met by taxation without recourse to loans, and practically all the national dept of Sweden has been issued for capital expenditure which is revenue producing. In the budgets for 1933/34 and 1934/35 considerable amounts were devoted to schemes of public works, in order to absorb unemployed workers and to give a general stimulus to industrial enterprise. These schemes are financed by loans although only part of the expenditure is itself productive. The loans are, however, to be payed off within a few years, chiefly by means of the death duties and the special income and property tax, which are earmarked for that special purpose.

dadurch begrenzt, daß das Staatskontor [1] relativ umfangreiche Kassenbestände im Reichsschuldenkontor stehen hatte" [2]. Solche Bestände, wie auch etwa restliche nicht disponierte Anleihemittel früherer Haushaltsjahre, konnte das Reichsschuldenkontor zur Deckung der auf dem Anleihebudget ausgewiesenen Ausgaben in Anspruch nehmen und dadurch z.T. die Aufnahme neuer Anleihen vermeiden [3].

Insgesamt brachten die vorgenommenen verschiedenen Anleiheoperationen - nach der Darstellung des Reichsschuldenkontors - 106,43 Mill. skr ein.

Der Staatshaushalt 1934/35 war durch die konsequente Weiterführung der im vorhergegangenen Jahr begonnenen aktiven Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Von im Anleihebudget des Haushaltsetats veranschlagten 282,1 Mill. skr wurden insgesamt 277,3 Mill. skr disponiert, und zwar unter dem Titel "Fonden för förlag till Statsverket" 197,3 Mill. skr, - davon 122,3 Mill. für allgemeine Arbeiten (gegenüber 98,5 Mill. im vorhergegangenen Jahr) und 75 Mill. skr als Betriebskapital für den Getreideverein, - für die produktiven Fonds aber 80 Mill. skr.
Auch in diesem Haushaltsjahr geschah die Finanzierung des Anleihebudgets hauptsächlich durch neue Anleihen, doch wurde sie sehr wesentlich durch den Umstand erleichtert, daß vom Staat gewährte Darlehen in bedeutendem Umfang an das Reichsschuldenkontor zurückbezahlt wurden.
Die notwendigen Anleihen konnten - nach dem Bericht des Reichsschuldenkontors - dank der immer weiter steigenden Liquidität auf dem Geldmarkt und des fallenden Zinsniveaus und der damit verbundenen starken Nachfrage nach Placierungsobjekten, in beiden Budgetjahren ohne Schwierigkeit auf dem einheimischen Kapitalmarkt beschafft werden [4].

---

1) Als "Staatskontor" wird in Schweden die Abteilung für Etats- und Kassenwesen im Finanzministerium bezeichnet.
2) "Riksgäldskontorets årsbok 1932-35", Budgetj. 1933/34, S. 7. (Übers. v. Verf.)
3) Vgl. hierzu: Notes on the Swedish Budget System, Punkt 9, Abs. 2, in: "Riksgäldskontorets årsbok 1932-35", Budgetj. 1934/35, S. 72: The national Dept Office can keep money on account and if a balance is available from previous loans or from surplus revenue funds handed over by the Treasury, it is in a position to provide money by drawing on such balances without taking up a new loan. Owing to this arrangement, there is not in Sweden any such direct connection between the national debt and the budget as there is, for example, in England.
4) "Riksgäldskontorets årsbok 1932-35", Budgetjahr 1933/34, S. 8, und Budgetjahr 1934/35, S. 7.

Im Gegensatz zu den Budgets der beiden vorausgegangenen Haushaltsjahre, war das Budget im Haushaltsjahr 1935/36 ausgeglichen, was, nach der etwas unklaren Deutung im Jahrbuch des schwedischen Reichsschuldenkontors, bedeutete, daß keine "fondierten oder durch Anleihen beschafften Mittel zur Deckung solcher Ausgaben, die eigentlich durch laufende Staatseinnahmen bestritten werden müßten, in Anspruch genommen wurden." D.h., "eine Deckung solcher Anschläge, wie sie in den beiden vorausgegangenen Haushaltsjahren unter der Rubrik "Fonden för förlag till Statsverket" für allgemeine Arbeiten u.a. bewilligt wurden, mit Anleihemitteln, kam im Reichshaushaltsetat von 1935/36 nicht vor" [1].

Die Budgetpolitik sei damit, so heißt es im Jahrbuch des Reichsschuldenkontors, wieder zu normalen Finanzierungsregeln zurückgekehrt.

Ursprünglich bewilligten Anschlägen von insgesamt 120,3 Mill. skr im Anleihebudget des Haushaltsjahres 1935/36 standen 144,63 Mill. skr (von diesen Anschlägen und von in vorausgegangenen Budgetjahren aufgelaufenen Anleihebewilligungen) tatsächlich disponierte Beträge gegenüber. Von diesen 144,63 Mill skr wurden 72,2 Mill. skr im "Fonden för förlag till Statsverket" für allgemeine Arbeiten, staatliche Gebäude, Darlehensunterstützungen u.a. verbraucht [2].
Zum Unterschied von den Haushaltsjahren 1933/34 und 1934/35 geschah die Finanzierung dieser Ausgaben im Anleihebudget jedoch "mit dem Reichsschuldenkontor zur Verfügung stehenden Mitteln, ohne daß hierfür eine Aufnahme neuer Anleihen bewerkstelligt werden mußte" [3]. Diese Mittel setzten sich aus zurückbezahlten Darlehen, aus Anschlägen zur Abschreibung der im "Fonden för förlag till Statsverket" bisher beanspruchten Anleihemittel, sowie aus Kassenbeständen, zusammen.

Das Budget von 1936/37 schließlich erhielt - staatsfinanziell gesehen - einen noch günstigeren Verlauf als jenes des Jahres 1935/36, indem es nicht nur ausgeglichen, sondern überbilanziert war. Die laufenden Einnahmen überstiegen somit die Ausgaben des Betriebsbudgets und diejenigen für nicht rentable Investitionen, so daß beträchtliche Steuermittel zur Abschreibung der restlichen, noch

---

1) "Riksgäldskontorets årsbok", Jahrg. 16-18, 1935/36 - 1937/38, Budgetjahr 1935/36, S. 7. (Übers. v. Verf.)
2) "Budgetredovisning för budgetåret 1935/36", Stockholm 1936, S. 96-98 und S. 100.
3) "Riksgäldskontorets årsbok 1935/36 - 1937/38", Budgetjahr 1935/36 S. 7. (Übers. v. Verf.)

nicht zurückbezahlten Anleihen für unrentable Ausgaben der Budgetjahre 1933/34 und 1934/35 in Anspruch genommen werden konnten.

Von den totalen Ausgaben des Anleihebudgets in Höhe von 128,87 Mill. skr wurden nur 13,78 Mill. skr unter der Rubrik "Fonden för förlag till Statsverket", und 115,1 Mill. skr für produktive staatliche Fonds, wie staatliche Darlehensfonds, staatliche Aktienfonds und staatliche gewerbliche Fonds, disponiert, wobei sämtliche Ausgaben - wie im vorausgegangenen Budgetjahr - durch zurückbezahlte Darlehen, Absetzungen zur Abschreibung bisher in Anspruch genommenen Anleihekapitals für unrentable Ausgaben, und durch Kassenbestände, also wiederum ohne Aufnahme neuer Anleihen, finanziert werden konnten [1].

In den offiziellen Rechenschaftsberichten über den schwedischen Staatshaushalt der Jahre 1933-1937 heißt es, daß die Finanzierung des Anleihebudgets seit dem Haushaltsjahr 1934/35 durch "Abschreibungsmittel" erleichtert worden seien, (siehe oben). Diese Abschreibungsmittel stellten in der Hauptsache Anschläge von Steuermitteln dar, die - entsprechend den von Myrdal geforderten Einnahmebindungsregeln - dem Reichsschuldenkontor zur Abschreibung von im "Fonden för förlag till Statsverket" beanspruchten Anleihemitteln für nicht rentable Investitionen im Rahmen der allgemeinen Arbeiten zur Verfügung gestellt wurden. Solche Mittel wurden im Budgetjahr 1933/34 in Höhe von 23,8 Mill. skr., 1934/35 in Höhe von 38,9 Mill., 1935/36 in Höhe von 59,2 und 1936/37 in einem Betrag von 73,3 Mill. skr abgesetzt. Zur diesem Zweck wurden hauptsächlich Mittel aus der Erbschafts- und einer eigens hierfür vom Reichstag 1933 beschlossenen besonderen Einkommens- und Vermögenssteuer beansprucht [2].

Für die im Krisenprogramm vorgesehenen und unter der Rubrik "Fonden för förlag till Statsverket" geführten Öffentlichen Arbeiten, die den Charakter unrentabler Investitionen hatten, wurden in den beiden Haushaltsjahren 1933/34 und 1934/35 Anleihen in Höhe von insgesamt 232 Mill. skr aufgenommen. Wie wir gesehen haben, konnte dieser Betrag mit Hilfe sukzessiver Absetzungen von Steuermitteln, und infolge der günstigen Entwicklung der Staatseinnahmen im Haushaltsjahr 1936/37, in ebendiesem Jahr vollständig zurück-

---

1) "Riksgäldskontorets årsbok", Jahrgang 16-18, 1935/36 - 1937/38, Budgetjahr 1936/37, sowie: "Budgetredovisning för budgetåret 1936/37", Stockholm 1937, S. 114-117 und S. 120.

2) Siehe Fußnote S. 200.

gezahlt werden. Die hierfür in den Haushaltsjahren 1933-1937 beanspruchten Mittel gingen auf folgende Einnahmequellen zurück [1]:

Erbschaftssteuer	116,7 Mill. skr
Einkommens- u. Vermögenssteuer	16,3 Mill. skr
Sonstige Steuern	5,0 Mill. skr
Automobilsteuer	7,0 Mill. skr
Royalty der Kirunagruben	26,5 Mill. skr
Überführung von Schatzkammer-Reservefonds	60,5 Mill. skr
	232,0 Mill. skr

Da bei der Behandlung des sozialdemokratischen Krisenprogramms vor dem schwedischen Reichstag im Jahr 1933 bestimmt wurde, daß die im Krisenprogramm vorgesehenen Anleihen für nicht rentable Ausgaben in sechs Jahren, also bis zum Haushaltsjahr 1939/40, zurückzuzahlen seien, bedeutet der oben gezeigte tatsächliche Verlauf der Anleiherückzahlungen, daß die Finanzierung der nicht rentablen Öffentlichen Arbeiten drei Jahre früher als vorgesehen abgewickelt werden konnte.

Das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm und die mit ihm 1933 eingeführte neue Budgetpolitik können also, rein staatsfinanziell gesehen, als voll erfolgreich angesehen werden.
Inwieweit sie auch zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben und damit auch als konjunkturpolitisch erfolgreich bezeichnet werden können, ist eine in Schweden viel diskutierte Frage, die von uns im vierten Kapitel dieses Teils der vorliegenden Arbeit behandelt werden soll.

---

1) Quelle: "Measures to Combat Unemployment in Sweden Since 1929", in: Supplement zu "Svenska Handelsbankens Index", Juni 1938, S. 17, zitiert nach H. Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", S. 149. (Übers. v. Verf.)

3. AGRARPOLITISCHE MASSNAHMEN

Außer den geld- und finanzpolitischen Maßnahmen stellte die Agrarpolitik eine weitere (die dritte) Komponente der schwedischen Antidepressionspolitik dar.
Obwohl wir uns in unseren Untersuchungen in der Hauptsache auf die geld- und finanzpolitische Seite der schwedischen Antidepressionspolitik konzentrieren, müssen wir doch wenigstens die Hauptmerkmale der durchgeführten agrarpolitischen Maßnahmen kennenlernen. Dabei sollen auch diese, wie in der vorausgegangenen Schilderung die geld- bzw. finanzpolitischen Maßnahmen, zunächst unter Verzicht auf eine Bewertung ihrer Bedeutung für die weitere Konjunkturentwicklung in Schweden dargestellt werden.

Die Agrarpolitik Schwedens war, im Gegensatz zur Finanzpolitik und gleich der Geldpolitik, nach der sozialdemokratischen Regierungsbildung nicht spontan neu orientiert worden, sondern hatte bereits 1930 eine gewisse protektionistische und kaufkraftstimulierende Linie eingeschlagen. Nach Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten wurde diese Politik allerdings - wiederum ähnlich wie die Geldpolitik - konsequenter und bestimmter durchgeführt. Dies geschah in erster Linie durch die Krisenübereinkunft zwischen Bauernpartei und Sozialdemokraten vom Juni 1933.

Wohl war die Agrarpolitik seit 1930 durch verschiedene Eingriffe kaufkraftstützend orientiert, doch leisteten die Sozialdemokraten protektionistisch betonten, und vor allem: Lebensmittel verteuernden Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft Widerstand.

Als jedoch klar geworden war, daß eine Unterstützung des sozialdemokratischen Krisenprogramms durch die Bauernpartei nur durch weitgehende Zugeständnisse zum Schutze der Landwirtschaft zu erhalten war, revidierten die Sozialdemokraten im ersten Halbjahr 1933 ihre Einstellung zur Agrarpolitik und legten eine Reihe von Propositionen über eine Unterstützung des Rübenanbaus, eine Getreideregulierung und eine Milchregulierung vor, und im Rahmen der Krisenübereinkunft wurde schließlich eine Reihe umfassender Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft vorgenommen, von denen die auffallendste die Bewilligung einer Margarineakzise war, die bisher von den Sozialdemokraten als absurd abgelehnt worden war [1].

Die Notwendigkeit, durch tief eingreifende Maßnahmen die schwedische Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, war bereits in den 20er

---

1) Olle Nyman, "Svensk parlamentarism 1932-1936", Uppsala 1947, S. 139.

Jahren zutage getreten, vor allem, nachdem in deren zweiter Hälfte die internationalen Preise für Agrarprodukte, wie für Getreide und Zucker, herabgepreßt worden waren. Die Weltmarktpreise beeinflußten aber das einheimische schwedische Preisniveau, das dadurch ebenfalls ins Sinken kam.

Die Eingriffe zum Schutze der Landwirtschaft begannen 1929 mit einer Regulierung des Zuckerrübenanbaus, wurden 1930 durch Schritte zur Regulierung der Getreidepreise und 1932 durch die sog. "Milchregulierung" ergänzt. 1933 schließlich wurde noch die erwähnte Margarineakzise (zum Schutze der Butterproduktion) eingeführt.
Das in diesen Jahren aufgebaute System war eine Kombination von Importrestriktionen und Preisregulierungen. Importe wurden verboten und die Mühlen wurden gezwungen, schwedischen Weizen und Roggen in einem entsprechend der Ernte wechselnden Verhältnis zu verwenden. Dadurch wurde die schwedische Preisbildung für Agrarprodukte von der Entwicklung auf dem Weltmarkt isoliert.
Die Agrarpolitik erhielt einen stark autarkistischen Zug; der Binnenmarkt wurde durch Mahlzwang und Importabgaben vor ausländischer Konkurrenz geschützt und die Landwirte hatten die Gewißheit, ihre Ernte zu verkaufen. Da aber die Preise von der Regierung festgesetzt waren, war auch das totale Entgelt der Landwirte garantiert.
Die Folge dieses Systems, das durch Regierungskredite finanziert wurde, war einmal eine starke Produktionssteigerung in der schwedischen Landwirtschaft. Während Schweden bis 1930 ein bedeutender Weizenimporteur war, konnte es sich in den späteren Jahren selbst versorgen und in guten Erntejahren sogar einen erheblichen Überschuß über den einheimischen Verbrauch hinaus erzielen, der teilweise recht lästig war, sich während der Kriegsblockade jedoch als sehr wertvoll erwies [1].
Während die gewährte Unterstützung vor 1933 hauptsächlich der Getreideproduktion zugute kam, wurde sie 1933 durch eine Regulierung der Tierproduktpreise ergänzt. Da Schweden Butter und Schinken exportierte, wurde diese Unterstützung in Form einer Subvention an die Exporteure gewährt, die es ermöglichte, daß die internen Preise über das sehr niedrige Niveau auf den Exportmärkten hinaus erhöht werden konnten. Die Subvention wurde durch Milchabgaben, getragen von den Konsumenten, durch Importzölle und Verbrauchssteuern auf Margarine, Mais und gewisse Arten von künstlichem Viehfutter, finanziert [2].

---

1) Bei dieser Zusammenfassung stützen wir uns auf Angaben in:
E. Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1953, S. 66/67, und K. Kock, "Crisis, Depression and Recovery in Sweden. 1929-1937", Delaware ed., Stockholm 1938, S. 479-480.

2) Vgl. insbes. K. Kock, a.a.O., S. 479/480.

Zum anderen führten diese staatlichen Regulierungsmaßnahmen im Verein mit den durch sie ausgelösten Produktionssteigerungen sowohl zu einem Steigen der Verkaufseinkünfte der Landwirte, als auch zu einer Überführung der Kaufkraft von Konsumenten in die Hände der Landwirte.

III. DER VERLAUF DES KONJUNKTURELLEN AUFSCHWUNGS IN SCHWEDEN

1. ALLGEMEINE VORBEMERKUNG

Ehe wir nach der Schilderung der praktisch-politischen Antidepressionsmaßnahmen deren Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung Schwedens untersuchen können, müssen wir zunächst wissen, was überhaupt in konjunktureller Hinsicht erreicht wurde. D.h., wir müssen an dieser Stelle eine Beschreibung des konjunkturellen Verlaufs während der 30er Jahre einflechten. Durch sie soll ganz allgemein aufgezeigt werden, inwieweit eine Verbesserung der Konjunkturlage - und damit ja das Hauptziel der schwedischen Wirtschaftspolitik jener Zeit - überhaupt erreicht wurde. Es geht hierbei um die Frage, wann der wirtschaftliche Aufschwung in Schweden einsetzte, von wo er seinen Ausgang nahm und wie er sich in verschiedenen Bereichen der schwedischen Volkswirtschaft zeigte.

Nach Schilderung dieser Entwicklung kann man sodann schließlich die geschilderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in ihrer Beziehung zu dem erfolgten Konjunkturverlauf zeigen und die Frage zu beantworten suchen, in welchem Maße die schwedische Wirtschaftspolitik der 30er Jahre zu eben dem gezeigten konjunkturellen Verlauf beitrug.

2. VERLAUF UND KENNZEICHEN DES KONJUNKTURELLEN AUFSCHWUNGS

Eine nähere Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung Schwedens während der 30er Jahre zeigt, daß auch im ersten Halbjahr 1933 noch recht unsichere konjunkturelle Verhältnisse herrschten. Zwar stieg der Export im zweiten Quartal 1933, gewisse Anzeichen einer Besserung auf den Exportmärkten hatten

sich sogar bereits im Herbst 1932 angedeutet, doch wurden, da der ausgewiesene Anstieg in den Exportwerten z.T. auf Preissteigerungen zurückzuführen war und gleichzeitig ca. 40 % des Exports von Lägern stammten, Produktion und Beschäftigung nicht unmittelbar von der Exportsteigerung berührt. Sie lagen vielmehr im ersten Halbjahr 1933 eher unter als über dem Niveau der entsprechenden Zeit des Vorjahres, - die Arbeitslosigkeit wies tatsächlich zwischen Januar und März 1933 ihre höchste Ziffer auf [1] - und eine definitive Verbesserung der schwedischen Konjunkturlage konnte somit nicht vor Spätsommer 1933 beobachtet werden [2].

Der Anstieg im Exportwert und Exportvolumen hatte also ca. 1/2 Jahr vor dem Eintreffen eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen.

Wenn die Verbesserung im Export auch nicht unmittelbar und direkt Produktion und Beschäftigung des Landes erhöhte, so wirkte sie doch indirekt stimulierend, indem die günstigen Absatzbedingungen im Ausland eine optimistische Stimmung, und das Steigen der Exportwerte bei gleichzeitigen Lagerverkäufen eine erhöhte Liquidität in den Unternehmungen schufen. Dies, im Verein mit zunehmenden direkten Wirkungen kräftiger Exportsteigerungen gegen Ende 1933, sowie einer ab 1934 in steigendem Maße einsetzenden staatlichen Investitions- und privaten Bautätigkeit [3], bewirkte, daß ab Ende 1933 und während des Jahres 1934 in sämtlichen wichtigen Industriezweigen eine Steigerung in Produktion und Beschäftigung zu verzeichnen war.
Im Frühjahr und Sommer 1934 hatte sich der wirtschaftliche Aufschwung bereits so geltend gemacht, daß in den wichtigsten Industrien, wie etwa der Eisen- und Textilindustrie, unter voller Ausnützung der Kapazität gearbeitet wurde. Gegen Ende desselben Jahres stieß man in verschiedenen industriellen Bereichen auch auf Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten, und auf verschiedenen Gebieten zeigte sich eine gewisse Stagnation auf eben dem hohen Niveau, das während des Sommers und Herbstes zuvor erreicht worden war.

---

1) 28,8 % der Gewerkschaftsmitglieder, bzw. 189 225 bei der Arbeitslosenkommission gemeldete Arbeitslose am 31.1. Die entsprechenden Ziffern für März lauteten 28,7 % bzw. 186 561. (Quelle: "Svensk arbetslöshetspolitik åren 1914-35", S.10; "Statist. Årsbok f. Sverige", 1938, S.248, 1940, S.254

2) Da ein Großteil der Industrien mit der Verbesserung der Wirtschaftslage die während der Depression gekürzte Arbeitszeit wieder ausdehnte, verzögerte sich die Erholung in der Beschäftigungslage, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, noch mehr. Sie dürfte, abgesehen von saisonalen Veränderungen, endgültig nicht vor Herbst 1933 eingetreten sein. (Vgl. K. Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker ..", S. 66).

3) Vgl. unsere Darstellungen im nächsten Kapitel (IV).

Nachdem sie aber 1934 endgültig in Gang gekommen war, verlief die Expansion sodann kumulativ. Das - ursprünglich durch die Exportsteigerung generierte - wachsende Einkommen führte zu steigenden Investitionen, die ihrerseits wiederum neue Einkommen erzeugten.

Der Expansionsprozeß vollzog sich, ab Herbst 1933 gerechnet, während der darauffolgenden vier Jahre praktisch ohne Abbruch und führte zu einer fortlaufenden Steigerung von Produktion, Einkommen und Beschäftigung. Der Wert des Bruttonationaleinkommens stieg zwischen 1932 und 1937 um 44 % und das industrielle Produktionsvolumen um 70 %. Gleichzeitig hatte der Exportwert bzw. das Exportvolumen eine Steigerung um 111 bzw. 75 % erfahren, während die durchschnittliche Arbeitslosenziffer der Gewerkschaften von 23 % der Mitglieder im Jahr 1933 auf 10,8 % im Jahre 1937 gefallen war [1].

Dieser Expansionsprozeß verlief jedoch nicht in einem gleichbleibenden Steigerungstakt.

Entsprechend der internationalen Konjunkturentwicklung von damals lassen sich auch für Schweden drei Entwicklungsphasen feststellen, die sich - wenigstens teilweise - auf Grund gewisser Veränderungen in der Zusammensetzung der konjunkturellen Aufschwungkräfte bildeten. Man kann in der genannten Expansionsperiode zwischen einem primären Aufschwung, einer Periode relativer Stagnation und einer erneuten Aufschwungsphase unterscheiden, wie folgende Zusammenstellung resp. vergleichsweise Gegenüberstellung der Preis-, Produktions-, Zins- und Beschäftigungsentwicklung zeigt.

Diese Gegenüberstellung zeigt als anfängliche Kennzeichen des konjunkturellen Aufschwungs ein relativ kurz nach Abkehr vom Goldstandard sich rückläufig entwickelndes Zinsniveau, eine kräftige Steigerung der industriellen Produktion ab Herbst 1933, einen im Vergleich hierzu relativ schwachen Anstieg der Beschäftigtenzahl, sowie die Tatsache, daß diese Expansion von einem Anziehen der Großhandelspreise begleitet war.

---

1) Vgl.: B. Ohlin, "Industrial Recovery and Labor Market Problems in Sweden;, in: Industrial Labor Review, Geneva 1935, S. 671, sowie E. Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", S. 76. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die schwedische Wirtschaft damals schon als vollbeschäftigt galt, wenn noch 10 % der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. (Vgl. H. Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", S. 156).

Tabelle (20): Zins-, Produktions-, Beschäftigungs- und Preisentwicklung in Schweden während der 30er Jahre [1)]

Entwicklungsphase	Zeit	Steigerungstakt in %	
		Gesamtperiode	pro Jahr
(1) Kapitalzins (Zinsertrag für Staatsobligationen)			
1. Fallen	Dez. 1931 - Dez. 1934	- 37	- 12
Steigerung	Dez. 1934 - Okt. 1935	11	14
2. Fallen	Okt. 1935 - Febr. 1937	- 11	- 8
(2) Industrieproduktion (Index des schwed. Industrieverb.)			
1. Steigerung	Sept. 1933 - Nov. 1934	27	23
Stagnation	Nov. 1934 - Aug. 1935	3	4
2. Steigerung	Aug. 1935 - Sept. 1937	22	11
(3) Beschäftigung (Index der Socialstyrelsen)			
1. Steigerung	3. Quart. 33 - 3. Quart. 34	11	11
Stagnation	3. Quart. 34 - 3. Quart. 35	4	4
2. Steigerung	3. Quart. 35 - 3. Quart. 37	16	8
(4) Preisentwicklung (Großhandelspreisindex des Komm. koll.)			
1. Steigerung	Juni 1933 - Juni 1934	8	8
Stagnation	Juni 1934 - Juni 1936	4	2
2. Steigerung	Juni 1936 - April 1937	17	20

1) Quelle: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 38. Hier wird hervorgehoben, daß die Grenzen zwischen solchen Entwicklungsphasen "natürlich nur ziemlich willkürlich und nicht für alle Konjunkturserien klar" gezogen werden könnten. Außerdem dürften die Ausdrücke "Steigerung" u. "Stagnation" nicht absolut genommen werden. Sie bezögen sich vielmehr lediglich "auf den rel. Entwicklungstakt in den einzelnen Periode

Gleichzeitig läßt diese Art der Gegenüberstellung aber auch die interessante Erscheinung zu Tage treten, daß diese allgemeingültigen und normalen Kennzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs schon bald - wenn auch nur vorübergehend - ausblieben. Dafür machten sich Stagnationstendenzen geltend, die mit ihrem Nachlassen in der Preissteigerung, der deutlichen Retardation in der Industrieproduktion sowie fallenden Obligationskursen die Bedingungen für einen weiteren Konjunkturaufstieg weniger günstig erscheinen ließen und damit leicht als Anzeichen eines bevorstehenden Konjunkturumschlags gedeutet werden konnten. Wie sich jedoch erwies, "wurde das Jahr 1935 nur zu einer Atempause in dem fortlaufenden Konjunkturaufschwung, der aufs neue 1936 und 1937 begann" [1] und der sich, verglichen mit der ersten Phase, sogar zum Großteil in forciertem Steigerungstakt vollzog.

3. DIE FRAGE NACH DEN AUFSCHWUNGSBESTIMMENDEN FAKTOREN (Ohne besondere Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen)

Will man nun - was ja zum Verständnis eines Konjunkturverlaufs und vor allem für eine spätere Beurteilung der zum Einsatz gelangten konjunkturpolitischen Maßnahmen von größter Wichtigkeit ist - die kausale Bedeutung der im vorhergegangenen Überblick über den wirtschaftlichen Aufschwung genannten volkswirtschaftlichen Bereiche für eben diesen Aufschwung feststellen, bzw. eine Rangordnung der bestimmenden Auftriebskräfte aufstellen, so muß man sich von vornherein darüber im klaren sein, daß sich hier keine völlig genauen Aussagen machen lassen, da nämlich die Interdependenz der wirtschaftlichen Kräfte und die einer wirtschaftlichen Expansion innewohnende Tendenz, sich selbst zu generieren, den Unterschied zwischen den Wirkungen primärer und sekundärer Faktoren verwischen. Zugleich gilt jedoch, daß sich eine Expansion, und damit auch dieser soeben genannte Automatismus im Verlauf eines konjunkturellen Aufschwungs, (der ja darin besteht, daß ein durch Produktionssteigerung verursachtes Steigen der Einkünfte und der Kaufkraft dadurch, daß es in einer vermehrten Nachfrage nach Konsumgütern sowie einem steigenden Bedarf an Rohwaren und Investitionen resultiert, neue Einkünfte generiert), nur unter bestimmten Voraussetzungen vollziehen kann. Eine

---

1) "Meddelanden från konjunkturinstitutet", serie A:1, "Konjunkturläget hösten 1937", Stockholm 1938, S. 38. (Übers. v. Verf.)

solche ist, realwirtschaftlich gesehen [1], eine ausreichende Progression in der Gesamtinvestitionstätigkeit.
Konjunkturtheoretisch betrachtet wirkt nun aber der Export, da die Produktion für ausländische Märkte Einkommen erzeugt, ohne daß durch ein gleichzeitiges Angebot an Konsumgütern in entsprechendem Umfang Kaufkraft beansprucht würde, wie eine Art Investition, d.h., eine steigende Exportproduktion bewirkt einen Nettozuschuß an Einkommen, der einen Expansionsraum in anderen Wirtschaftszweigen schafft, und hat damit denselben konjunkturstimulierenden Effekt wie eine vermehrte Investitionstätigkeit. Daneben darf nicht vergessen werden, daß eine Exportsteigerung auch direkt eine gewisse vermehrte Investitionstätigkeit innerhalb der Export- und einem Teil anderer Industrien hervorruft.
Bei dem Umfang des schwedischen Exports bedeuten die gezeigten Zusammenhänge sodann, daß die Investitionstätigkeit in Schweden in hohem Maße von der Exportentwicklung bestimmt wird [2]. Damit ist aber auch zugleich die dominierende Stellung des Exports als primärer Konjunkturfaktor in Schweden angedeutet.

Tatsächlich läßt sich die Bedeutung der ausländischen Nachfrage nach schwedischen Exportprodukten für alle drei gezeigten Entwicklungsphasen der 30er Jahre feststellen. Daß ihre Zunahme um die Jahreswende 1932/33 den Beginn eines konjunkturellen Umschwungs andeutete und infolge ihrer sowohl direkten als auch indirekten Wirkungen auf die einheimische Einkommensbildung und Produktion in erster Linie den wirtschaftlichen Aufschwung in Schweden 1933 auslöste, steht zweifellos fest. Die Tatsache, daß von einer Zunahme des Bruttonationaleinkommens um 768 Mill. skr in der ersten Aufschwungphase von 1932-34 nahezu 45 % auf eine Steigerung im "Einkommenswert" des Exports zurückzuführen waren [3], bestätigt dies.

Umgekehrt hemmte aber auch ohne Zweifel eine zwischen 1934 und 1935 eingetretene Stagnation im Export den Fortgang des Aufschwungs. Einer Abnahme des totalen Exportwerts um 5 Mill. skr und einer damit verbundenen Stagnation in der Produktion und im Einkommen der Exportbetriebe stand jedoch eine Steigerung der totalen Industrieproduktion um 3 % und ein fortbestehendes Ansteigen

---

1) "Realwirtschaftlich" hier zum Unterschied von den im Kap. IV, Abschn. 3 zu zeigenden monetären Voraussetzungen eines Aufschwungs.
2) Vgl. hierzu "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 40.
3) Quelle: Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1953, S. 105.

im Wert der Bruttoinvestitionen und des Bruttonationaleinkommens gegenüber, was darauf schließen läßt, daß die für das Fortbestehen der Expansion notwendige Steigerung der Investionen durch einheimische Investitionstätigkeit veranlaßt wurde. (Ein sehr kräftiger Anstieg im privaten Wohnungsbau, wachsende Industrieinvestitionen und eine zunehmende staatliche Investitionstätigkeit wirkten hierbei zusammen in dieser Richtung.) Die relativ kräftige Abnahme im Steigerungstakt der zweiten Phase zeigt jedoch, daß die einheimischen Investitionen nicht ausreichten, um den Exportrückgang völlig zu kompensieren.

Im Herbst 1935 war es dann in erster Linie wieder eine steigende ausländische Nachfrage nach schwedischen Exportprodukten, die eine zweite, forcierte Aufschwungsphase auslöste. Daneben wurde, vor allem zwischen 1936 und 1937, die weitere Expansion aber auch in zunehmendem Maße durch eine umfangreiche Investitionstätigkeit in der schwedischen Binnenmarktindustrie forciert, was, zusammen mit der zunehmenden Bedeutung der einheimischen Kräfte zwischen 1934 und 1935, dazu führte, daß ab 1934 ein wesentlich geringerer Teil der gesamten Einkommenssteigerung auf den Export zurückzuführen war. (Nicht ganz 25 % gegenüber den 45 % in der ersten Aufschwungsphase 1932-34).

Als typisch für die wirtschaftliche Erholung der 30er Jahre kann somit eine zunehmende Orientierung der schwedischen Wirtschaft auf den Binnenmarkt hin konstatiert werden. Hieraus folgt, daß - trotz der dominierenden Stellung des Exports im wirtschaftlichen Aufschwung jener Jahre - auf lange Sicht und insgesamt gesehen die Produktion für den Export doch relativ weniger, und die einheimische Produktion relativ mehr für die konjunkturelle Entwicklung Schwedens in den 30er Jahren bedeutete als beispielsweise noch in den 20er Jahren [1].
In jenem Stadium der Expansion, insbesondere ab Mitte 1936, bedeutete auch die gezeigte Preisentwicklung einen nicht zu unterschätzenden Bestimmungsfaktor für den Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs.

Eine dominierende Stellung des Exports im konjunkturellen Verlauf in Schweden während der 30er Jahre, seine Bedeutung als primärer Faktor für den ursprünglichen Konjunkturaufschwung von 1932/33, jedoch eine zunehmende Bedeutung der einheimischen Kräfte als konjunkturstimulierende Faktoren

---

1) Nach einer Berechnung Ingvar Svennilsons stammte im Jahr 1929 1/3, 1937/38 dagegen nur noch 1/4 des totalen Industrieproduktionswerts aus der Produktion für den Export. ("Meddelanden från konjunkturinstitutet", serie B:1, Stockholm 1939, S. 53).

ab 1934, die jedoch nicht über die erneut führende Rolle des Exports in der zweiten Aufschwungsphase ab 1935/36 hinwegtäuschen darf, würden wir in ganz groben Zügen als das Ergebnis des Versuchs, eine Rangordnung der konjunkturbestimmenden Faktoren Schwedens in den 30er Jahren aufzustellen, festhalten.

IV. DIE BEDEUTUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN MASSNAHMEN, DER FINANZPOLITIK, DER GELDPOLITIK UND DER AGRARPOLITIK, FÜR DEN KONJUNKTURELLEN AUFSCHWUNG SCHWEDENS AB 1932/33

1. VORBEMERKUNG

In der obigen, unter Kap. III, Abschn. 3 vorgenommenen, Untersuchung wurden die einheimischen Investitionen als ein einheitlicher Begriff gewertet. Dies ist jedoch im Hinblick auf die Frage nach der Bedeutung der geschilderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen inadäquat. In diesem Zusammenhang sind es vielmehr die staatlichen Investitionen, die von besonderem Interesse sind.

Die im Rahmen der staatlichen Finanzpolitik vorgenommenen öffentlichen Investitionen bilden somit, zusammen mit der geführten Geldpolitik, den Hauptgegenstand unserer Untersuchung in diesem Kapitel, in dem ja die Frage erörtert werden soll, welche Bedeutung den im Kapitel II dargestellten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für den gezeigten konjunkturellen Aufschwung Schwedens zukam. Dabei wird dann auch von Interesse sein, inwieweit das obige Ergebnis der Diskussion der primären bzw. sekundären Aufschwungsfaktoren auch unter Berücksichtigung der Bedeutung der geführten Wirtschaftspolitik bestätigt wird.

Die Ergebnisse der einzelnen Teiluntersuchungen werden uns zugleich - jeweils als Abschluß des entsprechenden Abschnitts - eine evtl. Kritik an der betreffenden wirtschaftspolitisch-antidepressionistischen Maßnahme ermöglichen.

2. DIE BEDEUTUNG DER FINANZPOLITIK

Wie wir bereits im vorigen Kapitel hervorhoben, ist ein Versuch, die Bedeutung der verschiedenen Faktoren für den wirtschaftlichen Aufschwung Schwedens in den 30er Jahren zu beurteilen, mit großen Schwierigkeiten verbunden. Andererseits ist es jedoch für die Beurteilung der Effektivität der Maßnahmen, die anfangs der 30er Jahre begonnen und in deren Verlauf weitergeführt wurden, um die Depression zu überwinden, von Gewicht, eine einigermaßen genaue Auffassung von der Bedeutung dieser Faktoren zu erhalten.

Hinsichtlich der Finanzpolitik, die wir hier als erste der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in ihrer Bedeutung für den konjunkturellen Aufschwung untersuchen wollen, besteht eine Möglichkeit, die Effektivität zu analysieren, darin, daß man die unmittelbar konjunkturstimulierenden Einkommens- bzw. Kaufkraftzuschüsse, die sie auslöste, festzustellen sucht. Dieser Methode wollen wir uns zunächst bedienen. Außerdem soll jedoch noch untersucht werden, wie die im Rahmen des finanzpolitischen Programms vorgenommenen staatlichen Investitionen und Öffentlichen Arbeiten im besonderen auf die Konjunkturlage einwirkten.

a) Die einkommen- bzw. kaufkraftschaffende Wirkung der staatlichen Finanzpolitik

Ein Bild von dem primären Einkommenszuschuß, den die staatliche Finanzpolitik in Schweden in den 30er Jahren generierte, erhält man, wenn man errechnet, um wieviel in den betreffenden Jahren die staatlichen Ausgaben die laufenden Einnahmen überstiegen, oder mit anderen Worten, wieviel der Staat in besagten Jahren mehr an die Wirtschaft auszahlte, als er in Form von Steuern und anderen Abgaben aufsog.
Eine solche Berechnung - bei der die Einkommenszuschüsse resp. Einkommensminderungen anhand von Veränderungen in der Kassenhaltung und Verschuldung des Staates bestimmt wurden - wurde vom schwedischen Konjunkturinstitut vorgenommen.

Die Berechnung zeigt etwas überraschend, daß die staatliche Finanzpolitik in Schweden ihre größte stimulierende Wirkung im Haushaltsjahr 1931/32 ausübte, als sie nämlich in einer Unterbilanzierung des Staatshaushalts in Höhe von rd. 151 Mill. skr resultierte, was, verglichen mit dem Vorjahr, einen Einkommenszuschuß von ca. 159 Mill. skr an die schwedische Wirtschaft bedeutete. Demgegenüber weisen die folgenden Budgetjahre bis 1935/36

Tabelle (21): Durch die staatliche Finanzpolitik verursachte primäre Einkommenszuschüsse in den Budgetjahren 1930/31 - 1936/37. (In Mill. skr) [1]

	1930/ 1931	1931/ 1932	1932/ 1933	1933/ 1934	1934/ 1935	1935/ 1936	1936/ 1937
Zunahme (+) der gesamten fondierten Staatsschuld	+ 44,9	+ 95,1	+181,5	+ 98,5	+ 80,1	+ 30,1	- 93,9
Zunahme (+) der Schatzkammerwechsel	- 0,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 60,0	- 30,0	- 30,0
Abnahme (+) der staatl. Mittel i. d. Reichsbank	- 52,6	+ 56,4	- 64,0	+ 27,1	- 70,0	+ 7,8	+ 56,8
Einkommenszuschuß	- 7,8	+151,4	+117,4	+125,6	+ 70,1	+ 7,9	- 67,1

1) Quelle: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S 73.

mindere Defizits und damit geringere Einkommenszuschüsse auf:
Somit sank nach diesen Berechnungen der Einkommenszuschuß, der vom Staatshaushalt stammte, zwischen dem Haushaltsjahr 1931/32 und dem nächstfolgenden Haushaltsjahr um 34 auf rd. 117 Mill. skr. Er lag auch im Haushaltsjahr 1933/34, obwohl er gegenüber dem Vorjahr wiederum um ca. 8 Mill. skr gestiegen war, mit insgesamt 125,6 Mill. skr noch beträchtlich unter demjenigen von 1931/32. Hernach, im Budgetjahr 1934/35, sank der Einkommenszuschuß schließlich - trotz der Beendigung des Baustreiks und einer damit zusammenhängenden vermehrten Staatstätigkeit - erneut um nicht weniger als 56 Mill. skr und wies damit eine Höhe von 70 Mill. skr auf. Nach dem unbedeutenden Einkommenszuschuß im Jahre 1935/36 folgte eine beträchtliche Überbilanzierung des schwedischen Staatsbudgets, die mit 67,1 Mill. skr einen Bremseffekt auf den wirtschaftlichen Aufschwung ausgeübt haben dürfte.

Aus dieser Untersuchung würde sich aber, nach den Worten Erik Lundbergs, "etwas paradox ausgedrückt", ergeben, "daß die Finanzpolitik, trotz beachtenswerter Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraftstimulation, nach der mehr unbeabsichtigten Expansion im Haushaltsjahr 1931/32 einen deflationistischen Druck auf die Wirtschaft ausübte" [1].

Angesichts der Tatsache, daß die Finanzpolitik auch in den vier Haushaltsjahren nach 1931/32 doch immerhin in einem Einkommenszuschuß resultierte, wirkt der Hinweis auf ihren "deflationistischen Druck" überraschend, aber Lundberg meint, man müsse doch beachten, daß - wenn man von den sekundären Wirkungen absehe - eine Minderung der staatlichen Ausgabenüberschüsse über die staatlichen Einnahmen von einem Jahr zum anderen eben bedeute, daß der Beitrag des Staates zur Einkommensbildung zurückgegangen sei.

Vergleicht man nun, um die relative Bedeutung der verschiedenen Faktoren festzustellen, diese für die einzelnen Budgetjahre errechneten Einkommenszuschüsse durch die staatliche Finanzpolitik mit den entsprechenden Werten im Export, der ja gemäß unseren früheren Ausführungen ebenfalls einen Nettozuschuß an Kaufkraft schafft und daher hinsichtlich der Einkommensbildung zu einem strategischen Faktor wird, so ergibt sich, daß dem um 159 Mill.skr steigenden finanzpolitischen Einkommenszuschuß des Jahres 1931/32 eine

---

1) Erik Lundberg, "Den ekonomiska politikens möjligheter", in: Nationalekonomiska Föreningens Förhandlingar 1939, sammanträde den 25 april 1939, S. 70. ("Die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik" in: Sitzungsberichte des Nationalökonomischen Vereins, 1939, Zusammenkunft vom 25. April 1939, S. 70.)

Abnahme im Exportwert um 175 Mill. skr, den um 34 Mill. skr sinkenden bzw. um 8 Mill. skr steigenden Einkommenszuschüssen der Jahre 1932/33 bzw. 1933/34 jedoch ein Steigen des Exportwerts um 131 bzw. 224 Mill. skr gegenüberstand. Berücksichtigt man nur diese Gesamtwerte, so würde sich aus diesem Vergleich ergeben, daß die expansive Finanzpolitik im Jahre 1931/32 eine ziemlich effektive Kompensation für die gleichzeitig stattgehabte Exportminderung schuf, daß ihr aber umgekehrt in den folgenden Jahren, im Vergleich zum Export, eine relativ geringe Bedeutung als kaufkraftschaffender Faktor zukam.
Man muß jedoch bei einem solchen Vergleich beachten, daß die Exportwerte nicht in ihrer gesamten Höhe als Nettoeinkommenszuschüsse betrachtet werden dürfen.
In einer Berechnung, die dies berücksichtigt, geht Erik Lundberg von der vereinfachenden Annahme aus, daß nur 50 % des Exportwerts Nettoeinkommensbildung darstellen. "Um den Stützungseffekt der Zahlungsverbindungen mit dem Ausland mit der staatlichen Wirtschaftspolitik vergleichen zu können", zieht Lundberg weiter von dem halben Exportwert den Importwert für Konsumtionswaren ab und kommt so zu einem von den Auslandsverbindungen stammenden Nettoeinkommenszuschuß, der von 375 Mill. skr im Jahr 1929 auf ca. 100 Mill. skr in den Jahren 1931 und 1932 sank. Dieser Ziffer stünde dann im ungefähr selben Zeitraum der finanzpolitische Kaufkraftzuschuß von 151 Mill. skr gegenüber. Für die Jahre 1933 und 1934 ergab sich nach diesen Berechnungen sodann ein Steigen des auf die Auslandsverbindungen zurückgehenden Einkommenszuschusses auf 230 bzw. 315 Mill. skr, wogegen der staatliche Einkommenszuschuß ja auf 126 bzw. 70 Mill. skr sank [1].

Es ist zu beachten, daß es sich bei diesen vergleichsweisen Berechnungen nur um die primären Einkommenszuschüsse der beiden Faktoren "Auslandsverbindungen" und "staatliche Finanzpolitik" handelt. Über deren sekundäre Wirkungen erfahren wir hier jedoch nichts. Es wird nur darauf hingewiesen, daß vermehrte Staatsausgaben aller Wahrscheinlichkeit nach geringere sekundäre Wirkungen (in Form einer Stimulation der Privatwirtschaft) ausüben als der Export oder private Investitionssteigerungen, weil letztere nämlich im allgemeinen als Signal besserer konjunktureller Zeiten gälten, während die Reaktionen auf wachsende Budgetdefizits in der Regel mehr passiver Art sein müßten.

---

1) E. Lundberg, "Den ekonomiska politikens möjligheter", S. 70.

Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist zu zeigen, daß aus der Lundberg'schen Untersuchung insgesamt derselbe Schlussatz folgt wie aus der ersten vergleichsweisen Gegenüberstellung von Export und staatlicher Finanzpolitik, und daß diese Schlußfolgerung bei einer evtl. Berücksichtigung sekundärer Wirkungen verstärktes Gewicht erhält, die Schlußfolgerung also, daß die aktive staatliche Finanzpolitik Schwedens im Haushaltsjahr 1931/32 stark zur Dämpfung des konjunkturellen Rückschlags beitrug, daß ihr aber für den folgenden Aufschwung nur relativ wenig Bedeutung zukam.

b) Die Bedeutung der staatlichen Investitionstätigkeit

Ein etwas anderes Bild von dem Effekt der staatlichen Finanzpolitik als jenes, das die obige Berechnung vermittelte, erhält man, wenn man untersucht, inwieweit sich die staatlichen Ausgaben auf Investitionen erstreckten. Es ist ja von Interesse zu wissen, in welchem Umfang der in konjunkturellen Zusammenhängen strategisch wichtige Faktor, den die Investitionstätigkeit darstellt, durch die Finanzpolitik beeinfluß wurde.
Nach diesbezüglichen Untersuchungen, vorgenommen vom schwedischen Konjunkturinstitut, wäre der Anteil der Investitionsausgaben an den totalen Staatsausgaben in den aktuellen Haushaltsjahren zwischen 1929/30 und 1936/37 insgesamt leicht gestiegen, und zwar von 9 auf 14 %.
Gleichzeitig läßt diese Darstellung aber auch klar in Erscheinung treten, daß die staatliche Investitionstätigkeit in größerem Umfang erst relativ spät in Gang kam. (Siehe Tabelle 22).

Nach dieser Tabelle haben die staatlichen Investitionen ihr Maximum im Haushaltsjahr 1934/35 erreicht, zu einem Zeitpunkt also, in dem, wie die Schilderung der konjunkturellen Entwicklung zeigte, die erste Phase des Aufschwungs bereits eingetreten war.
Da sich im selben Jahr jedoch eine gewisse Exportstagnation geltend machte, mußte die Maximierung der staatlichen Investitionen zu diesem Zeitpunkt wiederum zur Verhinderung einer Konjunkturverschlechterung beigetragen haben. Und da sie in den folgenden Jahren, in denen Export und private Investitionen kräftig anstiegen, eine leicht rückläufige Tendenz zeigte, könnte die staatliche Investitionstätigkeit in diesen Jahre ebenfalls einen ausgleichenden Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung ausgeübt haben.

Wie es jedoch in den Mitteilungen des Konjunkturinstituts heißt, war diese Minderung zu gering, als daß sie in diesen Jahren eine wirksame Gegenkonjunktur hätte schaffen können. Dies war vor allem darauf zurückzuführen,

Tabelle (22): Die staatliche Investitionstätigkeit in Schweden. 1929/30 - 1936/37, in Mill. skr. [1]

Staatl. Investitionstätigkeit	1929/1930	1930/1931	1931/1932	1932/1933	1933/1934	1934/1935	1935/1936	1936/1937
Außerhalb der "Staatsunternehmungen"+)	43,9	54,1	80,1	85,2	99,9	114,9	106,3	80,1
Innerhalb der "Staatsunternehmungen"	29,0	35,1	49,8	52,8	51,9	59,9	57,0	76,1
Insgesamt	72,9	89,2	129,9	138,0	151,8	174,8	163,3	156,2

+) Unter dem Begriff "Staatsunternehmungen" (Statens affärsdrivande verk) werden zusammengefaßt: Post, Telegraf, Eisenbahnen, die staatlichen Wasserfälle, Domänen und die Staatliche Reproduktionsanstalt[2].

1) Quelle: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 74. Hinsichtlich der Zahlenwerte in der Tabelle wird betont, daß diese keine Aussagen über die absolute oder relative Bedeutung der Investitionstätigkeit machen, sondern nur deren Veränderungstendenzen angeben können, da der Begriff "Investitionen" auf einer ziemlich willkürlichen, buchführungstechnisch bestimmten Abgrenzung basiere. Die Ziffern der Tabelle umfassen: Staatl. Gebäude, für Straßenbau ausbezahlte Mittel, staatl. Reservearbeiten und staatl. Bereitschaftsarbeiten bei der Eisenbahn, im Telegrafenwerk und den Wasserfallwerken.

2) Die Staatliche Reproduktionsanstalt ist ein 1921 gegründetes staatl. Unternehmen für Druck und Reproduktion von Landkarten und Zeichnungen.

daß die relativ kräftige Abnahme in den Investitionen außerhalb der "Staatsunternehmungen" durch steigende solche innerhalb der "Staatsunternehmungen", die sich als nach Gewinn strebende Unternehmungen in ihren Investitionen nach der allgemeinen Konjunkturentwicklung richteten, gemildert wurde.

c) Die Bedeutung der Finanzpolitik, unter besonderer Berücksichtigung der Öffentlichen Arbeiten

Der Eindruck von der relativ geringen Bedeutung der Finanzpolitik als bestimmender Faktor für den wirtschaftlichen Aufschwung in Schweden - oben dargestellt an den Veränderungstendenzen ziemlich willkürlich errechneter staatlicher Investitionswerte - wird bestätigt, wenn man Umfang und Verlauf der im sozialdemokratischen Krisenprogramm vorgesehenen Öffentlichen Arbeiten verfolgt.

Infolge starker politischer Gegensätze, die sich nach Vorlage des sozialdemokratischen Krisenprogramms im Januar 1933 entwickelt hatten, war dessen Annahme durch den schwedischen Reichstag um ca. 1/2 Jahr verspätet worden. Im gleichen Zeitraum, während noch über das Arbeitsbeschaffungsprogramm verhandelt wurde, brach ein Streik im Baugewerbe aus, der bis Februar 1934 andauerte und bis zu diesem Zeitpunkt jedwede bedeutendere Bautätigkeit verhinderte.

Diese Schwierigkeiten schlossen somit das finanzpolitische Krisenprogramm vermehrter anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten als bestimmenden Faktor für die wirtschaftliche Erholung de facto bis Frühjahr 1934 aus. Dies geht aus folgender Aufstellung über die Anzahl der in den Öffentlichen Arbeiten Beschäftigten hervor.

Danach waren noch im Januar 1934 kaum mehr als rd. 7000 Personen in Öffentlichen Arbeiten beschäftigt. Ab März 1934 begann dann die Beschäftigtenzahl deutlich zu steigen, um bereits im Juni die beachtliche Höhe von ca. 25 000 zu erreichen.

Berücksichtigt man jedoch, daß nach im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgenommenen Schätzungen im ersten Jahr der Programmdurchführung ca. 60 000 Mann in den Bereitschaftsarbeiten direkt hätten Beschäftigung finden sollen, so wird klar, daß auch im Juni 1934 der Umfang der Öffentlichen Arbeiten relativ gering war. Vorgenommene Berechnungen zeigen auch, daß im Haushaltsjahr 1933/34, also dem ersten Jahr der Programmdurch-

Tabelle (23): Anzahl der in Öffentlichen Arbeiten beschäftigten Personen. 1933 - 1936 [1]

Monat	1933	1934	1935	1936
Januar	-	7 110	19 785	17 256
Februar	-	7 141	18 104	15 377
März	-	9 603	19 917	15 634
April	-	13 311	20 801	16 455
Mai	-	17 814	26 680	19 638
Juni	-	24 852	29 960	23 255
Juli	327	29 195	36 970	26 681
August	563	33 860	39 271	28 983
September	2 579	33 596	38 337	29 434
Oktober	6 223	40 768	42 482	34 373
November	9 747	38 106	41 809	28 282
Dezember	9 409	33 670	31 988	23 664
Jahresdurchschnitt	4 808	24 086	30 509	23 253

führung, nur 22,9 % der geplanten Öffentlichen Arbeiten durchgeführt wurden [2].

Aus der Anzahl der Beschäftigten ist ferner zu schließen, daß die Öffentlichen Arbeiten ihr Maximum im Oktober 1935 erreichten, also über drei Jahre nach den Wahlen vom Herbst 1932 bzw. 2 1/2 Jahre nach Einführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Zu diesem Zeitpunkt war aber die wirtschaftliche Erholung in vollem Gange. - Danach nahmen die Öffentlichen Arbeiten zwar langsam ab, wurden aber doch noch im Jahr 1936 in beträchtlichem Umfang fortgesetzt, und selbst im Jahr 1937, als die wirtschaftliche Erholung in einen ausgeprägten Boom mit inflationistischen Preistendenzen überging, war noch eine relativ hohe Anzahl in den Öffentlichen Arbeiten beschäftigt.

Damit haben wir eine Entwicklung der Öffentlichen Arbeiten geschildert, die auch aus den in Kap. II, Abschn. 2 behandelten Budgetanschlägen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu ersehen war [3], und aus der sich schließen

1) Entnommen aus: Harrison Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", Washington 1941, S. 150.

2) K. Wistrand, "Uppsving och arbetslöshetspolitik" (Aufschwung und Arbeitslosenpolitik), Stockholm 1936, S. 27.

3) Siehe S. 186 ff.

läßt, daß die Öffentlichen Arbeiten, und damit das finanzpolitische Krisenprogramm überhaupt, der wirtschaftlichen Erholung eher folgten, als daß sie diese herbeigeführt hätten.

Diese Feststellung darf jedoch nicht so aufgefaßt werden, als ob die finanzpolitischen Maßnahmen völlig bedeutungslos für den konjunkturellen Aufschwung der Jahre 1933-36 gewesen wären. Zwar kam praktisch der gesamte Auftrieb, der den konjunkturellen Umschwung und die wirtschaftliche Erholung im Jahr 1933 einleitete, von den schwedischen Exportmärkten (und damit von Faktoren, die im wesentlichen außerhalb des Einflußbereichs der schwedischen Wirtschaftspolitik lagen), und auch im Jahr 1934 war, im ganzen gesehen, die stark zunehmende ausländische Nachfrage nach schwedischen Produkten der primäre Faktor für die wirtschaftliche Expansion, doch begannen ab der zweiten Hälfte dieses Jahres die staatlichen Ausgaben für Öffentliche Arbeiten auf die wirtschaftliche Entwicklung einzuwirken, und ab dem 3. Quartal 1934 trugen die einheimischen Faktoren, staatliche und private Investitionen, zur Akzentuierung des Aufschwungs und zu dessen Aufrechterhaltung bei. Letzteres gilt insbesondere für das Jahr 1935, in dem die internen Faktoren, und darunter wiederum die gezeigte Maximierung der staatlichen Ausgaben für Öffentliche Arbeiten, den von der rückläufigen Exportentwicklung ausgehenden Stagnationstendenzen entgegenwirkten.

Zusammenfassend wäre demnach festzustellen, daß das finanzpolitische Krisenprogramm der sozialdemokratischen Regierung Schwedens, wenngleich es infolge politischer und praktischer Schwierigkeiten zu spät zum Einsatz gelangte, um als primärer Aufschwungsfaktor wirken zu können, doch für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung Schwedens Bedeutung erlangte. Die mit den vermehrten Öffentlichen Arbeiten verbundene, absichtliche Unterbilanzierung des Staatshaushalts zwischen 1933 und 1936 lieferte - auch wenn sie jeweils nicht in derselben Höhe ausfiel wie jene unbeabsichtigte des Haushaltsjahres 1931/32 - doch auf jeden Fall einen Nettobeitrag der schwedischen Regierung zum Nationaleinkommen.
Die Bedeutung des finanzpolitischen Krisenprogramms lag daher in einer Akzentuierung des wirtschaftlichen Aufschwungs ab 1934/35, die ohne die staatliche Ausgabenpolitik nicht in dem Maße zustandegekommen wäre.

d) Kritische Schlußbemerkung zur geführten Finanzpolitik

Die bisherige Untersuchung der Relation der finanzpolitischen Maßnahmen zu dem erfolgten wirtschaftlichen Aufschwung ließ bereits erkennen, daß sich eine Kritik an der geführten Finanzpolitik vor allem gegen deren zeitlichen Einsatz wenden muß.
Die Zeit ist jedoch nur einer von mehreren Faktoren, die in diesem Zusammenhang beachtet werden müssen.
Wie wir gesehen haben, richteten sich ursprünglich die Hauptbedenken gegenüber dem neuen finanzpolitischen Programm gegen dessen vermeintlich destruktive Wirkung auf Kapitalmarkt und Staatsfinanzen. Seine Relation zu diesen beiden Faktoren muß daher in unsere Betrachtung eingehen. Wir können hierzu feststellen, daß die diesbezüglichen negativen Voraussagen eines staatsfinanziellen Ruins und verminderter Kapitalaufnahmemöglichkeiten der Privatwirtschaft nicht eintrafen. Weder auf dem Kapitalmarkt noch in staatsfinanzieller Hinsicht erwiesen sich die Wirkungen der staatlichen Finanzpolitik als ungünstig.

Das finanzpolitische Krisenprogramm war seinem Umfang nach wohl abgewogen und gefährdete die mit Verbesserung der Wirtschaftslage beginnende günstige Entwicklung der staatlichen Einnahmen nicht, so daß die zur Durchführung des Programms aufgenommenen staatlichen Anleihen, wie wir gesehen haben, drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen zurückgezahlt werden konnten.

In Anbetracht dessen würden wir die finanzpolitischen Maßnahmen Schwedens zur Überwindung der Depression in staatsfinanzieller Hinsicht nicht nur als nicht unvorteilhaft, sondern als voll erfolgreich bezeichnen.

Der Kapitalmarkt wiederum war - infolge der günstigen Entwicklung im Außenhandel und der gleichzeitig vorgenommenen geldpoltischen Maßnahmen der Reichsbank - zur Zeit der Durchführung des finanzpolitischen Programms so liquide, daß sowohl der Staat als auch die privaten Unternehmer ohne Schwierigkeiten Kapital aufnehmen konnten. Davon, daß der Staat der Privatindustrie Kapital "wegkonkurriert" und dadurch eine Expansion in der privaten Investitionstätigkeit verhindert hätte, konnte somit de facto keine Rede sein. Vielmehr war es umgekehrt während des größten Teils der 30er Jahre in Schweden schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, für freies Kapital lohnende Investitionen zu finden.
Unter diesen Gesichtspunkten zeigt sich daher das finanzpolitische Programm als ein die Expansion zusätzlich stimulierender Faktor, der zu einer früheren vollen Ausnützung der wirtschaftlichen Ressourcen führte und insgesamt für die Entwicklung der schwedischen Wirtschaft von Vorteil war.

Eine Kritik an der geführten Finanzpolitik kann sich daher, so wie wir die Zusammenhänge sehen, weder gegen den Inhalt des finanzpolitischen Programms noch gegen dessen Wirkungen auf besondere staats- oder privatwirtschaftliche Bereiche beziehen, sondern muß sich gegen die zeitliche Placierung oder vielmehr Fehlplacierung der finanzpolitischen Maßnahmen richten, durch welche deren Wirkungsgrad und damit deren Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung erheblich beeinträchtigt wurde.
Zur Erreichung eines optimalen konjunkturellen Effekts wäre es notwendig gewesen, das Programm früher zum Einsatz zu bringen und die staatlichen Ausgaben für Öffentliche Arbeiten nicht so lange aufrecht zu erhalten. Vor allem wäre die Zeit, die zwischen der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten und der schließlichen Annahme des Programms durch den schwedischen Reichstag verstrich, vom Standpunkt der Fiskalpolitik aus sehr günstig gewesen. Einer zunehmenden Valutareserve und einer wachsenden Liquidität auf dem Geldmarkt standen unausgenützte Kräfte der Wirtschaft gegenüber. In dieser Situation hätte ein internes Expansionsprogramm beginnen können, ohne daß die Kaufkraft der Krone gefährdet gewesen wäre. Der Herbst 1932, als sich die Verbesserung in der Valutalage und auf dem Geldmarkt anzeigte, wäre daher der ideale Zeitpunkt für den Beginn einer aktiven Finanzpolitik gewesen. De facto kam aber, wie wir gesehen haben, das finanzpolitische Programm erst ca. zwei Jahre später, nämlich im Spätsommer 1934, ernsthaft in Gang.

Bei der Frage nach der "Schuld" an dieser zeitlichen Fehlplacierung der finanzpolitischen Maßnahmen stoßen wir auf eine Reihe von Umständen. Zunächst waren es bekanntlich politische Meinungsverschiedenheiten, die die endgültige Bewilligung des Programms bis Sommer 1933 verzögerten. Hernach verhinderten hauptsächlich praktische Schwierigkeiten, hervorgerufen durch den Streik im Baugewerbe, eine Ausführung des Programms in größerem Umfang. Hierzu kam noch das Fehlen jeglicher Erfahrung mit einem solchen Programm, die technischen Schwierigkeiten bei der Durchführung, welche verzögernde Momente in sich bargen.
Wir begegnen hier also weiteren Faktoren, Faktoren praktischer, politischer und administrativer Art, und die Relation des finanzpolitischen Programms zu diesen Faktoren darf folglich bei einer kritischen Betrachtung nicht übersehen werden. Ihre genaue Behandlung steht allerdings außerhalb des Rahmens dieser Betrachtung. Hier soll in diesem Zusammenhang nur gezeigt werden, daß das Programm zur Einbeziehung der Finanzpolitik in die Krisenbekämpfung nicht nur gewisse wirtschaftliche, sondern auch praktisch-politische und administrative Voraussetzungen verlangte, ohne deren Erfüllung es seinen Zweck nicht voll erreichen konnte, womit zugleich der Ansatzpunkt zu weiteren kritischen Betrachtungen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden können, angegeben ist.

3. DIE BEDEUTUNG DER GELDPOLITIK

a) Schaffung des monetären Raums

Bei der Frage nach der kausalen Bedeutung der Geldpolitik für den konjunkturellen Aufschwung Schwedens können wir direkt an unserer Schilderung der geldpolitischen Maßnahmen in Kapitel II, Abschn. 1 anknüpfen, da sich bereits dort einige wesentliche Gesichtspunkte zu dem hier behandelten Problem ergeben hatten. Denn wie aus dieser früheren Darstellung schon hervorgegangen war, (vgl. S. 185), führte die bedeutendste geldpolitische Maßnahme jener Zeit in Schweden, nämlich der Aufkauf ausländischer Valuten durch die Reichsbank, zwar zu einer Verbesserung der Liquidität der Banken, doch konnte sie die Privatwirtschaft zu keiner vermehrten Kreditinanspruchnahme und keiner gesteigerten Investitionstätigkeit anregen, und wir hatten daraus ersehen, daß geldpolitische Maßnahmen allein nicht ausreichend waren, einen wirtschaftlichen Umschwung herbeizuführen. Vielmehr hatte sich gerade in Schweden anfangs der 30er Jahre der alte Erfahrungssatz bewahrheitet, daß Investitionsbedarf und disponibles Kapital allein - ohne ausreichendes Vertrauen in die Zukunft - nicht vermochten, die Privatwirtschaft zu einer Expansion zu stimulieren. Die große Vorsicht, die die schwedischen Unternehmer in ihrer Tätigkeit bis Mitte 1934 leitete, führte ja gerade dazu, daß diese nicht nur keine vermehrten Kredite in Anspruch nahmen, sondern, sobald sich ihre Liquidität zu bessern begann, alte Kredite zurückzahlten, wodurch sich die Liquidität der Banken zusätzlich erhöhte.

Während wir unsere frühere diesbezügliche Untersuchung nur bis zum Jahre 1934, also bis zu dem Zeitpunkt der endgültigen und effektiven Einbeziehung der Finanzpolitik in das konjunkturpolitische Instrumentarium, durchführten, wollen wir die Schilderung der Bankensituation Schwedens nunmehr bis zum Jahre 1937 ausdehnen.

Wir sehen nun, wie die anfänglich rückläufige Kreditentwicklung später, nachdem das Vertrauen der Privatwirtschaft in den wirtschaftlichen Aufschwung zurückgekehrt war, von einer steigenden Kreditinanspruchnahme abgelöst wurde. Doch war auch in diesen Jahren die Zunahme in den Einlagen bedeutend größer, und wir finden somit auch in dieser Aufstellung unser früheres Resultat bestätigt, daß sich die Einkommens- und Produktionsexpansion während des wirtschaftlichen Aufschwungs in Schweden außerhalb des aktiven Einflußbereichs der schwedischen Banken vollzogen haben muß.

Tabelle (24): Jährliche Veränderungen in den wichtigsten Bankbilanzposten. 1933 - 1937, (In Mill. skr) [1)]

	1933	1934	1935	1936	1937
Aktiva:					
Kasse	+199,8	- 45,7	- 6,2	+111,7	+289,3
Valutagewinn	- 73,0	+ 55,2	+ 15,9	- 74,7	-135,6
Kreditgewährung	-295,0	-110,6	+ 33,1	+163,6	+144,3
Passiva:					
Scheck- u. befristete Einlagen	+ 49,6	+ 22,2	+ 69,4	+126,3	+171,9
Einlagen auf Spar-, Depositen- und Kapitalkonten	+ 23,4	- 98,2	+ 10,2	+ 74,5	+105,1
Schuldverpflichtungen	- 45,3	- 65,4	- 61,7	- 38,1	- 58,8

Diese Ineffektivität der Geldpolitik besagt nun aber keineswegs, daß letztere überhaupt ohne Bedeutung für den konjunkturellen Aufschwung Schwedens gewesen wäre. Ihre Bedeutung bestand vielmehr hauptsächlich darin, den monetären Raum für die wirtschaftliche Erholung zu schaffen.

Die kräftigen Steigerungen in Produktion, Einkommen und Beschäftigung, mit denen der wirtschaftliche Aufschwung Schwedens verbunden war, und die man als die "realen" Faktoren des Aufschwungs bezeichnen kann, da sie den realen Bedarf sowohl an Bargeld als auch an Bankkredit angeben, erforderten offenbar eine hohe Liquidität der Wirtschaft, wie ja überhaupt für jeden normalen wirtschaftlichen Aufschwung aus einer Depressionslage heraus das Vorhandensein eines gewissen Liquiditätsgrades der Wirtschaft eine wesentliche Voraussetzung ist.
In dem Maße, in dem es nun der Geldpolitik gelang, diese monetären Voraussetzungen zu schaffen, kann sie als für den Aufschwung mit entscheidend bezeichnet werden.

---

1) "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 110.

Nun haben uns die Untersuchung der Bankensituation und die Entwicklung der Diskontsätze bereits gezeigt, daß der schwedische Geldmarkt tatsächlich von einer hohen Liquidität gekennzeichnet war. Die Entwicklung der Geldmenge bestätigt diese Feststellung. In den Mitteilungen des Konjunkturinstituts erfahren wir, daß sich der Notenumlauf außerhalb der Banken (d.h. "die gesamte Geldzirkulation minus Notenbesitz der Banken"), in den ersten 11 Monaten des Jahres 1937 auf einem um 65 % höheren Niveau befand als im entsprechenden Zeitraum von 1929. Da gleichzeitig die Entwicklung der Einkommen und Umsätze darauf schließen läßt, daß der Bedarf an Zahlungsmitteln nur um ca. 10-25 % gestiegen war, folgt, daß der wirtschaftliche Aufschwung durch einen Überschuß an Zahlungsmitteln, oder: durch eine beträchtliche Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, gekennzeichnet war [1].

Die somit festgestellte hohe Liquidität auf dem Geldmarkt mußte nun jedoch nicht unbedingt auch eine allgemeine hohe Liquidität in der gesamten Wirtschaft bedeuten. Es wäre vielmehr denkbar, daß sie mit einer angespannten Lage auf dem Kapital- und Gütermarkt, mit entsprechend hohem Kapitalzins bzw. niedriger Produktionstätigkeit, verbunden und damit nur ein Ausdruck mangelnden Vertrauens - entweder gegenüber den Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt, oder allgemein gegenüber der konjunkturellen Lage - gewesen wäre.
Wie jedoch ebenfalls schon aus unserer früheren Darstellung der geldpolitischen Maßnahmen ersehen werden konnte, (vgl. Tab. (18) S. 184), und wie im besonderen folgende Aufstellung über die Entwicklung der Kapitalzinsen schliessen läßt, war auch der Kapitalmarkt durch eine sehr hohe Liquidität gekennzeichnet, sank doch der Kapitalzins, gemessen am Zinsertrag für Staatsobligationen mit langer Laufzeit, zwischen 1929 und 1937 um ein Drittel, und auch der Zins für Industrieobligationen zeigte dieselbe Tendenz, indem er sich sukzessive dem Zinsniveau für Staatsanleihen näherte.

Nach den Mitteilungen des Konjunkturinstituts dürfte Schweden somit auch eines der Länder gewesen sein, in denen die Überführung der Liquidität des Geldmarktes auf andere Bereiche der Volkswirtschaft am effektivsten war [2].

Die Frage der Bedeutung der Geldpolitik für das Aufkommen dieser hohen Liquidität, die zu der paradoxen Erscheinung führte, daß zwischen 1929 und 1937 eine um ca. 50 % steigende, kapitalbeanspruchende Investitionstätigkeit mit einem um etwa 1/3 sinkenden Zinsfuß kombiniert werden konnte, wurde

---

1) "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 104.
2) "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 105.

Tabelle (25): Die Entwicklung des effektiven Zinses für Staats- und Industrieanleihen. 1929 - 1937. [1]

	1929	1930	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Staatsanleihen	4,57	4,24	4,40	4,12	3,57	3,20	3,15	3,05
Industrieanleihen	5,06	4,90	5,31	4,62	3,86	3,67	3,40	3,19

im Zusammenhang mit der Schilderung der Bankensituation und der Entwicklung der Diskontsätze auch schon berührt. Hier soll nur noch einmal festgestellt - und näher nachgewiesen - werden, daß die Übernahme der ausländischen Valuten, die aus den wiederkehrenden Überschüssen in der schwedischen Zahlungsbilanz stammten [2], durch die Reichsbank der bedeutendste Faktor bei der Schaffung jenes hohen Liquiditätsgrades war.
Wie wir ebenfalls in dem früheren Zusammenhang gesehen haben, kaufte die schwedische Reichsbank in den Jahren 1932-1937 Gold und Valuten im Wert von rd. 1400 Mill. skr, was bedeuten würde, daß sie pro Jahr im Durchschnitt Zahlungsmittel im Wert von 280 Mill. skr in Umlauf setzte.

Es ist nun nicht möglich, dem Weg der Zahlungsströme zu folgen, und damit kann auch keine genaue Aussage daruber gemacht werden, in welchem Umfang diese Zahlungsmittel der Allgemeinheit zugute kamen. Hier interessiert uns, inwieweit Zusammenhänge zwischen den Valutakäufen der Reichsbank und der gezeigten Vermehrung der umlaufenden Geldmenge bzw. der Giroeinlagen der Geschäftsbanken bei der Reichsbank, also der Kassenhaltung der Banken, erkennbar sind. (Siehe Tabelle (26)).

Die Tabelle zeigt, daß die Geld- und Valutapolitik der schwedischen Reichsbank in einer dreifachen monetären Wirkung resultierte: In erster Linie in einer laufenden Zunahme ihres Gold- und Valutavorrats, dann in einer starken, fortlaufenden Vermehrung der umlaufenden Banknoten und in einer beträchtlichen Verbesserung der Liquidität der Geschäftsbanken.

Insgesamt läßt die obige Zusammenstellung erkennen, daß die totale Zunahme im Gold- und Valutavorrat der schwedischen Reichsbank um 1400 Mill.skr

---

1) Quelle: "Skandinaviska Kreditaktiebolaget, kvartalskrift", (Vierteljahresbericht der Skandinavischen Kreditaktiengesellschaft): Oktober 1931, S. 85; Okt. 1934 S. 79; Okt. 1935 S. 87; Okt. 1937 S. 83; Okt. 1938 S. 89.

2) Eine eingehende Untersuchung hierüber erfolgte S. 179.

Tabelle (26): Jährliche Veränderungen im Gold- und Valutavorrat der schwedischen Reichsbank, nebst Veränderungen im Geldumlauf und in den Giroeinlagen der Geschäftsbanken bei der Reichsbank 1933 - 1937, (in Mill. skr). [1]

Jährliche Veränderungen	1933	1934	1935	1936	1937 +)
im Gold- und Valutavorrat	+481	+ 81	+178	+309	+427
im Notenumlauf	+ 49	+ 61	+ 78	+107	+ 82
in den Giroeinlagen der Geschäftsbanken bei der Reichsbank ++	+308	- 60	- 3	+113	+279

+) Nov. 1936 - Nov. 1937
++) Einschließlich Rückgang in der Rediskontierung.

eine Vermehrung des Notenumlaufs um 320 Mill. skr und eine Erhöhung der Giroeinlagen der Geschäftsbanken bei der Reichsbank (einschließlich einer vollständigen Einlösung der Rediskontschuld) um 570 Mill. skr finanzierte.

Haben wir bisher in unserer Darstellung die Hauptbedeutung der Geldpolitik für den wirtschaftlichen Aufschwung Schwedens darin erblickt, daß sie die monetären Voraussetzungen für diesen schuf, so dürfen wir darob nicht übersehen, daß die geldpolitischen Maßnahmen auch andere Wirkungen hatten, die für den Aufschwung bedeutungsvoll waren, und die man, im Hinblick auf die bisher diskutierten, rein monetären Effekte, als Wirkungen zur Beeinflussung realer Faktoren bezeichnen könnte. Wir haben diese Wirkungen ebenfalls bereits an früherer Stelle besprochen und können uns daher nunmehr kurz fassen:

Das niedrige Zinsniveau, das durch die Valutakäufe der Reichsbank und die damit verbundene wachsende Liquidität in der Wirtschaft entstanden war, ermöglichte umfassende Konvertierungen und eine Senkung der Zinsen für alte Bankschulden. Dies bedeutete für die Unternehmungen Kostensenkung und Verbesserung der Rentabilität und beeinflußte das Vertrauen in die Zukunft und somit die Investitionsneigung der Unternehmer, was für die Konjunkturverbesserung indirekt von Bedeutung war.
Schließlich muß noch betont werden, daß jene große Valutareserve, die die Reichsbank ansammelte, als sog. "internationaler Raum" für den Fortbestand

1) Quelle: "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 109.

des konjunkturellen Aufschwungs von entscheidender Bedeutung werden konnte, sobald die verbesserte einheimische Konjunkturlage zu vermehrten Importen führte.

b) Kritische Schlußbemerkung zur geführten Geldpolitik

Der Umstand, daß das Steigen des Valutaangebots von Faktoren abhing, die im großen und ganzen außerhalb des Einflußbereichs der schwedischen Reichsbank lagen, gab in der einschlägigen Literatur zuweilen den Anlaß, von einer automatischen Verbesserung der Liquidität in der schwedischen Wirtschaft der 30er Jahre und im Zusammenhang damit von einer passiven Geldpolitik zu reden, die für das Zustandekommen des wirtschaftlichen Aufschwungs ohne Bedeutung gewesen sei [1].

Die Beantwortung der Frage, ob die schwedische Geldpolitik der 30er Jahre als "aktiv" oder "passiv" bezeichnet werden soll, ist wohl in erster Linie eine Frage der Definition der Begriffe "aktiv" bzw. "passiv".

Sicherlich war die schwedische Geldpolitik nicht aktiv in dem Sinne, daß sie die Privatwirtschaft zu vermehrter Investitionstätigkeit veranlaßt und auf diese Weise den wirtschaftlichen Umschwung ausgelöst hätte. Dagegen könnte man durchaus von den Aufkäufen der ausländischen Valuten und der damit zustandegebrachten Fixierung des Pfundkurses als von einer aktiven geldpolitischen Maßnahme reden [2].

Damit wird aber eine eindeutige Stellungnahme zu dem Aufkommen der angebotenen Valuten zweifelhaft. Zwar waren hierfür, wie gezeigt, "in der Hauptsache" außerhalb des geldpolitischen Einflußbereichs gelegene Faktoren, nämlich in erster Linie der Export, von Bedeutung, es ist jedoch zu bedenken, ob nicht die mit der Fixierung des Pfundkurses verbundene intervalutarische Unterbewertung der Krone zu einem vermehrten Valutaangebot beitrug, indem sie nämlich den schwedischen Export förderte, den Import aber bremste.

---

1) Vgl. hierzu R.A. Lester, "Sweden's Experience with 'Managed Money'", Suppl. zu Svenska Handelsbankens Index, Januar 1937, S.30; H. Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", Washington 1941, S. 147.

2) In gleicher Weise etwa wie Erik Lundberg zu bedenken gibt, ob der Entschluß der schwedischen Geschäftsbanken, ihre Valuten der Reichsbank anzubieten, nicht als eine aktive Handlung gewertet werden müsse. (Vgl. "Meddelanden från konjunkturinstitutet", A:1, S. 111).

Hier sind offenbar verschiedene Deutungen möglich, und eine weitere Diskussion der Frage nach der "Aktivität" oder "Passivität" der schwedischen Geldpolitik erscheint daher müßig.

Worum es in dieser Betrachtung ging, war zu zeigen, wie die schwedische Geldpolitik in erster Linie die monetären Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung Schwedens schuf und daher für diesen von außerordentlicher Bedeutung war [1].

Trotz des insgesamt erfolgreichen Einsatzes der Geldpolitik, können wir nicht umhin, einige kritische Anmerkungen vorzubringen. Diese beziehen sich - ähnlich wie diejenigen gegenüber der Finanzpolitik - auf die Zeitwahl bei der Durchführung der geldpolitischen Maßnahmen - repräsentiert durch die "aktive Valutapolitik der Reichsbank [2] - und können dahingehend zusammengefaßt werden, daß man die Wechselkurse, d.h. aber in diesem Falle die intervalutarische Unterbewertung der Krone, hätte früher als geldpolitisches Instrument einsetzen, und vor allem kontinuierlich benützen, sollen.

Dies bedeutet, daß man zunächst, als sich kurz nach der Abkehr vom Goldstandard eine Verbesserung der Lage in der Zahlungsbilanz bemerkbar machte, den Zustrom an Valuten nicht durch die erfolgte hohe Notierung der Krone (gegenüber dem Pfund) hätte verzögern sollen.
Vor allem aber hätte die Reichsbank, nachdem sie die im März 1932 durch den Zusammenbruch des Kreugerkonzerns unmittelbar ausgelöste Unterbewertung der Krone bis Oktober 1932 durch Valutaaufkäufe im Wert von 70 Mill. skr unterstützt hatte, diese Politik fortsetzen sollen.
Statt dessen wollte sie, als das Pfund gegenüber dem Dollar im Werte sank, aus "Furcht vor handelspolitischen Repressalien" seitens der USA und der Gold-

---

1) Vgl. hierzu Erik Lundberg, "Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1953, S. 107: "Von weit größerer Bedeutung für den Konjunkturaufschwung, der definitiv ab Sommer 1933 begann, war jedoch die expansive Kombination der Valuta- und Geldpolitik, die eine notwendige Bedingung für den raschen Aufschwung in der Privatwirtschaft war." (Übers. v. Verf.)

2) Der Vergleich mit der Finanzpolitik ist insofern nicht völlig korrekt, als bei dieser praktisch-politische Schwierigkeiten, die mehr oder weniger außerhalb des finanzpolitischen Einflußbereichs lagen, den verspäteten Einsatz verschuldeten, während die zu zeigenden Mängel beim zeitlichen Einsatz der Valutakäufe das Ergebnis von Entschlüssen seitens der geldpolitischen Instanzen, in erster Linie der Reichsbank, waren.

länder (insbesondere Frankreichs), die Krone nicht länger an das Pfund binden, sondern ließ im November und Dezember 1932 sowohl Pfund- als auch Dollarkurs fallen, was praktisch einer Aufwertung der Krone gegenüber allen Währungen gleichkam. Diese Aufwertungspolitik erstreckte sich etwas über ein halbes Jahr und wurde erst im Frühjahr 1933, als mit der Abwertung des Dollars das Pfund wiederum gegenüber der Krone gestiegen war, definitiv von erneuten Valutakäufen zur Aufrechterhaltung des hohen Pfundkurses, und ab Juli 1933 durch die Fixierung des Pfundkurses auf 7 % über der alten Parität, abgelöst. Sie bedeutete zweifellos eine unnötige Verzögerung bei der Schaffung des oben genannten, für den Aufschwung so bedeutungsvollen monetären Raums [1], und da sie außerdem einen Druck auf die Großhandelspreise ausübte [2], (wodurch sie aber offenbar dem offiziellen geldpolitischen Programm direkt entgegenwirkte), muß sie als - vom konjunkturpolitischen Standpunkt aus betrachtet - falsch beurteilt werden.
Daß sie darüberhinaus auch unter Berücksichtigung der Wiedervergeltungsbefürchtungen unmotiviert war, dürfte daraus hervorgehen, daß gegen die anderen skandinavischen Länder, deren Valuta in stärkerem Maße abgewertet worden war als die schwedische Krone, keine solchen Vergeltungsmaßnahmen unternommen wurden.

Die Valutakäufe der schwedischen Reichsbank und die Fixierung des Pfundkurses ab Juli 1933 hatten zweifellos einen stimulierenden Effekt und waren von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Erholung, doch die Unterbrechung dieser ursprünglich im Frühjahr 1932 begonnenen Politik zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 wirkte depressionistisch und verspätete den konjunkturellen Aufschwung unnötigerweise.

---

1) Die Valutareserve der schwedischen Reichsbank sank in der ersten Dezemberhälfte 1932 zum erstenmal seit Nov. 1931, da die Reichsbank ausländische Valuten im Wert v. 20 Mill. skr absetzte, um ein Steigen des intervalutarischen Werts der Krone zu ermöglichen. Entsprechende Valutaverkäufe nahm die Reichsbank im Febr. und April 1933 mit 17 resp. 18 Mill. skr vor. (Vgl. R. A. Lester, "Swedens Experience ...", S. 17).

2) Nach den Worten des schwedischen Finanzministers war diese "Rücksichtnahme auf die ausländischen Wechselkurse allem Anschein nach ein wichtiger Grund dafür, daß die erstrebte Erholung in den Großhandelspreisen trotz fortlaufender Verbesserung der Lage auf dem Geldmarkt" noch bis Frühjahr 1933 ausgeblieben war. ("Proposition nr. 260", v. 26.5.1933, S. 5. (Übers. v. Verf.)

4. DIE BEDEUTUNG DER AGRARPOLITIK

Die Bedeutung der Agrarpolitik, als der dritten Komponente der staatlichen antidepressionistischen Maßnahmen, soll anhand einer Untersuchung über den kaufkraftschaffenden Effekt der staatlichen agrarpolitischen Stützungsmaßnahmen erörtert werden.

Die in Kap. II, Abschn. 3 aufgezeigte, bereits 1929 begonnene "Politik einer straffen Agrarmarktregulierung" [1] führte infolge schlechter Ernten noch bis 1932 zu keiner wirklichen Einkommenssteigerung der Landwirte. Erst ab diesem Zeitpunkt trug die gestiegene Produktion - beginnend mit den exzeptionell hohen Weizen- und Roggenernten in den Jahren 1932 und 1933 - dazu bei, das Einkommen der Landwirte auf ein höheres Niveau zu bringen, so daß ab Winter 1932/33 eine merkbare Verbesserung der finanziellen Lage der Landwirte zu verzeichnen war, was ganz dem ursprünglichen Zweck des Agrarmarktregulierungsprogramms entsprach, "die Agrarpreise zu erhöhen und die Maßnahmen, die zur Steigerung der industriellen Produktion unternommen worden waren, mit Bemühungen zur Steigerung der Kaufkraft in der Landwirtschaft zu koordinieren" [2].
In den folgenden Jahren ermöglichte die steigende Kaufkraft der Landwirte sodann eine wachsende Reinvestition in Maschinen, Geräten und Gebäuden, sowie eine wachsende Nachfrage nach Konsumgütern.

Wir wollen im folgenden versuchen, den Umfang der Einnahmesteigerungen festzustellen und die Frage zu beantworten, woher die gestiegenen Einnahmen der Landwirte stammten. Auf diese Weise erhalten wir ein genaueres Bild von dem kaufkraftschaffenden Effekt der agrarpolitischen Regulierungsmaßnahmen und damit von der Bedeutung dieser Maßnahmen für die Konjunkturstabilisierung.
Aus einer Untersuchung Karin Kocks geht hervor, daß durch die staatliche Preisregulierung die Preise für lebensnotwendige Güter, in denen Weizen und Roggen enthalten waren, auf einem stabilen Niveau gehalten wurden. Außerdem sei, so zeigt Kock, der Verbrauch für diese Güter praktisch während der Jahre 1932/34 unverändert gewesen, was bedeute, daß auch die Ausgaben der Verbraucher dieser Güter unverändert gewesen seien.

---

1) Kieler Studien Nr. 7, "Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Schwedens" v. Ludwig Mühlhaupt, Kiel 1952, S. 12.
2) H. Clark, "Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", Washington 1941 S. 153. (Übers. v. Verf.)

Daraus läßt sich aber schließen, daß die Steigerung der Geldeinnahmen der Landwirte nicht von den Konsumenten herrühren konnte. Vielmehr stammten sie teilweise von den durch die Getreideregulierung garantierten Getreidekäufen.
Die Kosten für diese garantierten Getreideaufkäufe können nach Kock als absolutes Maß für einen Teil der Einnahmesteigerungen während der Erntejahre 1932/33 und 1933/34 gewertet werden. Der anderer Teil aber entsprach einer Reduktion der Importwerte für Weizen und Roggen (gegenüber 1932) um 21 Mill. skr im Jahr 1933 und um 22 Mill. skr im Jahr 1934.

Der Ernteüberschuß von 1932, der 160 000 t betrug, wurde während des Erntejahres 1932/33 bei den Landwirten, Getreidehändlern und Mühlen gelagert. Die Läger wurden durch Beleihung des Getreides oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditformen und eigener Reserven finanziert. Am Ende des Erntejahres wurden die Läger vom Getreideverein übernommen, der zu diesem Zweck Bankschulden von 4,5 Mill. skr und Schulden bei Mitgliedern, d.h. Großmühlen und Lagerhaltern, in Höhe von 23,6 Mill. skr aufnahm.

Diese Läger wurden vom Getreideverein im Laufe des Winters vor dem Jahreswechsel 1932/33 fast vollständig an die Mühlen verkauft und wurden somit konsumiert. Gleichzeitig entstand jedoch ein neuer Überschuß aus der Ernte von 1933. Diese neuen Läger befanden sich wie im vorausgegangenen Jahr bei den Landwirten, Zwischenhändlern und Mühlen und wurden auf dieselbe Weise finanziert. Im Sommer 1934 wurden sie durch Aufkäufe im Wert von ca. 65 Mill. skr vom Getreideverein übernommen.

Im Gegensatz zu 1933 wurde die Finanzierung nach dem 1. Juli 1934 der Reichsbank übertragen, und zwar auf dem Wege eines Kredits des Getreidevereins beim Reichsschuldenkontor.
Die Finanzierung vollzog sich somit bis Sommer 1934 durch Bankkredite oder Verwendung eigener Reserven seitens der Getreidehändler und Mühlen, danach aber durch die Reichsbank. Hier lag somit eine Kaufkraftsteigerung vor, die nicht durch eine Reduktion an anderer Stelle wieder aufgehoben wurde.

Die Beträge, um die es sich hierbei handelt, beliefen sich für 1933 auf 30 Mill. skr und für 1934 auf 35 Mill. skr. Legt man hierzu die Importminderung, so kommt man - verglichen mit 1932 - auf eine Einnahmesteigerung bei den Getreide produzierenden Landwirten von rd. 50 bzw. 57 Mill. skr für die Jahre 1933 bzw. 1934 [1].

---

1) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", SOU 1935:16, S. 28 ff.

Auch durch den Verkauf animalischer Lebensmittel erfuhren die Landwirte eine Verbesserung ihrer Einkommenslage, so vor allem auf dem Buttermarkt, wo 1933 und 1934 eine bedeutende Produktionssteigerung zu verzeichnen war. Einige Ziffern sollen auch hier die Lage beleuchten:
1932 betrug der Wert der Butterproduktion 96,8 Mill. skr. Hiervon wurde im Wert von 25,4 Mill. skr exportiert, der Rest, im Wert von 71,4 Mill. skr, wurde im Lande verbraucht.
1933 stieg der Wert der Butterproduktion auf 112,3 Mill. skr (also gegenüber dem Vorjahr um 16 %), eine unveränderte Menge wurde im Lande selbst verbraucht, während die Exporteinkünfte auf 30,6 Mill. skr (oder um 20 %) stiegen.
1934 stieg die Butterproduktion weiter an, der Export ging jedoch um 10 % und damit auf einen Wert von 27 Mill. skr zurück, so daß der Verbrauch im Lande gestiegen sein muß, und zwar auf einen Wert von 90 Mill. skr. Hierzu kommen noch 26,7 Mill. skr Exportpreiszulage, so daß die Einnahmen der Butterproduzenten für 1934 ca. 144 Mill. skr ausmachten. Diese Ziffer bedeutet aber eine Einnahmesteigerung gegenüber 1932 um 49 % und gegenüber 1933 um 28 %.

Die genannte Einnahmesteigerung kann, nach Karin Kock, für 1933 teils auf eine erfolgte Wertsteigerung des Butterexports um 5 Mill. skr, auf eine Wertsteigerung des Binnenverbrauchs um 10,5 Mill. skr (gerechnet nach dem Herstellungspreis) und eine Ausgabe der Konsumenten für die Margarineakzise von 4,5 Mill. skr zurückgeführt werden.
Für 1934 erhält man - verglichen mit 1932 - eine Steigerung des Verbrauchswerts für Butter um 25,5 Mill. skr, sowie eine Margarineakzise von 13 Mill. skr. Rechnet man hierzu noch eine Einnahmesteigerung durch den Verkauf von Verbrauchsmilch, so gelangt man für 1933 zu einer über die sog. "Milchregulierung" erfolgte Einnahmesteigerung der Landwirte um insgesamt 18 Mill. skr, (wozu dann noch 5 Mill. skr gestiegene Exporteinnahmen zu rechnen sind), für 1934 aber zu einer Einnahmesteigerung um 50 Mill. skr [1].

Diese Darstellung der beiden wichtigsten Zweige der landwirtschaftlichen Produktion Schwedens hat die Entwicklung der Bruttoeinkünfte der Landwirtschaft bis 1934 gezeigt. Legt man hierzu noch eine Einnahmesteigerung durch den Verkauf gewisser anderer Agrarprodukte wie Schweinefleisch, Zucker u.a., und vor allem auch eine 1934 erfolgte Importminderung für ausländische Futtermittel, (die durch im Lande selbst produzierte ersetzt wurden), so ergibt

1) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", S. 30

sich der Schlußsatz, daß das Bruttoeinkommen der Landwirte seit 1932 - teils infolge guter Ernten, teils dank der staatlichen Regulierungsmaßnahmen - eine bedeutende Steigerung erfahren hatte.
Berücksichtigt man schließlich noch die Preisentwicklung für jene Produkte, die von den Landwirten gekauft wurden, zeigt sich, daß diese Produkte zwar ebenfalls durch Preissteigerungen verteuert wurden, jedoch nicht in dem Maße wie die von den Landwirten verkauften Produkte, so daß die Preisentwicklung in einer für die Landwirte günstigen Richtung verlief. Man dürfte daher feststellen können, daß auch die Nettoeinkünfte der Landwirte bereits im Laufe des Jahres 1933 stiegen. Möglicherweise geht diese Einkommenssteigerung schon auf Spätherbst 1932 zurück, als die neue Ernte auf den Markt kam.
Im Jahr 1934 schließlich überstiegen die landwirtschaftlichen Einnahmen sehr wesentlich diejenigen von 1933 [1].

5. ZUSAMMENFASSUNG

Sucht man das Ergebnis unserer Untersuchung über die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Depression anfangs der 30er Jahre zusammenzufassen, so gilt es zunächst, festzuhalten, daß neben der staatlichen Wirtschaftspolitik andere interne, von der Privatwirtschaft ausgehende, vor allem aber auch exogene - und damit z.T. außerhalb des wirtschaftspolitischen Einflußbereichs liegende - Kräfte zur Verbesserung der Wirtschaftslage beitrugen.
Es war somit eine Reihe von in derselben Richtung wirkenden Faktoren, die den konjunkturellen Umschwung verursachte; Faktoren, die in ihren Wirkungen oftmals voneinander abhängig waren. Daher ist es auch außerordentlich schwierig, deren Bedeutung für das Zustandekommen der wirtschaftlichen Expansion im einzelnen zu beurteilen.
Wir betonen dies, um zu erklären, weshalb wir uns im folgenden nicht auf eine Zusammenfassung der Bedeutung der geführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für den wirtschaftlichen Aufschwung beschränken können, sondern die erwähnten anderen Faktoren mit in die Betrachtung einbeziehen müssen.

---

1) Karin Kock, "Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", S. 31-32.

Trotz der erwähnten Schwierigkeit, eine Rangordnung hinsichtlich der kausalen Bedeutung der einkommenssteigernden und konjunkturstimulierenden Kräfte aufzustellen, würden wir in dieser Zusammenfassung der Entwicklung des Exports die größte Bedeutung für das Zustandekommen des wirtschaftlichen Aufschwungs beimessen.
Die zunehmende Nachfrage nach schwedischen Exportprodukten wirkte bereits seit Herbst 1932 als psychologisch-stimulierender Faktor, indem sie eine optimistische Stimmung in der Exportindustrie und den mit dieser zusammenarbeitenden Industrien schuf.
Die 1933 einsetzende kräftige Exportsteigerung führte zwar zunächst zu einem bedeutenden Lagerabbau und wirkte damit nicht direkt in einem ihrem Wert entsprechenden Umfang produktionssteigernd, sondern in erster Linie indirekt stimulierend, doch verursachte diese momentane Produktionsverzögerung zusammen mit dem weiteren Ansteigen des Exports im Jahr 1934 eine desto kräftigere Produktionssteigerung im letztgenannten Jahr. Daneben hatte der Lagerabbau von 1933 Kapital freigesetzt, welches die Möglichkeit zu Reinvestitionen und in gewissem Umfang auch zu Neuinvestitionen bot. Mit 345 Mill. skr stellten die Exportsteigerungen zwischen 1932 und 1934 den bedeutendsten einkommensschaffenden Faktor jener Jahre dar.

Mit dem Hinweis schließlich, daß das wachsende Valutaangebot, welches von entscheidender Bedeutung für die Schaffung des monetären und internationalen Raums für die wirtschaftliche Expansion war, in überwiegendem Maße auf die günstige Entwicklung des Exports zurückzuführen war, dürfte dessen dominierende Stellung unter den aufschwungsbestimmenden Kräften angegeben sein.

Seine Bedeutung für den Fortbestand der wirtschaftlichen Expansion ging jedoch, mit zunehmender Orientierung der schwedischen Wirtschaft auf den Binnenmarkt, relativ zurück.

Unter den wirtschaftspolitischen Maßnahmen war die Neuorientierung der Finanzpolitik insofern von Gewicht für die Konjunkturverbesserung, als sie - im Gegensatz zu der passiv deflationistischen Ausrichtung während der Depression der 20er Jahre und vor der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten in den 30er Jahren - eine expansionistische Ausgabenpolitik bezweckte und in nicht unwesentlichen Einkommenszuschüssen an die schwedische Wirtschaft resultierte. Da diese Einkommenszuschüsse jedoch in den Jahren 1932-1934 im Vergleich mit denjenigen, die vom Export stammten, relativ gering waren, und die im finanzpolitischen Programm vorgesehene Ausdehnung der staatlichen Investitionen erst 1934/35 in größerem Umfang in Gang kam, kann der staatlichen Finanzpolitik als kausalem Faktor

für das Zustandekommen des Konjunkturumschwungs nur eine relativ untergeordnete Bedeutung beigemessen werden. Ihr Einfluß machte sich vielmehr erst im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Expansion, bei der Neutralisierung der vom rückläufigen Export ausgehenden Stagnationstendenzen in der zweiten, und bei der zusätzlichen Stimulierung und Akzentuierung des Aufschwungs in der dritten Aufschwungsphase, also ab 1934/35 resp. 1935/36, definitiv geltend.

In der Geldpolitik waren vor allem die umfangreichen Gold- und Valutakäufe der Reichsbank für den wirtschaftlichen Aufschwung von Bedeutung. Sie bewirkten ein permanent steigendes Angebot an Zahlungsmitteln und schufen damit die monetären Voraussetzungen für eine allgemeine wirtschaftliche Expansion. Zugleich wurde durch sie der internationale Raum der Expansion erweitert. - Im Verein mit der steigenden Liquidität wurde der Diskont zwischen Herbst 1931 und Dezember 1933 sukzessive auf 2 1/2 % gesenkt. Gleichzeitig zeigte auch das Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt eine fallende Tendenz, die sich während der ganzen Aufschwungsperiode geltend machte und ein "extra Incitament" zur Expansion in der Kapitalgüterindustrie bildete [1]. Hauptsächlich für den, nach Beendigung des Streiks eintretenden Aufschwung im Baugewerbe war diese Zinsentwicklung bedeutungsvoll.

Die Agrarpolitik schließlich erlangte durch die - insbesondere ab 1933 - vorgenommenen preisstützenden Eingriffe konjunkturelle Bedeutung. Durch sie wurden die depressionistischen Einflüsse, die von dem Preisfall der Agrarprodukte ausgingen, eliminiert. Darüberhinaus bewirkten sie (zusammen mit reichlichen Ernten) steigende landwirtschaftliche Einkünfte, die ihrerseits eine steigende Nachfrage der Landwirte nach Konsum- und Kapitalgütern auslösten und dadurch den konjunkturellen Aufschwung unterstützten.

Insgesamt würden wir somit feststellen, daß der konjunkturelle Aufschwung Schwedens in den Jahren 1933-37 auf dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren basierte, wobei der Entwicklung auf den schwedischen Exportmärkten für die Auslösung des Umschwungs die primäre Bedeutung zukam, während für die Aufrechterhaltung der Expansion die einheimischen Faktoren vorherrschend waren [2].

---

1) Erik Lindahl u. Hans Lundberg, "Konsumtionsprisernas utveckling i Sverige 1931-1937". (Die Entwicklung der Konsumtionspreise in Schweden), in: Ekonomisk Tidskrift 1938, Heft 1, S. 13.

2) Ebenda S. 14.

V. GESAMTZUSAMMENFASSUNG

Nachdem wir somit alle wesentlichen Momente der schwedischen Depressionsbekämpfung - die wirtschaftlichen Verhältnisse anfangs der 30er Jahre, die Beiträge der schwedischen Wirtschaftstheorie, sowie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen - kennengelernt haben, wollen wir in einem abschließenden Kapitel die wichtigsten Ergebnisse unserer Untersuchung zusammenfassen:

Die Situation anfangs der 30er Jahre.

Die hohe Konjunkturempfindlichkeit des schwedischen Exports und dessen bedeutender Umfang bewirkten, daß die depressiven wirtschaftlichen Tendenzen über die Exportmärkte vom Ausland nach Schweden übertragen wurden und sich sodann über die gesamte schwedische Wirtschaft ausbreiteten. Wir haben daher eine starke Auslandsabhängigkeit als oberstes Merkmal der schwedischen Wirtschaft kennengelernt.

Relativ stabile einheimische Kräfte ließen jedoch die Depression in Schweden weniger ausgeprägt auftreten als in der Mehrzahl der anderen von der Depression betroffenen Länder, verursachten aber gleichzeitig eine kritische Entwicklung auf dem Valutamarkt, die im September 1931 so akut wurde, daß Schweden zur Abkehr vom Goldstandard gezwungen war.
Diese muß als die wichtigste Voraussetzung für die spätere antidepressionistische Wirtschaftspolitik betrachtet werden, bot sie doch praktisch die einzige Möglichkeit, das Mißverhältnis zwischen sinkenden internationalen Preisen und einem relativ hohen internen Kostenniveau durch im Lande selbst expansiv wirkende Maßnahmen zu überwinden. (Die andere Möglichkeit wäre eine Senkung des einheimischen Kostenniveaus gewesen, was aber die depressiven Tendenzen nur verstärkt hätte.)

Die Beiträge der schwedischen Wirtschaftstheorie und ihre Bedeutung.

Unter der Regie eines bereits 1927 eingesetzten Arbeitslosenkomitees, das die Ursachen, den Umfang sowie die Möglichkeiten zur Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit festzustellen hatte, wurde eine Anzahl schwedischer Nationalökonomen mit der Untersuchung der bei der Erörterung der Depressionsbekämpfung entstandenen theoretischen Probleme beauftragt. Diese Untersuchung resultierte in der an Wicksells kumulativen Prozeß anknüpfenden

"Stockholmer Schule" einerseits und der im Schlußrapport des Arbeitslosenkomitees zusammengefaßten "Theory of Unused Resources" andererseits, und es galt nun zu untersuchen, ob diese Beiträge evtl. die theoretische Grundlage einer Antidepressionspolitik bilden konnten.
Das Ergebnis lautete, daß die "Stockholmer Schule" zwar eine eigene methodologische Verfahrensweise zur Erklärung wirtschaftlicher Tendenzen schuf, daß sie aber keine theoretische Analyse der Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung konjunktureller Fluktuationen darstellte und daher nicht als theoretisches Konzept einer Antidepressionspolitik gelten kann.

Diese Eigenschaft kam dagegen den Untersuchungen zu, die wir mit dem Begriff "Theory of Unused Resources" gekennzeichnet hatten. Ihre Ergebnisse kamen jedoch zu spät, als daß sie für die Ausrichtung der schwedischen Wirtschaftspolitik anfangs bis Mitte der 30er Jahre hätte als theoretische Grundlage dienen können. Dies hätte nur insofern der Fall sein können, als die theoretischen Resultate evtl. antizipiert worden und somit vor Erscheinung des Schlußrapports zu praktischer Anwendung gelangt wären. Außer für Myrdals finanztheoretischen Beitrag, der seinen Grundzügen nach schon im Januar 1933 vorlag und dementsprechend als theoretisches Fundament der späteren Finanzpolitik betrachtet werden muß, konnten doch für die anderen Beiträge im Rahmen der "Theory of Unused Resources" keine solchen beweisbaren Zusammenhänge festgestellt werden.
Insgesamt können daher die schwedischen wirtschaftstheoretischen Untersuchungen nicht als theoretisches Konzept der Antidepressionspolitik der 30er Jahre angesehen werden.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ihre Bedeutung.

Infolge inflationistischer Befürchtungen wurde die durch die Abkehr vom Goldstandard gewonnene wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit zunächst nicht ausgenützt. Vielmehr hielt man im großen ganzen bis Frühjahr 1932 an einer restriktiven Geldpolitik fest.
Der geldpolitische Kurs wurde in offiziellen Deklarationen festgesetzt, von denen zunächst diejenige vom September 1931 besagte, daß die einheimische Kaufkraft der Krone aufrechterhalten werden müsse. Dieser Kurs wurde im Frühjahr 1932, als offenbar eher die Gefahr einer fortgesetzten Deflation als die einer aufkommenden Inflation bestand, dahingehend modifiziert, daß nunmehr ein Steigen der Großhandelspreise zugelassen werden sollte.

Zu diesem Zeitpunkt machte sich auch ein wachsender Zustrom ausländischer Valuten geltend, der eine allgemeine Besserung der Bankenliquidität, Zins-

senkungen und eine Beendigung der restriktiven Kreditpolitik mit sich brachte.

Die Nachfrage der Privatwirtschaft nach neuen Krediten stieg jedoch nicht, und es war offenbar, daß das konjunkturpolitische Hauptziel, eine Ankurbelung der Privatwirtschaft mit Überwindung der Arbeitslosigkeit, mit geldpolitischen Mitteln allein nicht erreicht werden konnte.

Zur Überprüfung der geldpolitischen Möglichkeiten wurde von der sozialdemokratischen Regierung, die nach den Wahlen im Herbst 1932 gebildet worden war, im April 1933 eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die zu dem Ergebnis gelangte, daß die geldpolitischen Maßnahmen durch ein System anleihefinanzierter Öffentlicher Arbeiten, das eine effektive Steigerung der Kaufkraft garantiere, ergänzt werden sollten. - Als geldpolitisches Hauptprinzip wurde aber nach wie vor die Regulierung des internen und nicht des äußeren Wertes der Krone beibehalten.
In Anbetracht dessen erscheint es zunächst paradox, daß die Geldpolitik der Reichsbank von nun an, d.h. ab Frühjahr 1933, durch Aufkäufe aller angebotenen Valuten, und ab Juli 1933 von der Fixierung des Pfundkurses auf 19,40 skr, bestimmt wurde. In Wirklichkeit erwies sich diese Politik jedoch als der einfachste Weg, den geldpolitischen Deklarationen zu folgen, so lange England ebenfalls eine expansionistische Politik verfolgte. Die Valutakäufe wirkten wie Offenmarktoperationen, indem sie eine steigende Bankenliquidität und ein Sinken des Zinsniveaus verursachten. Letzteres war vor allem ab 1934 für die Stimulierung des Baugewerbes von Bedeutung.

Bedeutete die Fixierung des Pfundkurses einen konsequenteren und mehr expansiv wirkenden Einsatz der geldpolitischen Mittel, so stellte sie doch keinen Bruch mit der bisher geführten Geldpolitik dar.
Dagegen erfuhr die Finanzpolitik eine grundlegende Neuorientierung, indem das Hauptgewicht der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik auf eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit finanzpolitischen Mitteln verlegt wurde.

Ein entsprechendes "Arbeitsbeschaffungsprogramm" hatte die Regierung dem schwedischen Reichstag im Januar 1933 vorgelegt. Nach ihm sollte das bisher geltende System steuerfinanzierter Reservearbeiten durch ausgedehnte anleihefinanzierte Öffentliche Arbeiten ersetzt werden, was zu einem bewußten Bruch mit den bisherigen Budgetfinanzierungsregeln eines jährlich auszugleichenden Staatshaushalts führte.
Über dieses Programm wurde im schwedischen Reichstag monatelang diskutiert. Alle Parteien waren sich wohl darüber einig, daß der Staat mehr Geld zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeben müsse, doch konnte man sich über die Höhe der auszugebenden Beträge nicht einigen. Außerdem gab die Frage

der bei den Öffentlichen Arbeiten vorzunehmenden Lohnpolitik einen besonderen Anlaß zu Kontroversen. Während die Befürworter des neuen Programms die Öffentlichen Arbeiten zu üblichen Gewerkschaftslöhnen durchgeführt und auf gewöhnlichem Wege organisiert haben wollten, trat die bürgerliche Opposition für eine Arbeitsvermittlung durch die bisher wirksame Arbeitslosenkommission und eine Aufrechterhaltung der Reservearbeitslöhne ein, die unter denjenigen auf dem offenen Arbeitsmarkt lagen und daher, nach Ansicht der Verfechter dieser Politik, eine Rückführung der Arbeiter auf eben den offenen Arbeitsmarkt erleichterten.

In der Krisenübereinkunft im Juni 1933 entschied sich der schwedische Reichstag für einen Kompromiß: Die Reservearbeiten unter der Regie der Arbeitslosenkommission wurden in gewissem Umfang beibehalten, und ein etwas geringerer Betrag als der von der Regierung ursprünglich vorgesehene, wurde für Öffentliche Arbeiten bewilligt. In der Lohnpolitik aber wurde dem Wunsche der Regierung entsprochen, d.h., für die unter Mitwirkung des Staates vorgenommenen Arbeiten sollten u n g e k ü r z t e Löhne gelten.

Bis zum Budgetjahr 1932/33 wurde formell noch der alte Kurs der Arbeitslosenhilfe - mit in der Hauptsache steuerfinanzierten Reservearbeiten - verfolgt, doch konnte der Staatshaushalt bereits in diesem Jahr nicht mehr ausgeglichen werden, sondern endete de facto mit einem beträchtlichen Defizit.

Nach Einführung des neuen Programms aber wurde das Budget im Jahr 1933/34 zum erstenmal a b s i c h t l i c h für konjunkturpolitische Zwecke unterbilanziert, indem man in bedeutendem Umfang Öffentliche Arbeiten organisierte, die durch kurzfristige Staatsanleihen finanziert wurden. Besondere Steuern wurden eingeführt, die zur Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld Verwendung fanden.
Dieses ganze Programm wurde jedoch - nachdem es durch den parteipolitischen Streit bereits verspätet war - infolge eines langwierigen Konflikts im Baugewerbe zusätzlich verzögert. Dieser Streik dauerte nahezu ein Jahr und vereitelte bis Februar 1934 jede bedeutendere Bautätigkeit, so daß die vom Reichstag bewilligten Gelder für Öffentliche Arbeiten bei weitem nicht zum Einsatz gelangten. Damit war aber ein nennenswerter Stimulationseffekt der Öffentlichen Arbeiten auf die Wirtschaft vor Frühjahr 1934 nicht zu spüren.

Erst im Haushaltsjahr 1934/35 bildeten die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einen bedeutenden Faktor für die wirtschaftliche Expansion. Sie wurden auch in den folgenden Jahren in gewissem Umfang aufrechterhalten, da es sich als schwierig erwies, die Öffentlichen Arbeiten mit zunehmender Konjunkturverbesserung wieder hinreichend schnell abzuwickeln.

1935 war die konjunkturelle Erholung bereits so weit fortgeschritten, daß die Anleiheaufnahme zur Finanzierung der Öffentlichen Arbeiten eingestellt und der Staatshaushalt 1935/36 ausgeglichen werden konnte. Dank des rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Aufschwungs konnten alle für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgenommenen Extraanleihen im Budgetjahr 1936/37, das bedeutet aber: drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen, zurückbezahlt werden.

Zur Bekämpfung der Depression in der Landwirtschaft wurden in Schweden bereits 1930 Schritte unternommen. Hierbei handelte es sich um Maßnahmen zur Regulierung der Getreidepreise, die jedoch 1933 durch Preisstützungen für animalische Produkte ergänzt wurden. Dieses sog. Agrarmarktregulierungsprogramm, das ein kombiniertes System von Importrestriktionen und Verkaufsgarantien war, wurde teils durch Regierungskredite, teils durch Verbrauchssteuern und Importzölle finanziert und bewirkte ab 1933 eine Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte, die allmählich steigende Reinvestitionen in Maschinen, Geräten und Gebäuden ermöglichte.

Die wirtschaftliche Erholung machte sich endgültig im Spätsommer 1933 geltend, nachdem schon zuvor, seit Frühjahr 1933 und teilweise bereits seit Herbst 1932, eine zunehmende Nachfrage nach schwedischen Exportprodukten einen bevorstehenden Umschwung angedeutet hatte.
Das Jahr 1934 sah eine allgemeine wirtschaftliche Belebung mit einer rapiden Abnahme der Arbeitslosigkeit, einer stark steigenden Produktionstätigkeit und steigenden Preistendenzen.
Auf diesem hohen Produktions- und Beschäftigungsniveau schien sich die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1935 zu stabilisieren, doch wurde sie bereits gegen Ende dieses Jahres von einer erneuten Aufstiegswelle erfaßt, die zunächst noch keine spekulativen Züge aufwies, im Laufe des Jahres 1937 jedoch die wirtschaftliche Erholung, unter dem Einfluß kräftiger Preissteigerungen auf den internationalen Märkten, in einen Boom mit inflationistischen Preistendenzen überleitete. Als Periode der eigentlichen wirtschaftlichen Erholung müssen daher die Jahre 1933-1937 bezeichnet werden.

Bei der Behandlung der aufschwungsbestimmenden Faktoren zog die Frage, welcher Anteil der staatlichen Wirtschaftspolitik (in erster Linie repräsentiert durch Geld- und Finanzpolitik), und welcher den außerhalb des wirtschaftspolitischen Einflußbereichs liegenden Kräften, (verkörpert im Export), an dem wirtschaftlichen Aufschwung zukam, die Hauptaufmerksamkeit auf sich. Wir sahen, daß die Exportindustrien zuerst die Anzeichen eines konjunkturellen Umschwungs verspürten, daß bedeutende Exportsteigerungen in den Jahren

1933 und 1934 einen direkt und indirekt stimulierenden Effekt auf Produktion und Beschäftigung ausübten und daß demgemäß die steigende Nachfrage des Auslands nach schwedischen Exportprodukten als der entscheidende Faktor für den Konjunkturumschwung gewertet werden kann.

Mit der Übernahme des vermehrten Valutaangebots durch die Reichsbank wurden die monetären Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Expansion geschaffen, und die damit verbundene Politik des niedrigen Zinses erhöhte die Investitionsneigung der Unternehmer. Die Geldpolitik wurde damit zu einem wichtigen mitwirkenden Aufschwungsfaktor.

Auf der anderen Seite waren die staatlichen Ausgaben für Öffentliche Arbeiten nicht von solchem Umfang, daß sie von sich aus einen konjunkturellen Umschwung hätten herbeiführen können. Der Umstand, daß die Öffentlichen Arbeiten erst dann in nennenswertem Umfang in Gang kamen, als die wirtschaftliche Erholung bereits ziemlich fortgeschritten war, ließ den Schluß zu, daß die staatliche Finanzpolitik nur eine relativ untergeordnete Rolle bei der Auslösung der wirtschaftlichen Erholung spielte. Infolge der Interdependenz der Aufschwungsfaktoren konnten jedoch keine völlig genauen Aussagen über deren kausale Bedeutung für den Umschwung gemacht werden.

So kann man sich beispielsweise fragen, ob die direkt und indirekt stimulierenden Wirkungen der Exportsteigerungen allein - ohne geld- und finanzpolitische Unterstützung - ausgereicht hätten, um die Produktion und Beschäftigung in der schwedischen Industrie auf das Niveau von 1934 zu bringen.

Man kann sich der Meinung Karin Kocks anschließen, daß die Bedeutung der geführten Wirtschaftspolitik für den erfolgten Aufschwung nicht korrekt beurteilt werden kann, wenn man nicht berücksichtigt, wie die wirtschaftliche Situation gewesen wäre, wenn Schweden etwa am Goldstandard festgehalten hätte, wenn keine Unterstützung an die Landwirtschaft gewährt worden wäre oder wenn man der orthodoxen Forderung nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt nachgekommen wäre. "Es ist unmöglich", so schreibt Karin Kock [1], "die expansiven Faktoren zu isolieren. Sie haben zusammen gewirkt", und "in gewissem Umfang war der Effekt eines jeden von der Existenz der anderen abhängig".

---

1) Karin Kock, "Crisis, Depression and Recovery in Sweden 1929-1937". Delaware edition, Stockholm 1938, S. 484. (Übers. v. Verf.)

LITERATURVERZEICHNIS

Bensel, Ragnar und Hansen, Bent	"Om simultanitet i ekonomiska modeller", in: Ekonomisk Tidskrift, 1953, Heft 2.
	"On Recursiveness and Interdependency in Economic Models", in: Review of Economic Studies, 1954-55.
Cassel, Gustav	"Näringslivets aktivisering", in: Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Kvartalsskrift Nr. 3, 1935.
Clark, Harrison	"Swedish Unemployment Policy 1914 to 1940", Washington 1941.
Davidson, David	"Något om begreppet 'Penningens värde' ", in: Ekonomisk Tidskrift, 1906, Heft 8.
Dickson, Harald	"Grundzüge der schwedischen Wirtschaftstheorie, vor allem der Stockholmer Schule während der letzten 25 Jahre", in: Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 68, 1952:1.
	"Om Stockholmsskolans teoribildning", in: Ekonomisk Tidskrift, 1957, Heft 3.
	"Plan och period", in: Ekon. Tidskrift, 1957, Heft 4.
	"'Plan' und 'Beschluß' bei Johan Åkerman und in der Stockholmer Schule", in: Ekonom. Tidskrift 1957, Heft 1.
Fisher, Irving	"Stabilized Money", 1934.
Hammarskjöld, Dag	"Konjunkturspridningen", (SOU 1933:29).
Hansen, Alvin H.	"Fiscal Policy and Business Cycles", New York 1941.
Hansen, Bent	Referat über "Contributions of Survey Methods to Economics" (herausg. v. L. R. Klein, New York 1954) in: Ekonomisk Tidskrift, 1955, Heft 4
	siehe Bensel, Ragnar

Johansson, Alf	"Löneutvecklingen och arbetslösheten", (SOU 1934:2).
Kahn, R. F.	"The Relation of Home Investment to Unemployment" in: Economic Journal, Bd. 41, 1931.
Katona, George	"Psychological Analysis of Economic Behavior", New York, Toronto, London 1951, 1st. ed.
Keynes, J. M.	"The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936.
	"The Means to Prosperity", 1933.
Kiesewetter, Bruno	"Die Wicksell'sche Theorie als Grundlage der dynamischen Geld- und Konjunkturtheorie", in: Beiträge zur empirischen Konjunkturforschung, herausg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1950.
Kock, Karin	"Crisis, Depression and Recovery in Sweden 1929-1937", Delaware ed., Stockholm 1938.
	"Konjunkturuppsvingets förlopp och orsaker 1932-1934", (SOU 1935:16).
Kragh, Börje	"Penning- och finanspolitiken i Sverige före och efter andra världskriget", supplement till Svenska Handelsbankens INDEX, Juni 1946.
Landgren, Karl-Gustav	"Economics in Modern Sweden", Washington 1957.
Lester, R. A.	"Sweden's Experience with 'Managed Money'", Suppl. to Svenska Handelsbankens INDEX, Jan. 1937.
Lindahl, Erik	"Arbetslöshet och finanspolitik", in: Ekonomisk Tidskrift 1935.
	und Lundberg, Hans, "Konsumtionsprisernas utveckling i Sverige 1931-1937", in: Ekonomisk Tidskrift, 1938, Heft 1.
	"Penningpolitikens medel", Malmö 1930.
	"Penningpolitikens mål", Malmö 1929.

Lindahl, Erik — "Prisbildningsproblemets uppläggning från kapitalteoretisk synpunkt", in: Ekonomisk Tidskrift 1929.

"Offentliga arbeten i depressionstider", in: Nationalekonomiska föreningens förhandlingar, Uppsala 1929-32, (November 1932).

"Studies in the Theory of Money and Capital", London 1939.

Lundberg, Erik — "Den ekonomiska politikens möjligheter", in: Nationalekonomiska föreningens förhandlingar, Uppsala 1939, (April).

"Konjunkturer och ekonomisk politik", Stockholm 1953 sowie do., 3. Druck, Stockholm 1955.

"Studies in the Theory of Economic Expansion", Stockholm 1937.

Lundberg, Hans — siehe Lindahl, Erik.

Merlin, Sidney D. — "The Theory of Fluctuations in Contemporary Economic Thought", (Studies in History, Economics and Public Law No. 556, ed. by the Faculty of Political Science of Columbia University), New York 1950.

Montgomery, Artur — "Hur Sverige övervann depressionen 1930-33", Stockholm och Uppsala 1938.

"Svensk och internationell ekonomi 1913-1939", Stockholm 1954.

Mühlhaupt, Ludwig — "Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Schwedens", Kieler Studien 1952:7, Kiel 1952.

Myrdal, Gunnar — "Finanspolitikens ekonomiska verkningar", SOU 1934:1.

"Konjunktur och offentlig hushållning" (Promemoria angående verkningarna på den ekonomiska konjunkturutvecklingen i Sverige av olika åtgärder inom den offentliga hushållningens område), bilaga III till Statsverkspropositionen 1933. Bihang till Riksdagsprotokollet 1933, 1a saml., bd. C1.

Myrdal, Gunnar	"Monetary Equilibrium", London, Edinburgh, Glasgow 1939.
	"Prisbildningsproblemet och föränderligheten", Uppsala och Stockholm 1927.
	"Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse", erschienen in: Beiträge zur Geldtheorie, herausg. v. F. A. Hayek, Wien 1933.
	"Om penningteoretisk jämvikt", in: Ekonomisk Tidskrift 1931, Heft 5-6.
Nyman, Olle	"Svensk parlamentarism 1932-1936", Uppsala 1947.
Ohlin, Bertil	"Industrial Recovery and Labor Market Problems in Sweden", in: Industrial Labor Review, Geneva 1935.
	"Some Notes on the Stockholm Theory of Savings and Investment", in: Readings in Business Cycle Theory, London 1950 bzw. in: Economic Journal 1937.
	"Penningpolitik, offentliga arbeten, subventioner och tullar som medel mot arbetslöshet", SOU 1934:12.
	"Svensk penningpolitik", in: Svenska Handelsbankens INDEX, nr. 81, sept. 1932.
	"The Problem of Employment Stabilization", New York 1947 u. 1949.
Palander, Tord	"Om 'Stockholmsskolans' begrepp och metoder", in: Ekonomisk Tidskrift 1941.
Paulsen, Andreas	"Neue Wirtschaftslehre", Berlin u. Frankfurt a.M. 1950, bzw. 3. Aufl. 1954.
Schmölders, Günter	"Die Steuerzahlerbewegung in Schweden", in: Finanzwissenschaftl. Forschungsarbeiten, Bd. 1950-1952, 1-7, Köln 1950.
	"Konjunkturen und Krisen", Hamburg 1955.

Schmölders, Günter	"Zur Problematik der finanzpolitischen Konjunkturtherapie", in: Beiträge zur Geld- und Finanztheorie, Wilhelm Gerloff zum 70. Geburtstag, Tübingen 1953.
Svennilson, Ingvar	"Ekonomisk planering", Uppsala 1938.
	"Strukturella inslag i de senare årens ekonomiska utveckling", in: Meddelanden från konjunkturinstitutet, B:1, Stockholm 1939.
Thomas, Brinley	"Monetary Policy and Crises", London 1936.
Thunholm, Lars Erik	"Svenskt kreditväsen", 2. Aufl., Stockholm 1952.
Welinder, Carsten	"Geschichte der skandinavischen Finanzwissenschaft", in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. I, 2. Aufl., Tübingen 1952.
	"Offentlig hushållning", Ystad 1955.
Wicksell, Knut	"Das Valutaproblem in den skandinavischen Ländern", in: Ekonomisk Tidskrift 1925, Nr. 10 u. 11.
	"Geldzins und Güterpreise", Jena 1898.
	"Vorlesungen über Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips", I u. II, Jena 1913-22.
Wistrand, K.	"Uppsving och arbetslöshetspolitik", Stockholm 1936.
Åkerman, Johan	"Ekonomisk teori" I, Lund 1939.
	"Genmäle till Dickson", in: Ekon. Tidskrift 1957, Heft 2.
	"Replik till Dickson", in: Ekonomisk Tidskrift 1957, Heft 3.

ZEITSCHRIFTEN:

Der Deutsche Volkswirt	1934
Economic Journal	1931; 1937.
Ekonomisk Tidskrift	1906; 1925; 1929; 1931; 1935; 1938; 1941; 1953; 1955; 1957.
Industrial Labor Review, Geneva	1935.
International Economic Papers	1953.
Meddelanden från Konjunkturinstitutet	serie A:1 1938, serie A:15 1948, serie B:1 1939.
Review in Economic Studies	1954/55.
Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Kvartalsskrift	1931; 1934; 1935; 1937; 1938.
Svenska Handelsbankens INDEX	1932; 1933; 1937; 1938; 1946.
Sveriges Industriförbunds "Det ekonomiska läget"	1931.
Weltwirtschaftliches Archiv	1952.

OFFIZIELLE VERÖFFENTLICHUNGEN:

Arbetslöshetsutredningens betänkande I ("Arbetslöshetens omfattning, karaktär och orsaker")	SOU 1931:20.
Arbetslöshetsutredningens betänkande II ("Åtgärder mot arbetslöshet")	SOU 1935:6.
Bankoutskottets utlåtande nr. 40	1932.
Budgetredovisning för budgetåret	1933/34 : 1934 1935/36 : 1936 1936/37 : 1937

Proposition nr. 1 (Statsverksproposi-tionen)	1933
" nr. 260	1933
" nr. 225	1937.
Riksgäldskontorets årsbok	Årg. 13-15 : 1932-35 Årg. 16-18 : 1935/36-1937/38.
Statens Arbetslöshetskommissions Berättelse 1925-34	1937 (Stockholm)
Statens Offentliga Utredningar (SOU)	1931:20; 1931:21; 1931:42; 1933:29; 1934: 1; 1934: 2; 1934:12; 1935: 6; 1935:16; 1936:32.

STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN:

Handel	1911; 1920; 1929; 1930; 1932; 1933; 1936; 1938; 1940; 1946; 1949; 1950; 1955.
League of Nations, "World Economic Survey", Fourth Year 1934-35	1935 (Geneva)
Riksbankens årsbok	1931
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland	1955; 1957.
Statistisk årsbok för Sverige	1933; 1938; 1940; 1950; 1956.
US Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States 1957, (seventh-eighth ed.) Washington D.C.	1957.
Statistical Abstract	1930.
Utrikeshandel och sjöfart	1870-72; 1900.

SONSTIGE QUELLEN:

Svensk uppslagsbok, 2a uppl., Malmö	1950; 1947.

Lebenslauf

Am 23. Oktober 1929 wurde ich, Hanns-Dieter Wiese, als Sohn des Dr. med. Bruno Wiese und dessen Ehefrau Carla geb. Dinser, in Stuttgart geboren.

Nach vier Jahren Grundschule in Waldenbuch besuchte ich ab 1940 das Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart und legte dort im Juni 1949 die Reifeprüfung ab.

Hierauf folgte ein Jahre praktische Tätigkeit, ehe ich im Herbst 1950 das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen aufnahm. Nach sechs Semestern absolvierte ich ebendort im November 1953 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Nach einer durch Krankheit bedingten Unterbrechung erhielt ich im Herbst 1954 an der Universität Tübingen ein Dissertationsthema über monetäre Konjunkturpolitik. Dieses Thema wurde nach einem viermonatigen Studienaufenthalt in Schweden im Jahre 1955 auf spezielle schwedische Verhältnisse ausgerichtet. 1956 begab ich mich erneut nach Schweden und war dort bis März 1959 am Sozialwissenschaftlichen Institut der Stockholmer Universität mit der Ausarbeitung meiner Dissertation beschäftigt.

1956 habe ich mich in Stockholm verheiratet, wo ich seit 1959 berufstätig bin.

Fotodruck PRÄZIS · Tübingen